REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 432 · 18.11.1999

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 55 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Waffenhandel wie geschmiert
2. Bauern machen Power. Anti-AKW-Bewegung demonstrierte in Berlin - DSe
3. Mit Fantasie und Nussschokolade. Ab sofort: ak mit neuer Rechtschreibung - ak-Redaktion
4. Nicaragua liberal. Reiseeindrücke 20 Jahre nach der Revolution - Dima Zito
5. Zwischen NATO und Milosevic. Zur Situation jugoslawischer Deserteure - Rudi Friedrich
6. Blick zurück nach vorn. Deutschlands politische Klasse feiert die Maueröffnung - Js.
7. Schutz wird nur selten gewährt. BRD-Städte nehmen jugoslawische Deserteure auf - Rudi Friedrich
8. Rot-Grün setzt auch hier auf Kontinuität. Deutsch-türkische Waffenbrüderschaft - Thomas Klein
9. Anything Goes. Polizeiliche Kooperation innerhalb der EU - Claudia Roth und Mark Holzberger
10. 38 Flüchtlinge an deutschen Grenzen gestorben - Gabi Ohler
11. "Selbstkochen ist ein Stück Menschenwürde". Flüchtlingshungerstreik in Berlin nach zwei Wochen abgebrochen - Peter Nowak
12. Knapp dosierte Humanität. Schily: Kosovo- Albaner sollen gehen - Gabi Ohler
13. Die Anwesenheit ist gewollt. "Illegal in Deutschland" - ein Forschungsprojekt - ch.
14. Rechtsextremismus: Rot-Grün leugnet und verharmlost - Helmut Schröder
15. Schleierfahundung nichtig. Verfassungsbeschwerde in Mecklenburg- Vorpommern erfolgreich - Jörg Sauskat
16. Geht die PDS den Weg der Grünen? Gysi & Co. wollen Neubewertung von UN-Militäreinsätzen - mb.
17. Dokumentation: Brief an die Mitglieder der PDS. Die Charta der Vereinten Nationen und die PDS - Lothar Bisky, Gregor Gysi
18. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der alltäglichen Lohnarbeit
19. Außer Spesen nix gewesen. Bilanz der Arbeitszeitverkürzung bei VW - Jochen Gester
20. "Wir brauchen eine andere Politik". Einladung zum zweiten bundesweiten Treffen der Gewerkschaftslinken
21. Initiative für Vernetzung der Gewerkschaftslinken
22. Diene und spalte! "Management by Stress" durch Gruppenarbeit - Mag Wompel
23. "Die Mobilisierung hat militaristische Züge". ArbeiterInnen über Gruppenarbeit
24. ver.di vor der Vertagung? - gw.
25. Streitobjekt im Ergebnis: Presseerklärung der Anti-Atom- Herbstkonferenz
26. Kommentar zur Anti-Atom-Herbst-Konferenz: Jämmerlich - Michael Zuchold
27. Bewusstlos in die Konferenz? Herbstkonferenz berät vielfältige und fantasievolle Presseerklärungen - Stefan Scheloske
28. "An die eigene Nase fassen." Eindrücke und Überlegungen zur Anti-AKW-Herbstkonferenz - Fritz Storim
29. Was treibt die Atomwirtschaft anderswo? - Jürgen Siebert
30. Zeitung für die Massen. Umweltverbände starten Anti-Atom-Kampagne - Henrik Paulitz
31. Zu Besuch in La Hague. Gorleben-Widerstand in der französischen Plutoniumschmiede - Wolfgang Ehmke
32. Jugend, Gewalt und soziale Kontrolle. Die aktuelle kriminalpolitische Jugenddebatte - Helga Cremer-Schäfer
33. Prozeß im Bruch (2). Ein Gespräch mit Christian Geissler nach dessen Eintritt in das achte Lebensjahrzehnt - Klaus Mellenthin
34. Macht Zukunft Spaß? BUKO vor neuen Herausforderungen - Markus Wissen
35. Eine Rose für Bakunin. Leben nund Werk eines eines anarchistischen Revolutionärs - Theo Bruns
36. Auf der Suche nach den Terroristen. In einer Hochburg der algerischen Gotteskrieger - ein Reisebericht - Bernhard Schmid
37. Die Democrazia Cristiana lebt. Nach Andreottis Freispruch hoffen Italiens Christdemokraten auf ein Comeback - Js.
38. Schräger Blickwinkel. Frau Fix entdeckt Italiens "Bewegungsparteien" - Js.

39. Ohne Träume sind wir nicht handlungsfähig! Chiapas-Solidarität diskutierte in Frankfurt am Main - Theo Bruns
40. Brief aus Mexiko. Studierendenstreik in Mexiko-Stadt - Marta Durán
41. Macher, Retter, Sieger. Russland vor der Wahl - eine Moskauer Skizze - Kai Ehlers
42. Karneval des Protests. US-Linke und Gewerkschaften mobilisieren gegen die WTO - Max Böhnel
43. Barbaren des 21. Jahrhunderts. Zum historisch-materialistischen Kontext der Sloterdijk-Debatte - Detlef Hartmann
44. Racak - Mutation eines Massakers. Linke Verschwörungstheorien und serbische Propaganda - Peter Wuttke
45. Wann ist endlich Feierabend? Die Abrichtung des modernen Arbeitsmenschen - eine Buchvorstellung - Frank-Otto Pirschel
46. Ein Bürger von Schmallenberg. Die Autobiografie des Hans Frankenthal - Angela Martin
47. Oh, wie schön war Ostzonesien ... - Angela Martin
48. "Es reicht!" - Demo gegen rot-grünen Crash- Kurs in Hamburg
49. Quelldatei 47.htm
50. Quelldatei 48.htm
51. Neu: ak-Archiv auf CD-ROM Geschenkt: CD gegen Abo
52. Quelldatei 51.htm
53. Stunkparade in Berlin
54. Jugend, Gewalt und Herrschaft
55. Proteste gegen die WTO

1. Waffenhandel wie geschmiert

Rubrik: Rüstungsexport; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak432/auf.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:432:auf

Nach gerade mal einem Jahr hat die rot-grüne Bundesregierung auch ihre anspruchslosesten WählerInnen enttäuscht. Nicht aus Mitleid, sondern der Wahrheit wegen sollten allerdings auch die "Leistungen" der Schröder-Fischer-Gang gewürdigt werden. Denn was uns die Regierenden da seit zwölf Monaten bieten, sind in vielen Bereichen Lehrstunden in real existierendem Kapitalismus. Sei es in der Frage des Atomausstiegs oder der Altauto-Verordnung, beim Bündnis für Arbeit oder der Entschädigung der NS-ZwangsarbeiterInnen - die Regierung der "Neuen Mitte" ordnet sich den Interessen der Industrie fast bedingungslos unter.

Jetzt trägt auch die konservative Opposition dazu bei, das Bildungsniveau in Sachen kapitalistischer Preisgestaltung zu erhöhen. Die Augsburger Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Walter Leisler-Kiep, den früheren CDU-Schatzmeister, weil er 1991 eine Million DM als Schmiergeld von einem Waffenhändler entgegengenommen hat.

Anfang Januar 1991 - kurz vor Beginn des zweiten Golfkriegs - orderte Saudi-Arabien 36 ABC-Spürpanzer "Fuchs" bei Thyssen. Es hätte noch nicht einmal dieser zeitlichen Nähe zum Krieg bedurft, um das Waffengeschäft hinfällig zu machen - die deutschen Rüstungsexport-Bestimmungen schließen die Lieferung in Krisengebiete aus. So war man sich im Bundeskabinett anfangs denn auch

einig, dass aus diesem Geschäft nichts werden könne. Doch schon wenig später, Ende Februar 1991, erteilte die Kohl-Regierung eine Auslieferungs-Genehmigung. Und weil Thyssen gerade nicht genug Panzer auf Lager hatte, lieh man sie schnell bei der Bundeswehr aus, die dafür dann die neuen Panzer bekam.

Die Affäre Kiep zeigt, wie dieser Sinneswandel zu Stande kam. Die eine Million DM, die jetzt die Justiz auf den Plan rief, ist allem Anschein nach nur ein Taschengeld. Wie den Unterlagen von Thyssen zu entnehmen ist, flossen bei diesem Deal mit einem Auftragsvolumen von 446,4 Mio. DM allein 219,7 Mio. an "Provisionen", sprich Schmiergeldern. Wer da alles vom Geldregen aus Saudi-Arabien profitierte, ist bislang unklar.

Fest steht aber, dass innerhalb von acht Wochen das Geschäft abgesegnet wurde. Es ist offensichtlich, dass da weitaus größere Summen als nur eine Million an Politiker, Staatsbeamte und deren Umfeld geflossen sind.

"Wer das Geld hat, hat die Macht, und wer die Macht hat, hat das Recht" - so brachten es Ton Steine Scherben Anfang der siebziger Jahre auf den Punkt. Kein Gerede von "Zivilgesellschaft" kann darüber hinwegtäuschen: Die zentralen Macht- und Herrschaftsverhältnisse im Kapitalismus sind lebendig wie eh und je.

Und manchmal zeigt sich, dass die Wirklichkeit weit schlimmer ist als die grobschlächtigste vulgärmarxistische Vereinfachung behauptet.

Vermutlich ohne besondere Gratifikation, sondern aus "politischer Einsicht" setzt die amtierende Bundesregierung die Aufrüstung des türkischen Militärs fort.

Zur "Kontinuität in der Außenpolitik" gehört auch die Pflege der deutsch-türkischen Waffenbrüderschaft.

Seite 6

2. Bauern machen Power. Anti-AKW-Bewegung demonstrierte in Berlin

Autor: DSe · Rubrik: Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak432/52.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:432:52

Man muss eine Demo nur zu nehmen wissen und sich an den richtigen Stellen einmischen. Dann tuts nicht so weh. Nach diesem Motto begingen die Grünen die Demonstration von rund 5.000 AtomkraftgegnerInnen aus dem gesamten Bundesgebiet. Zahlreiche grüne Fahnen wehten im Demonstrationszug, ohne dass dies zu Konflikten mit den DemonstrationsteilnehmerInnen führte. Viele Initiativen-Vertreterinnen fanden dies zwar dreist und unverfroren, aber erkennbaren Streit gab es nicht. Die Hamburger GAL hatte zu der Demonstration sogar mit dem Tenor aufgerufen, die rot-grüne Bundesregierung durch die Teilnahme bei ihren Bemühungen zum Ausstieg zu unterstützen.

Die BI Lüchow Dannenberg war mit der Demo zufrieden. Sie geht von insgesamt 8.000 TeilnehmerInnen aus, darunter fast 1.000 aus dem Wendland, die entweder mit dem Trecker oder mit dem Sonderzug angereist waren.

In nur sechs Wochen Mobilisierungszeit hatten die Bäuerliche Notgemeinschaft und die BI Lüchow Dannenberg zur Stunkparade nach Berlin aufgerufen. Angesicht dieser recht kurzen Zeit kann die Demo als durchaus erfolgreich angesehen werden. Eine Machtdemonstration der Anti-AKW-Bewegung war die Veranstaltung jedoch keinesfalls. Da ein Vertreter der BI Lüchow-Dannenberg wenige Tage vor der Demo von 10.000 TeilnehmerInnen gesprochen hatte, ließe sich das Ganze allerdings auch als mäßig einordnen.

Über 100 Trecker samt BäuerInnen hatten sich bereits am Freitag auf den Weg nach Berlin gemacht und waren Samstag mit großem Getöse und Applaus durch das Brandenburger Tor Richtung Alexanderplatz getuckert. Zuvor hatte die Berliner Polizei die Trecker und Anhänger durchsucht und unter anderem Säcke mit Bio-Kartoffeln beschlagnahmt. Die Polizei erkannte in der Bio-Ware eine Waffe, mit der während der Stunkparade ihre Leute hätten beworfen werden können. Auf dem Weg zum Brandenburger Tor mussten sich die AtomkraftgegnerInnen - wie in Berlin üblich - Rucksäcke und Taschen durchsuchen lassen.

Trotz frostigem Wetter in der Hauptstadt war die Stimmung ausgesprochen gut. Zahlreiche Samba-Gruppen, viele Transparente und Fahnen und die geschmückten Trecker und Hänger sorgten für Musik und gute Laune.

Politisch machten die VeranstalterInnen klar, dass sie den Widerstand gegen die Atomenergie auch international betreiben. Dazu hatten sie Vertreter des Widerstandes gegen die Wiederaufarbeitungsanlagen in Frankreich und England eingeladen. André Paris aus La Hague und Goff Brown aus Sellafield machten auf der Kundgebung klar, dass sich die AtomkraftgegnerInnen in England, Frankreich und Deutschland nicht spalten lassen.

Wenngleich die Demo nicht unbedingt den Hoffnungen auf eine große Teilnahme entsprach: Für die Atomwirtschaft müsste klar geworden sein, dass die im kommenden Frühjahr anstehende Wiederaufnahme der Atomtransporte zu einem überaus heiklen politischen Akt werden dürfte. Denn in der Vergangenheit hat sich mehrfach gezeigt, dass sich an den praktischen Aktionen erheblich mehr Menschen beteiligen als an den politisch geprägten Veranstaltungen.

Wie grün ist die BI?

Während der relativ kurzen Mobilisierungszeit hat es Ereignisse gegeben, die die Frage nach der Rolle der Grünen im wendländischen Widerstand verstärkt aufwirft. So ist der Aufruf der BI Lüchow-Dannenberg einigermaßen kurios entstanden und auf Druck einiger Grüner aus der Region noch vor der Veröffentlichung abgewandelt worden. Sowohl Undine von Plottnitz, langjährige Europaabgeordnete der Grünen und seit Jahren im wendländischen Widerstand aktiv als auch die grüne Fraktionsvorsitzende im niedersächsischen Landtag und ehemalige BI-Vorsitzende Rebecca Harms hatten den Entwurf heftig kritisiert, da er die Grünen vorführe. Die BI Lüchow-Dannenberg folgte diesem Druck und änderte ohne jede Rücksprache mit anderen Beteiligten die Fassung. Hinzu kam, dass unter den ErstunterzeichnerInnen des Aufrufes der "REGENBOGEN - für eine neue Linke" aus Hamburg stand. Diese Organisation, die sich inzwischen als Verein betätigt und außerdem über eine fünfköpfige Bürgerschaftsgruppe verfügt, hatte sich von den Grünen in Hamburg getrennt, nachdem diese dem Kriegseinsatz gegen Jugoslawien zugestimmt hatten. Dem Vernehmen nach, gilt

REGENBOGEN bei den niedersächsischen Grünen offenbar als eine hamburgische PDS-Variante. Deshalb wurde der Verein kurzerhand als Erstunterzeichner gestrichen, obwohl wesentlich an der Erstellung des Aufrufflugblattes beteiligt. Das Flugblatt erschien dann zunächst ausschließlich mit der BI Lüchow Dannenberg als Erstunterzeichner. Weitere UnterstützerInnen wurden aufgefordert, sich bei der BI zu melden. Allerdings wurde ausdrücklich betont, dass Parteien nicht unterzeichnen dürften. Mit dieser Variante sollte versucht werden, eine Unterschrift von REGENBOGEN zu verhindern. Dumm nur, dass ein Verein keine Partei ist. Deshalb musste schließlich die BI akzeptieren, dass die Gruppe als Unterzeichner in der zweiten Auflage drunter stand. Weniger Glück hatte die PDS bzw. einzelne Parteiorganisationen. Deren Unterschrift wurde schlicht abgelehnt.

Nun ist es nicht neu, dass die Anti-AKW-Bewegung wie auch andere soziale Bewegungen Parteien den Zutritt zu ihren Bündnissen verwehren. Pikant ist dies jedoch dann, wenn dahinter vor allem Grüne stecken, die ihre Konkurrenten damit außen vor halten. Die unter BIlerInnen weit verbreitete Sorge, die Anti-AKW-Bewegung könne vor den Karren einzelner Parteien gespannt und funktionalisiert werden, ist zwar ohne weiteres nicht von der Hand zu weisen. Aber diese Vorgänge machen deutlich, dass es sich die Anti-AKW-Bewegung mit der bloßen Formel "Keine Parteien" viel zu einfach macht und in der konkreten Lage heute den Grünen hilft.

Das wird auch deutlich, wenn der stellvertretende Landrat Kurt Herzog, Mitglied von Bündnis 90 / Die Grünen, auf der Kundgebung als Redner auftritt. Damit das nicht in den falschen Hals kommt: Es ist vollkommen in Ordnung, dass ein Landrat, sein Stellvertreter o.ä. auf einer Kundgebung sprechen kann. Wenn aber innerhalb der BI die grünen Mitglieder die Marschroute ausgeben, dass Parteien nicht unterzeichnen dürfen und sie gleichzeitig ihre Leute als AmtsträgerInnen etc. auf die Bühnen holen, dann sollte sich die Anti-AKW-Bewegung mal ganz intensiv darüber Gedanken machen, ob das in ihrem Sinne ist.

DSe

Goldene Hakenkralle

Mit dem Wanderdenkmal einer "Goldenen Hakenkralle" gehen AtomkraftgegnerInnen gegen die Kriminalisierung des Castor-Widerstandes an. Erfolgreich setzten sie jüngst in Bremen die öffentliche Enthüllung durch, nachdem dies zunächst von den Behörden verboten worden war. Anlass der Aktion sind die im Sommer vom BKA durchgeführten Hausdurchsuchungen bei AKW-GegnerInnen, die eben unter dem Codewort "Goldene Hakenkralle" liefen. Das BKA ermittelt gegen mindestens 10 Leute nach § 129a StGB und § 315 StGB (gefährlicher Eingriff in den Bahnverkehr). Die Kralle soll noch in weiteren Städten, u.a. Ende Januar in Hamburg, enthüllt werden.

3. Mit Fantasie und Nussschokolade. Ab sofort: ak mit neuer Rechtschreibung

Autor: ak-Redaktion · Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak432/50.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:432:50

Wie so oft hat es bei uns auch dieses Mal etwas länger gedauert: Die ab August in den meisten Zeitungen eingeführten Regeln der neuen Rechtschreibung gelten ab sofort auch in ak. Man mag die Rechtschreibreform als überflüssig, in Teilen unsinnig oder halbherzig kritisieren: Da unsere LeserInnen zum Glück auch andere Publikationen konsumieren, kommen wir nicht darum herum, uns dem neuen Standard anzupassen. Wir haben uns für die "gemäßigte" Agentur-Version entschieden, die auch in den gängigen Zeitungen angewendet wird.

In den vergangenen Wochen haben wir uns also geschult, ein neues Korrekturprogramm installiert und in den eingegangenen Manuskripten fleißig "daß" in "dass" verwandelt. Zum Glück geben wir kein Tiermagazin heraus, in dem wir uns mit Delfinen, Gämsen, Pantern und Rauhaardackeln beschäftigen müssten (in diesem Satz sind fünf neue Schreibweisen enthalten!). Sollte es dennoch dann und wann zu Fehlern kommen, bitten wir um Nachsicht.

ak-Redaktion

4. Nicaragua liberal. Reiseeindrücke 20 Jahre nach der Revolution

Autor: Dima Zito · Rubrik: Nicaragua · CD-Datei: daten/aksuche/ak432/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:432:11

Die nicaraguanische Revolution feierte im Juli ihren zwanzigsten Geburtstag, im August reisten wir mit acht Mitgliedern des Informationsbüro Nicaragua zu den Kooperativen und Frauenorganisationen, die wir unterstützen. Wir sprachen mit SandinistInnen inner- und außerhalb der FSLN über die Lage der Menschen und über den Zustand der Partei und der sozialen Bewegungen. Hier nun einige Eindrücke aus einem Land, das Schritt für Schritt auf den Weg in die Normalität eines "Dritte-Welt-Landes" ist.

Managua. Eine Stadt ohne Zentrum. Immer das Gefühl, in einem Außenbezirk unterwegs zu sein. Unvorstellbar, dass hier bis zum Erdbeben 1972 Hochhäuser gestanden haben. Wir sehen uns in der veränderten Stadt um. Der Verkehr hat zugenommen. Die Luft riecht mehr nach Benzin als nach Feuer, dessen Geruch mir bei meinem Besuch 1992 so charakteristisch für dieses Land erschien.

Die Rückkehr zur Normalität ist in Managua nicht zu übersehen. Von der Wirtschaftsblockade der 80er mit ihren leeren Supermarktregalen und einer trotzdem gesicherten Grundversorgung für alle ist nichts mehr zu spüren. Jetzt gibt es die schrankenlose Weltmarktöffnung, den unbegrenzten Konsum, natürlich nur für die, die ihn bezahlen können. Die Geschäfte sind voll, Mc Donalds-Filialen finden sich inzwischen genauso wie edle Einkaufszentren und Kinopaläste. Wer es sich leisten kann, so wird uns gesagt, der trinkt seinen Kaffee nicht mehr in schmuddeligen Comedores, sondern in einer der glänzenden neuen Shell- oder Esso-Tankstellen.

Mit Otmar Meyer, der seit Jahren für das Informationsbüro in Nicaragua arbeitet, reisen wir durch den Nordwesten des Landes, zu den Gruppen und Kooperativen, mit denen das Büro zusammenarbeitet. Diese Region war im vergangenen Jahr am stärksten von den Überflutungen durch den Hurrikan Mitch betroffen. Entlang der Hauptstraßen ist nur noch erstaunlich wenig von den Verwüstungen zu sehen. Die Straßen sind glatt und neu, solche Straßen gab es hier früher nicht. Große Plakatwände verkünden "obras, no palabras - Taten, keine Worte. Die Regierung von Arnoldo Alemán würde ihr Wort halten und tolle Straßen für Nicaragua bauen. Die Brücken, die überall mit internationalen Hilfsgeldern entstehen, sind zum großen Teil noch im Bau. Je weiter wir uns von den großen Straßen, die für den Warentransport gebraucht werden, entfernen, desto weniger ist von den offiziellen Wiederaufbaumaßnahmen zu sehen. Hier haben die Leute selbst wiederaufgebaut oder auch nicht.

Am Vulkan Casitas, an dem wir in einiger Entfernung vorüberfahren, ist noch deutlich die kahlen Schneise erkennbar, an der ein Teil des Berges abrutschte und 2000 Menschen unter sich begrub. Wir fahren an Notunterkünften vorüber, in denen fast ein Jahr nach der Katastrophe immer noch hunderte von Menschen in Verschlägen, die mit blauen Plastikplanen umhüllt sind, leben.

Es gibt viele neuerbaute Siedlungen. "Das ist eine Menschenrechtsverletzung", meint Otmar, und zeigt auf eine Siedlung, die das spanische Rote Kreuz in der Nähe von Managua errichtet hat. Dicht an dicht stehen quadratische Häuschen oder eher Hundehütten, vielleicht 16 qm pro Familie, ohne Fenster, nur mit einer Tür und mit Wellblech gedeckt. Doch es gibt auch das genaue Gegenteil. Einige Familien haben nun bessere Häuser als je zuvor. Der Spendensegen und die solidarische Hilfe haben es möglich gemacht. Schließlich wollte man mit den Betroffenen würdige Wohnungen bauen, aber damit wurden auch neue Ungleichheiten und Ursachen für neidvolle Beziehungen geschaffen.

Kurz nachdem der Bus mit knatterndem Auspuff in Richtung León gestartet ist, erhebt sich der junge Mann aus der Sitzreihe hinter uns und tritt in den Gang. "Einen sehr guten Tag wünsche ich Ihnen, meine Damen, Herren und Fräulein," hebt er an, "ich bin nicht hier, weil ich Ihnen etwas verkaufen möchte, keine Medizin oder Tabletten, nein, ich bin hier, weil ich Ihnen etwas beibringen möchte." Alle Gesichter im Bus sind ihm aufmerksam und erwartungsvoll zugewandt. "Sie alle kennen sicher das Problem der Kopfschmerzen," fährt er fort, "manche Menschen haben entsetzliche Kopfschmerzen, und kein Medikament hilft dagegen. Aber es gibt ein sehr einfaches Mittel. Nehmen Sie das Wasser einer ganz normalen Kokosnuss, und kochen Sie es fünf Minuten lang... nicht eine, auch nicht zehn, sondern genau fünf Minuten ... und Sie werden sehen - die Kopfschmerzen verschwinden ..." Die Fahrgäste sind verblüfft. Der junge Mann fährt fort und doziert ein unfehlbares Rezept nach dem anderen, gegen Magenschmerzen, Bluthochdruck, Asthma... die Passagiere

folgen gebannt. Eine Frau kramt Block und Stift aus der Tasche und beginnt, mitzuschreiben. Dann nimmt der junge Mann Fragen aus dem Publikum entgegen. Das Kind habe es an den Nerven. Kein Problem, das läge an zu fetter Ernährung, die zu einem erhöhten Cholesterinspiegel führe, der wiederum... auch hierfür gibt es Rezepte.

Jeder sein eigener Arzt

Der junge Mann lädt alle Anwesenden ein, zu ihm ins Hotel zu kommen, und verspricht Gratisheilung bei allen erdenklichen Krankheiten, zum Beispiel Krebs und Aids. "Für diejenigen aber, die ihr eigener Arzt werden und alle Krankheiten zu Hause heilen wollen, gibt es diese Bücher." Jetzt zückt er einen Stapel bunte Broschüren aus seiner Aktentasche. "Ich werde sie Ihnen nicht verkaufen, ich werde sie Ihnen nur leihen, damit Sie hineinschauen können." Die Fahrgäste nehmen dieses Angebot begierig entgegen. Ein Mann protestiert, er wolle die Broschüren aber kaufen. Der junge Mann fährt fort, Rezepte zum besten zu geben, und nachdem alle ausgiebig in seinen Heftchen geblättert haben, sagt er gönnerhaft: "Nun gut, für diejenigen, die diese Bücher unbedingt kaufen wollen, werde ich einen Sonderpreis machen. Es gibt drei Ausgaben, eigentlich kostet jedes Buch 20 Cordoba, drei würden also 60 kosten, aber ich gebe sie Ihnen zusammen für 50." Ein stolzer Preis für drei dünne Heftchen, gemessen an den hiesigen Löhnen. Für einen Landarbeiter zum Beispiel, dessen Mindestlohn 15 Cordoba am Tag beträgt, kostet der Erwerb eines Heftes mehr als einen Tageslohn. Trotzdem hat die Vorstellung mehrere der Fahrgäste überzeugt, sie holen ihr Geld hervor und greifen zu.

Eine Szene, wie sie sich täglich in jedem beliebigen Land Mittelamerikas abspielen könnte. Im nicaraguanischen Kontext hinterlässt es einen besonders bitteren Nachgeschmack, zu beobachten, wie Menschen auf solcherlei Heilsversprechen zurückgreifen (müssen). Das für alle frei zugängliche, kostenlose Gesundheitssystem war eine der vielgerühmten Errungenschaften der sandinistischen Revolution. Die Gesundheitsversorgung wurde in den 80ern als ein Recht der Bevölkerung angesehen, das der Staat einzulösen hatte. Und das tat der sandinistische Staat auch so gut es ging. Dem Gesundheitswesen wurde nach dem Bildungswesen die zweite Priorität im Staatshaushalt eingeräumt. Hunderte von Gesundheitsposten und Krankenhäusern wurden eingerichtet, medizinisches Personal und ehrenamtliche HelferInnen wurden massenhaft ausgebildet. Innerhalb weniger Jahre wurde so zum Beispiel die Kindersterblichkeit halbiert, Epidemien durch groß angelegte Impfkampagnen verhindert.

Dem setzte der Regierungswechsel 1990 ein Ende. Theoretisch existiert in Nicaragua sogar noch ein kostenloses, staatliches Gesundheitssystem. In der Praxis hat heute ein Recht auf Gesundheitsversorgung, wer diese auch bezahlen kann. Nachdem zeitgleich mit der Niederlage der revolutionären Regierung Nicaraguas auch die sogenannten realsozialistischen Staates zusammenbrachen, musste und wollte sich Nicaragua wieder in den kapitalistischen Weltmarkt integrieren. Über die Schulden, die in den 80er Jahren nicht zuletzt durch Waffenkäufe für den von den USA aufgenötigten Krieg entstanden, wird seitdem nicht mehr mit den "sozialistischen Bruderländern" sondern mit IWF und Weltbank verhandelt. Die nachrevolutionären Regierungen Nicaraguas waren bemüht, die auferlegten Strukturanpassungsprogramme umzusetzen und die Staatsausgaben für den öffentlichen Dienst um 50% zu reduzieren. Der Sparkurs und die Massenentlassungen im Gesundheitsbereich führen dazu, dass die staatlichen Gesundheitsposten, die es heute noch gibt, weder über ausreichend Medikamente noch Personal verfügen. Wer es sich leisten kann, greift auf private Ärzte zurück ...

Auch Carlos Vanzetti, ein deutscher Arzt, der sich 1979 der FSLN anschloss und in Nicaragua lebt und arbeitet, verlor seinen Arbeitsplatz bei einer der letzten Entlassungswellen im Gesundheitswesen. Von 1980 an leitete Vanzetti die Neurochirurgie des Krankenhauses Lenin Fonseca in Managua.: "Ich war nach Mitch mobilisiert zum Einsatz außerhalb von Managua, und während der Mobilisierung hat mich das Gesundheitsministerium freundlicherweise entlassen. Tausend Ärzte wollen sie gerne loswerden, und sie sind sie fast losgeworden, von den 4000, die es gibt. Das Gesundheitswesen geht den Bach runter. Die Privatmedizin wurde eigentlich in den Krankenhäusern etabliert in der Hoffnung, Geld zu verdienen, um die öffentliche Krankenhausversorgung zu finanzieren. Bloß ich sehe nicht, wo sie es herein stecken. Offensichtlich fließt das Geld ins private Portemonnaie der Verantwortlichen im Krankenhaus. Es geht ja nicht nur um mich, es ist ja eine Riesengruppe von guten und erfahrenen Ärzten vom Lenin-Fonseca-Hospital, die rausgeschmissen wurden. Das bedeutet, das Niveau der medizinischen Versorgung sinkt rapide. Im Lenin Fonseca sind in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 84 Leute gestorben. Das ist normalerweise der Jahresdurchschnitt der vergangenen Jahre, also hat sich die Sterblichkeitsrate unserer Patienten verdoppelt."

Die arme Bevölkerung zahlt (möglicherweise mit ihrem Leben) dafür, dass Nicaragua es nun geschafft hat, sich dem IWF als braver Schuldner zu zeigen, um kreditfähig zu bleiben. Dafür wird das Land nun mit der Aufnahme in die Reihe der "armen, hochverschuldeten" Länder belohnt, die von der HIPC-Initiative begünstigt werden. Das bedeutet Schuldennachlässe, Vergünstigungen, neue Kredite und weitere Strukturanpassungsmaßnahmen. Die nicaraguanische Regierung feierte die bestandene Aufnahme des Landes in das Entschuldungsprogramm von IWF und Weltbank am 17. September mit Live Musik auf dem Platz der Revolution und einem per Dekret verordneten Feiertag.

Die FSLN und der Pakt mit dem Teufel

Unter den SandinistInnen wird derzeit der sogenannte Pakt zwischen der reaktionären Regierungspartei PLC und der größten Oppositionspartei FSLN intensiv und kontrovers diskutiert. Die Verhandlungen, die seit einem Jahr vor allem unter der Hand geführt worden waren, kamen im August zu ihrem offiziellen Abschluss. Am 29.8. stimmte auch die überwältigende Mehrzahl der Delegierten des Sandinistischen Parteikongresses dem Pakt zu.

Mit dem Pakt sichert sich die FSLN-Parteispitze unter Preisgabe einer Oppositionsrolle, die sie ohnehin wenig ausgefüllt hat, die Beteiligung an der Staatsmacht. Das hat natürlich seinen Preis. Präsident Arnoldo Alemán hat es geschafft, seine Hauptanliegen durchzusetzen. Er hat sich absolute Immunität gegen Strafverfahren gesichert, die ihn erwarten könnten, sobald er den Präsidentensessel räumt. Durch die Vereinbarungen des Pakts steht ihm nach Ende seiner Amtszeit automatisch ein Abgeordnetenposten sowohl in der Nationalversammlung als auch im zentralamerikanischen Parlament zu. Aber auch FSLN-Vorsitzender Daniél Ortega hat sich dagegen abgesichert, dass ihm seine parlamentarische Immunität entzogen werden könnte. So entgeht er einer eventuellen Strafverfolgung auf Grund der Anschuldigungen seiner Stieftochter Zoilamérica wegen sexuellen Missbrauchs.

Hauptziel der FSLN ist die Wiedererlangung der Regierungsmacht. Ihre Abstinenz von wirklicher Oppositionspolitik erklärte sie bislang auch damit, dass sie erst an der Macht wieder handlungsfähig sei. Bei den vergangenen Wahlen war es in Nicaragua so, dass eine Stichwahl zwischen den beiden stärksten Parteien stattfand, wenn keine Partei im ersten Wahlgang 45% erreichte. Aus der Einschätzung heraus, keine 45% der Stimmen mehr zu gewinnen, und aus der Erfahrung, dass sich in der Stichwahl sämtliche anderen Parteien gegen sie verbinden, war es erklärtes Hauptziel der FSLN in den Verhandlungen zum Pakt zu erreichen, die Stichwahl aus dem Wahlgesetz zu streichen. Vereinbart wurde nun eine Reduzierung der beim ersten Wahlgang erforderlichen Stimmen auf 40% bzw. 35%, wenn die zweitstärkste Partei mindestens 5% weniger erhalten hat.

Politik jenseits der Politik

Auf nationaler Ebene gibt es keine andere Partei, die auch nur annähernd so viele Stimmen für sich gewinnen kann, wie die FSLN und die PLC. Regierungskritische Gruppen hatten in der letzten Zeit eine Einflussnahme weniger auf nationaler Ebene versucht, sondern verstärkt auf das Konzept der kommunalen Partizipation und Einmischung und der Stärkung von Basisinitiativen gesetzt. So sahen FSLN und PLC ihre Macht und ihren Einfluss auf kommunaler Ebene zunehmend bedroht, nicht zuletzt durch eine ehemalige sandinistische Basis, die sich auf der kommunalpolitischen Ebene außerhalb der Partei organisiert. Im Pakt werden nun die Voraussetzungen zur aktiven Teilnahme an den Wahlen hochgeschraubt, so dass außer den etablierten Parteien letztlich niemand mehr daran teilnehmen kann. Die "Freien Bürgerlisten", die parteiunabhängig zu den Kommunalwahlen angetreten waren, werden verboten, ebenso alle regionalen Parteien außer in der autonomen Region der Atlantikküste. Neugegründete Parteien müssen landesweit agieren und zu ihrer Zulassung die gültigen Unterschriften von mindestens drei Prozent aller Stimmberechtigten vorweisen. Parteien, die aus irgendeinem Grund an einer Wahl nicht teilnehmen, verlieren automatisch ihre Zulassung.

Mit Appellen an die disziplinierte Einheit der Partei gelingt es Daniél Ortega immer wieder, die Basis davon zu überzeugen, dass sie sich dem Kurs der Parteispitze anzuschließen hat. Oppositionelle Intellektuelle sind in den vergangenen Jahren zum größten Teil aus der Partei herausgedrängt worden. Abspaltungen finden in der Konkurrenz zur Mehrheitspartei und zum historischen Führer Daniél Ortega keine nennenswerte Basis. Die MRS unter Sergio Ramírez kam bei den letzten Wahlen auf weniger als 5%. Am 19. Juli 1999, dem 20. Jahrestag der Revolution, als 60.000 Menschen traditionsgemäß zu den Feierlichkeiten auf den Platz der

Revolution strömten, brachte die "Sandinistische Initiative gegen den Pakt" gerade einmal 250 Leute zu ihrer Gegendemonstration.

Ein großer Teil, wenn nicht die Mehrheit der ehemaligen sandinistischen Basis hat sich angesichts der Entwicklungen in ihrer Partei resigniert von aktiver Politik zurückgezogen und arbeitet eher an konkreten Projekten im direkten sozialen Umfeld. "Wir sind keine Politiker!" betonen die Mitglieder der Kooperative ADEPAL, die auf ehemals besetztem Land arbeiten. Ihr Handeln und ihre Organisierung ist zwar durchaus politisch relevant, doch zeigt ihre Äußerung, wie sehr die herrschenden Politik diskreditiert ist. Es gibt eine wachsende Verdrossenheit gegenüber den Machtspielen oben und der wachsenden Korruption.

"Ich habe so viel gekämpft und so viel geopfert", sagt Rey, der mit seiner Kriegsverletzung im Rollstuhl sitzt. "Und heute frage ich mich oft, ob das alles vergebens war. Ich habe keine Lust mehr, mir auf dem Platz die großen Reden anzuhören. Die Lehre, die ich aus meinen Erfahrungen ziehe... ich traue Parteien nicht mehr. Ich versuche lieber, einfach ein guter Mensch zu sein."

Dima Zito, Informationsbüro Nicaragua

5. Zwischen NATO und Milosevic. Zur Situation jugoslawischer Deserteure

Autor: Rudi Friedrich · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Kosovo-Krieg · CD-Datei: daten/aksuche/ak432/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:432:38

Nachdem die NATO mehrere Wochen lang Jugoslawien bombardiert hatte, wurde plötzlich über massenhafte Desertionen berichtet. Auffällig war daran, dass dies in eine Zeit fiel, in der die NATO-Angriffe nicht die erwarteten Folgen zeigten. Offensichtlich sollte suggeriert werden, dass die Desertionen auf Grund des NATO-Einsatzes erfolgten. Wurde zeitgleich doch auch bekannt gegeben, dass die NATO in Flugblättern Soldaten der jugoslawischen Armee zur Desertion aufrief: "Verlasst eure Einheit und euer Kriegsgerät und flieht aus Kosovo, so weit e uch die Füße tragen."

Ignoriert wurde die Tatsache, dass sich schon im Vorfeld des Krieges mehrere Tausend den Einberufungen entzogen hatten. Im März protestierten annähernd 100 Reservisten in Leskovac: "Lasst diejenigen, die uns in einen Krieg führen wollen, in den Krieg ziehen. Wir werden nicht gehen." Einige kleinere Parteien in Montenegro und der Vojvodina riefen dazu auf, nicht auf die Einberufungen zu reagieren, und unterstützten Kriegsdienstverweigerer und Deserteure. Vor allem Minderheiten hatten sich den Rekrutierungen entzogen. Verkannt wurde ebenso, dass sich auch Männer im Kosovo dem Dienst bei der UÇ K, die eine allgemeine Mobilisierung angeordnet hatte, entzogen oder sich weigerten, Kriegssteuern zu zahlen.

Es ist unklar, wie viele in der Bundesrepublik Jugoslawien tatsächlich den Einberufungen nicht nachkamen oder desertierten. Nach Angaben des ehemaligen Vorsitzenden der Rechtsabteilung des Oberkommandos der jugoslawischen Armee, Offizier i.R. Tihomir Stojanovic, gibt es derzeit 23.000 Anklagen vor den Militärgerichten auf Grund von Straftaten, die während der NATO-Intervention und dem Krieg in Kosovo begangen wurden. Die meisten erfolgten nach Kapitel 20 des jugoslawischen Strafgesetzbuches wegen "Nichtbefolgung der Einberufung und Umgehung des Militärdienstes"; es gibt auch Anklagen wegen "Flucht aus der Armee", "Umgehung des Militärdienstes durch Lüge oder Selbstverstümmelung" und "Nichterfüllung des Dienstes während des Kampfes".

Für die Zeit des erklärten Kriegszustandes, vom 24. März bis Mitte Juni, sind die Strafandrohungen für diese Straftaten erhöht worden. So sind die "Nichtbefolgung der Einberufung" sowie "Fahnenflucht" mit Haftstrafen von ein bis zehn Jahren bedroht, in Kombination mit einer Flucht ins Ausland erhöht sich die Strafandrohung auf fünf bis zwanzig Jahre. Diese Strafen drohen allen, die sich während des Kriegszustandes den Einberufungen entzogen oder desertierten.

Auf Grund der drohenden Repressionen flohen einige Tausend in die angrenzenden Staaten. 5.000-6.000 sollen nach Schätzungen nach Sarajevo geflohen sein, einige weitere Tausend nach Ungarn. Diese Länder verlangten keine Visa, so dass die Einreise für die Flüchtlinge zumeist einfach war. Militärdienstpflichtigen, also allen Männern von 18 bis 60, war jedoch seit dem 28. März die Ausreise aus der Bundesrepublik Jugoslawien untersagt worden.

Soldaten besitzen zudem keinen Reisepass mehr, so dass für diesen Personenkreis eine legale Ausreise nicht mehr möglich war. Die häufig beabsichtigte Weiterreise in westeuropäische Länder scheiterte oft an den Visabestimmungen der westeuropäischen Staaten. So wurden selbst Angehörigen von in Deutschland lebenden Familien die Visa zur Einreise verweigert.

Militär- wie auch Zivilbehörden geben keinerlei Informationen über die tatsächliche Zahl oder die Identität der inhaftierten Deserteure und Militärdienstentzieher heraus. Das Gleiche passiert mit den Namen und der Zahl derjenigen, die während des Krieges im Kosovo oder an anderer Stelle in Serbien getötet wurden. Abgesehen von einigen gut bekannten Politikern, werden Verfahren gegen Deserteure und Militärdienstentzieher geheim gehalten. Das Gleiche geschieht bei Urteilen, so dass viele Menschen, die in Abwesenheit angeklagt wurden, erst durch eine Festnahme feststellen, dass sie angeklagt bzw. verurteilt wurden.

Das Thema Amnestie spielt bei der aktuellen politischen Kampagne in Serbien keine Rolle. Das ökonomische Elend und die Tragödie der Flüchtlinge und anderer Opfer des Krieges erdrückt durch seine Intensität jedes

Interesse in der Öffentlichkeit für das Schicksal der inhaftierten Deserteure und Militärdienstentzieher. Alleine die Familien der Deserteure sind an dieser Frage interessiert, aber sie sind nicht organisiert.

Auch die nichtstaatlichen Organisationen und andere Gruppen befassen sich nicht sehr intensiv mit dem Thema. Es gab nur ein öffentliches Gespräch am Runden Tisch, das das Jugoslawische RechtsanwältInnenkomitee für Menschenrechte und die Studentengruppe Widerstand organisiert hatten. Am Ende kam es zu einer symbolischen Protestkundgebung vor dem Militärgericht in Belgrad.

Die Jugendsozialaktion, ein kürzlich gegründetes Netzwerk von Jugendlichen, die zuvor in der Antikriegskampagne aktiv waren, planen eine große Kampagne für eine "generelle Amnestie für Deserteure und Militärdienstentzieher". Sie wollen mit Flugblättern und Plakaten in ganz Serbien Druck auf die Behörden ausüben und - noch wichtiger - die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf dieses Problem lenken. Das in Budapest angesiedelte Projekt Haus für Deserteure wird sich daran beteiligen.

Situation in Ungarn

Ein Großteil der sich im Exil befindenden Deserteure und Kriegsdienstverweigerer aus der Bundesrepublik Jugoslawien befindet sich in Ungarn. Eine genaue Schätzung ihrer Zahl ist nicht möglich, da ein großer Teil von ihnen keinerlei Aufenthaltsstatus hat und nicht offiziell registriert ist. Dennoch ist von einigen Tausend auszugehen.

Die meisten albanischen Flüchtlinge aus dem Kosovo, unter ihnen auch eine Reihe von Männern, die sich der Zwangsrekrutierung durch die UÇ K entzogen, ist inzwischen in den Kosovo zurückgebracht worden. Geblieben sind Minderheiten aus dem Kosovo, wie Moslems, Roma und Serben. Sie sehen für sich keine Möglichkeit der Rückkehr. Darüber hinaus befinden sich weitere Flüchtlinge aus Serbien und Montenegro in Ungarn, die sich z.B. der Zwangsrekrutierung durch das Regime Milosevic entzogen hatten und bei Rückkehr Repressionen befürchten.

Mitte September suchten Mitarbeiter des Hauses für Deserteure gemeinsam mit amnesty international Betroffene in Flüchtlingslagern, Kirchengemeinden und anderen Unterkünften auf, um ihre Situation zu dokumentieren. Daraus ergab sich folgendes Bild:

Neu eingetroffene Flüchtlinge aus Jugoslawien wurden zunächst durch die ungarische Polizei verhört, im Anschluss hatten sie eine Anhörung bei der Flüchtlingsbehörde. Sie erhielten in beiden Fällen keinerlei Informationen über ihre rechtlichen Möglichkeiten als Flüchtlinge. Falls Flüchtlinge über einen illegalen Grenzübertritt berichteten oder dies bekannt war, wurden sie bis zur Feststellung ihrer Identität inhaftiert. Die Haft dauerte in der Regel drei Tage bis drei Wochen, in Einzelfällen aber auch bis zu einem halben Jahr. Im Anschluss wurden die Flüchtlinge für drei Wochen in Quarantäneeinrichtungen untergebracht.

Danach besteht die Möglichkeit der Aufnahme in ein Flüchtlingslager, häufig ehemalige Kasernen. Die Verpflegung ist schlecht, es wird z.B. zum Abendessen Käse gereicht, bei dem das Verfallsdatum überschritten ist. Zehn bis zwölf Personen müssen sich einen Raum teilen. Die hygienischen Zustände sind katastrophal. In den ersten drei Monaten erhalten die Flüchtlinge keinerlei Taschengeld, im Anschluss umgerechnet 8 DM pro Monat. Auf diese Weise können sie in den ersten drei Monaten faktisch gar nicht, später nur sehr eingeschränkt Nahverkehrsmittel benutzen, um z.B. Beratungsstellen aufzusuchen. Auf Grund dieser Bedingungen versuchen viele Flüchtlinge, aus den Lagern herauszukommen.

Ungarn hat die Genfer Konvention anerkannt. Nach den vom UNHCR ausgeführten Regelungen müssten flüchtige Deserteure, die sich sogenannten völkerrechtswidrigen Kriegen entzogen, Asyl erhalten. Das ist bei jugoslawischen Staatsbürgern nicht der Fall. Auch Anträge von ungarischstämmigen Personen aus der Vojvodina werden entgegen weit verbreiteter Meinung abschlägig beschieden. Die ungarische Flüchtlingsbehörde weist vielmehr in schriftlichen Bescheiden darauf hin, dass "es ihre Pflicht sei, ihr Vaterland zu verteidigen". Die Ablehnung von Asylanträgen, selbst bei Unterstützung durch das Helsinki-Komitee und mit Verweis auf die Richtlinien des UNHCR-Handbuches, verstößt eindeutig gegen internationales Recht.

Eine zweite Möglichkeit des Aufenthaltsstatus stellt die sogenannte Duldung dar. Diese wird auf Antrag in der Regel für ein Jahr ausgesprochen und kann verlängert werden. Eine Duldung können nur diejenigen erhalten, die gültige Ausweispapiere vorlegen können. Flüchtlinge aus der Bundesrepublik Jugoslawien erhielten nur teilweise diesen Status. Um mit diesem Status eine Arbeit aufnehmen zu können, ist die Kenntnis der

ungarischen Sprache Voraussetzung. Zudem werden Flüchtlinge zur Arbeitsaufnahme nur dann zugelassen, wenn sich dafür keine Personen mit ungarischer Staatsbürgerschaft finden.

In Ungarn gibt es einen Aufenthaltsstatus, der lediglich zu einem dreimonatigen Aufenthalt berechtigt, ohne Möglichkeit der Arbeitsaufnahme, öffentliche Unterstützung u.a.m. Unter den benannten Umständen haben sich weiterhin viele Flüchtlinge dazu entschlossen, sich lediglich als "Touristen" in Ungarn aufzuhalten, ohne einen Flüchtlingsstatus zu beantragen. Das bedeutet aber, dass sie alle drei Monate z.B. nach Rumänien aus- und anschließend als Touristen wieder nach Ungarn einreisen müssen.

Flucht und Aufenthalt in Deutschland

Wer auf legale Weise in westeuropäische Staaten fliehen wollte, scheiterte an der Visapflicht. Das führte dazu, dass vergleichsweise wenig Deserteure und Kriegsdienstverweigerer nach Deutschland gekommen sind, um hier Schutz zu suchen. Hier eingetroffen, beantragten sie - sofern sie nicht illegal leben - entweder Asyl oder die sogenannte Duldung.

Die Duldung ist bei den jeweiligen kommunalen Ausländerbehörden zu beantragen. Diese verwiesen viele Flüchtlinge auf das Asylverfahren, da die Kommunen damit der Pflicht entgehen, für die Flüchtlinge die Sozialhilfe aufzubringen. Duldungen wurden häufig nicht für den möglichen Zeitraum von sechs Monaten, sondern nur für drei Monate oder kürzer ausgestellt. Entscheidend ist aber, dass in der Regel die Duldung nicht aus inhaltlichen Gründen ausgestellt wurde, sondern, wie z.B. das hessische Innenministerium mitteilt, weil "eine Rückführung tatsächlich unmöglich ist".

Die Asylanträge aller BürgerInnen aus der Bundesrepublik Jugoslawien wurden mit Beginn der NATO-Bombardierung auf Weisung des Bundesinnenministerium nicht mehr bearbeitet. Damit hatten die Schutz Suchenden zwar einen befristeten Aufenthaltsstatus. Man nahm ihnen allerdings die Möglichkeit, ihre Gründe prüfen zu lassen, und ließ sie im Ungewissen und ohne Perspektive.

Der Bearbeitungsstopp der Asylanträge wurde vom Bundesinnenministerium Anfang Oktober wieder aufgehoben. Damit ist absehbar, dass die Anträge von Deserteuren und Kriegsdienstverweigerern in aller Regel abgelehnt werden und ihnen die Abschiebung droht. Das Innenministerium stellte in einem Schreiben vom 13. September an Connection e.V. unmissverständlich fest, dass "die Wehrpflicht als solche keinen asylerheblichen Eingriff beinhaltet, da es sich um eine allgemeine staatsbürgerliche Pflicht handelt. (...) Nach ständiger Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts stellt die Einberufung zum Wehrdienst bzw. die Bestrafung wegen Desertion - auch in Kriegszeiten - für sich allein keine politische Verfolgung dar."

Wie schon in den Jahren 1995-1997 stellt damit die Bundesrepublik Deutschland diese jungen Männer für eine erneute Rekrutierung, d.h. als Menschenmaterial für den nächsten Krieg, zur Verfügung.

Rudi Friedrich

Connection e.V.

Die Zusammenstellung erfolgte auf Grund von Informationen des Hauses für Deserteure, Connection e.V. und des Bayrischen Flüchtlingsrates. Alle Namen der Deserteure und Kriegsdienstverweigerer wurden geändert.

Das Beispiel Nebojsa Z.

Er hat seine Wehrpflicht abgeleistet. Anfang des Jahres 1999 trat er der religiösen Gemeinschaft der Nazarener in der Vojvodina bei. Diese Gemeinschaft vertritt einen tief verwurzelten religiösen Pazifismus. Als er einberufen wurde, beantragte er die Befreiung vom Waffendienst. Sie wurde ihm nicht gewährt. Stattdessen verurteilte ihn das Militärgericht in Novi Sad zu fünf Jahren Gefängnis. Er befindet sich im Gefängnis in Sremska Mitrovica, wo es lediglich Familienangehörigen gestattet ist, ihn zu besuchen.

Das Beispiel Nenad T.

In der Kaserne in Karadjordjevo gab es, bevor der Krieg im März eskalierte, 14 Kriegsdienstverweigerer. Zwölf von ihnen waren Nazarener und Zeugen Jehovas, zwei gaben keine religiösen Gründe an. Sie hatten zwar "nicht-militärische" Aufgaben zu erfüllen, standen aber unter militärischem Kommando und arbeiteten in der Landwirtschaft zum Nutzen der Armee. Dann bekamen sie den Befehl, Arbeiten direkt für die Armee zu

übernehmen. Nenad T., ein Zeuge Jehovahs, verweigerte das und wurde unmittelbar zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt.

Das Beispiel Zoran P.

Zoran P., ein 35-jähriger Kraftfahrzeugmechaniker aus Südserbien, lebt seit vier Monaten in einem Flüchtlingslager in der Nähe der jugoslawischen Grenze. Dort beklagt er, dass es nichts zu tun gäbe. Der Weg in die Stadt sei ebenfalls sinnlos, weil ihm kein Geld zur Verfügung steht. Er hofft in ein anderes Land weiterreisen zu können.

Sein Asylantrag wurde abgelehnt. Nur die eingereichte Klage gewährt ihm einen weiteren Aufschub. Er fürchtet, nach der Ablehnung der Klage nach Jugoslawien abgeschoben zu werden.

Das Beispiel Dzumsi G.

D.G., ein 35-jähriger Rom aus Gnjilane/Kosovo, hatte den normalen Wehrdienst in der jugoslawischen Armee abgeleistet. 1990 ist er in die Sozialistische Partei Serbiens eingetreten, hat dort binnen kurzem politische Karriere gemacht, nach dem Beginn des Krieges in Bosnien aber öffentlich Kritik am Milosevic-Kurs geübt. Er wurde deswegen sofort aus der Partei ausgeschlossen und anschließend als relativ prominenter Renegat jahrelang von der serbischen Geheimpolizei bespitzelt, bedroht und misshandelt. Als Schikane erhielt er Anfang 1996 zwei schriftliche Aufforderungen, sich zu "Wehrübungen" in einer Kaserne einzufinden. Diesen kam er nicht nach, stattdessen hielt er sich versteckt. Die Militärpolizei hat ihn daraufhin gesucht. Später - als im Kosovo bereits Bürgerkrieg herrschte - entzog er sich einem weiteren Einberufungsbefehl im Rahmen einer allgemeinen Mobilmachung und verließ schließlich einen Tag nach Beginn des NATO-Bombardements das Land. Der Betroffene und seine Familie beantragten in Bochum eine Duldung, die ihnen zunächst verwehrt wurde. Eines der Kinder ist schwer traumatisiert.

6. Blick zurück nach vorn. Deutschlands politische Klasse feiert die Maueröffnung

Autor: Js. · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Geschichte der BRD · CD-Datei: daten/aksuche/ak432/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:432:46

Berlin, Reichstagsgebäude, 9. November 1999: Männer in dunklen Anzügen halten Reden zum "Schicksalstag der Deutschen". Seit zehn Jahren sei das "ein Tag des Triumphes und der Demokratie", erklärt der amtierende Bundeskanzler. Sein Vorgänger und dessen russischer Freund sehen das genauso. "Die gesamte Welt feiert den Fall der Berliner Mauer" behauptet der Gast aus Moskau, dem diese Übertreibung nicht krumm genommen wird. Schließlich will man fröhlich sein und sich über das "Geschenk der Einheit" freuen.

Da "die Welt", wenn sie schon nicht mitfeiert, doch sehr genau verfolgt, was da in Berlin gesprochen wird, dürfen auch nachdenkliche Töne nicht fehlen. Der 9. November sei "ein Tag der Freude, aber auch ein Tag der Schande", erinnert Schröder, "ein Tag des Aufbruchs, aber auch ein Tag, an dem, 1938, der Weg in einen Abgrund an Unmenschlichkeit begann" - der wahre Staatsmann glänzt durch ausgewogene Formulierungen.

Qualitätssprung ins Negative

Auch ein anderer Redner zerstreut den Verdacht, nun, da es den neuen deutschen Feiertag gibt, werde vom Nationalsozialismus nicht mehr gesprochen: Joachim Gauck, der Verwalter der Stasi-Akten, der erst nachträglich aufs Podium geholt wurde. Gauck blickt ergriffen zurück auf das vor zehn Jahren überwundene totalitäre Zeitalter, "unsere 56-jährige politische Ohnmacht im Nationalsozialismus und Kommunismus". Auf Nationalsozialismus & Kommunismus folgt nun Freiheit & Demokratie.

So ganz im Sinne der Ostdeutschen, als deren Repräsentant Gauck ins Programm rutschte, ist die "Rot gleich braun"-These natürlich nicht. Aber die Ossis müssen halt noch viel lernen über die "Menschenfeindlichkeit des Kommunismus", "dass neben dem Nationalsozialismus auch mit dem Kommunismus in diesem Jahrhundert ein Qualitätssprung ins Negative erfolgt ist" und dass "bis 1989" die Herrschaftsmethoden in der DDR "den Charakter eines Bürgerkrieges" trugen. Doch halt, Richtigstellung! - diese Zitate stammen nicht aus Gaucks Berliner Rede, sondern aus seinem Beitrag zum "Schwarzbuch des Kommunismus", durch den er sich als Redner empfahl oder besser: aufdrängte. Auch den Wessis hat Gauck Wichtiges mitzuteilen. Sie mahnt er, nicht undankbar zu sein, denn "wo, wie im Westen, Unfreiheit abwesend ist, pflegen die Vorteile der Freiheit zu verblassen."

Dass man "schon viel erreicht" habe, findet auch Schröder. Mit Kohl ist er sich einig über die anstehenden Aufgaben: Auf der Tagesordnung steht die Osterweiterung der EU, der "Bau des Hauses Europa", um eine "glückliche Zukunft unseres alten Kontinents" (Kohl) ohne "Wohlstandsgrenzen" (Schröder) zu ermöglichen. Das Nebulöse dieser Formulierungen ist dem feierlichen Anlass angemessen. Worum es tatsächlich geht, hat ein anderer Spitzenpolitiker schon Ende September beim Forum "Fazit: Deutschland" auf den Punkt gebracht: der CDU-Vorsitzende Wolfgang Schäuble - Visionär, Stratege und Pragmatiker in einer Person. Seine "Bilanz der Einheit" ist ganz auf die Zukunft orientiert und lässt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. (1)

Heulen und Zähneklappern

Durch die Einheit sei Deutschland "erstmals vollberechtigtes Mitglied der westlichen Staatengemeinschaft geworden", konstatiert Schäuble und schließt unmittelbar den Satz an: "Der deutlichste Ausdruck dieser neuen Stellung ist die Beteiligung am Kosovo-Einsatz der NATO." Nachdem es jahrzehntelang Nutznießer westlicher "Sicherheit" war, sei es nun "für das vereinte Deutschland an der Zeit, selbst Sicherheit und Stabilität zu ‚exportieren`." Allein, das träge Volk bringt für eine solche risikoreiche Politik bisher nicht die richtige Begeisterung auf. Erst langsam beginnen die Deutschen, "ein unverkrampfteres Verhältnis zur eigenen Nation, zur eigenen Identität zu entwickeln"; noch sträuben sich viele, vor allem Ostdeutsche, "die Freiheit in Eigenverantwortung schöpferisch zu nutzen", sondern rufen nach dem Staat - weil sie nicht erkennen, "dass ein Übermaß an Betreuung zur Bevormundung wird".

Das "erstickende" Übermaß an "Regulierungen" sieht Schäuble ausdrücklich auch als Hindernis in der Außenpolitik: "In der globalisierten Wirtschaft ist man längst auf dem Weg freiwilliger, vertraglicher Vereinbarungen, pragmatisch fallweise sich bildender rechtlicher Rahmenwerke. Und in der internationalen

Politik bleibt man sich ohnedies der Unvollkommenheit rechtlicher Normsetzung bewusst." Letzteres meint so "unvollkommene" Regeln wie das Völkerrecht oder die UNO-Charta - weg damit!

Natürlich sagt Schäuble nicht einfach: Gut ist, was Deutschland nützt. Die hochmoralische Leitlinie seiner Politik ist durch die "westliche Wertegemeinschaft" vorgegeben: Ganz oben rangieren "Heimat, Kultur und Religion", "Familie und wertgebundene Erziehung", "Tradition, Geschichte und nationale Identität". Diese Grundwerte werden auch im Alltag um so bedeutsamer, als sie einen Ersatz für soziale Sicherheit bieten sollen. Denn die "Neuordnung" der Gesellschaft auf dem Wege weiterer "Deregulierung" wird "in der praktischen Umsetzung zu Heulen und Zähneklappern führen." Wohl dem, der Trost bei Gott, Familie und Vaterland findet!

In der Feierstunde des Bundestages hätte Schäubles Rede sicherlich deplatziert gewirkt. Gleichwohl darf sie - abzüglich einiger allzu altmodischer Formulierungen - als "Konsens der Demokraten" gelten. Kritische Anmerkungen hat es aus diesem Kreis jedenfalls nicht gegeben. So könnte Gorbatschow recht behalten mit seiner vieldeutigen Prognose vom 9. November: dass die Deutschen "auch den Rest des Weges noch gehen werden" - wenn man sie lässt.

Js.

Anmerkung:

1) Schäubles Rede ist dokumentiert in der FAZ vom 24.9.1999

7. Schutz wird nur selten gewährt. BRD-Städte nehmen jugoslawische Deserteure auf

Autor: Rudi Friedrich · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak432/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:432:39

Seit Mitte der achtziger Jahre wird im Rahmen europäischer Verträge der Flüchtlingsschutz zunehmend eingeschränkt. Über Drittstaaten-Regelung, Einführung von Visapflicht, Neudefinition der Genfer Flüchtlingskonvention und weitere Maßnahmen schotten sich die westeuropäischen Länder gegen Flüchtlinge ab. Flüchtlinge aus Kriegsgebieten haben so praktisch keine Möglichkeit mehr, den ihnen z.B. gemäß der Genfer Konvention zustehenden Schutz zu erhalten.

Deserteure und Kriegsdienstverweigerer aus Kriegsgebieten haben zudem oft das Problem, dass sie als Militärangehörige bzw. Militärdienstpflichtige keine Erlaubnis zur Ausreise erhalten, bzw. ihr Reisepass während der Dienstzeit eingezogen wird. Damit ist ihnen die Möglichkeit, durch die Flucht ins Ausland dem Zwang zum Kriegsdienst zu entgehen, wesentlich erschwert.

Wenn es keine Möglichkeit zur Flucht gibt, tauchen viele im Land selbst unter. Das ist allerdings mit dem Risiko der Bestrafung verbunden. Bei Entdeckung drohen ihnen horrende Strafen, Folter, erneute Rekrutierung, der Einsatz an besonders gefährlichen Frontabschnitten oder weitere außergesetzliche Repressionen.

Denkbar wäre auch der Antrag auf die Anerkennung der Kriegsdienstverweigerung. Gerade während eines Krieges stellt sich jedoch oft heraus, dass selbst bestehende gesetzliche Regelungen von Militär und Behörden missachtet werden. In vielen Ländern entsprechen die Regelungen noch nicht einmal in Friedenszeiten den international vorgesehenen Bestimmungen.

Gelingt Kriegsdienstverweigerern oder Deserteuren dennoch die Flucht, z.B. nach Deutschland, so wird ihnen in der Regel der Flüchtlingsschutz verwehrt. So ist das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge der Auffassung: "Die allgemeine Wehrpflicht ist als Recht jeden Staates völkerrechtlich anerkannt. Eine Pflicht, einen Ersatzdienst anzubieten, besteht nicht; insbesondere werden Sanktionen nicht allein dadurch zu politischer Verfolgung, dass jemand sie aus politischen Motiven oder Gewissensgründen auslöst."

Dabei weist die deutsche Rechtsprechung auch Deserteure und Kriegsdienstverweigerer zurück, die sich auf entsprechende Regelungen des UNHCR berufen. Dies gilt z.B. für völkerrechtlich verurteilte Kriege. Im Handbuch des UNHCR ist dazu in Art. 171 ausgeführt: "(...) Wenn jedoch die Art der militärischen Aktion, mit der sich der Betreffende nicht identifizieren möchte, von der Völkergemeinschaft als den Grundregeln menschlichen Verhaltens widersprechend verurteilt wird, dann könnte ... die Strafe für Desertion oder für Nichtbefolgung der Einberufung als Verfolgung angesehen werden." Nach Art. 170 kann aber auch die Kriegsdienstverweigerung ein Asylgrund sein, "wenn eine Person darlegen kann, dass die Ableistung des Militärdienstes ... im Widerspruch zu ihrer echten politischen, religiösen oder moralischen Überzeugung oder auch zu anzuerkennenden Gewissensgründen" steht. Die Asylrechtsprechung in Deutschland missachtet diese Vorschriften fast immer. Kriegsdienstverweigerer aus Russland, Algerien, der Türkei, Jugoslawien und anderen Ländern werden in der Regel abgelehnt und abgeschoben.

Vorbildlich, aber nicht ausreichend

Zumeist auf Initiative von lokal verankerten Friedens-, Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen kam es seit dem Zweiten Golfkrieg zu etwa einem Dutzend Beschlüssen in bundesdeutschen Städten, Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren aus Kriegsgebieten Schutz zukommen zu lassen. Zumeist handelte es sich dabei allerdings um bloße Absichtserklärungen.

Die heute weitreichensten Beschlüsse gibt es in Münster, Osnabrück und Bonn. Die rechtliche Grundlage dafür bietet §30 Abs. 1 des Ausländergesetzes: "Die Aufenthaltsgenehmigung wird als Aufenthaltsbefugnis erteilt, wenn einem Ausländer aus völkerrechtlichen oder dringenden humanitären Gründen ... Einreise und Aufenthalt im Bundesgebiet erlaubt werden soll ..." Die Entscheidung über die Visumserteilung obliegt allerdings der jeweiligen Auslandsvertretung. Sollte diese die Einladung einer Stadt akzeptieren, wären die genannten Kommunen bereit, einzelne Kriegsdienstverweigerer und Deserteure anzunehmen.

In Münster leitete das Bündnis 8. Mai, unterstützt von 40 lokalen Organisationen und etlichen Einzelpersonen, am 12. Dezember 1995 dem Rat der Stadt eine entsprechende "Anregung" zu, die sie nach Beratung in verschiedenen Ausschüssen am 15. Mai 1996 beschloss. Demnach "stimmt die Verwaltung der Erteilung von Visa an solche Ausländer zu, die in ihrem Heimatland desertiert sind". Man ist "in diesen Einzelfällen" auch gewillt, "die notwendigen finanziellen Mittel zur Sicherung des Lebensunterhalts, der Kosten der Wohnung sowie der Versorgung im Krankheitsfalle und bei Pflegebedürftigkeit im notwendigen Rahmen aus Haushaltsmitteln der Stadt Münster" bereitzustellen. Nach langen Vorbereitungen wurde diese Bereitschaft am 22.3.99 erneuert. Am 8. September 1999 schließlich schrieb die Münsteraner Oberbürgermeisterin Marion Tüns an das Auswärtige Amt, dass die Stadt bereit sei, zwei konkret benannte Deserteure der jugoslawischen Armee, die derzeit beide in Ungarn leben, "aufnehmen zu wollen" und dementsprechende Visa erteilt werden sollen. Beide erhielten Ende Oktober tatsächlich ein Visum und werden nun Mitte November in Münster erwartet.

Krieg ist ein Verbrechen. Wer sich daran nicht beteiligen möchte, braucht Schutz. Die angeführten Beschlüsse der Städte, soweit sie umgesetzt werden, versuchen zumindest in Einzelfällen den Betreffenden einen gewissen Schutz zukommen zu lassen, der ihnen vom Staat vorenthalten wird. Allerdings gibt es auch hier Probleme. Zum einen wird in den Beschlüssen vorausgesetzt, dass Deserteuren auf Grund einer Einladung der Städte ein Visum in einem deutschen Konsulat erteilt wird. Mit diesem Weg können diejenigen, die sich bereits in Deutschland befinden und um Schutz nachsuchen, nicht von dieser Regelung profitieren. So wurde durch solche Beschlüsse bislang auch keine einzige Abschiebung verhindert.

Zum anderen werden nur wenige Personen davon profitieren können. Weiterhin wird die Mehrzahl der Flüchtlinge an der europäischen Flüchtlingspolitik scheitern. Die Aufnahme durch die Stadt Münster ist so zwar ein wichtiges politisches Signal: Deserteure und Kriegsdienstverweigerer aus Kriegsgebieten brauchen Schutz. Sie ersetzt aber keineswegs eine grundlegende Änderung der Flüchtlingspolitik und des Umgangs mit denjenigen, die sich einem Krieg verweigern.

Rudi Friedrich

Connection e.V.

Connection e.V. hat in Budapest ein Haus für Deserteure mit aufgebaut und unterstützt Kriegsdienstverweigerer und Deserteure aus Kriegsgebieten, Asyl zu bekommen. Der Verein arbeitet auch mit Initiativen zusammen, die in anderen Städten, wie z.B. Freiburg, gemäß dem geschilderten Verfahren Deserteure einladen möchten. Die Initiativen und Beschlüsse werden im Rundbrief "KDV im Krieg" dokumentiert. Ein Reader zu den Städtebeschlüssen kann für 10 DM plus Porto bezogen werden bei: Connection e.V., Gerberstr. 5, 63065 Offenbach, Tel.: 069-82375534, Fax: 069-82375535, Email: Connection.eV@t-online.de. Zur Unterstützung des "Hauses für Deserteure" werden Spenden auf das Konto 7085703 bei der Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 370 20 500, erbeten. Spenden sind steuerlich absetzbar.

8. Rot-Grün setzt auch hier auf Kontinuität. Deutsch-türkische Waffenbrüderschaft

Autor: Thomas Klein · Rubrik: Rüstungsexport; SPD; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak432/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:432:20

Mit ihrer Entscheidung, einen Leopard-II-Kampfpanzer zu Testzwecken an die Türkei zu liefern, beweist die rot-grüne Bundesregierung erneut, dass gerade sie um "Kontinuität in der Außenpolitik" bemüht ist - trotz aller Menschenrechtsrhetorik. Die aktuelle Entscheidung reiht sich jedenfalls nahtlos in die seit Jahrzehnten praktizierte Waffenbrüderschaft zwischen Deutschland und der Türkei ein.

Der Bundeskanzler und große Teile der SPD-Bundestagsfraktion zeigten sich zunächst erstaunt, angesichts der teils heftigen Kritik an der Entscheidung, der Türkei einen Leopard-II-Kampfpanzer zu Testzwecken zur Verfügung zu stellen: Ob der Export von 1.000 hochmodernen Leopard-II-Kampfpanzer, in einem Jahr folgt, so wird argumentiert, sei doch noch gar nicht beschlossen. Beim kleinen Koalitionspartner in Berlin überwiegen nach einem ersten Aufschrei mittlerweile die Bemühungen, sich einerseits deutlich von dem Beschluss abzusetzen, andererseits das Thema zur inhaltlichen Profilierung zu nutzen.

In einem Jahr wird sich allerdings die Situation nicht anders darstellen als heute. Sollte die Türkei auf die Anschaffung der Leopard-II-Panzer drängen, wird die Rüstungsschmiede Kraus-Maffei/Wegmann darauf verweisen, dass ein sehr lukratives Milliarden-Geschäft winkt. Die Firma wird dann betonen, wie viele Arbeitsplätze durch dieses Geschäft gesichert werden könnten. Außerdem wird mit Sicherheit darauf verwiesen, dass die deutschen Rüstungsfirmen angesichts knapper öffentlicher Mittel, die weniger Großaufträge bei der Bundeswehr zulassen, dringend auf solche Bestellungen aus dem Ausland angewiesen seien.

Die Entscheidung zur Lieferung des Testpanzers ist also tatsächlich die entscheidende Weichenstellung für das Gesamtgeschäft. Gleichzeitig macht sie deutlich, in welcher Weise die Industrie und große Teile der SPD in nächster Zeit die Diskussion zu führen gedenken. Es wird eine Diskussion sein, bei der es um Arbeistplätze, die Sicherung des "Standortes Deutschland", um die wichtige Rolle der Türkei, um Bündnistreue und Verlässlichkeit geht. Den Wunsch aus Ankara, nach erfolgter Erprobung, weitere 1.000 Leopard-II-Panzer zu erhalten, wird die Bundesregierung kaum ausschlagen können, selbst wenn hier zu Lande der Druck zunimmt, das Geschäft nicht zu genehmigen. Warum sollte sie einen Testpanzer liefern, wenn sie das Gesamtgeschäft gar nicht zu genehmigen beabsichtigt?

Möglich, dass die Türkei in einem Jahr feststellt, dieses größte deutsch-türkische Waffengeschäft aller Zeiten nicht finanzieren zu können oder dass die anderen an der Ausschreibung beteiligten Firmen bessere Angebote vorlegen. Doch bei Interesse an den Kampfpanzern wird jedenfalls der Handlungsspielraum für die Bundesregierung, trotz Protesten in der Bevölkerung und beim kleinen Koalitionspartner, minimal sein.

Dass bis dahin der Protest und Widerstand gegen die Fortsetzung der engen deutsch-türkischen Waffenbrüderschaft eine solche Größenordnung erreicht, der die Entscheidungsträger noch umstimmt, ist vor dem Hintergrund der in den letzten Jahren eher schwächer gewordenen Proteste gegen diese Politik eher unwahrscheinlich.

Ob die Zahl der "Verschwundenen", der durch staatlich Stellen misshandelten, gefolterten und ermordeten Menschen höher oder niedriger ist als jetzt, ob nach einseitiger Waffenruhe durch die kurdische Guerilla und deren Bestrebungen nach einem Dialog sich tatsächlich eine positive Entwicklung abzeichnet - derartige Fragen werden kaum eine große Rolle spielen: Sie hatten für die Bundesregierungen in der Vergangenheit zumindest keine, sie haben es aktuell bei der getroffenen Entscheidung nicht - warum sollten sie es für die Befürworter der Lieferung, Scharping, Müller und Schröder, in Zukunft haben?

Waffen gab es immer reichlich

Im September 1980 putschte in der Türkei das Militär. Vor und während des Putsches hielt sich die schnelle Eingreiftruppe der NATO in der Türkei auf. Das erste internationale Abkommen, dem die Militär-Junta ihre Zustimmung gab, war ein Vertrag mit der Bundesrepublik über Polizeihilfe im Wert von 15 Millionen Mark. Im Rahmen dieses Vertrages wurden Waffen, Munition, kugelsichere Westen und Polizeifahrzeuge geliefert.

Das massenhafte "Verschwindenlassen" von Oppositionellen, auch die von amnesty international und anderen Menschenrechtsorganisationen vielfach dokumentierte systematische Folter und Morde in Polizeistationen und Gefängnissen standen zu dieser wie auch zu späteren Zeiten kooperativen und freundschaftlichen Beziehungen nicht im Weg.

Gerade in den Jahren nach dem Putsch, in denen Tausende von Verschwundenen, Misshandlungen und Folter an Hunderttausenden von Gefangenen an der Tagesordnung waren, intensivierte die damalige Bundesregierung die militärische Zusammenarbeit: Zu den bis dahin üblichen NATO-Verteidigungshilfen gewährte Bonn ab 1980 zusätzliche "Rüstungssonderhilfen". In Bonn regierte zu dieser Zeit eine SPD-FDP-Regierung.

Hilfe erhielt die Militär-Regierung auf verschiedenen Ebenen. Nach Recherchen des Geheimdienstexperten Erich Schmidt-Eenboom unterstützte Klaus Kinkel, damals Chef des Bundesnachrichtendienstes (BND), "nachhaltig den Geheimdienst der Militärdiktatur, der im In- und Ausland für Folterung und politische Morde verantwortlich war, bei dessen Bemühungen, die in der Bundesrepublik lebende türkische Opposition, besonders die kurdische, zu verfolgen". Der BND hatte nicht zuletzt das Informations- und Dokumentationssystem des türkischen Geheimdienstes MIT aufgebaut und erheblichen Anteil daran, so Schmidt-Eenboom, "dass die Unterdrückung der Demokraten in der Türkei noch professioneller" betrieben werden konnte.

Die von den NATO-Partnern USA und BRD nach dem Putsch großzügig gewährten Militär- und Rüstungssonderhilfen wurden hauptsächlich dafür verwendet, den immer noch sehr veralteten Waffenbestand der türkischen Streitkräfte von Grund auf zu modernisieren. Gleichzeitig wurde der Aufbau einer nationalen Rüstungsindustrie mit erheblicher deutscher Unterstützung vorangetrieben. Spätestens nachdem die Türkei 1974 den Nordteil Zyperns besetzt hatte und die US-Regierung ein längere Zeit gültiges Waffenembargo verhängte, unternahm Ankara erhebliche Anstrengungen, die Abhängigkeit von ausländischen Waffenlieferanten zu reduzieren. Bei diesen Bemühungen eine eigenständige Rüstungsindustrie aufzubauen - schließlich musste sie zu dieser Zeit mangels einer eigenständigen Rüstungsindustrie nahezu alle Waffen importieren - setzte die Türkei auf die "deutsche Karte".

Arbeitsteilung in der NATO

Innerhalb der NATO war die Bundesrepublik Deutschland für die Türkei "zuständig". 1963 hatte die NATO-Spitze an alle Mitglieder des westlichen Militärbündnisses die Empfehlung ausgegeben, die südlichen, nicht über eine eigenständige Rüstungsindustrie verfügenden Mitgliedsländer Portugal, Griechenland und die Türkei auszurüsten. Im Zuge der "Eindämmungspolitik" (damit gemeint: Eindämmung des Kommunismus) gab es umfangreiche Waffenlieferungen einiger NATO-Länder an pro-westliche Länder in Afrika, Asien und Lateinamerika. Ein anderer, wichtiger Aspekt dieser Politik war die beschlossene Arbeitsteilung in der NATO. Bei deren Umsetzung avancierte die Bundesrepublik zu einem bedeutenden Aktivposten.

Während die USA, Frankreich und Großbritannien als zu dieser Zeit größte Waffenexporteure ihren Beitrag zur "Eindämmungspolitik" leisteten, versorgte die Bundesrepublik in einer "gerechten Arbeitsteilung in der NATO", so die offizielle Sprachregelung, ab 1964 die Türkei mit Finanz- und Militärhilfen. Für viele Jahre sollte die Türkei am "Waffen-Tropf" der USA und der Bundesrepublik hängen. Über einen längeren Zeitraum waren über 90% aller von der türkischen Armee eingesetzten Waffen deutschen und US-amerikanischen Ursprungs.

Erst mit dem Aufbau einer Rüstungsindustrie, die ab Mitte der achtziger Jahre Gestalt annahm, verringerte sich diese Abhängigkeit von den NATO-Partnern. 1985 gründete die Türkei die Behörde zur Förderung der Rüstungsindustrie. Noch im selben Jahr wurde in Kirikale, östlich von Ankara, eine große Panzerrohrfabrik eröffnet. Der aktive Betreiber auf diesem Gebiet war der staatliche Verband der Maschinen- und Chemieindustrie (MKEK). Koordiniert wurden die Arbeiten zur Fertigstellung des Werkes in Kirikale vom Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung in Koblenz, das bis heute bei den deutsch-türkischen Rüstungsgeschäften federführend ist.

Deutsche Unternehmen waren in der Geburtsstunde der türkischen Rüstungsindustrie zur Stelle. Nachdem die Bundesrepublik mit Waffenverkäufen im Wert von rund 1,5 Milliarden Mark genau in den Jahren nach dem Militär-Putsch wichtigster Waffenlieferant gewesen war und die USA auf Platz zwei verdrängte, nutzte die deutsche Industrie diese Situation, um ins Geschäft zu kommen. Keine Worte können die Rolle besser

würdigen, als die aus einer türkischen Ausgabe der Militärzeitschrift Defense and Aerospace: "Wenn heute in der Türkei überhaupt von einer Rüstungsindustrie gesprochen werden kann, so hat sie das in allererster Linie der Bundesrepublik Deutschland zu verdanken. Firmen wie Frietz Werner, Heckler&Koch, Rheinmetall, MBB und Diehl sind unserem Verband der Maschinen- und Chemieindustrie bestens bekannt".

Die Unterstützung war und ist jederzeit gesichert

Bestens bekannt ist die Armeeausstattung Made in Germany den Menschen in den kurdischen Provinzen in der Türkei und im Nordirak. Während sich aus Sicht der türkischen Generäle und befreundeter NATO-Regierungen in den achtziger Jahren die politische Lage in der Türkei stabilisiert hatte, geriet die Situation in den kurdischen Provinzen des Landes zusehends außer Kontrolle: Mit Razzien und massiver Unterdrückung konnte das Erstarken der kurdischen Arbeiterpartei PKK nicht verhindert werden, sondern provozierte im Gegenteil erst die militärische Eskalation in Kurdistan. Doch auch hier war die Bundesrepublik auf verschiedenen Ebenen zur Stelle.

Die als Polizei-, Militär- und Rüstungshilfen deklarierte Unterstützung nahm erstaunliche Formen an: 1985 hielt sich die Spitze der türkischen Polizei in der Bundesrepublik auf. Auf dem Programm stand u.a. ein Besuch beim Bundeskriminalamt (BKA) in Wiesbaden und bei der Bundesgrenzschutzeinheit GSG-9 in Bonn. Kurz darauf stellte die Türkei Spezialtruppen für den Einsatz in Kurdistan auf.

Zu diesem Thema gab es eine Anfrage der grünen Partei. "Joseph Fischer und Fraktion" wollten zu Oppositionszeiten wissen, ob die in der türkischen Presse als Schwarze Käfer bezeichneten und für ihre Grausamkeit schnell bekannt gewordenen Spezialtruppen "auf ihre Ausbildungsaufgaben in der Bundesrepublik Deutschland vorbereitet worden sind bzw. immer noch werden?" Die vieldeutige Antwort der Kohl-Regierung: "Der Bundesregierung sind Berichte über Sondereinsatzkommandos ‚Schwarze Käfer` ... nicht bekannt geworden". Und auf die Frage "Treffen Berichte zu, dass Angehörige dieser Sondereinheiten u.a. von Spezialisten der Bundesgrenzschutzeinheit ausgebildet wurden?" antwortete die Bundesregierung kurz und knapp mit "Nein".

Was die Bundesregierung in der Anfrage der damaligen Opposition dreist abstritt, brachte die türkische Tageszeitung Tercüman im Januar 1987 ausgerechnet auf der Titelseite. Unter der Schlagzeile "Unsere Kommandos werden in Deutschland ausgebildet" dokumentieren Fotos und ein Interview mit dem GSG-9-Offizier Anselm Weygold, dass die Bundesregierung es mit der Wahrheit bei den heiklen deutsch-türkischen Ausbildungs- und Polizeihilfen nicht so genau nahm.

Als amnesty international 1988 erklärte: "Seit 1980 sind in der Türkei mehr als eine viertel Millionen Menschen aus politischen Gründen in Haft genommen worden. Gefoltert wurden sie fast alle", entgegnete die damalige Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Irmgard Adam-Schwaetzer, "amnesty sagt, es würde systematisch gefoltert. Diese Hinweise haben wir nicht."

Als die Türkei von der Bundesrepublik den größten Teil des NVA-Nachlasses aus ehemaligen DDR-Militärbeständen geschenkt bekam, tauchten kurz darauf Fotos auf, die den Einsatz dieses Geräts zeigten. Trotz unzähliger Zeugenaussagen, Fotos, ja sogar Videos, die diese Tatsache belegen, hatte Ex-Außenminister Kinkel dazu "keine Erkenntnis".

Und genau diese Verleugnung der Fakten betreibt nun die Schröder-Fischer-Regierung. Die Ausfuhr des Testpanzers wurde genehmigt, die Lieferung von Einzelteilen für Haubitzen gleichzeitig mit dem Argument abgelehnt, diese könnten zur Bekämpfung kurdischer Separatisten, also vertragswidrig, eingesetzt werden. Eine völlige Verkennung der Realität: Es sind gerade die hochmobilen Schützenpanzer aus ehemaligen NVA-Beständen und auch die Leopard-I-Kampfpanzer, über die die Türkei bereits in großer Zahl verfügt, die bei den Dorfzerstörungen und den kurdischen Gebieten in der Türkei und vor allem bei den völkerrechtswidrigen Vorstößen in den Nordirak immer wieder zum Einsatz kommen.

Das ist bestens dokumentiert und wurde von Politikerinnen und Politikern der ehemaligen Oppositionsparteien vor noch nicht allzu langer Zeit der Kohl-Kinkel-Regierung vorgeworfen. Es gab aus diesen Reihen sogar die Unterstützung für eine "Völkermordanzeige" gegen die alte Bundesregierung, weil sie mit ihren immensen Waffenlieferungen sich der "Beihilfe zum Völkermord", der "Mitverantwortung bei Vertreibung, Zerstörung und Krieg" schuldig gemacht habe.

Nun ist alles ganz anders: Die Türkei ist ein "wichtiger Verbündeter" (Scharping) und zur "Regierungsverantwortung" in Berlin gesellt sich die wenig erfreuliche, der Öffentlichkeit schlecht zu "verkaufende" Mitverantwortung bei völkerrechtswidrigen Vorstößen, Dorfzerstörungen, sowie Folter und Mord. So bitter es vor allem für die Menschen in der Türkei auch sein mag: Bei Waffenlieferungen und der Unterstützung an den NATO-Partner Türkei gehen die offiziellen Stellen in der Bundesrepublik sprichwörtlich über Leichen. Und türkische und deutsche Stellen arbeiten da seit Jahrzehnten Hand in Hand.

Die im Koalitionsvertrag vor einem Jahr festgelegte Bestimmung, dass die Menschenrechtsklausel bei Rüstungsexporten Eingang finden muss und Waffenlieferungen restriktiv zu handhaben sind, steht schlicht der auf "übergeordneter Ebene" getroffen Entscheidung entgegen: Der "gerechten Arbeitsteilung im Militärbündnis". Die Funktion und Rolle der NATO werden aber weder die SPD noch die Bündnisgrünen kritisch hinterfragen. Schon gar nicht nach dem völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien.

Alle Hoffnungen auf eine einschneidende Kursänderung der Bundesregierung blenden aus, dass gerade der Bündnisgrüne Joseph Fischer um "Kontinuität in der Außenpolitik" bemüht ist. Tatsächlich wurden bisher in der Außen- und Sicherheitspolitik sämtliche Grenzen - sogar in Fragen von Krieg und Frieden - überschritten. Und bei Schröder, Müller und Scharping verbieten sich (fast von selbst) alle Hoffnungen, die Brisanz z.B. von weiteren Waffenlieferungen an die Türkei könnte ein Hindernis sein, ein milliardenschweres Geschäft zu unterbinden.

Da wird eher ein Chemiewaffen-Labor geliefert - natürlich zu "defensiven Zwecken" (Scharping)!

Thomas Klein

Postkarten "Keine Kampfpanzer für die Türkei" und Informationsmaterial zur Rüstungskooperation mit der Türkei gibt es u.a. bei:

Netzwerk Friedenskooperative, Römerstr. 88, 53111 Bonn, Tel.: 0228 / 69 29 04;

Kampagne gegen Rüstungsexport, Bismarckring 3, 65183 Wiesbaden, Tel.: 0611 / 910 23 50;

9. Anything Goes. Polizeiliche Kooperation innerhalb der EU

Autor: Claudia Roth und Mark Holzberger · Rubrik: Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak432/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:432:15

Mit Blick auf die innereuropäische Demokratie kann man in der EU von einem regelrechten "schwarzen Loch" sprechen. Schon durch den im Mai 1999 in Kraft getretenen Amsterdamer Vertrag ist es nicht kleiner, sondern größer geworden. Auch der innen- und justizpolitische Sondergipfel der westeuropäischen Regierungschefs, der im Oktober im finnischen Tampere stattfand, war nicht in der Lage - und vermutlich auch nicht willens - das in die unendlichen Weiten des Weltraums abdriftende Demokratiedefizit der EU einzufangen.

Otto Schily hatte sich für die deutsche EU-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 1999 im Bereich der praktischen polizeilichen Zusammenarbeit viel vorgenommen. Ein "Problemfall" war aus seiner Sicht der überfällige Abschluss des sogenannten neuen Rechtshilfeübereinkommens. Seit rund zwei Jahren wird darüber verhandelt.

Im Prinzip ist man sich in der EU über alle Fragen in diesem Zusammenhang einig: So sollen künftig "Spontanübermittlungen" persönlicher Daten durch die Strafverfolgungsbehörden eines Landes in einen anderen EU-Staat erlaubt sein. Ohne ein vorhergehendes Ersuchen sollen Polizeibehörden künftig Informationen unter sich EU-weit austauschen dürfen. Für die Übermittlung werden keine Grenzen gesetzt - weder was die Schwere der Straftat betrifft, noch was den Charakter der Information angeht.

Auch sollen verdeckte - sprich: geheime - Ermittlungsmethoden der Polizei künftig grenzüberscheitend möglich sein. Ein Straftaten-Katalog hierfür fehlt. Mit dem Hinweis auf eventuelle Haftungsprobleme "für gegebenenfalls bei verdeckten Ermittlungen begangene Verstöße oder verursachte Schäden" erkennt der Abkommensentwurf implizit an, dass es bei solchen Einsätzen zu "milieutypischen Straftaten" kommen wird, wie dies bei Spitzeleinsätzen üblich ist.

Die Möglichkeiten der Polizei, über Landesgrenzen hinweg "kontrollierte Lieferungen" - also Schmuggelaktivitäten wie den Münchener Plutonium-Deal 1994 - durchzuführen, soll mit dem Rechtshilfeübereinkommen erheblich ausgeweitet werden. Künftig soll dies bei allen auslieferungsfähigen Straftaten möglich sein - also bei allen Delikten mit einer Mindeststrafe von einem Jahr. Die Begrenzung ist also in Wirklichkeit keine, denn alle für derartige Operationen in Frage kommenden Schmuggeldelikte werden höher bestraft.

Schließlich soll es in Zukunft möglich sein, im Ausland befindliche ZeugInnen per Videokonferenz zu vernehmen. Auch diese Maßnahme dient vor allem der Abschirmung von Polizeispitzeln. Dass so zukünftig Angeklagte vernommen werden können, ist allerdings auch hinsichtlich der Abschottung von Kronzeugen lukrativ.

Grenzenloses Abhören

Einzig über die Frage des Abhörens neuer Telekommunikationsdienste besteht innerhalb der EU noch ein Dissens. Durch das neue Rechtshilfeübereinkommen soll das Abhören auf einer völlig neuen Stufe möglich werden, darin sind sich die Polizeivertreter einig. Aber solange man sich im Detail auf keine Lösung verständigt hat, wird auch das gesamte Rechtshilfeabkommen nicht verabschiedet werden.

Seit Anfang der 90er Jahre hat die EU - in Zusammenarbeit mit dem US-amerikanischen FBI - Pläne für ein internationales Abhörsystem entwickelt. (vgl. ak 424) Dieses ist zwar auf die Tätigkeit von Strafverfolgungsbehörden beschränkt, doch wird z. B. in Großbritannien hierzu auch der Inlandsgemeindienst MI5 gezählt. 1995 fassten die EU-Innen- und Justizminister einen Beschluss, mit dem das Abhören auch seitens privater Netzbetreiber und damit von Handys und Satellitentelefonen sowie von E-Mails und Internet ermöglicht werden sollte.

Probleme bereitet allerdings die Kommunikation per Satellit. Die bislang einzige europäische Bodenstation für den satellitengestützten Fernmeldeverkehr mit dem Namen "Iridium" (die im Besitz der US-amerikanischen Firma Motorola ist) ist seit dem 1. November 1998 auf Sizilien in Betrieb. (1) Egal, wo auch immer jemand eine

Nachricht per Satellit aus einem EU-Staat empfängt, muss sie zuvor die italienische Bodenstation passiert haben.

Geplant ist nun, den Mitgliedstaaten mit Hilfe eines Systems der "Fernkontrolle" zu ermöglichen, die Überwachung in ihrem Hoheitsgebiet durchzuführen. Hierfür werden die (abzuhörenden) Gespräche automatisch von Sizilien in den entsprechenden EU-Staat übermittelt.

Bislang war es nach dem geltenden Rechtshilfeübereinkommen so, dass jeder einzelne Abhörantrag stets an Rom gerichtet werden musste. Nunmehr soll - so die Absicht des neuen Rechtshilfeübereinkommens - eine einzige Anordnung genügen, um ein für alle mal per "Fernkontrolle" unbegrenzt mitlauschen zu können. Nach Ansicht Roms bewirkt diese Änderung unweigerlich eine Einschränkung der Souveränität Italiens - insbesondere was die Verwendung dieser Daten durch Geheimdienste anbelangt. (2) Allerdings ist Italien mit dieser Ansicht innerhalb der EU völlig isoliert - eine Lösung konnte auch unter der deutschen EU-Präsidentschaft nicht erzielt werden.

Dennoch blickte Otto Schily in einer Ende September herausgegebenen Bilanz der deutschen EU-Präsidentschaft auf "erfolgreiche" sechs Monate zurück.

Erwähnenswert z. B. ist die "Entschließung zur Bekämpfung internationaler Kriminalität mit Ausbreitung über Routen". Dies ist ein polizeiliches Fahndungsinstrument, wie es schon zu Zeiten der Schengen-Kooperation erprobt worden ist: Zu einem bestimmten Zeitpunkt finden in der gesamten EU, in einzelnen Ländern und Regionen oder entlang bestimmter Verkehrswege intensive Kontroll- und Fahndungsaktivitäten von Hunderten oder Tausenden PolizistInnen statt. (3) Nun soll dieses Instrument, dessen Effektivität der Öffentlichkeit gegenüber bis heute nicht nachgewiesen wurde, vervollkommnet werden. Das bedeutet nicht nur, dass es in "allen in Betracht kommenden Deliktbereichen" angewandt werden kann, sondern dass nunmehr auch EUROPOL in die Durchführung und Auswertung derartiger Massenkontrollen eingebunden werden soll.

Zur Bekämpfung der professionellen Fluchthilfe wurde ein Frühwarnsystem zur Übermittlung von Informationen über "illegale Zuwanderung und Schleuserkriminalität" eingerichtet. Ziel dieser , so Schily, "besonders Erfolg versprechenden Methode" ist die Auswertung statistischer - und zu einem nicht unerheblichen Teil polizeilicher - Informationen über "Vorkommnisse und Ereignisse", die auf entsprechende Entwicklungen schließen lassen. Bereits weit vor den Grenzen der EU - namentlich an den Außengrenzen der Beitrittskandidaten - soll dieses Frühwarnsystem eingerichtet werden. (4)

EUROPOL grenzenlos

Trotz großer Ankündigungen sind die wirklich wegweisenden Ergebnisse des Sondergipfels in Tampere im Bereich der polizeilichen Zusammenarbeit eher mager: die Regierungschefs konzentrierten sich vor allem auf den Ausbau und - das war neu - die justizielle Begleitung der europäischen Polizeibehörde EUROPOL.

Zum 1. Juli 1999, nachdem alle Mitgliedstaaten die entsprechende Konvention und sämtliche Durchführungsbestimmungen ratifiziert hatten, nahm EUROPOL offiziell seine Arbeit in Den Haag auf. Bislang hatte EUROPOL nur in der Keimform der Europäischen Drogenbekämpfungsbehörde (EDU) existiert.

Derzeit arbeiten bei EUROPOL 132 Beamtinnen und Beamte. Die meisten sind als Verbindungsbeamte von den Zentralstellen der nationalen Polizeibehörden (z.B. dem deutschen BKA) nach Den Haag entsandt. Bis 2003 soll sich deren Zahl fast verdreifachen. Etwas moderater fällt die geplante Steigerung dert benötigten Haushaltsmittel aus: Diese sollen von derzeit rund 19 Mio. auf dann 37 Mio. Euro anwachsen.

Das Europäische Parlament hat gegenüber EUROPOL keine aktive Kontroll-Kompetenz, sondern wird gemäß Art. 34 Abs. 1 der EUROPOL-Konvention (EPK) lediglich einmal jährlich über dessen Tätigkeit unterrichtet - und dies auch nur unter Geheimhaltungspflicht, wie sie sonst für die Geheimdienstkontrolle üblich ist. Ähnliches gilt für die nationalen Parlamente. EUROPOL unterliegt keinerlei Weisungspflicht. Eurocops werden also allein nach eigenem Gutdünken operieren. EUROPOL ist somit letztlich nur sich selber verantwortlich - der vorläufige Höhepunkt der schon seit Jahren zu beobachtenden Entwicklung einer sich verselbstständigenden Exekutive.

Bei EUROPOL werden viele und intime Daten zusammengeführt. So sollen nicht nur Informationen über Straftäter und Verdächtige, sondern auch über deren Kontakt- und Begleitpersonen, ja selbst über "mögliche

Zeugen" und "mögliche Opfer" gesammelt werden. EUROPOL interessiert sich dabei nicht nur für die politische Gesinnung dieser Menschen, sondern auch für deren sexuelle Orientierung und "rassische Herkunft". Bei der Qualität der zu erfassenden Information ist man bei EUROPOL nicht allzu wählerisch. So sollen in den "Analysedateien" auch "weiche Daten" verarbeitet werden. Diese personenbezogenen Daten werden von EUROPOL auch von V-Leuten oder anderen Hinweisgebern entgegengenommen, deren Verlässlichkeit selbst von EUROPOL "nicht beurteilt werden kann". Schließlich sieht die EUROPOL-Konvention vor, dass Geheimdienst-Informationen eingespeist werden bzw. dass EUROPOL seine Erkenntnisse an Nachrichtendienste weiterleiten kann.

Die EPK sieht in Art. 41 vor, dass Eurocops "die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Vorrechte und Immunitäten nach Maßgabe eines Protokolls" genießen sollen. Das Immunitätenprotokoll wiederum legt fest, dass EUROCOPS "Immunität von jeglicher Gerichtsbarkeit" genießen. Diese Regelung ist schon für sich genommen inakzeptabel. Verschärft wird das Problem aber noch dadurch, dass die EUROPOL-Kompetenzen weiter ausgebaut werden sollen. Art. 30 Abs. 2 a) des Amsterdam Vertrages sieht nämlich vor, dass EUROPOL spätestens in fünf Jahren sogenannte operative Befugnisse bekommen soll. Was ist darunter zu verstehen?

Bereits die EDU leistete für die nationalen Polizeibehörden "operative Unterstützungsleistungen" in Form der Bereitstellung technischen Personals und Ausrüstung. Daneben wurden aber auch Ermittlungen koordiniert. Aus Sicht des deutschen EUROPOL-Direktors Storbeck soll mit dem Amsterdamer Vertrag die schon bei der EDU übliche Praxis nachträglich legalisiert werden. Solange EUROPOL keine "exekutiven Befugnisse" erhält, solange entstünde - selbst bei der vorgesehene Kompetenzerweiterung - auch kein Änderungsbedarf im Hinblick auf die EUROPOL-Konvention. Nach wie vor herrscht hierüber aber vollkommene Unklarheit. Wenn EUROPOL Ermittlungsarbeiten nationaler Polizeibehörden in gemeinsamen Teams "erleichtern, unterstützen und fördern" soll, so ist daran zu erinnern, dass bei EUROPOL das gesamte Polizeiwissen der EU konzentriert und analysiert werden soll. Wo wird die "Unterstützungsarbeit" der Eurocops enden? Wo werden sie qua ihres Wissensvorsprungs beginnen, Ermittlungsverfahren eigenständig zu steuern bzw. zu führen?

In Tampere wurden in Bezug auf EUROPOL im wesentlichen die bisherigen Leitlinien wiederholt. So heißt es in der Abschlusserklärung, EUROPOL käme "bei der Unterstützung der Kriminalitätsverhütung sowie der Analysen und Ermittlungen in Straftaten auf Unionsebene eine Schlüsselrolle zu". Der Europäische Rat fordert, dass "in der nahen Zukunft die Rolle von EUROPOL dadurch weiter gestärkt werden sollte, dass es operative Daten von den Mitgliedstaaten erhält und ermächtigt wird, die Mitgliedstaaten um die Einleitung, Durchführung oder Koordinierung von Ermittlungen oder um die Einsetzung gemeinsamer Ermittlungsteams in bestimmten Deliktbereichen zu ersuchen, wobei die Systeme der gerichtlichen Kontrolle in den Mitgliedstaaten zu beachten sind." Die hier ausdrücklich genannte Ermächtigung für EUROPOL, die nationalen Polizeibehörden um die Einleitung von Ermittlungsverfahren zu "ersuchen", überschreitet eindeutig den bisherigen "unterstützenden" Handlungsrahmen.

Die EU hat eine Demokratieoffensive nötig

In Tampere wurde aber immerhin auch die Einsetzung eines neuen Gremiums beschlossen, dass EUROPOL im Hinblick auf die Erweiterung seiner Kompetenzen kontrollieren soll: EUROJUST. "Zur Verstärkung der Bekämpfung der schweren organisierten Kriminalität" sollen "Staatsanwälte, Richter oder Polizeibeamte mit gleichwertigen Befugnissen" in diese neue Stelle entsandt werden. "EUROJUST soll die Aufgabe haben, eine sachgerechtere Koordinierung der nationalen Staatsanwaltschaften zu erleichtern und die strafrechtlichen Ermittlungen mit OK-Bezug insbesondere auf Grundlage von EUROPOL-Analysen unterstützen."

Der Ausbau staatsanwaltschaftlicher Kontrolle ist erst einmal aus rechtsstaatlichen Gründen zu begrüßen. Aber die Erfahrungen von Spezialstaatsanwaltschaften (sei es z.B. in der BAW oder OK-Abteilungen bei den regionalen Staatsanwaltschaften) mahnen zur Vorsicht: zum einen fehlt es den dort tätigen Spezial-Staatsanwälten mit der Zeit immer mehr an Distanz und zum anderen haben auch sie - so die oft gehörte Klage - die sich immer mehr durch Geheimdienstmethoden abgeschotteten bzw. verselbstständigten Polizeibehörden nicht im Griff.

Anhand dieser Aspekte ist der Aufbau von EUROJUST zu hinterfragen. Die übrigen oben dargelegten Kritikpunkte an EUROPOL können durch den Aufbau von EUROJUST allein ohnehin nicht ausgeräumt werden.

Alles in allem muss der Sondergipfel der EU in Tampere differenziert bewertet werden. Zwei Aspekte dürfen nicht vergessen werden: zum einen die Einsetzung eines Gremiums, das mit der Erarbeitung einer EU-Grundrechtscharta beauftragt worden ist - eine alte Forderung von Bürgerrechtsgruppen. Und zum zweiten hat die EU einen Richtungsschwenk hinsichtlich der Stärkung der justizpolitischen Ebene unternommen. So bemüht man sich nun, den gerichtlichen Rechtsschutz sowie die zivilrechtliche Harmonisierung voranzubringen. Die im Alltag für jede und jeden erlebbaren praktischen Effekten, sei es z. B. beim Scheidungs- und Erbrecht, sollten nicht unterschätzt werden.

Und dennoch, fortschrittliche KriminalpolitikerInnen können mit den Ergebnissen von Tampere nicht zufrieden sein: weder Entkriminalisierungs- noch andere alternative Ansätze sind in den Vorbereitungen, geschweige denn auf dem Gipfel selbst, auch nur angesprochen worden. Statt dessen konzentrierte man sich im Wesentlichen auf die polizeiliche Aufrüstung.

Claudia Roth und Mark Holzberger

Anmerkungen:

1) In Kürze soll jedoch eine weitere Station (Globalstar) ihren Betrieb in Frankreich aufnehmen.

2) Rom geht es aber in seinem Bedenken nicht um den Schutz der Bürgerrechte, sondern allein um den Schutz von Informationen, welche die nationale Sicherheit Italiens betreffen sowie darum, dass der italienische Präsident, die Mitglieder des Kabinetts sowie die Parlamentsabgeordneten nicht abgehört werden dürfen.

3) Zu dem im Oktober 1998 durchgeführten "Pilotprojekt Routen/Illegale Migration" der Schengener Mitgliedstaaten, bei der in der BRD 705 Personen und zu Großteil wieder zurückgeschoben wurden, vgl. ak 420.

4) In diesem Zusammenhang ist auch die im April 1999 vereinbarte Entsendung von polizeilicher Berater an sog. Problemflughäfen zu sehen. Im Rahmen eines Pilotprojekts am Flughafen Istanbul (!) "einer der neuralgischen Drehscheiben für Einschleusungen" sollen gefälschte Pässe entdeckt und die hiermit Reisenden am Zutritt in die EU gehindert werden.

10. 38 Flüchtlinge an deutschen Grenzen gestorben

Autor: Gabi Ohler · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak432/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:432:22

Zwischen Februar 1997 und Anfang Oktober 1999 wurden im deutschen Grenzgebiet 42 Menschen tot aufgefunden. 38 Menschen starben vermutlich bei dem Versuch, trotz Verbot und Hochrüstung die deutsche Grenze zu überwinden. Bei den anderen handelt es sich um deutsche bzw. einen Schweizer Staatsangehörigen, bei deren Tod die Grenze keine Rolle spielt. Weitere 34 Menschen wurden beim Grenzübertritt verletzt. Durch Anwendung unmittelbaren Zwanges oder auf Grund der Verfolgung durch Grenzbeamte gab es zusätzlich 81 Verletzte. Viele Verletzungen kamen durch Bisse von Diensthunden zu Stande. Konsequenzen für die Beamten hatte das in der Regel keine.

Für ihre Antwort auf die Kleine Anfrage der PDS-Bundestagsfraktion nach Verletzten und Toten im Grenzgebiet der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union beschränkte sich die Bundesregierung auf eine Abfrage bei Behörden des Bundesgrenzschutzes, der Bundeszollverwaltung, der Wasserschutzpolizei Hamburg und Bremen sowie der Bayerischen Polizei und teilte mit, dass zur EU keine Erkenntnisse vorlägen. Diese Abfragen ergaben, dass die Herkunft von 17 Personen ungeklärt ist und es sich bei den anderen Toten um sieben Menschen aus Jugoslawien, fünf Menschen aus Afghanistan, vier aus Polen, zwei aus Mazedonien und je eine Person aus dem Senegal, Jugoslawien und Bangladesch handelt. Die meisten Menschen sind vermutlich ertrunken. Weitere Todesursachen sind u.a. Verkehrsunfälle, Unterkühlung und Herzversagen.

Im Verlauf dieses Zeitraumes hat die Zahl der Toten etwas abgenommen - dies liegt nach Angaben der Bundesregierung daran, dass ein Großteil der Menschen nun nicht mehr versucht, "über die deutsch-polnische Grenze mit den vor allem in der Dunkelheit gefährlichen Flüssen Oder und Neiße" einzureisen, sondern vermehrt über die Landgrenzen zwischen Deutschland und der Tschechischen Republik bzw. die deutsch-österreichischen Grenze einzureisen versucht.

Die 115 verletzten Menschen litten an Erfrierungen, Prellungen, Schürfwunden, an den Folgen von Verkehrsunfällen oder wurden von Zoll- und anderen Diensthunden gebissen. Die Herkunftsländer dieser Menschen sind (nach Häufigkeit): Rumänien, Jugoslawien, Irak, Tschechische Republik, Moldawien, Vietnam, Afghanistan, Sri Lanka, Indien, Senegal, Mazedonien. Jeweils zwei oder eine Person kommen aus Polen, der Slowakische Republik, Russland, Weißrussland, der Ukraine, der Türkei, Syrien, Albanien, Chile, USA und Bulgarien.

Dies ist die erschreckende Bilanz einer sicher unvollständigen Aufzählung. Sie sagt nichts über Menschen aus, die auf der anderen Seite der deutschen Grenze in Polen, in der Tschechischen Republik oder in Österreich, auf hoher See auf dem Weg nach Deutschland oder an anderen EU-Grenzen verletzt wurden oder starben. Informationen von UNITED for Intercultural Action und der Hamburger Zeitschrift off limits zufolge starben allein in der Zeit von Juni 1997 bis Februar 1998 also in nur acht Monaten 107 Menschen bei dem Versuch nach Europa zu gelangen. Drei Iraki wurden bei ihrem Versuch, die türkisch-griechische Grenze zu übertreten, durch Minen getötet, und ein Albaner wurde durch eine Bootsschraube tödlich verletzt. Die anderen 103 Menschen - neben fünf Albanern alle aus Nordafrika kommend - sind auf ihrem Weg nach Europa ertrunken.

In konsequenter Fortführung der Politik ihrer Vorgängerin definiert die Bundesregierung illegale Einreise als eine der Hauptgefahren für Deutschland und die Europäische Union und hat großes Interesse daran, durch stark gesicherte Außengrenzen einen Teil der Flüchtlinge und MigrantInnen an der Einreise zu hindern. Sie verwendet viel Geld und Zeit auf Absprachen, Kooperationen und Unterstützungsarbeit zur Stärkung dieser Grenzen. Dazu gehört auch, die Einreisenden zu kriminalisieren und jegliche Verantwortung von sich zu weisen. Nach Meinung der Bundesregierung sind "Tote und Verletzte im Zusammenhang mit dem Versuch, unerlaubt nach Deutschland einzureisen, ... die traurigen Begleitumstände einer Schleusungskriminalität, deren Drahtzieher immer professioneller und zunehmend menschenverachtender operieren."

Neben der humanitären Fluchthilfe geht es ganz gewiss nicht zimperlich zu bei einem Millionengeschäft, das die Notlage vieler Menschen ausnutzt und sie unter unwürdigen und lebensgefährdenden Umständen nach Deutschland oder in andere europäische Staaten bringt. Wer jedoch in einem der reichsten Länder der Welt

lebt, sich weigert, legale Möglichkeiten der Einwanderung zu schaffen und darüber hinaus ankündigt, das Grundrecht auf Asyl gehöre nun endlich ganz abgeschafft, muss damit rechnen, dass auch in den kommenden Monaten und Jahren Menschen, die sich nicht an der Einreise hindern lassen wollen, an den deutschen Grenzen sterben werden.

Gabi Ohler

11. "Selbstkochen ist ein Stück Menschenwürde". Flüchtlingshungerstreik in Berlin nach zwei Wochen abgebrochen

Autor: Peter Nowak · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak432/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:432:21

Von Mitte bis Ende Oktober protestierten in einem Hungerstreik rund 150 Flüchtlinge in Berlin gegen das bestehende Asylbewerberleistungsgesetz. Nach 16 Tagen mussten sie ihren Protest ergebnislos abbrechen.

"Ich wähle REP, damit die Asylanten schneller nach Bosnien zurückfliegen" - auch Wochen nach der Berlin-Wahl hängen solche Wahlplakate noch immer an vielen Laternen in Berlin-Pankow. Um die Flüchtlingsheime in der Buchholzer Straße und der Blankenburger Straße häufen sie sich. Die Flüchtlinge aus Bosnien und dem Kosovo haben sich schon daran gewöhnt.

Möglichst in der Nachbarschaft nicht auffallen, lautete bisher ihre Devise. Doch am 13. Oktober haben sie mit diesem Grundsatz gebrochen. Da brachten die Flüchtlinge Transparente mit den Slogans "Bargeld für alle" und "Wir sind Menschen und wollen so behandelt werden" an der Außenwand an. Schon nach wenigen Stunden waren die Transparente verschwunden. Ob sie von aktiven Nachbarn oder der Heimleitung entfernt wurden, weiß niemand. Mit der Transparentaktion wollten die Bewohner auf den Hungerstreik aufmerksam machen, an dem sich ca. 150 Bewohner von drei Berliner Flüchtlingsheimen vom 1. Oktober an 18 Tage beteiligt hatten. Neben den Flüchtlingen aus den beiden Heimen in Pankow beteiligten sich die Bewohner aus der Spandauer Streitstraße an der Aktion.

Der Hungerstreik war der Höhepunkt einer monatelangen Auseinandersetzung zwischen den Flüchtlingen und dem Deutschen Roten Kreuz (DRK), dass für die Betreuung der drei Heime verantwortlich ist. Seit dem 1. Juni erhalten die Flüchtlinge statt Bargeld eine von einer Catering-Firma gelieferte Vollverpflegung. Selbst das monatliche Taschengeld von 80 DM pro Person wird häufig gestrichen.

Milka, eine resolute Mittvierzigerin aus Bosnien, ruft erregt bei einer Protestveranstaltung vor der Berliner Sozialverwaltung: "Was soll ich meinen Kindern erzählen, wenn sie mich fragen, warum alle Mitschüler zu Weihnachten Geschenke bekommen, sie selber aber leer ausgehen? Oder kann mir jemand sagen, womit ich ohne Geld die Geschenke kaufen soll?" Renata aus Bosnien hat sich aktiv am Streik beteiligt, weil sie das Essen nicht mehr sehen kann. "Seit vier Monaten gibt es jeden Mittag Kartoffeln und Hähnchen und abends drei Tage Dosenfisch und drei Tage Salami der billigsten Qualität", klagt sie, und der Ekel steht ihr dabei ins Gesicht geschrieben.

Auch die Bettelei um einen Krankenschein empfinden die Flüchtlinge als demütigend. Häufig wird er von den zuständigen Behörden einfach verweigert, wie auch Flüchtlingsbetreuer berichten. Da hätten sich die Beamten demonstrativ Augen und Ohren zugehalten, als die Flüchtlinge von ihren Krankheiten berichten. Die Folgen hat auch Milka am eigenen Leib erfahren. Sie zeigt auf rote Flecken am Hals. "Viele hier im Heim leiden an einer Allergie, und weil wir nicht zum Arzt gehen können, verbreitet sie sich immer weiter."

Doch bei der Auseinandersetzung geht es nicht nur um Geld für Geschenke, besseres Essen und einen Krankenschein. Es geht den Flüchtlingen um die Verfügung über das eigene Leben. "Wir haben uns in den Kriegsmonaten im ehemaligen Jugoslawien monatelang nur von Kartoffeln und Nudeln ernähren müssen. Jetzt kann ich wieder nicht selber entscheiden, wie ich mich und meine Kinder ernähre", meint Milka, und es wirkt nicht pathetisch, wenn sie betont. "Selbst kochen ist für mich eine Frage der Menschenwürde."

Nach 19 Tagen Hungerstreik schwankte die Stimmung im Flüchtlingsheim zwischen dem Mut der Verzweiflung und Depression. Die Aussetzung ihrer Aktion ohne die kleinsten Verbesserungen fiel den Flüchtlingen nicht leicht. Doch weil viele von ihnen durch Krankheiten geschwächt waren, sahen sie sich zu diesem Schritt gezwungen. An ihren Forderungen halten sie weiter fest, und sie hoffen, dass das DRK seine mündlich gegebene Zusage, sich bei den Behörden gegen die Anwendung des Asylbewerberleistungsgesetzes auszusprechen, durchsetzt.

Das DRK ist zu einer klaren Positionierung bisher nicht bereit gewesen. Noch im September 1999 protestierte DRK-Präsident Klaus Schütz in Briefen an Berlins Regierenden Bürgermeister Diepgen und an Bundestagspräsident Thierse gegen die Streichung von Bargeld für Flüchtlinge. Die Sprecherin des DRK, Susanne Arabi, betont gegenüber der Presse, dass sie die Ängste und Befürchtungen der Flüchtlinge gut verstehen kann. "Man nimmt den Menschen den letzten Rest von Selbstbestimmung. Wir waren von Anfang an gegen das Asylbewerberleistungsgesetz und haben schon im Frühjahr letzten Jahres vor den Folgen gewarnt." Doch dem DRK seien die Hände durch mit den Bezirksämtern abgeschlossene Verträge gebunden. Die aber haben die Vollverpflegung zur Bedingung für den Vertragsabschluss gemacht und werden auch durch den Hungerstreik ihre Positionen nicht ändern.

Aushungern ist staatliches Programm

Ob das DRK mit offenen Karten spielt, ist zu bezweifeln. Nach Angaben Berliner Flüchtlingsberater verhandelte die DRK-Geschäftsführung nämlich gleichzeitig mit dem Spandauer Sozialamt über eine Verlängerung der Verträge - inklusive der inkriminierten Vollverpflegung. Gegenüber den Flüchtlingen drohte das DRK auch schon mal, die Leitung der Heime abzugeben. Dann würden Privatfirmen, die noch kommerzieller ausgerichtet sind, einspringen. Beispielsweise die Sorat-Kette, die zahlreiche Flüchtlingsheime in Berlin und Brandenburg betreut und dabei kräftig verdient. Aber auch für das DRK ist die Heimbetreuung durchaus lukrativ. Nach Angaben der Berliner Sozialsenatorin erhält es für die Unterkunft und Vollverpflegung pro Person monatlich 1.050 DM.

Das DRK verweist gegenüber den Hungerstreikenden auf die Zuständigkeit der Politiker. Doch die verantwortliche Berliner Sozialsenatorin Beate Hübner (CDU) lehnte bei einem Gespräch mit einer Flüchtlingsdelegation am 13. Oktober sämtliche Forderungen der Hungerstreikenden rundweg ab. Dabei hatten sich die Flüchtlinge schon auf eine Kompromisslinie geeinigt und waren bereit, als Ersatz für die Vollverpflegung das Chipkartensystem zu akzeptieren, das sie bisher als diskriminierend abgelehnt hatten. Denn hier haben die Flüchtlinge wieder kein Bargeld in der Hand, können aber immerhin in begrenztem Rahmen selber entscheiden, welche Nahrungsmittel sie einkaufen.

Hübners harte Haltung ist nicht verwunderlich. Anders als noch bei der faktischen Abschaffung des Asylrechts 1993 blieb die Verschärfung des Asylbewerberleistungsgesetzes, gegen dessen Auswirkungen die Flüchtlinge jetzt protestieren, ein Spezialthema für antirassistische Gruppen und Experten von Wohlfahrtsverbänden. Die Konsequenzen der Verschärfungen fasste der Berliner Flüchtlingsberater Georg Classen so zusammen: Flüchtlinge aus Bürgerkriegsregionen, die nicht abgeschoben werden können, sollen mit der legalen Verweigerung von Sozialleistungen ausgehungert werden.

Einige Bundesländer wie Bayern, Baden-Württemberg aber teilweise auch Nordrhein-Westfalen hatten schon ab 1993 mit der Umsetzung dieser Leistungsverweigerungen begonnen. Da die Beschlüsse aber reihenweise von den Gerichten aufgehoben wurden, weil eine gesetzliche Grundlage fehlte, wurde diese mit der 1997 in Kraft getretenen Gesetzesverschärfung nachträglich geschaffen. Kaum war das Gesetz verabschiedet, wurde schon eine neue Lücke im Ausländerrecht ausgemacht.

Im Sommer 1997 lancierte die Berliner Ausländerbeauftragte Barbara John (CDU) mehrere Artikel in der Presse, u.a. auch in der taz, in denen sie vor einem verstärkten Ansturm Sozialhilfe kassierender Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien warnte. Weil wegen der politischen Situation in ihren Herkunftsländern eine schnelle Abschiebung dieser Menschen nicht möglich sei, müsse dem Missbrauch von Sozialleistungen durch die Streichung der Gelder Einhalt geboten werden, so der Tenor von Johns Beiträgen.

Am 10.9.1997 legte das Land Berlin einen Entwurf zur weiteren Verschärfung des Asylbewerberleistungsgesetzes vor, der im März 1998 in erster Lesung im Bundestag verabschiedet wurde.

Nach Angaben von Georg Classen ist die Umsetzung des Gesetzes in Berlin bundesweit einmalig und in vielen Fällen auch rechtswidrig. "Aushungern, obdachlos aussetzen, illegalisieren" - unter diesen drei Schlagworten fasst er die Auswirkungen auf die Flüchtlinge zusammen. Schon werden neue Gesetzesverschärfungen vorbereitet. Den Vorreiter macht dieses Mal die CDU in Baden-Württemberg, die über ihren Innenminister Thomas Schäuble auf der Konferenz der Innenminister Anfang November eine Regelung zu Fall bringen will, die Flüchtlinge mit einer Aufenthaltsdauer von mehr als drei Jahren wie normale Sozialhilfeempfänger behandelt. "Wird eine lange Aufenthaltsdauer finanziell belohnt, werden Asylbewerber

und Bürgerkriegsflüchtlinge geradezu aufgefordert, die Ausweisung auf dem Instanzenweg zu verschleppen", lautet die Begründung für die Angleichung nach unten.

Peter Nowak

12. Knapp dosierte Humanität. Schily: Kosovo-Albaner sollen gehen

Autor: Gabi Ohler · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak432/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:432:16

Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) kündigte für nächstes Jahr massenweise Abschiebungen von Kosovo-Flüchtlingen an, wenn diese nicht spätestens im Frühjahr freiwillig gehen. Bis Ende 2000 sollen alle ausreisepflichtigen Kosovo-AlbanerInnen Deutschland verlassen haben, notfalls mit Zwang.

Betroffen von dieser Ankündigung sind sowohl die Kontingentflüchtlinge, von denen rund 6.000 Menschen noch nicht wieder freiwillig zurückgekehrt sind. (Zur Erinnerung: Deutschland hatte etwa 15.000 Flüchtlinge aus Mazedonien aufgenommen.) Ausdrücklich bezieht sich Schily aber auch auf die noch etwa 180.000 Menschen, die bereits vor dem Kosovo-Krieg nach Deutschland gekommen sind und die auf Grund eines abgelehnten Asylantrages ausreisepflichtig seien. Keine Abschiebungen soll es bei Gefahr für Leib und Leben geben, weshalb eine Abschiebung von Serben und Roma nicht in Betracht komme.

Da sich nach Meinung des Innenministers die Lage im Kosovo besser entwickelt habe als erwartet, könne man auch schon im Verlaufe des Winters mit einzelnen Zwangsrückführungen beginnen. Schützenhilfe erhält Schily vom Auswärtigen Amt. Nach Angaben der Pressestelle des Parlamentes erklärte der grüne Menschenrechtsbeauftragte des Ministeriums, Gerd Poppe, vor dem Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe, dass trotz der 120.000 zerstörten Häuser keine humanitäre Katastrophe im Kosovo zu erwarten sei. Die vom Auswärtigen Amt bereitgestellten 18,1 Millionen Mark würden zum Wiederaufbau zerstörter Häuser sowie für die Grundversorgung der Menschen und die medizinische Versorgung verwendet. Otto Schily verweist außerdem darauf, dass Deutschland zur Gewährleistung der Sicherheit bereits 210 Polizeibeamte in die Region geschickt habe und beabsichtige, diese Zahl zu erhöhen.

Weniger begeistert von Schilys Vorstoß zeigen sich andere grüne Politikerinnen. Die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung Marieluise Beck und die Fraktionschefin Kerstin Müller warnen vor einer überstürzten Rückführung, da der Wiederaufbau noch nicht weit genug vorangeschritten und die Lage im Kosovo zwischen den dort lebenden Minderheiten nach wie vor äußerst gespannt sei. Außerdem habe es immer noch keine Häuser "geregnet", wie Kerstin Müller zu berichten wusste, weshalb nicht über Zwangsrückführungen während des Winters gesprochen werden dürfe.

Nun ist das eigentliche Thema aber gar nicht die Abschiebung in einen kalten kosovarischen Winter. Es ist zwar schlimm genug, das überhaupt in Betracht zu ziehen, aber es ist auch die Frage, ob die von Schily genannten Bedingungen überhaupt eintreffen werden. Abschiebungen sollen nämlich nur mit Zustimmung der UN erfolgen und nur dann, wenn gewährleistet sei, dass es den Zurückgeschobenen weder an einer Unterkunft noch an Nahrung fehle. Das eigentliche Thema ist die Vorbereitung einer riesigen Abschiebungswelle im Jahr 2000. Zum einen wird die deutsche Bevölkerung rechtzeitig auf dieses Abschiebeszenario eingestimmt: Über 180.000 Menschen sollen nächstes Jahr Deutschland verlassen. Zum anderen werden die Flüchtlinge vorgewarnt, dass jede Humanität nur in knapp dosierten Portionen zu haben ist. Auch für Familien, deren Kinder hier geboren sind, für Schwertraumatisierte und für Kriegsdeserteure, die in Jugoslawien mit 20 Jahren Haft zu rechnen haben, sind Gastfreundschaft und Mitmenschlichkeit eine endliche Ressource.

Zuckerbrot und Peitsche sollen diese Warnung mit der nötigen Dringlichkeit würzen. Wer freiwillig zurückkehrt, soll 450 Mark als so genanntes Handgeld erhalten (so denn die Länder bereit sind, den größten Teil davon zu bezahlen) und wer auch im Frühjahr noch darauf beharrt, nicht in den Kosovo zurückkehren zu wollen, muss erstens mit einer Zwangsabschiebung rechnen und bekommt zweitens die monatliche Unterstützung, die der Bund zu ihrem Unterhalt beiträgt, ab April entzogen.

Das Verhalten des Bundesinnenministers erweckt den Eindruck, als folge er damit buchstabengetreu den Anweisungen des CDU-Bundesfachausschusses Innenpolitik. Dieser hat nämlich am 5. November unter anderem folgendes beschlossen: "Spätestens das Jahr 2000 muss zum Jahr der Rückkehr der Kosovo-Flüchtlinge werden. Klares Ziel muss sein, dass im nächsten Jahr möglichst viele Flüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren. Der Bundesfachausschuss fordert daher die Bundesregierung auf, schon jetzt mit

Nachdruck darauf hinzuwirken, dass die nach wie vor bestehenden Hindernisse für eine schnelle Rückkehr der Flüchtlinge in den Kosovo sobald wie möglich ausgeräumt sind. Eine zentrale Bedeutung kommt dabei den für die Rückkehr auf dem Land erforderlichen Transitabkommen zu.

Der Bundesfachausschuss Innenpolitik begrüßt, dass zwischenzeitlich die Voraussetzungen vorliegen, wenigstens in besonders dringlichen Fällen (Straftäter etc.) Abschiebungen in den Kosovo vornehmen zu können. Dies ist ein erster Schritt, dem nun aber entschlossen weitere folgen müssen. Der Bundesfachausschuss hält es für unverzichtbar, dass spätestens 2000 nicht rückkehrbereite Flüchtlinge auch in größerem Umfang zwangsweise in den Kosovo zurückgeführt werden können. Die Bundesregierung ist in der Pflicht, frühzeitig die erforderlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen."

Das sieht Otto Schily offensichtlich genau so. Um die Einreise trotz Wirtschaftsembargo und Flugverbot gegen Jugoslawien überhaupt zu ermöglichen, führt Schily derzeit Gespräche mit diversen Ländern, um Transitabkommen zu schließen. Gelungen ist ihm dies offensichtlich schon mit Mazedonien, das seinerseits eine Bleiberechtsgarantie für Flüchtlinge bis März 2000 hat. Weitere Verhandlungen führt Deutschland derzeit mit Österreich, Italien, Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Albanien und Ungarn und für den Flughafen der Kosovo-Hauptstadt Pristina hat Schily weitere Landerechte für deutsche Maschinen ausgehandelt.

Wie realistisch es ist, tatsächlich im kommenden Jahr so viele Menschen zur Ausreise zu bewegen oder sie auf juristisch abgesegnetem Weg gegen ihren Willen abzuschieben, steht auf einem anderen Blatt. Sicher ist, dass sich auch der SPD-Bundesinnenminister Otto Schily in Sachen Asyl und Flüchtlinge als starker Mann gefällt. Die Kritik von Leutheusser-Schnarrenberger, menschenrechtspolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion, lautet denn auch, Schily übernehme die populistischen Vokabeln seines CDU-Vorgängers Manfred Kanther.

Wer den Mythos in die Welt setzt, von allen Asylbegehrenden hätten nur drei Prozent ein Recht auf Asyl und daraus die Schlussfolgerung zieht, bei 97 Prozent handele es sich um Wirtschaftsflüchtlinge und mit einem nicht genannten, aber nahe gelegten Wort - um Scheinasylanten, der kann sich konservativer Zustimmung sicher sein. Und wer dann noch das Grundrecht auf Asyl in Frage stellt, die Inhaftierung von Kindern im Flughafenverfahren betreibt und sich weigert, die Kinderrechtskonvention in vollem Umfang auch für Flüchtlingskinder zu ratifizieren, kann seine Wählerschaft dann auch weit rechts von der Mitte einsammeln gehen.

Gabi Ohler

13. Die Anwesenheit ist gewollt. "Illegal in Deutschland" - ein Forschungsprojekt

Autor: ch. · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak432/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:432:30

Wenn in den Medien von Menschen ohne Papiere die Rede ist, so haben diese Berichte oft einen üblen Beigeschmack. "Illegale" wie diese Menschen im Allgemeinen genannt werden, werden gleichgesetzt mit Kriminellen - was ja schon alleine durch ihre Bezeichnung nahe gelegt wird -, oder kommen nur als bedauernswerte Geschöpfe vor, deren Schicksal von anderen ausgenutzt und ausgebeutet wird.

Die Anwesenheit von rund einer Million Menschen ohne gültige Aufenthaltspapiere in der BRD wird in der Regel als Bedrohung wahrgenommen. Dass die Realität anders aussieht, will Jörg Alt mit seinem Buch "Illegal in Deutschland" zeigen, in dem die Lebensituation "illegaler" Migranten in Leipzig untersucht wird. Ziel der Arbeit, die vom Jesuit Refugee Service Europe in Auftrag gegeben wurde, ist es, zwei "Geheimwelten" in Beziehung zu setzen: "Die Welt der Illegalen und ihrer Unterstützerstrukturen auf der einen und die Welt der Behörden, die mit ihnen zu tun haben, auf der anderen Seite."

Die wissenschaftliche Untersuchung gliedert sich in vier Teile. Der erste Teil - Konzeption, Methoden und Geltungsbegründung - liefert den wissenschaftlichen Hintergrund der Arbeit. Im zweiten Teil - Situationsbeschreibung - wird ein kurzer Abriss über die "geographische Lage und infrastrukturelle Einbindung" der Stadt Leipzig vorgestellt. Der Schwerpunkt des Kapitels liegt aber in der Darstellung der Lebenssituation von Illegalisierten in Leipzig, die fast 150 Seiten einnimmt.

Die Darstellung der unterschiedlichen Lebensumstände beruht vor allem auf Interviews mit rund 40 Illegalisierten. Über weitere 60 Illegalisierte bezog der Autor Informationen aus zweiter Hand von Kontaktpersonen. Ein Teil der Illegalisierten sind als WanderarbeiterInnen und ArbeitsmigrantInnen zumeist aus osteuropäischen Ländern in die BRD gekommen. Der andere Teil kam als Flüchtlinge. Zum Teil stellten sie einen Asylantrag, der dann abgelehnt wurde, oder sie haben erst gar nicht versucht, hier "offiziell" zu werden und leben seit der Einreise ohne Aufenthaltspapiere.

Auch wenn die BRD nicht immer als Migrationsziel gesehen wurde, hatten die überwiegende Zahl der Befragten schon in ihren Herkunftsländern Kontakte in die BRD, über Familienangehörige, Freunde oder geschäftliche Kontakte. Von den Startbedingungen - d.h. ist die Suche nach Arbeit und Unterkunft erfolgreich, gibt es verlässliche Kontakte, gibt es Schulden, die im Zusammenhang mit der Migration stehen - hängt das weitere Schicksal und die (Über-)Lebensstrategien von Illegalisierten ab. Eine wichtige Frage für Illegalisierte ist, wie mensch sich am Arbeitsplatz, im Wohnumfeld, auf der Straße und in öffentlichen Räumen verhält, um nicht in Kontrollen zu geraten oder einer möglichen Denunziation zu entgehen. Was die Situation für die meisten Illegalisierten in dieser Lage zumindest etwas mildert ist, dass es ihnen nach eigenen Angaben zumindest in materieller Hinsicht besser geht als in ihren Herkunftsländern.

Doppelmoral und Unentbehrlichkeit

Im dritten Teil der Arbeit werden drei zentrale Thesen, die sich für den Autor im Laufe seiner Untersuchung ergeben haben, überprüft. Die Thesen lauten:

- "Unter den ‚Illegalen` befinden sich auch Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention, die sich vom deutschen Asylrecht nicht mehr geschützt fühlen."

- "Die Beschäftigung von ‚Illegalen` ist, zumindest im Baugewerbe, unter den gegenwärtigen (internationalen) Rahmenbedingungen nahezu unvermeidbar und in mancher Hinsicht sogar volkswirtschaftlich nützlich. Sie ist überdies im Vergleich zu anderen illegalen Praktiken von geringem Gewicht."

- "Die öffentliche Diskussion über die ‚Kriminalität` von ‚Illegalen` ist weitgehend polemisch, weil sie kaum unterscheidet zwischen (1.) unerlaubter Einreise und Aufenthalt, (2.) Delikten auf dem Hintergrund von Überlebensnotwendigkeit und Mangel an Alternativen, und (3.) gezielt begangenen Verbrechen."

Für jene, die sich mit Flüchtlingspolitik beschäftigen, klingen diese Thesen wohl vertraut. Spannend ist es, wie es Jörg Alt gelingt, diese Thesen mit der - bundesweit gesehen - kleinen und eher zufällig ausgewählten

Stichprobe zu bestätigen. Dafür sind keine abstrakten statistischen Überlegungen notwendig, sondern Alt kann anhand unterschiedlicher Schicksale der Illegalisierten nachweisen, dass die in der Öffentlichkeit kursierenden Argumente falsch bzw. undifferenziert sind.

Im abschließenden Teil wird die "Effizienz derzeit praktizierter Lösungsansätze" kritisch beleuchtet. Es geht um die Frage, warum trotz Aufrüstung an den Grenzen, der personellen und technischen Aufstockung von BGS und z.B. mehr Kontrollen auf Baustellen eine "effizientere Bekämpfung" von u.a. "illegalem Aufenthalt" und "illegaler Ausländerbeschäftigung" scheitert. Zwar zweifelten interviewte Behördenvertreter, ob der Zufluchtsuche von Menschen in der BRD mit gesetzlichen Maßnahmen begegnet werden kann. Ein Gesprächspartner brachte es aus seiner Sicht auf den Punkt, er sieht "die Polizei außer Stande, die sich anbahnende dritte Völkerwanderung aufzuhalten."

Als Hauptursachen hierfür werden der knappe Personalstand, die Überlastung der Behördenangestellten, die ständige Änderung der gesetzlichen Grundlagen, mangelnde gesetzliche Möglichkeiten und mangelnde Zusammenarbeit der Behörden untereinander genannt. Bei so viel "Elend" kommt unweigerlich die Frage auf, ob diese Zustände politisch gewollt sind. Der Autor kommt zur Auffassung, dass "illegale Einwanderung, illegaler Aufenthalt und illegale Ausländerbeschäftigung aus zweierlei Gründen toleriert werden: Erstens, weil der Status quo einer Reihe von Interessengruppen mehr nützt als schadet, und zweitens, weil dadurch rechtlich-kontrollpolitisch nicht durchsetzbare bzw. noch schlechtere Alternativen vermieden werden können bzw. Hilflosigkeit kaschiert werden kann." (S. 420)

Alt sieht sich hier auch durch eine Studie aus Großbritannien bestätigt. Sie kam zu dem Ergebnis, dass "das beschämende Merkmal von Illegalisierten für das politische und wirtschaftliche Establishment nicht in deren Anwesenheit liegt, sondern in der Tatsache, das Illegalisierte in bestimmten Sektoren unentbehrlich sind." Die strafrechtliche Verfolgung von Illegalisierten dient dabei zur Abschreckung jener, die sich auf den Weg nach Europa machen wollen.

Ob die Hoffnung des Autors, mit der Untersuchung Menschen ohne Papiere zu helfen, in Erfüllung geht, kann in der gegenwärtigen Situation bezweifelt werden. Auch der Appell an politisch Verantwortliche zu einem "breiten, transparenten, problemangemessenen und lösungsorientierten Diskurs" wird kaum Gehör finden. Die jetzige Bundesregierung, die einer der Adressaten dieses Appells ist, sieht keinen Anlass, die Situation von Illegalisierten zu verbessern. Die jüngsten Äußerungen von Innenminister Schily deuten im Gegenteil darauf hin, dass die Flüchtlingspolitik in absehbarer Zeit noch repressiver gestaltet wird und damit die Zahl der Illegalisierten noch weiter ansteigen wird.

ch.

Jörg Alt, Illegal in Deutschland, Forschungsprojekt zur Lebenssituation "illegaler" Migranten in Leipzig, Karlsruhe 1999, 453 Seiten, DM 49,80.

14. Rechtsextremismus: Rot-Grün leugnet und verharmlost

Autor: Helmut Schröder · Rubrik: SPD; Grüne (und Vorläufer); Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak432/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:432:41

Wer erwartet hatte, dass die neue rot-grüne Bundesregierung eine andere Politik gegen neofaschistische und rassistische Gewalt betreiben werde, der sieht sich getäuscht. Am 30.9.99 beklagte sich Pro Asyl darüber, dass von einem von der neuen Regierung geplanten "Bündnisses für Demokratie und Toleranz" "nichts mehr zu hören sei". (dpa, 30.9.99) Ähnlich hatte auch der Ökumenische Vorbereitungsausschuss für die bundesweite Woche der ausländischen Mitbürger Rot-Grün kritisiert: In der Politik der Bundesregierung sei keine Schwerpunktsetzung zur Bekämpfung des Rechtsextremismus erkennbar. (ap, 26.9.99)

Auf einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 22.10.1999 in Berlin musste sich die Bundesregierung "Tatenlosigkeit im Kampf gegen Rechtsextremismus" vorwerfen lassen; ein Vertreter des Eberswalder Netzwerks gegen rechte Gewalt sagte unter lautem Beifall zu den Aktivitäten der Bundesregierung gegen den Neofaschismus: "Wir haben bisher keine davon bemerkt" (Berliner Zeitung, 23.10.99).

Bemerken konnte man stattdessen bisher etwas anderes: Die Bundesregierung führt im Prinzip die Politik des schonenden Umgangs mit dem Rechtsextremismus - wie sie schon von der Kohl-Regierung praktiziert wurde - fort. Schon die alte Bundesregierung hatte ihre Haupttätigkeit darin gesehen, die Gefahren und die Folgen des Rechtsextremismus herunterzuspielen. Nach dem gleichen Muster geht nun auch die neue Bundesregierung vor. Ähnlich wie die Kohl-Regierung leugnet Rot-Grün das Ausmaß neofaschistischer Gewalt.

Mit einer ganzen Reihe von Kleinen Anfragen haben die Abgeordneten Ulla Jelpke und Petra Pau die Bundesregierung über Morde und Tötungsdelikte von rechts befragt. Die Antworten waren erstaunlich, aber beredt. So antwortete die Bundesregierung auf die Frage, ob sie die Hetzjagd von neofaschistischen Jugendlichen in Guben auf den algerischen Asylbewerber Omar Ben Noui als rechtsextremes Tötungsdelikt einstuft, mit den Worten: "Das in der Kleinen Anfrage beschriebene Geschehen um den Tod des algerischen Asylbewerbers am 13. Februar 1999 in Guben/Brandenburg wird dort im Rahmen des polizeilichen Meldedienstes ‚fremdenfeindlicher Straftaten` nicht als Verdacht des Mordes, sondern als Landfriedensbruch gewertet" (Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Jelpke und Pau "Von Rechtsextremisten begangene politische Morde seit 1990"). Ähnlich verfährt die Bundesregierung auch bei der Bewertung des Tötungsdelikts des Neofaschisten Kay Diesner.

Diesner, einschlägig bekannter Neofaschist aus Berlin, hatte am 23.3.1997 bei einer Verkehrskontrolle in Schleswig-Holstein einen Verkehrspolizisten erschossen, nachdem er zuvor einen Berliner PDS-Buchhändler mit mehreren Schüssen aus einem halbautomatischen Gewehr schwer verletzt hatte. Auf eine Anfrage zu diesem Vorgang erklärt die Bundesregierung: "Die Strafverfolgungsbehörden des zuständigen Bundeslandes haben die Ermordung des Polizeibeamten nicht als politisch motivierte Straftat, sondern als eine Tat zur Verdeckung einer anderen Straftat gewertet." (Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Jelpke und Pau "Von Rechtsextremisten begangene politische Morde seit 1990 - Nachfrage (I)"). Die Bundesregierung bleibt weiterhin bei der Behauptung, dass in den Jahren 1997-1998 keine vollendeten Tötungsdelikte gemeldet wurden.

Aus diesem Grunde wird dann auch die Nachfrage nach der Tötung eines Vietnamesen am 31.1.1997 im brandenburgischen Fredersdorf von der Bundesregierung wie folgt eingestuft: "Nach Auswertung des gegen den Täter ergangenen Urteils hat das zuständige Landeskriminalamt dieses Tötungsdelikt nicht mehr als fremdenfeindlich motivierte Straftat eingestuft. Bis zur Verurteilung des Täters war die Polizei von einer fremdenfeindlichen Motivation ausgegangen."

Die Ermordung von Frank Böttcher in der Nacht vom 8. auf den 9. Februar 1997 in Magdeburg durch Neofaschisten taucht in der von der Bundesregierung geführten Statistik dann auch schon gar nicht mehr auf - wie viele andere Fälle auch nicht.

Nach der Ermordung eines 35-jährigen Mosambikaners am 15.8.99 im bayerischen Kolbermoor stellt die Nachrichtenagentur dpa in einem Hintergrundsbericht fest: "Einer dpa-Zählung zufolge, die auf mehreren

Quellen beruht, gab es 56 Tote seit 1990, die erwiesenermaßen oder vermutlich auf das Konto von Rechtsextremisten gehen. Darunter waren 26 Ausländer, die erschlagen, erstochen oder verbrannt wurden. Das Bundeskriminalamt hält einen rechtsextremen Hintergrund aber nur in wenigen Fällen für erwiesen."

Das BKA hat die Tötungsdelikte mit tatsächlicher oder zu vermutender neofaschistischer Motivation auf lediglich 22 vollzogene Tötungsdelikte minimiert. Mit ihren Antworten auf die Kleinen Anfragen der PDS-Abgeordneten segnet die rot-grüne Bundesregierung diese Form der Verharmlosung ab. Dies ist eine Form der Verhöhnung der Opfer. Gleichzeitig wird sie als Legitimation benutzt, um bei der Bekämpfung des Neofaschismus die Hände weiter in den Schoß zu legen.

Helmut Schröder

15. Schleierfahundung nichtig. Verfassungsbeschwerde in Mecklenburg-Vorpommern erfolgreich

Autor: Jörg Sauskat · Rubrik: Polizeistaat/Polizeiterror · CD-Datei: daten/aksuche/ak432/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:432:34

Das Landesverfassungsgericht Mecklenburg-Vorpommerns hat kürzlich der Verfassungsbeschwerde von fünf Bürgern des Landes gegen die Befugnis der Landespolizei zu sogenannten verdachts- und ereignisunabhängigen Kontrollen stattgegeben und die entsprechende Norm im "Sicherheits- und Ordnungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern" (Sog-MV) für nichtig erklärt.

Diesem Urteil war ein fast zweijähriges politisches und juristisches Tauziehen zwischen Gegnern und Befürwortern der erweiterten polizeilichen Befugnisse vorausgegangen, das damit begann, dass die damals noch von SPD und CDU gebildete Landesregierung dem Landtag den Entwurf einer Novelle des Polizeigesetzes vorlegte. Dieser Entwurf enthielt so ziemlich alles an Befugnissen, was irgendwann und irgendwo einmal Gegenstand polizeitaktischer Begehrlichkeiten gewesen war. Darunter: polizeilicher Lauschangriff und Jedermannkontrollen.

Ein von den Grünen in Auftrag gegebenes Gutachten des ehemaligen Düsseldorfer Polizeipräsidenten Hans Lisken kam zu dem Ergebnis, dass das Gesetz in dieser Form verfassungswidrig sei. Als auch einige Landtagsabgeordnete und Rechtsexperten im Rahmen einer Anhörung Kritik anmeldeten, milderte die Landesregierung ihren Entwurf insoweit ab, dass das Beichtgeheimnis im Rahmen des erweiterten polizeilichen Lauschangriffes gewahrt blieb.

Die Befugnis der Polizei, Identitätsfeststellungen ohne das Vorliegen einer konkreten Gefahr (verdachts- und ereignisunabhängige Kontrollen) im 30km-Grenzraum, in Einrichtungen des internationalen Verkehrs sowie auf allen Straßen mit grenzüberschreitender Bedeutung durchführen zu können, blieb allerdings weiter im Gesetzentwurf enthalten. Als dann der Landtag das Gesetz im Februar 1998 mit den Stimmen der CDU und der SPD verabschiedete, entschlossen sich fünf Bürger des Landes mit Unterstützung der Bündnisgrünen zu einer Verfassungsbeschwerde.

Die Verfassungsbeschwerde, vor Gericht vertreten durch Prof. Dr. Hans Lisken, fußte dabei im wesentlichen auf zwei Argumentationen. Zum einen stellte die Jedermann-Kontrolle nach Ansicht der fünf Beschwerdeführer einen Angriff auf die grundrechtlich garantierte Redlichkeitsvermutung dar, da faktisch niemand der Kontrolle durch gesetzmäßiges Handeln entgehen könne, es sei denn, er bleibe zu Hause. "Wer (...) jedermann auf Reisen kontrollieren will, unterstellt, dass jedermann ein potenziell Gesuchter sein kann. Damit tritt an die Stelle des Vertrauens in die Rechtstreue des (unbekannten) Bürgers ein vorgreifliches Misstrauen, das (...) am Ende jede Mitmenschlichkeit erstickt. Im Grunde wird (...) letztlich die Autonomie als Kern der Menschenwürde geleugnet." Zum anderen überschreite das Land Mecklenburg-Vorpommern durch die Einführung der Kontrollen im Grenzbereich die Grenzen seiner Regelungskompetenz, da der Bund im Bundesgrenzschutzgesetz (BGSG) bereits derartige Kontrollen geregelt habe.

Die Strategie der Landesregierung zielte darauf, einerseits die formale Zulässigkeit der Beschwerde zu verhindern und andererseits mit Hilfe eines Bedrohungsszenarios die Kontrollbefugnisse zu rechtfertigen.

Doch die Landesregierung erlitt ihre erste Schlappe, als das Verfassungsgericht die unmittelbare Betroffenheit der Beschwerdeführer anerkannte und damit die Frage der Zulässigkeit der Beschwerde bejahte. Das Gericht stellte in seiner Entscheidung unter anderem fest: "Legt ein Gesetz jedermann die Pflicht auf, unvorhersehbare ordnungsrechtliche Eingriffe zu dulden, ohne dass es seinerseits einen Anhaltspunkt für eine durch eine Tatbestandserfüllung vorgezeichnete Individualisierung enthält, so verliert das Erfordernis des Vollzugsaktes für die Frage der unmittelbaren Betroffenheit eines Beschwerdeführers seine Bedeutung."

Die Landesregierung vermochte in der Folge vor Gericht weder die Bedeutung der Norm hinreichend zu quantifizieren, geschweige denn zu qualifizieren. Das heißt, sie war nicht in der Lage, die zunächst aufgebauten Bedrohungsszenario "Grenzüberschreitende Kriminalität" und "Organisierte Kriminalität" durch

Fakten zu untersetzen. Zudem vermochte sie es nicht, den Begriff der "Grenzüberschreitenden Kriminalität" hinreichend zu bestimmen.

Das Landesverfassungsgericht verkündete am 21.10.1999 seine Entscheidung, wonach die Beschwerde der fünf Bürger in wesentlichen Teilen begründet sei und erklärte die Kontrollbefugnisse normierende Bestimmung im Sog-MV für unvereinbar mit dem Grundgesetz und der Landesverfassung Mecklenburg-Vorpommerns und deshalb für nichtig. Eine Identitätsfeststellung nach der o.g. Norm auf Durchgangsstraßen (Bundesautobahnen, Europastraßen und andere Straßen von erheblicher Bedeutung für den grenzüberschreitenden Verkehr) außerhalb des Grenzgebiets bis zu einer Tiefe von 30 km ist demnach nicht zulässig. Dies betrifft auch Maßnahmen im Grenzgebiet bis zu einer Tiefe von 30 km, in öffentlichen Einrichtungen des internationalen Verkehrs und im Küstenmeer, "die darüber hinausgehen, dass die betroffene Person angehalten wird und von ihr verlangt wird, Angaben zur Feststellung der Identität zu machen und mitgeführte Ausweispapiere zur Prüfung auszuhändigen." Das heißt, eine Festsetzung und/oder Verbringung der betroffenen Person zur Dienststelle ist zur Identitätsfeststellung im Grenzgebiet nicht mehr möglich. Im übrigen Land sind verdachts- und ereignisunabhängige Kontrollen zur Identitätsfeststellung gänzlich verboten.

Auftakt für neue Prozesse

Die bestehenden Regelungen zu verdachts- und ereignisunabhängigen Kontrollen in anderen Bundesländern sind von dieser Entscheidung zwar nicht direkt betroffen, jedoch sind unter Bezugnahme auf diese Entscheidung in anderen Bundesländern Beschwerden oder Klagen zu erwarten. So haben die Thüringer Bündnisgrünen eine Verfassungsbeschwerde gegen das dortige Polizeiaufgabengesetz (ThürPAG) angekündigt. Auch in Sachsen und Bayern gibt es Überlegungen, die erweiterten Kontrollbefugnisse verfassungsgerichtlich überprüfen zu lassen. In Hessen sind die Pläne der neuen konservativen Landesregierung zur Einführung von Jedermannkontrollen nach der Entscheidung in Mecklenburg-Vorpommern neu in die Diskussion geraten.

Dabei sind sicher Rückschläge zu erwarten, gerade der Bayerische Verfassungsgerichtshof ist durch seine "polizeifreundliche" Auslegung des Grundgesetzes und der bayerischen Landesverfassung bekannt. Dennoch lohnt diese Auseinandersetzung. Bietet sie doch die Chance, der weiteren Ausweitung polizeilicher Befugnisse unter anderem im Zuge der Diskussion um die "Organisierte Kriminalität" einen Riegel vorzuschieben. Dass im Zuge dieser Auseinandersetzung die jeweiligen Landesregierungen dabei in Begründungsnotstände geraten, beweist nicht nur das Auftreten der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern.

Auch in Bayern beklagte der dortige Landesdatenschutzbeauftragte, dass bei den "Polizeidienststellen keine Übersicht über die durchgeführten verdachts- und ereignisunabhängigen Kontrollen und deren Erfolge besteht", so dass im Nachhinein weder die Anzahl der Kontrollmaßnahmen feststellbar, noch deren rechtliche Einordnung möglich ist. Das Bayerische Staatsministerium des Innern lehnte begleitende Erhebungen und Auswertungen zur Beurteilung des Erfolges dieser Maßnahme mit der Begründung ab, dies sei mit einem unvertretbar hohen zusätzlichen Arbeitsaufwand sowie mit der Schwierigkeit verbunden, Erfolge konkreten polizeilichen Maßnahmen zuzuordnen.

Diese Begründung ist bemerkenswert. Zum einen, weil die bestehende offizielle Argumentation mit den bekannten Bedrohungsszenarien damit außer Kraft gesetzt wird. Zum anderen offenbart diese Begründung ein denkwürdiges Verständnis des Rechtsstaates. Die verdachts- und ereignisunabhängige Kontrolle ist keine belanglose polizeiliche Maßnahme, sondern ein schwerwiegender Eingriff in die individuellen Persönlichkeitsrechte. Jedermann wird polizeilichen Maßnahmen ausgeliefert, ohne dass er dies selbst durch sein Verhalten beeinflussen kann. Als Standardbefugnis an jedem beliebigen Ort sind sie eine Methode aus dem Arsenal des permanenten Ausnahmezustandes, urteilte Lisken in seinem Kurzgutachten zum Sog-MV nicht von ungefähr.

Eine solche Regelung passt weder in das Normensystem eines demokratischen Rechtsstaates, noch ist es mit dem Menschenbild des Grundgesetzes vereinbar. Durch derartige Befugnisse ändert sich das Verhältnis zwischen Staat und Bürgern grundsätzlich, da der Staat jeden Bürger im polizeilichen Sinne als "Störer" betrachtet, ihm mit Misstrauen begegnet und ihn beliebig zur polizeilichen Zweckverfolgung vereinnahmt. Ein solcher nahezu autoritärer staatlicher Allmachtsanspruch ist jedenfalls mit dem Grundgesetz nicht vereinbar.

Jörg Sauskat

(Innen- und rechtspolitischer Sprecher Bündnis 90/Die Grünen Mecklenburg-Vorpommern)

16. Geht die PDS den Weg der Grünen? Gysi & Co. wollen Neubewertung von UN-Militäreinsätzen

Autor: mb. · Rubrik: Militarismus; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak432/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:432:36

In der PDS wird erneut eine Diskussion über ihre antimilitaristischen Positionen geführt. Im Kern geht die aktuelle Auseinandersetzung um das Verhältnis zur UNO und die Haltung zu internationalen Militäreinsätzen, die von der UN legitimiert sind. Mit einem Diskussionspapier von Gregor Gysi und einem Beschluss der PDS-Bundestagsfraktion vom 21. Oktober werden neue Akzente in dieser Frage gesetzt. Anfang November schloss sich der Parteivorstand dieser Richtung an.

Es ist beinahe auf den Tag genau vier Jahre her, dass die PDS zum ersten Mal eine solche Diskussion führte. Damals veröffentliche die junge Welt ein angebliches "Geheimpapier", das im Arbeitsbereich Außen- und Friedenspolitik der PDS-Bundestagsgruppe erarbeitet worden war. Dieser - parteiintern "Problempapier" genannte - Text wiederholte im Wesentlichen bekannte PDS-Positionen. So etwa, dass man für eine Demokratisierung der UNO eintrete und dass "klassische Peace-Keeping (friedenserhaltende) Einsätze nicht generell abgelehnt" werden. Die Meldung der jungen Welt vom 26.10.95, Teile der PDS hätten sich vom Pazifismus verabschiedet, bezog sich auf den Vorschlag, es solle in der PDS diskutiert werden, ob die Partei unter den Voraussetzungen einer reformierten, demokratisierten UNO und unter sehr eingeschränkten Bedingungen Kampfeinsätzen der Vereinten Nationen zustimmen könne, falls "alle Mittel friedlicher Streitbeilegung ausgeschöpft sind". (1) Die Verfasser des "Problem-Papiers" gaben damals auf diese Frage selbst keine Antwort, sondern betonten lediglich, dass es ihrer Meinung nach in dieser Sache Diskussionsbedarf gebe.

Das Gewaltmonopol der UN anerkennen?

Dass dem Rechnung getragen wurde, kann nicht behauptet werden. Zwar gab es Diskussionen, das Problem an sich wurde dabei aber nicht angegangen: Kann eine antimilitaristische Partei unter bestimmten Voraussetzungen auch Militäreinsätze befürworten? Diese Diskussion steht jetzt wieder auf der Tagesordnung.

Wolfgang Gehrcke, der außenpolitische Sprecher der PDS-Bundestagsfraktion, sprach sich im April angesichts der Ereignisse im Kosovo für eine "Neuakzentuierung der Außen- und Sicherheitspolitik der PDS" aus. Dazu gehört seiner Ansicht nach die Stärkung der UNO und der OSZE. In der Logik der Sache liege dabei, so Gehrcke, dass die PDS nicht nur friedenserhaltenden Blauhelm-Missionen, sondern auch friedenserzwingenden Einsätzen unter UN-Mandat zustimmen müsste. Auch wenn er das für den konkreten Fall ausschließe, könne er sich in diesem Zusammenhang auch die Beteiligung deutscher Soldaten vorstellen. "Es könnte eine Schlussfolgerung sein, dass sich auch die Bundesrepublik mit anderen EU-Staaten an UNO- oder OSZE-Einsätzen beteiligen sollte, um in Grenzfällen Völkermord zu verhindern." (Berliner Zeitung, 29.4.99)

Auf der Klausurtagung der PDS-Bundestagsfraktion Mitte Oktober griff Gregor Gysi die Überlegungen von Gehrcke auf. In einem Diskussionspapier sprach er sich dafür aus, die PDS solle ihr Verhältnis zur Charta der Vereinten Nationen neu bestimmen. (2) Die UN-Charta geht vom Gewaltverbot aus und lässt davon nur zwei Ausnahmen zu: 1. Das Recht auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung (befristet bis zum Eingreifen des Sicherheitsrates) und 2. das Recht der UN - ausgeübt durch den Sicherheitsrat -, bei zwischenstaatlichen Konflikten militärische Maßnahmen zur Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit zu ergreifen. Hieraus leitet sich das sogenannte Gewaltmonopol der UN nach Kap. VII der UN-Charta ab.

Die positive Bezugnahme auf die UN-Charta und das UN-Gewaltmonopol ist seit langem bestimmend in der PDS-Politik. Nicht nur im Zusammenhang mit dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien standen bei der PDS völkerrechtliche Argumentationen im Vordergrund. Im Fall Jugoslawiens wurde konkret kritisiert, dass die NATO ohne UN-Mandat Krieg führte und somit gegen das Gewaltmonopol verstieß.

Wer das Gewaltmonopol der UN so betont, muss sich - wie Gysi es in seinem Papier tut - die Frage stellen, wie er internationale Militäreinsätze bewertet, die das Mandat der UN haben. Er kommt zu einer eindeutigen Antwort: Wenn man sich auf die UN-Charta bezieht, muss man sie auch in ihrer Gesamtheit respektieren.

Deshalb plädiert er dafür, die Anwendung militärischer Maßnahmen durch den UN-Sicherheitsrat nicht "aus Prinzip" abzulehnen. Wenn die Partei argumentativ das UN-Gewaltmonopol gegen die NATO, die USA und Deutschland einsetze, in Wirklichkeit aber dieses Gewaltmonopol nicht respektiere, verliere die PDS an Glaubwürdigkeit. Die Partei müsse vielmehr "von Fall zu Fall" entscheiden, mit welcher Begründung sie die Anwendung des Kap. VII der UN-Charta "ablehnen, ihr zustimmen oder sie notfalls sogar selbst einfordern" solle.

Keinen Zweifel lässt Gysi daran, dass man weiterhin den Einsatz der Bundeswehr bei solchen Einsätzen ablehnt. In diesem Zusammenhang allerdings kommt er auf den Vorschlag einer internationalen Polizeitruppe der UN zurück - ein Punkt, der auch schon in der Diskussion vor vier Jahren eine Rolle spielte. Hierin sieht er eine Möglichkeit, auf längere Sicht "die Gefahr des Missbrauchs eines UN-Mandats zur Durchsetzung nationaler ökonomischer und politischer Interessen ... zumindest" zu verringern.

Das Dilemma der PDS ist auch das der Linken

"Singt die PDS mit Fischer-Chören?", fragte sich sogleich die junge Welt. (1.11.99) Der Ehrenvorsitzende der Partei und seit Juni PDS-Europaparlamentarier, Hans Modrow, warnte umgehend vor einer "Zerreißprobe" Die von der Bundestagsfraktion angestoßene Diskussion berühre das "Grundverständnis der Partei, ihr Alleinstellungsmerkmal als konsequent antimilitaristische Kraft". (PID, 43/99) Der Bundeskoordinierungsrat der Kommunistischen Plattform stellte fest: "Angesichts der aktuellen Auseinandersetzungen ... bekräftigt die KPF ihren Standpunkt, dass auch und besonders die Friedensprogrammatik der PDS ohne Wenn und Aber beibehalten werden muss."

"Mit der Konstruktion von Sonderfällen beginnt der Regelfall", so konterte die stellvertretende Parteivorsitzende Sylvia-Yvonne Kaufmann. "Sollte sich die PDS dafür aussprechen, friedenserzwingende Missionen der UN bzw. von der UN legitimierte Missionen zu rechtfertigen und zu unterstützen, wäre der bisherigen Praxis der herrschenden Mächte nur eine neue Rechtfertigung von links zugewachsen." (3) Sie betont: "Die PDS lehnt nicht nur Militärinterventionen ‚im Prinzip` ab, sondern bestreitet generell, dass militärische Aktionen zur Konfliktbewältigung geeignet sind."

Damit ist die Konfliktlinie klar benannt. Sie bewegt sich im selben Rahmen wie vor vier Jahren. Kann es Situationen geben, in denen sämtliche friedlichen, nicht-militärischen Mittel nicht ausreichen, um bestimmte geächtete Handlungen überhaupt noch zu verhindern oder wenigstens rückgängig zu machen? Und wie soll sich die Linke unter den herrschenden Verhältnissen dazu verhalten? Das Dilemma ist praktisch nicht auflösbar.

Die Diskussion ist eigentlich zu wichtig, als dass sie unter dem Verdacht parteitaktischer Erwägungen und Denunziationen erstickt werden darf. Indem Gysi - anders noch als vor vier Jahren - die Frage der Demokratisierung der UN nicht mehr unmittelbar mit der Frage der Unterstützung von UN-Militäreinsätzen verbindet, öffnet er allerdings Spekulationen Tür und Tor, hier könnte genau der Weg beschritten werden, den die Grünen in den letzten Jahren gegangen sind.

mb.

Anmerkungen:

1) "Problem-Papier zu einigen Fragen der zivilen Konfliktbewältigung und Militäreinsätzen", dokumentiert in ak 384 (16.11.95)

2) Gregor Gysi: "Zum Verhältnis der PDS und ihrer Bundestagsfraktion zum Einsatz von VN-Truppen in Krisenregionen", dokumentiert in PID, 44/99, ND, 21.10.99

3) "Mit der Konstruktion von Sonderfällen beginnt der Regelfall. Diskussionspapier von Sylvia-Yvonne Kaufmann zur Frage von UNO-Truppeneinsätzen", ND, 22.10.99

17. Dokumentation: Brief an die Mitglieder der PDS. Die Charta der Vereinten Nationen und die PDS

Autor: Lothar Bisky, Gregor Gysi · Rubrik: Militarismus; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak432/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:432:40

Liebe Genossinnen und Genossen,

Beschlüsse des Parteivorstandes und der Bundestagsfraktion erregen gegenwärtig - nicht nur, aber vor allem - die Gemüter in der PDS. Das ist gut so, weil es nicht häufig das Schicksal unserer Beschlüsse bestimmt. Streit in einer demokratisch-sozialistischen Partei ist lebensnotwendig. Aber klar sollte sein, worüber gestritten wird. Worin sind wir uns einig, und wo gibt es eine Differenz?

Wir sind uns einig in der Ablehnung von Krieg als Mittel der Politik und von internationalen Einsätzen der Bundeswehr, in der Forderung nach zivilgesellschaftlichen Methoden zur Konfliktvorbeugung und -bewältigung, nach einer sozial gerechten Weltordnung zur Vermeidung von Konflikten, nach Abrüstung, Rüstungsexportverbot, Streitkräftereduzierung und im Kampf gegen imperiale Bestrebungen von Groß- und Industriemächten, insbesondere, wenn diese mit militärischen Mitteln durchgesetzt werden sollen, kurzum, im antimilitaristischen Charakter unserer Partei. Niemand kann ernsthaft wollen, diesen zur Disposition zu stellen.

Die Differenz liegt woanders: Die Charta der Vereinten Nationen wird täglich stärker von den Regierungen der USA, Deutschlands und anderer Staaten in Frage gestellt. Sie ist aber das wichtigste Dokument des demokratischen Völkerrechtes, das in diesem Jahrhundert beschlossen wurde. Nachdem die USA als einzige Weltmacht verblieben sind, stört sie diese Charta - wie die UNO überhaupt - bei der Durchsetzung ihres imperialen Anspruches, als Weltpolizist zu agieren. Unsere Aufgabe ist es, die Charta und die UNO zu verteidigen und gleichzeitig deren demokratische Reform einzufordern.

Natürlich versuchen die USA, Deutschland und andere, die UNO für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Das gelingt häufig, aber nicht immer, wie zum Beispiel bei der Weigerung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, den Angriffskrieg der NATO gegen Jugoslawien zu legitimieren. Ein Beschluss ist am Veto Russlands und Chinas gescheitert. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen darf nach Kapitel VII der Charta zur Unterbindung einer Aggression oder zur Abwendung einer Gefahr für den Frieden ausnahmsweise militärische Maßnahmen androhen, anordnen oder legitimieren. Wer die Charta verteidigt, hat nach unserer Auffassung auch dieses Kapitel zu respektieren.

Die Beschlüsse des Sicherheitsrates nach Kapitel VII können im Einzelfall die Charta selbst verletzen, aus anderen Gründen falsch oder eben auch richtig sein. Parteivorstand und Bundestagsfraktion haben lediglich erklärt, im Falle eines solchen Sicherheitsratsbeschlusses im Einzelfall zu prüfen, ob man ihn ablehnen müsse oder ihm zustimmen könne. Wenn der Sicherheitsrat, wie die PDS-nahe Jugendorganisation zurecht befürchtet, sich von den USA instrumentalisieren lässt, dann werden wir dies sagen und unter anderem mit dieser Begründung einen entsprechenden Beschluss des Sicherheitsrates kritisieren.

Aber es gibt eben auch andere Fälle. In seiner Geschichte hat der Sicherheitsrat sieben Mal Kapitel VII der Charta angewandt, von Korea bis Ost-Timor. In fünf Fällen hätten wir unseres Erachtens die Beschlüsse strikt ablehnen müssen, so wie wir es tatsächlich bei den Interventionen gegen den Irak und gegen Somalia getan haben. Nur im Falle Haitis und Ost-Timors hätten wir unserer Auffassung nach die Anwendung des Kapitels VII nicht ablehnen dürfen. In Haiti wurde der demokratisch gewählte Präsident Aristide von reaktionären Militärs gestürzt, Teile der Bevölkerung wurden massakriert. Der Sicherheitsrat erklärte den Frieden für gefährdet und entsandte Truppen, die das Militär - zumindest zum Teil - entmachteten und Aristide wieder einsetzten. In Ost-Timor musste ein wirklicher Völkermord gestoppt, die durch Volksentscheid bestimmte Unabhängigkeit hergestellt und die völkerrechtswidrige Besetzung durch Indonesien beendet werden. In einem dritten Fall hätten wir wahrscheinlich sogar kritisieren sollen, dass der Sicherheitsrat keinen Beschluss gefasst und umgesetzt hat - beim Völkermord in Ruanda. Nur wenn wir uns jeden diesbezüglichen Beschluss des Sicherheitsrates genau ansehen und bewerten, bleiben wir glaubwürdig. Wer das Kapitel VII der Charta generell ablehnt, braucht keine spezifischen politischen Gründe zur Ablehnung einzelner Beschlüsse des Sicherheitsrates und wird unglaubwürdig, wenn er sie dennoch vorträgt. Letztlich respektiert er die Charta der Vereinten Nationen als Ganzes ebenso wenig wie andere, denen er dies vorwirft.

Es geht um die Charta, nicht um Krieg oder Frieden, diesbezüglich hat die PDS klar entschieden. Und wer eine Einzelfallprüfung bei Sicherheitsratsbeschlüssen vornimmt, gibt damit keinesfalls zu erkennen, dass er etwa der Mehrzahl solcher Beschlüsse zustimmen wolle. Er will aber im Falle einer Ablehnung glaubwürdiger werden. Und keinesfalls will er den Einsatz der Bundeswehr, die für die Umsetzung solcher Beschlüsse des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen aus einer Vielzahl politischer und historischer Gründe völlig ungeeignet ist, was auch für andere Großmächte gilt. Die, die heute protestieren, fragen wir, wo ihr Protest blieb, als wir nach Beginn des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges der NATO gegen Jugoslawien nicht nur sein Ende, sondern auch forderten, dass UN-Truppen ohne Beteiligung von NATO-Staaten die Rückkehr der Flüchtlinge in den Kosovo auf Beschluss des Sicherheitsrates sichern sollten. Aus der PDS gab es zu unserem Friedensvorschlag nur Zustimmung.

Wir müssen auch aufpassen, uns international nicht zu isolieren. Die linke Fraktion im Europäischen Parlament, der wir angehören, besteht aus vierzehn nationalen Parteien. Zwölf dieser Parteien haben einen Antrag an das Europäische Parlament unterzeichnet, in dem der Beschluss des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zu Ost-Timor in Übereinstimmung mit der Befreiungsbewegung Ost-Timors begrüßt und unterstützt wird. An der Antragstellung beteiligten sich lediglich die Vertreterinnen und Vertreter der niederländischen Partei und der PDS nicht. Die Position unserer Genossinnen und Genossen dort, von vornherein jeglichen Beschluss des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen nach Kapitel VII der Charta abzulehnen, wurde von der großen Mehrheit in der linken Fraktion nicht geteilt. Wir wollen nicht, dass der Eindruck entsteht, nur die PDS und die niederländische Partei besäßen einen wirklich antimilitaristischen Charakter, die übrigen linken Parteien Europas, die im Europäischen Parlament vertreten sind, dagegen nicht. Unter ihnen befinden sich demokratisch-sozialistische, reformkommunistische und andere linke Parteien mit jahrzehntelanger antimilitaristischer Tradition. Sie hatten schon immer die Position zur Charta der Vereinten Nationen einschließlich des Kapitels VII, wie sie in den jüngsten Beschlüssen des Parteivorstandes und der Bundestagsfraktion ausgedrückt wird.

Auf dem kommenden Parteitag sollten und werden wir über diese Fragen sachlich weiterdiskutieren. Das können wir auch, denn niemand will den Charakter der PDS als Antikriegspartei verändern.

Mit solidarischen Grüßen,

Lothar Bisky, Gregor Gysi

Berlin, den 8. November 1999

18. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der alltäglichen Lohnarbeit

Nachrichten aus dem Untergrund der Lohnarbeit

Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak432/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:432:44

Die meisten der folgenden Meldungen stammen aus LabournetGermany (www.labournet.de). David Hollis und Mag Wompel an dieser Stelle noch einmal tausend Dank.

Stunk im Hafen

Am Mittwoch, den 3. November, demonstrierten 500 Hafenarbeiter des Gesamthafenbetriebs (GHB) in Hamburg gegen einen bevorstehenden Haustarifvertrag. Für die 1000 GHB-Beschäftigten würde dieser Vertrag Lohnkürzungen bis zu 20% und zusätzliche Flexibilisierung der Arbeit bedeuten. Beim GHB handelt es sich um einen Beschäftigtenpool, den die Hafenbetriebe per Gesetz abrufen müssen, wenn im Hafenumschlag Personalengpässe entstehen. Wie in anderen Häfen auch, gibt es in Hamburg das Interesse, dieses GHB-Monopol zu kippen und stattdessen auf untertariflich bezahlte Tagelöhnerarbeit oder auf Zeitarbeitsfirmen zurückzugreifen.

Hintergrund dieser Demonstration sind auch Auseinandersetzungen mit dem GHB-Betriebsrat. Dessen Zugeständnisse an die Geschäftsleitung sind auf Betriebsversammlungen und Befragungen von zwei Dritteln der GHB-Beschäftigten rundherum abgelehnt worden. Zur der Demonstration, die anschließend in einem Autokorso zum Hamburger Rathaus führte, hatte das "Aktionskomitee zur Sicherung des GHB" aufgerufen. Wir zitieren aus dem Demo-Aufruf des Aktionskomitees:

"An alle Hafenarbeiter, sicherlich habt Ihr mitbekommen, dass es in der GHB-Belegschaft gärt. Der Grund: Die Geschäftsführung will mit einem Haustarifvertrag Einkommenseinbußen von bis zu 20% durchsetzen, bei gleichzeitiger Ausweitung der Flexibilisierung. Falls wir dieses Einsparvolumen nicht akzeptieren, droht sie mit Konkurs und Auflösung des GHB zum Jahresende. Dahinter steckt die knallharte Überlegung, die Arbeitsreserve für den Hafen über eine nicht tarifgebundene Zeitarbeitsfirma zu organisieren. 900 Hafenarbeiter, fast ein Fünftel, würde so aus dem Hafentarif rausgebrochen. (...)

Wir sind auch heute bereit, einen Beitrag zur Lösung der Probleme zu leisten. Neu ist aber in der jetzigen Situation, dass die Probleme des GHB alleine durch Opfer der GHB-Kollegen gelöst werden sollen. Das geforderte Einsparvolumen liegt bei ca. 7 Millionen DM. Selbst wenn wir es heute könnten, was ist in 2 oder 3 Jahren, wenn sich die Entwicklung fortsetzt? (...)

GHB-Kollegen wehren sich! Die Verhandlungen mit der Geschäftsführung sind zurzeit ausgesetzt. In dieser Situation haben wir auf der letzten ÖTV-Mitgliederversammlung das Aktionskomitee zur Sicherung des GHB gegründet. Seine Aufgabe: Diskussion alternativer Einsparmöglichkeiten und Information der Öffentlichkeit."

Hafenarbeiter ausgesperrt

Anfang November haben die Hafenunternehmer in den Häfen der kanadischen Westküste die in der International Longshore and Warehouse Union (ILWU) organisierten ArbeiterInnen ausgesperrt. Der Containerumschlag ist in die US-amerikanischen Häfen Seattle, Tacoma und Portland umgeleitet worden. Die Aussperrung wurde am Sonntag, den 5. November, ausgesprochen, unmittelbar nach dem Abbruch der von Tarifverhandlungen, die sich seit einem Jahr hinschleppen.

Die Aussperrung folgt unmittelbar einem dreiwöchigen Streik der unabhängigen LKW-Fahrer im Sommer diesen Jahres, der u.a. dazu führte, dass sich mehr als 7.000 Container in den Häfen stapelten. Der Konflikt wurde beigelegt, nachdem sich die Unternehmer bereit erklärt hatten, die LKW-Fahrer stundenweise und nicht nach Auftrag zu bezahlen.

Seit dem 31.12.1998 ist der Tarifvertrag zwischen Hafenbetrieben und ILWU ausgelaufen. In den darauf folgenden Auseinandersetzungen geht es auch um höhere Löhne. Zentraler Konflikt ist jedoch die Tatsache, dass die Hafenbetriebe im letzten Jahr eine gewerkschaftlich nicht organisierte Firma zur Abwicklung eines

Teils des Umschlags angeheuert hatten. Es war das erste Mal, dass an der kanadischen Westküste für diese Arbeit eine nicht-organisierte Firma beauftragt wurde.

Obwohl es dabei konkret "nur" um acht Vollzeit- und 15 Teilzeit-ArbeiterInnen geht, hat die IWLU diesen Punkt zum entscheidenden Knackpunkt in den Verhandlungen um einen neuen Tarifvertrag für die kanadische Westküste gemacht. "Wir werden es nicht zulassen", so Tom Dufresne, Präsident von ILWU-Kanada, "dass in einem Bereich, der traditionell von gewerkschaftlich organisierten ArbeiterInnen bedient wird, ein Nicht-Gewerkschaftssektor entsteht."

Im Laufe des Jahres sind streikende Gewerkschaftsgruppen in Vancouver per Gericht zu empfindlichen Geldstrafen verurteilt worden. Die ILWU hat sich daraufhin geweigert, irgendeinen Vertrag abzuschließen, solange die Klagen gegen die KollegInnen nicht zurückgenommen und die gerichtlichen Auseinandersetzungen vom Tisch sind.

(LabournetGermany, Journal of Commerce)

Erwerbslose besetzen Deutsche Bank

Am 29. Oktober, am Weltspartag, haben Erwerbslose in Darmstadt eine Filiale der Deutschen Bank besetzt. Die halbstündige Besetzung war Teil eines bundesweiten Aktionstages gegen das Sparpaket der rot-grünen Bundesregierung. Unter dem Motto: "Streichen bei den Reichen statt sparen bei den Armen!" fuhren etwa 25 AktivistInnen mit leeren Einkaufswagen in die nunmehr größte Bank der Welt. Der Kundenbetrieb war somit lahm gelegt - die Diskussion über die Notwendigkeit der Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums eröffnet.

In einer gemeinsamen Pressemitteilung des Rhein/Main-Erwerbslosenbündnis, der Gewerkschaftlichen Arbeitsloseninitiative Darmstadt, des Frankfurter Sozialbündnisses und der JungdemokratInnen / Junge Linke Darmstadt zu dieser Aktion heißt es:

"Obwohl Erwerbslose und SozialhilfebezieherInnen nichts zu sparen haben, sind sie Opfer der groß angelegten Sparoffensive einer Bundesregierung, die auf der anderen Seite gerade die Wirtschaft um 8 Mrd. DM entlasten will. Allein 10 Mrd. DM sollen jetzt auf Kosten von Erwerbslosen eingespart werden: Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe sollen in den nächsten beiden Jahren nur gemäß der Preissteigerungsrate steigen, die originäre Arbeitslosenhilfe wird abgeschafft und für ArbeitslosenhilfebezieherInnen wird der Staat künftig geringere Beiträge an Krankenkassen, Renten- und Pflegeversicherungen zahlen. Resultat dieser ‚Reform' ist für Arbeitslose die Vorprogrammierung von Altersarmut.

Zusätzlich wird das geringe Einkommen durch die Ökosteuer gemindert, für die Erwerbslose, SozialhilfebezieherInnen und Rentner keine Ausgleichszahlungen erhalten. Wir aber haben ganz andere Vorstellungen von einem sozial verträglichen Sparpaket!" (LabournetGermany)

Kanzler jubelt für McDonald's

Kein geringerer als Gerhard Schröder hielt die Laudatio bei der Eröffnung der 1.000. McDonalds-Filiale in Berlin-Treptow am 7. Oktober. "Beliebt bei Jung und Alt" sei der Burger-Bräter, und "auch meine Tochter Klara und ich wissen die Vorzüge einer kurzen Pause bei McDonalds durchaus zu schätzen". Weiter dankte der Kanzler McDonalds für sein "umfangreiches gesellschaftliches Engagement" und begrüßte "nachdrücklich" "die tarifvertragliche Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse zwischen McDonalds und seinen Mitarbeitern".

Die Schrödersche Lobeshymne kam nur drei Monate nach der Kampagne der Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten (NGG) gegen die prekären Beschäftigungsverhältnisse bei McDonalds (siehe ak 430). McDonalds hatte u.a. seine rund 15.000 Teilzeitkräfte mit 630-Mark-Verträgen aufgefordert, einer Änderung ihrer individuellen Beschäftigungsverträge zuzustimmen. Danach sollte das Unternehmen nur 50% der neuen Sozialversicherungsabgaben zahlen, während die Arbeitnehmer die andere Hälfte selbst übernehmen. Die NGG hat diese "Kommandotaktik" als Verletzung des neuen 630-Mark-Gesetzes verurteilt und in den Betrieben, in denen sie Betriebsräte bilden konnte, eine entsprechende Änderung der Beschäftigungsverträge verhindert.

Am Tag der Berliner Jubelfeier erklärte McDonalds Tarifverhandlungen über Lohnerhöhungen für die ca. 50.000 McDonalds-Beschäftigten ultimativ für beendet. Die Beschäftigten, in den Worten des Bundeskanzlers "das wichtigste Kapital eines Unternehmens" und "der Garant des Erfolges" bekommen für 40 Stunden Knochenarbeit 2.190 DM brutto im Monat bei einem gleichzeitigen Rekordumsatz des Unternehmens von 4,2 Mrd. DM. Während der Konzern lediglich 19 Pfennig mehr in der Stunde über drei Jahre hinweg anbietet und mit Aufkündigung des Tarifvertrages droht, fordert die NGG 70 Pfennig pro Stunde für alle und 45 DM im Monat mehr an Ausbildungsvergütung. (LabournetGermany)

Krankenjagd bei Daimler

"Das geht zu weit" meint Udo Richter, Betriebsratsvorsitzender bei Daimler-Chrysler in Bremen. Unangemeldete Kontrollbesuche von Vorgesetzten bei krankgemeldeten Mitarbeitern haben den Betriebsrat verärgert. Und IG Metall-Sprecher Dieter Reinke meint zu den Mitte Oktober bekannt gewordenen Bespitzelungen: "Es ist eine Sauerei, wenn das Unternehmen so vorgeht." Die Daimler-Arbeiter reagieren empört: "Glatte Frechheit", "Ein schwerer Eingriff in die Privatsphäre!" "Durch solche Maßnahmen wird das Arbeitsklima nicht besser."

In einem offenen Brief des Betriebsrates an die Geschäftsführung heißt es: "Mit Entsetzen musste der Betriebsrat durch betroffene Kolleginnen und Kollegen zur Kenntnis nehmen, dass sie während ihrer Krankheit unangemeldet von ihren Vorgesetzten, teilweise auch in Begleitung von Personalbetreuern, zu Hause aufgesucht wurden. Hier handelt es sich nicht um Fehlverhalten einzelner Vorgesetzter, sondern dies wird von maßgeblicher Stelle des Werkes gefördert und so geplant. Dadurch entsteht der Eindruck, dass es dem Unternehmen nicht darum geht, die Krankheitsursachen und ihre Abhilfe zu ergründen, sondern vielmehr, dass noch mehr Druck auf die arbeitsunfähigen Kolleginnen und Kollegen ausgeübt werden soll.

Die Gründe für krankheitsbedingte Abwesenheit haben viele Ursachen und diese haben auch etwas mit den konkreten Arbeitsbedingungen zu tun. Der Betriebsrat ist nach wie vor dazu bereit, ... im Sinne von Arbeitsplatz verbessernden und gesundheitsfördernden Maßnahmen mitzuwirken. (...) Der Betriebsrat wendet sich aber entschieden gegen solche Entscheidungsträger, die Absprachen und Vorgehensweisen dieser Gremien missachten und einseitige Anordnungen vorgeben und damit Vertrauen zerschlagen."

Weder ist Daimler-Chrysler ein Einzelfall, noch sind es "nur" Vorgesetzte, die bei Kranken an der Haustür klingeln. 15% aller Überwachungsaufträge, die Detekteien aus der Wirtschaft erhalten, drehen sich darum, "BlaumacherInnen" aufzuspüren, so Josef Riehl, Geschäftsführer des Bundesverbandes deutscher Detektive. Der Großteil der Aufträge kommt dabei von mittelständischen Unternehmen mit bis zu 200 Beschäftigten. (LabournetGermany, Hamburger Abendblatt)

"Nicht-Streik" bei Starbuck

Starbuck ist der weltweit größte Kaffee-Einzelhändler mit über 2.200 Filialen. Der kanadische Konzern pflegt seit Jahren das liberale und weltoffene Image vom "etwas anderen, edleren Geschmack". Anlässlich der Neuverhandlung des Haustarifs griffen Angestellte von zwölf gewerkschaftlich organisierten Starbuck-Geschäften in Kanada zur Aktionsstrategie des "Nicht-Streiks". Sie forderten angemessene Löhne bzw. Lohnerhöhungen, bezahlten Krankenurlaub sowie ein festes Arbeitszeitschema für jeden Angestellten und regelmäßige Fortbildungs- und Schulungseinheiten.

Die Starbuck-Angestellten werden in Kanada von der AutomobilarbeiterInnengewerkschaft (CAW) organisiert, wobei die Gegenmacht der Gewerkschaft im Vorfeld der Proteste als äußerst gering eingeschätzt wurde. Die AktivistInnen versuchten daher, die David-gegen-Goliath-Situation in ironischer Form auszunutzen. Das Besondere des "Nicht-Streiks" ist die Tatsache, dass nicht gestreikt wird. Alle Aktionen finden innerhalb der Arbeitszeit statt. Die KollegInnen gingen zur Arbeit und bedienten die Leute, allerdings weigerten sie sich, die einheitliche Starbuck-Arbeitsuniform anzuziehen. Die meisten GewerkschafterInnen trugen, was sie wollten, einige nutzten dies aber auch dazu, sich in ausgefallenen Kostümen und Pantoffeln, oder mit bunten Perücken oder Tattoos in den Geschäften zu präsentieren.

Statt Starbuck-Uniform trugen alle Buttons mit dem "Warbuck Coffee"-Logo, das schon bald lokale Berühmtheit errang. Der Rücken der "Unstrike"-T-Shirts war rot bedruckt mit der Aufschrift: "Ich hatte keinen bezahlten

Krankenurlaub und so telefonierte ich vergeblich. Nun möchte mein Boss das Zertifikat des Leichenbeschauers, bevor ich zur Arbeit zurückkehren kann."

Die meisten Beschäftigten bei Starbuck sind Teilzeit-Angestellte und verdienen weniger als 800 Dollar im Monat (knapp über 1.000 DM). Während das Management selbstverständlich einen Anspruch auf bezahlten Krankenurlaub und andere Vergünstigungen hat, können sich die Teilzeit-ArbeiterInnen Krankheit nicht leisten. Jede Krankmeldung treibt sie noch mehr in die Armut. Deswegen fordert die Gewerkschaft eine von der Arbeitsdauer abhängige Regelung für bezahlten Krankenurlaub.

Angesichts der zunehmenden Serviceorientierung solcher Unternehmen wie Starbuck sah die Gewerkschaft die Chance, das Ungleichgewicht der Kräfte zu ihren Gunsten zu ändern. Dienstleistungsunternehmen wie Starbuck, die sich in der Öffentlichkeit präsentieren müssen, sind auf eine gute PR angewiesen. Öffentlichkeitswirksame Aktionen können zu schwer wiegenden Imageschäden eines Unternehmens und in der Folge zu Umsatzeinbrüchen führen.

Am 10. November ist der "Nicht-Streik" bei Starbuck in Kanada beendet worden. 75% der CAW-Mitglieder haben einem Zwei-Jahres-Vertrag rückwirkend vom 1. Juli 1999 bis zum 30. Juni 2001 zugestimmt. Erfolgreich war die CAW vor allem bei den Lohnforderungen. Der neue Vertrag beinhaltet Lohnerhöhungen um 40 Dollar über die nächsten zwei Jahre, d.h. eine Lohnerhöhung von 4,7%. Die Durchsetzung einer Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ist der Gewerkschaft hingegen nicht gelungen. Dies wird Gegenstand zukünftiger Verhandlungen und Kämpfe sein.

(LabournetGermany, DonaldSwartz@pigeon.carleton.ca, express Nr. 10/1999)

19. Außer Spesen nix gewesen. Bilanz der Arbeitszeitverkürzung bei VW

Autor: Jochen Gester · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak432/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:432:07

Mit dem sog. "VW-Modell" sollte 1993 frischer Wind in die fest gefahrene Diskussion um die Arbeitszeitverkürzung gebracht werden. Sechs Jahre später fällt die Bilanz ernüchternd aus.

Am 15. Dezember 1993 war zwischen dem Management der Volkswagen AG und der Bezirksleitung der IG Metall eine Betriebsvereinbarung abgeschlossen worden, die als "VW-Modell" bekannt wurde. Sie hat hohe Wellen geschlagen. Bekannt wurde über die nationalen Grenzen hinweg vor allem die Tatsache, dass entgegen der dominierenden Arbeitgeberstrategie - die Arbeitszeit muss verlängert werden - eine drastische Verkürzung der Arbeitszeit auf 28,8 Stunden in der Woche vereinbart wurde. Dieser Vorstoß war Anlass zu neuer Hoffnung, gerade auf dem linken Flügel der Gewerkschaften. Denn hier herrscht am ehesten Konsens darüber, dass eine Wachstumsstrategie, die die Zunahme von Arbeitsplätzen im "eigenen Unternehmen" auf Kosten anderer Betriebe verspricht, für das gewerkschaftliche Selbstverständnis Gift ist. Auch der Abbau der industriellen Reservearmee durch Deregulierung von Löhnen, Arbeitsbedingungen und Tarifstandards ist für Gewerkschaften eine selbstmörderische Strategie, so dass an einer allgemeinen und drastischen Arbeitszeitverkürzung kein Weg vorbei geht.

Zweifelhafter Deal

Der Vorstand der VW AG wollte durch den Vertrag drei Ziele realisieren: 1. Lohnkostensenkung um 30 Prozent, 2. Ausweitung der Flexibilisierung der Produktion und 3. Einbindung der Gewerkschaften in diese Strategie, da ansonsten die Durchsetzung dieser Ziele gefährdet schien. Heute kann kaum daran gezweifelt werden, dass diese Ziele auch erreicht wurden.

Unmittelbarer Anlass des Vertrags Ende 1993 war ein Umsatzeinbruch von 25%, auf den das Modell direkt mit Maßnahmen zur Kostensenkung und Flexibilisierung reagierte. Der Konzern wollte so die eigene Konkurrenzposition vor allem gegenüber den japanischen Automobilunternehmen verbessern, mit denen sich der VW-Chef Piëch im "Kriegszustand" weiß.

Der "Modell"-Vertrag führte in allen inländischen VW-Werken die 28,8-Stundenwoche ein. Diese umfasst im Regelfall vier Tage, kann jedoch auf fünf Tage ausgedehnt werden. Der Bilanzzeitraum für die Einhaltung der 28,8-Stunden-Woche ist das ganze Jahr. Es existiert ein Korridor, der zwischen 28,8 und 38 Wochenstunden schwanken kann. Die Ankündigungfrist für Arbeitszeitänderungen beträgt nur wenige Tage. Der Vertrag macht den Weg frei für eine weitere Differenzierung der individuellen Arbeitszeiten: Mittlerweile gibt es mehr als ein Dutzend verschiedene Arbeitszeitmodelle von der 3-Tage-Woche bis zu rollierenden Schichtwechseln. Zwischenzeitlich waren es sogar bis zu 150.

Die Finanzierung der Arbeitszeitverkürzung wird von der Belegschaft getragen. Für die verringerte Arbeitszeit gibt es entsprechend verringerten Lohn. Ein Bandarbeiter verliert durch das Paket ca. 6.500 DM brutto im Jahr. Auf der Streichliste standen auch der Sonderurlaub und Sonderzahlungen für besonders belastete Arbeiter. Mehrarbeitszuschläge gibt es erst bei Arbeitszeiten von mehr als 35 Stunden. Bildungsurlaub, Urlaub und Krankheit wird nur auf Basis der 28,8 Stundenwoche und nicht auf Basis der real gearbeiteten Zeit vergütet.

Um die Monatseinkommen zu stabilisieren, wurde das 13. Monatseinkommen und 2/3 des Urlaubsgeldes gezwölftelt und auf die Monatseinkommen umgelegt. Darüber hinaus bleibt es bei einem Festbetrag von 1.600 DM Urlaubsgeld. Zu diesem Zweck wurde auch der letzte Schritt in der Verkürzung der Arbeitszeit von 36 auf 35 Stunden des Manteltarifvertrags für VW (VW hat einen Haustarifvertrag) von Oktober 1995 auf Januar 1994 vorgezogen und die darin festgelegte Entgelterhöhung vom 1.11.1993 auf den 1.1.1994 verschoben.

Als Gegenleistung für diese vereinbarte Demontage des bestehenden Tarifvertrags erhielt die Belegschaft die Zusicherung, dass während der Laufzeit des neuen Vertrags (bis 31.12.1995) keine betriebsbedingten Kündigungen ausgesprochen werden.

Es blieb nicht beim ursprünglichen "Modell"-Vertrag. Im folgenden "Beschäftigungsicherungsvertrag" wurde das Management ermächtigt, bei Bedarf eine 30-Stunden-Woche zu fordern, bei der nur 28,8 Stunden bezahlt werden. In bandabhängigen Bereichen wurden die wöchentlichen Pausen um 1,2 Stunden gekürzt, und im nicht-bandabhängigen Bereich (Instandhaltung, Qualitätssicherung, Logistik) wurde eine unbezahlte Mehrarbeit von 1,2 Stunden eingeführt. Zugleich wurden auch die Zuschläge für Samstagsarbeit gemindert.

Wichtig ist, dass die reale Arbeitszeit wesentlich über der vereinbarten 28,8-Stunden-Woche liegt. In Wolfsburg wurden insgesamt nur vier Wochen lang 28,8 Stunden gearbeitet, in Emden vier Monate. In allen anderen Werken wurde von Anfang an wesentlich länger gearbeitet. In einer Betriebsvereinbarung vom Sommer 1998 wurde ferner für die schichtfreie Zeit an acht Wochenenden Mehrarbeit angeordnet.

Das Management des Volkswagen-Konzerns kann zufrieden sein. Seine Taktik war einfach: Belegschaft, Betriebsrat und Gewerkschaft wurden vor die angeblich unvermeidliche Alternative gestellt: "Entweder Ihr macht mit, oder wir werden 30.000 Beschäftigte entlassen." Das Management hat sich darauf stützen können, dass im VW-Betriebsrat traditionell die sozialpartnerschaftliche Linie stark ausgeprägt ist und die Gewerkschaftsvertretung sich heute zum Co-Management bekennt. Außerdem erleichterten die besonderen Einkommensverhältnisse der VW-Stammbelegschaft die Akzeptanz für die Zugeständnisse bei den Einkommen. Vor dem In-Kraft-Treten der 28,8-Stunden-Woche lagen die Durchschnittslöhne bei ca. 30 DM pro Stunde. 35% der Lohnabhängigen verdienten weniger als der/die am schlechtesten gestellte VW-ArbeiterIn. Schon deshalb ist das VW-Modell auch nicht auf andere Branchen und Betriebe übertragbar.

Vor diesem Hintergrund gab es im Betrieb eine starke Tendenz, den vom Vorstand verlangten "Deal" - Lohnverzicht gegen begrenzte Arbeitsplatzsicherheit anzunehmen. Eine Mitgliederbefragung darüber fand allerdings nicht statt. Weder innerhalb des Betriebsrats noch innerhalb der IG Metall wurde ernsthaft die Alternative erwogen, die Erpressung des Vorstands zu verweigern und es auf eine Kraftprobe ankommen zu lassen. Mögliche alternative strategische Konzepte dafür waren jedenfalls öffentlich nicht erkennbar.

Arbeitszeitpolitik in der Sackgasse

Die Folgen für die gewerkschaftliche Politik liegen auf der Hand. Die IG Metall hat ihren gültigen Tarifvertrag nach unten geöffnet, ohne dass dadurch auch nur ein einziger neuer Arbeitsplatz entstanden ist. Sie hat sich als erpressbar erwiesen und zu weiteren Öffnungen des Tarifvertrags ermutigt. Dabei hat auch der IG Metall-Vorstand erklärt, dass der VW-Vertrag kein allgemeines Modell ist. Eine derartige Lohnminderung würde die Reproduktion der Mehrheit der Arbeiter und Angestellten ernsthaft belasten, und dafür ließe sich kaum mobilisieren.

Es ist in Zukunft schwerer, Volkswagen in eine allgemeine Strategie der Arbeitszeitverkürzung einzubeziehen, weil hier die Forderung nach einer 32-Stunden-Woche nicht mehr zieht. Die starke Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen erschwert nicht nur die Entwicklung gemeinsamer Interessen im Betrieb, sondern erhöht auch außerhalb der Arbeit die persönlichen Belastungen der Belegschaft. Dadurch wird der "Gewinn" von mehr freier Zeit relativiert.

Die Volkswagen AG hingegen steht heute besser da denn je: Die Produktionszeit eines Golfs sank von 33 Stunden (1993) auf 15 Stunden (1998). Der Anteil der zu bezahlenden Stammarbeiter wurde abgebaut. Neueinstellungen erfolgen zu 90% nur noch befristet. Zum Aufbau einer Flexibilisierungsreserve wurde eine Verleihfirma gegründet, die von VW, dem Land Niedersachsen und der IG Metall getragen wird. Dort wurden zunächst Werkstudenten beschäftigt, die für einen Pauschalbetrag von 21 DM arbeiten und in allen Werken eingesetzt werden können; künftig sollen vermehrt Erwerbslose eingestellt werden. Das Management beschreitet weiterhin den Weg des Personalabbaus, ohne teure Sozialpläne und Abfindungen zahlen zu müssen.

Die Hoffnung der Belegschaft, durch eine einmalige Opfergabe weiteren Personalabbau zu verhindern, dürfte sich nicht erfüllen. Der Personalstand soll von 104.000 (1993) auf 88.000 weiter gedrückt werden. Piëch plant eine Reduktion der Fertigungszeiten pro Auto auf 10 Stunden, um sich billiger und schneller als die Konkurrenz einen größeren Anteil am übersättigten Automobilmarkt zu erobern. Dies wird in in- und ausländischen Standorten der Konkurrenzunternehmen den Druck auf die Belegschaften erhöhen, vergleichbare Opfer zu bringen.

Das "VW-Modell" hat zwar eine offene Entsolidarisierung verhindert. Doch es bleibt ein Pakt der gewerkschaftlichen Defensive. Das Abkommen ist kein Weg, die Unterbietungskonkurrenz innerhalb der ArbeiterInnenklasse zu beenden. Dies ist nur möglich durch eine gemeinsame Strategie, bei der sich die ArbeiterInnen und ihre Interessenvertretungen dabei unterstützen, die sozialen Standards nach oben zu verschieben, statt im gemeinsamen Niedergang zu konkurrieren.

In den 80er Jahren hatte die IG Metall noch eine Vorreiterfunktion bei der Durchsetzung der 35-Stunden-Woche. Dieser Vormarsch ist spätestens Anfang der 90er Jahre ins Stocken geraten. Dies liegt einmal daran, dass die Arbeitszeitverkürzung mit starken Flexibilisierungen erkauft wurde, die die gewerkschaftliche Kampfkraft geschwächt haben. Noch wichtiger ist jedoch die Tatsache, dass die Gewerkschaften immer weniger in der Lage sind, eine Politik durchzusetzen, die auf gemeinsamen, betriebsübergreifenden Interessen aller Lohnabhängigen beruht. Vor dem Hintergrund eines deutlich gesunkenen Organisationsgrads dominiert eine hilflose betriebskorporatistische Standortpolitik, die zudem eng auf das Klientel der Kernbelegschaft zugeschnitten ist.

Der IGM-Vorsitzende Zwickel hat im April 1997 die allgemeine Durchsetzung der 32-Stunden-Woche an vier Wochentagen mit differenziertem Lohnausgleich gefordert. In zwei Phasen, beginnend am 1.1.1999, sollte dies realisiert werden. Doch das Konzept wurde auf Grund von Widerständen aus dem Funktionärskörper zu Gunsten einer Altersteilzeitregelung auf das Jahr 2001 verschoben. In Frankreich und Italien, wo es Gesetzesinitiativen für die 35-Stunden-Woche gibt, scheint der Vormarsch bei der Verkürzung der Arbeitszeit dadurch blockiert, dass die Kapitalistenverbände das Gesetz so weit verwässern, dass es ins Leere läuft. Unser gemeinsames Interesse ist es, den "Zug" wieder in Fahrt zu setzen. Dazu bedarf es vor allem besserer gegenseitiger Information. Denn der Kampf für die Verkürzung der Arbeitszeit bekommt durch den Euro mehr und mehr eine europäische Dimension, weil Fortschritte und Rückschritte der nationalen Bewegungen viel direkter in die Nachbarländer hineinwirken, und wir stärker aufeinander angewiesen sind als früher.

Jochen Gester

Jochen Gester ist Mitglied des AK Internationalismus der IG Metall Berlin. Dieser Beitrag wurde für die Zeitung der schwedischen SPL (Sozialistische Partei) geschrieben und von uns leicht gekürzt. Er kann auch unter www. labournet.de abgerufen werden.

20. "Wir brauchen eine andere Politik". Einladung zum zweiten bundesweiten Treffen der Gewerkschaftslinken

Rubrik: DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak432/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:432:09

Einladung zum 2. bundesweiten Treffen der Gewerkschaftslinken

am 3. und 4. Dezember im Gewerkschaftshaus Stuttgart

"Wir brauchen eine andere Politik"

Ein Jahr rot-grüne Regierungspolitik zur Aktualität des politischen Mandats der Gewerkschaften.

Freitag, 3. Dezember 1999, 18 Uhr

- Der Bruch der Sozialdemokratie mit der Arbeiterbewegung

- Ist das Blair-Schröder-Papier eine Zäsur der Linken?

- Kritik der Sparpolitik und des "Bündnis für Arbeit"

Referent: Prof. Bodo Zeuner (Freie Universität Berlin)

Referat eines Vertreters/einer Vertreterin der Erwerbsloseninitiativen

Diskussion

Samstag, 4. Dezember 1999, 10-17 Uhr

10.00 Uhr: Gewerkschaftspolitik jenseits von Sozialpartnerschaft und Wettbewerbskorporatismus

Foren zu folgenden Themen:

- Tarifpolitik: Ende der Bescheidenheit - neue Initiativen der Arbeitszeitpolitik

- Sozialstaat als Reformprojekt: Wie kann eine solidarische Sozialpolitik aussehen?

- Reform der Mitbestimmung und der Betriebsverfassung: Alternativen zu Böckler & Bertelsmann

13.00 Uhr: Mittagessen

anschl. Kurzberichte aus den Foren und Diskussion

15.00 Uhr: Diskussion über die Thesen zum Selbstverständnis der Gewerkschaftslinken (Vorlage wird nach Anmeldung verschickt)

16.00 Uhr: Abschlussdiskussion

Liebe Kollegin, lieber Kollege,

ein Jahr rot-grüner Regierungszeit hat genügt, um nicht nur vielen Gewerkschaftern, sondern auch vielen Wählern die letzten Hoffnungen auf einen Politikwechsel zu rauben.

Die Gewerkschaften stehen vor der Entscheidung, ob sie sich zum Regierungsanhängsel entwickeln und sich in einen Wettbewerbskorporatismus einbinden lassen oder ob sie sich weiterhin als Gegenmacht verstehen und eine autonome und politische Position zu Regierung und Kapital einnehmen. Dazu gehört auch die Bereitschaft und Fähigkeit zur außerparlamentarischen Mobilisierung.

Die Haltung zu den Sparbeschlüssen und die Rolle im "Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit" signalisieren dabei eine wichtige Weichenstellung. Der Positionierung der Gewerkschaftslinken und deren Beitrag für eine autonome Politik der Gewerkschaften kommt eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu.

Der Arbeitsausschuss

Bitte rechtzeitig anmelden und ankreuzen, ob eine Übernachtung benötigt wird.

Das Gewerkschaftshaus ist in der Willi-Bleicher-Str. 20. Vom Hauptbahnhof mit der S-Bahn bis Haltestelle Stadtmitte. Das DGB-Haus ist direkt gegenüber dem "Haus der Wirtschaft" (kein Scherz).

Die Parkmöglichkeiten direkt am DGB-Haus sind äußerst gering. Parkhaus Hofdienergarage, Zufahrt über die Schellingstraße.

Für die Tagung wird ein Tagungsbeitrag von DM 30,- erhoben. Arbeitslose, Rentner und Studenten zahlen nichts.

Anmeldungen an: Heinz-Günter Lang, Tannenburgstraße 17, 64660 Alsbach-Hähnlei

21. Initiative für Vernetzung der Gewerkschaftslinken

Rubrik: DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak432/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:432:08

Was etwas holprig daherkommt, ist nicht mehr und nicht weniger als ein längerfristig angelegtes Projekt mit dem Ziel, linker Gewerkschaftspolitik größere Geltung zu verschaffen. Vorausgegangen war eine ca. einjährige Debatte in verschiedenen regionalen Diskussionszusammenhängen und in den Zeitschriften Sozialismus und express, die die Initiatoren ermutigte, das erste bundesweite Treffen zu organisieren.

Am 15./16. April 1999 trafen sich in Oberursel/Frankfurt ca. 140 GewerkschafterInnen aus der ganzen Bundesrepublik zur Gründung der "Initiative zur Vernetzung linker GewerkschafterInnen". Aus diesem ersten Treffen hervorgegangen ist ein Arbeitsausschuss und mehrere Arbeitsgruppen: "Bündnis für Arbeit" / Neuorganisation der Gewerkschaft / Funktion der Gewerkschaften im Kapitalismus, Arbeitszeitverkürzung / Soziale Grundsicherung / Sozialpolitik und Verteilungsfrage sowie die AG Weiterentwicklung der "Plattform"

Mit dem vielbeachteten GewerkschafterInnenaufruf gegen den NATO-Krieg im Kosovo erlebte die Initiative einen zusätzlichen Aufschwung, der schließlich im ersten bundesweiten Kongress der Gewerkschaftslinken am 4. September 1999 in Frankfurt mündete. Das Thema war folgerichtig: "Nach dem Balkan-Krieg - Die NATO, die neue Weltordnung und die Gewerkschaften" (vgl. ak 430).

Nun lädt die Initiative für Vernetzung der Gewerkschaftslinken zu einem zweiten Kongress ein. Am 3./4. Dezember in Stuttgart soll über die Themen Mitbestimmung, Sozial-, Tarif- und Arbeitszeitpolitik diskutiert werden.

Kontaktadresse: Heinz-Günter Lang, Tannenburger Str. 15, PF 1201, 64660 Alsbach-Haehnlein, Tel.: 06257-1468

22. Diene und spalte! "Management by Stress" durch Gruppenarbeit

Autor: Mag Wompel · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak432/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:432:06

Die industrielle Gruppenarbeit hat jeden Humanisierungstouch verloren. Aus Job-Rotation und Kompetenzerweiterung wurden Gruppendruck, Leistungshetze und verinnerlichte Marktlogik. Wir setzen mit diesem Beitrag die Debatte um die Ideologie und Praxis der scheinbar selbstständigen und selbstbestimmten Arbeitsverhältnisse fort (vgl. ak 430 und 431).

Seit den 80er Jahren forderten die Gewerkschaften Gruppenarbeit als Mittel zur Humanisierung der Arbeitswelt. In der jüngeren Vergangenheit kamen Vorstöße in diese Richtung jedoch vor allem von den (schlanken) Unternehmen. Im Zeichen der Lean Production versprechen sich Arbeitgeber und Gewerkschaften gleichermaßen betriebswirtschaftliche und zugleich soziale Vorteile von Gruppenarbeit. Dieser Konsens beruhte wesentlich darauf, dass die Gewerkschaften die angebliche Notwendigkeit von Standortsicherung und Wettbewerbsfähigkeit akzeptierten. Die Musterbetriebsvereinbarungen sowohl der IG Metall als auch der damaligen IG Chemie-Papier-Keramik zur Gruppenarbeit beinhalten dementsprechend die Wirtschaftlichkeitsziele. Und in den Betriebsvereinbarungen in der bundesdeutschen Automobilindustrie wird das Streben nach permanenter Verbesserung des Produktivitätsniveaus als Aufgabe aller ArbeiterInnen festgehalten. (1)

Gruppenarbeit wurde als Abkehr von tayloristisch-arbeitsteiligen Konzepten der Arbeitsorganisation sowie als der Beginn einer neuen Rolle der Arbeitskraft interpretiert.

Doch es kam anders. Im Mai 1996 wurde in der Vertrauensleutezeitung Scheibenwischer bei Mercedes in Stuttgart Gruppenarbeit als "Auslaufmodell" bezeichnet. Die wenigen arbeitsorganisatorischen Experimente werden zurückgenommen. Sukzessive "Rückschritte" und eine "Renaissance des Fließbandes" sind aus allen Werken der Automobilindustrie, aber auch aus anderen Branchen bekannt. Aus diesen Erfahrungen heraus wird von einer allgemeine Ernüchterung der Belegschaften gegenüber Pilotprojekten und neuen Kampagnen berichtet.

Modernisierter Taylorismus

Dabei waren auch im Zeichen der Lean Production mit Gruppenarbeit viele Humanisierungshoffnungen verbunden. Doch Prozesszwänge der vor- und nachgelagerten Bereiche, Einbindung in Just-In-Time-Abläufe sowie enge Vorgabezeiten reduzieren Kompetenzerweiterung, Job-Rotation und Arbeitsanreicherung auf bloß symbolische Kompetenzen (wie Urlaubsplanung etc.) sowie Re-Spezialisierung. Mitgestaltung wird zum Schein und zur Sachzwangverwaltung. Gleichzeitig werden die ArbeiterInnen überfordert. Ihnen wird mehr Verantwortlichkeit zugewiesen, aber ohne die dazugehörigen Einflussmöglichkeiten und Qualifikationen. Unter dem Strich bleibt, dass die "Poren des Arbeitstages" immer mehr verschlossen werden. "Management by stress" erhöht die psychische und physische Belastung in der Arbeit, und statt Integration leistungseingeschränkter Beschäftigter erfolgt ihre schrittweise Ausgrenzung.

Die Art und Weise der Aufgabenerweiterung ist für das Unternehmen kostengünstig und sichert gleichzeitig die Arbeitsflexibilität. Bei der Gruppenarbeit gibt es keine Stillstände und Pausen, immer ist etwas zu tun - vorausgesetzt, alle beherrschen möglichst viele Aufgaben in der Gruppe. Eine solche Aufgabenerweiterung ist aber auch eine Strategie der Einbindung: "... der Mitarbeiter (soll) umfassender in die Leistungsprozesse eingebunden werden und die wesentlichen Schnittstellen und Zusammenhänge auf diese Weise transparenter werden. Dem Einzelnen wird so die Notwendigkeit seines Beitrages für das gesamte Unternehmen deutlich, was ihn motivieren soll, weniger zu fehlen." (2)

Gleichzeitig haben die Gruppen für die Erweiterung ihrer Zuständigkeiten immer weniger Zeit, die Zeitvorgaben bleiben trotz zusätzlicher Anlernaufgaben o.Ä. gleich. Erhöhter Zeitdruck und Hektik sind die Folge. Kurzfristig entlastende Effekte werden langfristig durch die Verlagerung von Kontrolle und Konflikten in die Gruppen hinein aufgehoben. Durch die Visualisierung und Standardisierung der Operationen wird die interne Kontrolle um eine externe ergänzt. Die Kontrolle wird also keinesfalls schwächer, nur indirekter. Zunehmende

Entsolidarisierung, Anwesenheits- und Leistungsdruck sowie Leistungskontrolle innerhalb der Gruppen sind die Folgen.

ArbeiterInnen empfinden die Gruppenarbeit weniger als "Möglichkeit" oder "Ansporn", sondern eher als Zwang. Dabei ist der Arbeitsdruck "das vitale Werkzeug des Managements, sowohl was die Überwachung der Arbeit betrifft, als auch das Ziel, das gesamte Personal dazu zu zwingen, das System aufrechtzuerhalten." (3) Das Arbeitstempo ist dabei auf optimale Bedingungen ausgerichtet. Jede kleinste Abweichung gefährdet das überspannte System. Das früher als unmenschlich bezeichnete REFA-System der Arbeitsbewertung erscheint deshalb vielen im Nachhinein als "ein gewisser Schutz vor Selbstausbeutung" (ein Betriebsrat, BMW Dingolfing) und als eine feste Orientierungsgröße, die nun vermisst wird.

Von einer Abkehr vom Taylorismus und einer Aufhebung der Arbeitsteilung kann in der Praxis der Gruppenarbeit keine Rede sein. Die Arbeitsteilung existiert nicht nur als optimale zeitliche und methodische Durchdringung der Arbeit weiter. Als Trennung von schöpferischer und ausführender Tätigkeit wurde sie eher verschärft und als strengere Kontrolle über die Ausführung eines jeden Arbeitsschrittes gesteigert und vertieft. In den japanischen Automobilwerken in den USA und Kanada geht die Tendenz dahin, "jede Bewegung der Beschäftigten genauer denn je zuvor festzulegen. Das Management by Stress überwindet den Taylorismus nicht, sondern vertieft ihn noch." (4) Zumindest für die deutsche Automobilindustrie ist dies eine übertragbare Beobachtung.

Einerseits bestehen nach wie vor rigide Vorgaben, die nun lediglich unpersönlich, in Form von Sachzwängen der Material- und Datenflüsse vermittelt werden. Durch fehlende Einflussmöglichkeiten steigt das Gefühl des Ausgeliefertseins. Andererseits werden selbst rudimentäre Formen der Gruppenarbeit am Fließband durch die Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse innerhalb der Zulieferpyramide erkauft: Die Arbeitsteilung wird "fremdvergeben". Das gilt auch für die Tätigkeiten ohne Taktbindung, die älteren und/oder leistungsgewandelten ArbeiterInnen zur Verfügung standen. Durch Gruppenarbeit und Lean Production wird die Arbeitsteilung auf einer höheren Ebene perfektioniert; eine Ebene, die für die Unternehmen flexibler und effektiver ist.

Konkurrenz und Kontrolle

In Verbindung mit dem Kontinuierlichen Verbesserungsprozess (KVP) kommt zum bestehenden Leistungsdruck noch der steigende Druck zur Rationalisierung in Eigenregie hinzu. In der Folge stehen die Arbeitsgruppen unter einem zunehmenden Wettbewerbsdruck. Die Erwartungen an die Gruppen sind sehr hoch, denn die Unternehmen wollen "Verschwendungsbekämpfung ohne Tabus" (ein Verantwortlicher für Gruppenarbeit, VW Kassel). Die Bemühungen gelten v.a. der Eliminierung aller nicht-wertschöpfenden Tätigkeiten: Gehen, Sich Bücken, Suche nach und Holen von Teilen und Werkzeugen oder das Lesen von Arbeitsplänen. Die Standardisierung, die mit KVP verbunden wird, minimiert diese "verschwenderischen" Bewegungen. Einige dieser Bewegungen können sicherlich belastend sein. Dennoch trägt ihre Beseitigung für die ArbeiterInnen zur Arbeitsverdichtung bei, denn manchmal können zusätzliche Arbeitsgänge eine erholsame Pause und Abwechslung bedeuten. Die Standardisierung der Arbeitsgänge bis in vorgeschriebene Plätze für jedes Teil und jedes Werkzeug an allen vergleichbaren Arbeitsplätzen unterstellt zudem einen "Standardarbeiter". Für Abweichungen von der festgesetzten Norm werden die ArbeiterInnen verantwortlich gemacht.

KVP dient der widerstandsfreien Erhöhung der Arbeitsstandards und der Reduzierung von Freiräumen. Die Teams sollen sich die Zwänge, denen sie gehorchen müssen, selbst schaffen, so das Credo der Opel-Werksleitung in Eisenach: "Nicht REFA-Fachleute analysieren und optimieren die Arbeitsabfolge, sondern die Betroffenen selbst. Die Rationalisierung kommt ihnen dann nicht mehr fremdbestimmt vor." KVP löst so das "Paradox der Produktion", die sowohl Engagement der ArbeiterInnen als auch ihre Kontrolle braucht. Management by stress strebt danach, dass die Beschäftigten ihre Arbeitsvorgänge ständig selbst rationalisieren. Genau darin liegt die Perfektionierung des Taylorismus durch Lean Production: ständige Kostensenkung durch die ArbeiterInnen selbst, verbunden mit Rationalisierung und Flexibilisierung.

Der aus Unternehmenssicht unbestreitbare Erfolg von Gruppenarbeit liegt im erweiterten Zugriff auf die Leistungsmöglichkeiten der ArbeiterInnen sowie in der Durchsetzung eines ständigen (Selbst-) Rationalisierungsdrucks. Konkurrenz zwischen den Gruppen und ArbeiterInnen und die hohe Arbeitsintensität

kommen hinzu. Im Anfangsstadium von Lean Production schien Gruppenarbeit zur Akzeptanz und Durchsetzung neuer Arbeitsstandards notwendig zu sein. Durch die bei ihrer Einführung in den Belegschaften verbreitete Hoffnung, ernster genommen zu werden und mehr Einfluss auf die Tätigkeit zu erhalten, ist diese Akzeptanz auch geschaffen worden.

Die beabsichtigte Arbeitsintensivierung geht dabei Hand in Hand mit dem Gruppendruck: "Eine größere Intensivierung der Arbeitsleistung jedes Einzelnen kann man nur dann erreichen, wenn man es schafft, dass die Gruppe koordiniert und gleichzeitig konkurrierend arbeitet, im Kampf jeder gegen jeden." (5) Dieser Druck dient auch der (Selbst-)Spaltung und (Selbst-)Selektion der Belegschaft. Gruppenarbeit scheint den Unternehmen in starkem Maße dabei zu helfen, "Faule und Fleißige", "Interessierte und Ignoranten" und "Motivationsbereite und gänzlich Unwillige" zu unterscheiden.

Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität als Belegschaftsaufgabe sind inzwischen breit akzeptiert. Der bewusst erzeugte Gruppendruck, die "inszenierte Konkurrenz" sowie nicht zuletzt die Betriebsvereinbarungen zur Gruppenarbeit trugen maßgeblich dazu bei. Lean Production ist daher nicht nur ein Produktionssystem, sondern vielmehr ein "Produktivitätskonzept", wobei Produktivität in erster Linie als eine Geisteshaltung bezeichnet wird. Bei Opel heißt das: "Jeder einzelne Mitarbeiter erlangt das Bewusstsein, dass ohne sein Engagement der Erfolg des Ganzen in Frage gestellt ist."

Der Betriebsgemeinschaft dienen

Gruppenarbeit ist die Organisation von Konkurrenz zum Zweck der systematischen Leistungssteigerung, unterstützt durch Standardisierung und Leistungstransparenz. Während Arbeitsgruppen offiziell als "family team", etwa bei Siemens, bezeichnet werden, werden zugleich "persönliche, menschliche Beziehungen in Konkurrenzbeziehungen verwandelt", so ein Arbeiter von Opel Zaragoza.

Wenn die Gruppenarbeit in ihrer rudimentären Form bereits ihre Aufgabe erfüllt haben sollte, dass nämlich Wettbewerbsfähigkeit akzeptiert und dafür Verantwortung übernommen wird, dann wird verständlich, warum ihre Einführung und Pflege nun nachrangiger behandelt wird. Entsprechend wird die Managementparole des "Menschen im Mittelpunkt" immer mehr um diejenige des "Überlebenskampfes" ergänzt. Motivation durch Angst statt durch Beteiligung ist die neue Managementlinie.

Wo Arbeitgeber glaubhaft mit Outscourcing und Auslagerung drohen, können sie ArbeiterInnen zu größeren Zugeständnissen und zur Unterordnung zwingen, Firma für Firma, Arbeitsplatz für Arbeitsplatz. Die besten und vielleicht zukunftsweisenden Beispiele für diese Einbindungsstrategien kommen aus Japan. Toyota spricht vom "Respekt für das Menschliche", doch der Betriebsablauf (auch bei Mazda) "deutet auf einen sehr eingeschränkten Begriff von Menschlichkeit hin: Menschliche Befriedigung wird nur durch das Streben nach den Managementzielen erreicht. Ein Handbuch, das in der Mazda-Fabrik in Michigan verwendet wird, warnt: ‚Wenn Sie vor ihrer Maschine stehen und nichts tun, gewinnen Sie als Mensch keinen Selbstrespekt.`" (6) Auch in der Bundesrepublik pflegt das Management diese Philosophie. Für VW-Chef Piëch ist das Erlernen des Dienens durch die ArbeiterInnen "die größte Umstellungsleistung, die der Konzern schaffen muss, wenn er an die Weltspitze will."

Hier zu Lande pflegen Geschäftsführungen eine Strategie der "Vergemeinschaftung": "An die Stelle (klassen-) kämpferischer Auseinandersetzungen zwischen ‚Kapital' und ‚Arbeit' soll vertrauensvolle, partnerschaftliche Zusammenarbeit treten. Die Beschäftigten werden aufgefordert, ihre Interessen ... an denen des Betriebes zu orientieren. Aus Individuen und Gruppen mit unterschiedlichen Interessen soll eine verschworene Betriebsgemeinschaft leistungswilliger und loyaler MitarbeiterInnen (im Falle der betrieblichen Partnerschaft sogar MitunternehmerInnen) werden." (7)

Vergemeinschaftungsstrategien führen zu ambivalenten Reaktionen der Beschäftigten. Einerseits knüpft diese Strategie durchaus an tatsächliche Bedürfnisse der arbeitenden Menschen und an den diesbezüglichen Defiziten an, die jahrelang durch die gleichen Unternehmen aufgebaut wurden.

Wenn die ArbeiterInnen sich andererseits hiergegen sperren, weil sie befürchten, mühsam aufgebautes informelles Arbeitsverhalten, verdeckte Spielräume und Reserven zu verlieren, wird dies schnell als "arbeitspolitischer Konservatismus der Arbeiter" bezeichnet und nicht als eine natürliche abwartende oder abwehrende Reaktion, die auf entsprechenden Erfahrungen basiert. Viel zu selten wird darüber nachgedacht,

dass die ArbeiterInnen evtl. einen, auf Erfahrungswissen basierenden, viel besseren "Riecher" für die Moden des Managements und die dahinter stehenden Strategien der Vereinnahmung haben. Es kann durchaus einem durchdachten Nutzenkalkül entspringen, sich angesichts der unmöglichen "echten" Beteiligung in den bekannten Strukturen mit möglichst wenig Aufwand einzurichten und die darüber hinausgehenden Wünsche in die - zugegebenermaßen immer häufiger willkürlich dosierte - Freizeit zu verlagern. Die Tagträume während der stupiden und entwürdigenden Massenproduktion haben oft mit dazu beigetragen, die ArbeiterInnen vor der physischen wie psychischen Katastrophe zu schützen.

Mag Wompel

Der folgende Beitrag ist eine stark gekürzte Fassung eines Artikels, der in der Nr. 38 (Juni 1999) der Zeitschrift Z. Zeitschrift für Marxistische Erneuerung erschienen ist. Er ist auch über das LabournetGermany abrufbar

(www.labournet.de).

Anmerkungen:

1) Opel Kaiserslautern, Betriebsvereinbarung - Gruppenarbeit Stufe II, Ergänzungsvereinbarung zur Betriebsvereinbarung 179 "Gruppenarbeit", Kaiserslautern, März 1997.

2) So S. Spieß und H. Beigel, die Erfinder des Anwesenheitsverbesserungsprozesses bei Opel.

3) M. Parker/J. Slaughter: "Working smart", Detroit 1994

4) a.a.O., S.52

5) Wildcat (Hg.): "Das verborgene Gesicht der Gruppenarbeit", Köln 1994

6) Parker/Slaughter, S.57

7) G. Krell: "Vergemeinschaftete Personalpolitik", in: Lang, K./Ohl, K., Lean Production. Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten, Köln 1994

23. "Die Mobilisierung hat militaristische Züge". ArbeiterInnen über Gruppenarbeit

Rubrik: Sozialpolitik; Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak432/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:432:10

Direkt befragt berichten IndustriearbeiterInnen wenig Positives über die Gruppenarbeit. Die Zitate stammen aus Mag Wompel: "Lean Production und Gruppenarbeit", in Z, Nr.38 (Juni 1999), S.113-126

Leistungsdruck:

"Es heißt: ‚Ihr seid für Qualität zuständig, macht bitte mehr Leistung, repariert und kontrolliert` - Aber mehr Zeit kriegen wir dafür nicht." (ein Arbeiter bei Opel Bochum)

"Gruppenarbeit gleich mehr Aufgaben, gleich viele Leute, nicht mehr Zeit." (ein Arbeiter, Opel Bochum)

"Wenn sich eine Schraube verkantet, komm ich nicht mehr mit." (ein Arbeiter, Opel Bochum)

"Die Pilotgruppen funktionieren heute als Modell, wie in einem Schaufenster, damit die übrigen Arbeiter es sehen können. Intuitiv ist klar, dass viele der Freiheiten, die man sich jetzt herausnehmen kann, mit der Einführung der Gruppenarbeit in der ganzen Fabrik verschwinden werden." (ein Arbeiter, Opel Zaragoza)

(Selbst-)Rationalisierung:

"Entweder eure Gruppe wird billiger - oder euch droht die Fremdvergabe!" (ein Betriebsrat, Opel Bochum).

"In den Meisterbuden hängen schon Einsparpotenziale aus, bevor auch nur ein Wort mit der Mannschaft geredet wurde." (ein Vertrauensmann, Mercedes Mannheim)

"KVP ist pure Kostenorientierung, und Gruppenarbeit wiederum macht sich v.a. durch die KVP-Intensivierung bemerkbar." (ein Betriebsrat, BMW Dingolfing)

"Loyale, hochmotivierte Belegschaften sollten sich selbst demokratisch ausbeuten." (ein Vertrauensmann, Mercedes Mannheim)

"Noch nie ist die IG Metall mit einem Konzept der Unternehmer so ‚geleimt` worden wie mit dem Gruppenarbeitskonzept." (ein Vertrauensmann, Mercedes Mannheim)

Taylorismus:

"Dort, wo abwechslungsreichere Arbeit dringend vonnöten wäre, hat man sich vielfach um die Abkehr vom Taylorismus gedrückt, schwache Versuche in Richtung Arbeitsanreicherung an Bändern werden jetzt eher wieder zurückgeschraubt." (ein Vertrauensmann, Mercedes Mannheim)

"Das Ganze dient oft nur dem Lohnabbau bei den Facharbeitern. Schwächere, Ältere werden ausgegrenzt - und zwar vorher. Und in der Montage in Großserie herrschen ‚der alte Taylor und seine Helfer` wie die Feudalisten!" (aus einer Befragung von Betriebsräten und Vertrauensleuten im IG Metall Bildungszentrum Sprockhövel)

Entsolidarisierung:

"Durch Gruppenarbeit unter diesen Bedingungen werden die schlechten Seiten im Menschen aktiviert." (ein Arbeiter, Mercedes Bremen).

"Samstag, Sonntag ärgere ich mich und nehme mir vor, mich solidarischer zu verhalten. Aber am Montag gehe ich durchs Werkstor, und die Ellenbogengesellschaft regiert." (ein Gruppensprecher, Mercedes Bremen)

"Gruppenarbeit ist ein schleichendes Gift. Sie geht einher mit einer totalen Integration der Beschäftigten in die Betriebsziele, in die Betriebsplanung, in die Ideologie, die bei Opel neue Unternehmenskultur ‚quality network` heißt." (ein Betriebsrat, Opel Bochum)

"Die strategischen Potentiale sollen in der ersten Reihe sich im Wirtschaftskrieg der Produzenten dem Gegner stellen - direkt. Die Vermittlungsebene (des mittleren Managements) fällt weg, und die Marktgesetze sollen

direkt am Arbeitsplatz jedes einzelnen wirken: Friss - oder stirb. Der Mythos der Mitgestaltung ist längst tot. Die Mobilisierung der Beschäftigten hat längst militaristische Züge." (ein Vertrauenmann, Mercedes Mannheim)

24. ver.di vor der Vertagung?

Autor: gw. · Rubrik: DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak432/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:432:32

Geht es nach den Vorständen der vier DGB-Gewerkschaften HBV, IG Medien, DPG, ÖTV und der DAG, dann werden diese Gewerkschaften in einem stufenhaften Prozess ihre Auflösung beschließen und 2001 das neue gewerkschaftliche Superkonstrukt ver.di (vereinte Dienstleistungsgewerkschaft) bilden. Zumindest ein Superlativ wäre erreicht: Mit rund 3,4 Millionen Mitgliedern wäre die weltweit größte Gewerkschaft, noch vor der IG Metall, entstanden. Wobei Größe nicht unbedingt etwas mit Durchsetzungswillen und -fähigkeit zu tun haben muss.

Schon seit einigen Jahren dreht sich das Absprachen-, Kooperations- und Fusionskarussell in der bundesdeutschen Gewerkschaftslandschaft. Hintergrund ist der massive Verlust an Mitgliedern in den 90er Jahren. Vor der Einverleibung der DDR hatte der DGB knapp acht Millionen Mitglieder, 1991 wurden dann rund 3,8 Millionen FDGBlerInnen dem DGB zugeschlagen. Bis zum Ende dieses Jahres dürfte der Stand von 1990 fast wieder erreicht sein, denn eine Trendwende zeichnet sich immer noch nicht ab, auch wenn die Verlustraten nicht mehr so hoch sind. Zum Stichtag 31.12.1998 waren noch genau 8.310.783 Menschen in den Einzelgewerkschaften des DGB organisiert; die jährlichen Verluste schwankten zwischen 6,7% (1992) und 3,6% (1998). Angesichts dieser Entwicklung standen vor allem die kleineren Gewerkschaften vor dem finanziellen Bankrott. Vielerorts waren Beratungs- und sonstige Serviceleistungen für die Mitglieder nicht mehr gewährleistet, von Aktions- oder Streikfähigkeit war erst gar nicht mehr die Rede. Eine Reaktion auf die spärlicher fließenden Mitgliederbeiträge war der Abbau von Personal im Apparat. Als das auch noch nicht ausreichte, wurde die Rettung, zumindest die Sicherung der innerorganisatorischen Renten- und Sozialleistungen, unter dem Dach einer größeren Gewerkschaft erhofft.

Das Fusionskarussell rotiert

So fusionierte die IG Bergbau mit der IG Chemie zur IG BCE, die Gewerkschaft GLF (Garten, Landwirtschaft, Forsten) fusionierte mit der IG BSE (schöner Name eigentlich) zur IG BAU (Bauen, Agrar, Umwelt). Den größten Bringer organisierte die IG Metall, die sich die Gewerkschaft Textil und Bekleidung (GTB) einverleibte; die Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) wird folgen.

HBV, IG Medien, NGG (Nahrung, Genuss, Gaststätten), GHK und GTB hatten 1995 zunächst versucht, einen anderen Weg zu gehen, und vereinbarten eine Intensivierung ihrer Zusammenarbeit. Mit dem Anschluss der Textil- und Holzgewerkschaft an die IG Metall war auch das Projekt der "fünf kleinen Tiger" obsolet geworden. Statt dessen suchte die HBV eine stärkere Zusammenarbeit mit der NGG; HBV und DAG schlossen für Tariffragen ein Kooperationsabkommen, ebenso wie ÖTV und DAG. Zwischen DPG und IG Medien kam es 1996 zu einem Kooperationsvertrag, und im Herbst des selben Jahres leiteten IG Medien, DPG und HBV einen Verbundprozess ein, der sich fortan beispielsweise in der Durchführung gemeinsamer politischer Bildungsarbeit ausdrückte. Diese drei Gewerkschaften führten ab Sommer 1997 Sondierungsgespräche mit GEW, ÖTV, GdED, NGG und DAG. NGG, GdED und GEW wollen den Weg zu einer neuen Gewerkschaft nicht mitgehen und verabschiedeten sich aus diesem Prozess.

Hehre Ziele werden formuliert, wenn es darum geht, Begründungen für die Mammutgewerkschaft im Dienstleistungsbereich zu finden. Die Neugründung soll eine adäquate Antwort auf den strukturellen Wandel sein, die Beschäftigteninteressen sollen besser durchgesetzt, die Konkurrenz der Einzelgewerkschaften um die Mitglieder soll aufgehoben werden. Höhere Effizienz, Fachkompetenz und Transparenz werden versprochen. Es geht, so die Argumentation, vor allem um die bessere Ausnutzung materieller und personeller Ressourcen und um Synergieeffekte. Spätestens bei diesen Argumentationsmustern muss mensch hellhörig werden. Zu sehr klingt das nach vertrauten Management-Argumenten. Vorrangig scheint es bei dem angestrebten Vereinigungsprozess darum zu gehen, eine Antwort auf die gewerkschaftliche Finanzkrise zu finden.

Das Matrixmodell

Ob das Projekt der "Neustrukturierung der gewerkschaftlichen Interessenvertretung im Dienstleistungssektor, in der dienstleistungsnahen Industrie, im Medien-, Kultur- und Bildungsbereich" gelingen kann, ist mehr als fraglich. Denn angesichts der großen Unterschiede der gewerkschaftlichen Kulturen, der Strukturen und des

Organisationsgrads sind doch große Zweifel angebracht, ob die gewünschten Ziele auch wirklich erreicht werden. Auch sind die fünf Gewerkschaften sehr unterschiedlich groß: Die ÖTV hatte am Stichtag, dem 31.12.1998, 1.582.776 Mitglieder, die DPG 474.094, die HBV 471.333, die IG Medien 184.656 und die DAG am 31.12.1997 489.266. Insbesondere aus den Reihen der HBV und der IG Medien gibt es erhebliche Kritik an den vorliegenden Fusionsplänen. Sehr wahrscheinlich ist, dass auf den parallel tagenden außerordentlichen Gewerkschaftstagen vom 18. bis 20. November noch erheblicher Diskussionsbedarf festgestellt wird.

Eine Hauptschwierigkeiten liegt zur Zeit im Aufbau der Organisation. Um den unterschiedlichen Interessen gerecht zu werden wurde eine Matrix-Organisation vorgeschlagen mit einem vertikalen Aufbau (den Fachbereichen) und einem horizontalen (der Gesamtorganisation). In den 13 Fachbereichen (z.B. FG 1: Finanzdienstleistungen, FG 2: Ver- und Entsorgung, FG 8: Kunst und Kultur, Medien, Druck und Papier, Industrielle Dienste und Produktion, FG 9: Logistik und Postdienste, FG 12: Handel) sollen sich insbesondere die einzelnen Berufsbilder wieder finden. Die Gesamtorganisation soll aus 120 Bezirken, 13 Landesbezirken und dem Hauptvorstand bestehen, der sich aus 19 hauptamtlichen und 100 ehrenamtlichen Funktionären zusammensetzt. Insbesondere die ÖTV möchte nun die horizontale Ebene gestärkt wissen, während innerhalb der IG Medien der Schwerpunkt auf die Stärkung der Fachbereiche und deren Autonomie gelegt wird. Und dabei geht es logischerweise um die Ausstattung mit und die Nutzung von Finanzmitteln.

Es ist schon seit längerem absehbar, dass es bei ver.di nicht um eine angemessene politische und organisatorische Antwort auf den Wandel kapitalistischer Produktionsweisen geht und gehen kann. Ver.di ist vorrangig entwickelt als Antwort auf die organisationspolitische Krise der Gewerkschaften.

Sollte die ÖTV auf ihrem Begleitbeschluss (Dominanz der horizontalen Ebene) bestehen, ist es gut möglich, dass ver.di ziemlich schnell zu den Akten gelegt werden wird. Denn für dieses Modell werden möglicherweise in HBV und IG Medien die 80%-Quoten für die Auflösung nicht erreicht werden.

Innerhalb der HBV (insbesondere in den Landesbezirken Baden-Württemberg, Berlin und Thüringen) werden zur Zeit Vorschläge diskutiert und auch Unterschriften gesammelt, um einerseits die Eigenständigkeit der HBV zu erhalten, andererseits "Wege für notwendige Reformprozesse aufzuzeigen". Die Spannbreite reicht dabei von der Beibehaltung der HBV wie bisher über den Ausbau des bisherigen Verbundes mit DPG und IG Medien bis hin zur Gründung einer neuen Gewerkschaft im privaten Dienstleistungsbereich.

Auf den außerordentlichen Gewerkschaftstagen vom 18. bis 20. November werden sich die Delegierten aller Voraussicht nach in die Vertagung retten. Denn je näher ver.di zu kommen scheint, desto heftiger wird das Gezerre um die Dominanz in dem neuen Konstrukt.

gw.

25. Streitobjekt im Ergebnis: Presseerklärung der Anti-Atom- Herbstkonferenz

Presseerklärung der Konferenz

Rubrik: Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak432/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:432:29

Die Anti-AKW-Bewegung stellt fest: In mehr als einem Jahr hat die Bundesregierung keinen einzigen Schritt in Richtung Atomausstieg getan. Statt dessen wurde ein Angriffskrieg gegen Jugoslawien geführt.

Mehr als 170 VertreterInnen von Initiativen aus dem ganzen Bundesgebiet entwickelten deshalb am Wochenende Pläne für das weitere Vorgehen der Bewegung. Wichtigstes Datum in diesem Jahr wird der 13. November. An diesem Tag wird die "Stunkparade" der wendländischen "Bäuerlichen Notgemeinschaft" in Berlin eintreffen und dort wird es eine bundesweite Großdemonstration für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen geben.

"Gerhard wir kommen" ist das Motto in Berlin. "Nicht Kanzler und Regierung sind Garanten des Atomausstiegs", so die Konferenz, "sondern nur wenn sich genügend Menschen selbst einmischen, kann es zu einer Änderung der Atompolitik kommen. In den letzten Jahren wurden wir teilweise nur noch als ‚Anti-Castor-Bewegung` wahrgenommen. Deshalb begreifen wir den 13.11. als ein wichtiges Ereignis für den Anti-Atom-Widerstand." Neben der zentralen Demonstration in Berlin wird es in den nächsten Monaten zu zahlreichen Aktionen und Protesten an den Standorten der Atomanlagen kommen. So wird beispielsweise in Neckarwestheim und Lingen gegen die Neuerrichtung von standorteigenen Zwischenlagern mobilisiert, die nur der Absicherung des jahrzehntelangen Weiterbetriebs dienen.

Neben dem Widerstand gegen den Betrieb der AKWs wurden auf der Konferenz auch die Aktionen gegen die Wiederaufnahme der Castor-Transporte weiter vorbereitet: "Ob bald ein Transport auf neuer Route nach Gorleben rollt, ob erneut Castoren nach Ahaus gebracht werden sollen oder ob die Atommüllfuhren in die Wiederaufarbeitung wieder anlaufen sollen. Wir sind bereit und werden unseren Widerstand durch vielfältige und kreative Aktionsformen zum Ausdruck bringen.

"Sollte die Bundesregierung allerdings meinen, AtomkraftgegnerInnen damit ruhig stellen zu können, dass statt der Transporte einfach mehr Atommüll an den Reaktoren gelagert wird, dann wird sie ihr blaues Wunder erleben."

In Zusammenhang mit dem Widerstand gegen die Transporte sprach sich die Konferenz deutlich gegen die Kriminalisierung von AtomkraftgegnerInnen aus, denen seit dem letzten Sommer der Vorwurf einer terroristischen Vereinigung angehängt wird: "Unser Widerstand ist lebendig und selbstbestimmt. Unsere Solidarität und Unterstützung gilt den von den Verfahren Betroffenen." Nach dem Namen der Sonderkommission "Goldene Hakenkralle" wurde ein "Wanderdenkmal der Anti-Atom-Bewegung" kreiert und in Dannenberg enthüllt.

26. Kommentar zur Anti-Atom-Herbst-Konferenz: Jämmerlich

Kommentar zur Anti-Atom-Herbstkonferenz

Autor: Michael Zuchold · Rubrik: Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak432/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:432:28

Die rot-grüne Bundesregierung und die Anti-Atomkraft-Bewegung haben etwas gemeinsam: Ihr öffentliches Erscheinungsbild ist jämmerlich. Lethargisch und frustriert - so wirkten viele Kernkraftgegner, die sich für drei Tage in Dannenberg zur Herbstkonferenz getroffen haben. So wollten sie sich freilich nicht präsentieren und starteten den kläglichen Versuch, eine abschließende Presseerklärung herauszugeben, die - im Gegensatz zur Realität - die Stärke und Entschlossenheit der Anti-AKW-Szene demonstrieren sollte. Das dilettantische Unterfangen muss selbst einigen Atomkraftgegnern vorgekommen sein, als seien die eigenen Reihen im Moment nicht einmal in der Lage, einen Kindergeburtstag zu organisieren. Fünf Minuten vor Beginn der Pressekonferenz brach eine Diskussion über Inhalte der Pressemitteilung los: Soll es in dem einen Satz "terroristisch" oder kriminell" heißen? Ist die Formulierung "windelweicher Atomminister" für Trittin korrekt oder nicht? Verstehen wir die anstehende "Stunkparade" in Berlin wirklich als Auftakt einer neuen, breiten Anti-AKW-Bewegung? Fast zwei Stunden diskutierten die rund 100 Teilnehmer über Punkt und Komma und darüber, wie man der Presse am besten ein "Propagandapapier" in die Hände drückt, auch wenn der Inhalt nicht viel mit dem Ablauf der Herbstkonferenz zu tun hat. Hätten die Anwesenden doch auf den einzig vernünftigen Vorschlag der Runde gehört: Am besten gar keine Erklärung abgeben, wenn zu große Uneinigkeit besteht. Oder wenn überhaupt eine, dann doch wenigstens eine ehrliche Mitteilung. Das hätte gezeigt, dass die Szene ihre Schwäche erkannt hat. Stattdessen versucht sie zu kaschieren, wo kaum noch etwas zu kaschieren ist: Das Entsetzen und die Enttäuschung über die rot-grüne Politik hat die Szene gelähmt. Dabei wäre gerade jetzt eine starke Anti-AKW-Bewegung für den geforderten Ausstieg wichtiger als je zuvor. SPD und Grüne zementieren die Macht der Atomwirtschaft auf fatale Weise. Und mit ihrem jetzigen Erscheinungsbild helfen die Kernkraftgegner kräftig mit - noch eine Gemeinsamkeit.

Michael Zuchold

27. Bewusstlos in die Konferenz? Herbstkonferenz berät vielfältige und fantasievolle Presseerklärungen

Autor: Stefan Scheloske · Rubrik: Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak432/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:432:27

Vom 22.-24. Oktober fand die Herbstkonferenz der Anti-AKW-Bewegung im wendländischen Dannenberg statt. Mehr als 170 TeilnehmerInnen aus dem gesamten Bundesgebiet waren zusammengekommen, um über den Stand und die Perspektiven der weiteren Arbeit für den Ausstieg aus der Atomenergie zu beraten. Raus gekommen ist dabei fast nichts. Das ist zwar nichts sonderlich neues (vgl. ak 419 über die Herbstkonferenz 1998 in Berlin und die Frühjahrskonferenz 1999 in Heidelberg ak 425), aber diesmal war das Grauen für viele wohl größer als sonst. Wenige Wochen vor der bundesweiten Demonstration in Berlin war die Stimmung auf einem Tiefpunkt, Frust überall. Kurios, wenn man bedenkt, dass außerhalb der harten Anti-AKW-Kader die Stimmung für diese Demo überaus gut war, die Mobilisierung zwar wenig organisiert, dafür aber wirkungsvoll verlief und sich zahlreiche Menschen angesprochen fühlten, die sonst nicht gerade versierte DemobesucherInnen sind.

Um eine dringend erforderliche Diskussion über die Zukunft und den Nutzen der Frühjahrs- und Herbstkonferenzen anzuschieben bringen wir in dieser Ausgabe Kommentare und Stellungnahmen. Diese können nicht mehr sein als ein erster Versuch, die Debatte einzuleiten. Fritz Storim aus Hamburg, Stefan Scheloske (vom Anti-Atom-Plenum Hannover) und Michael Zuchold (freier Journalist, u.a. für die Elbe Jeetzel Zeitung) kommen in dieser Ausgabe zu Wort:

"Wir werden unseren Widerstand in vielfältigen und fantasievollen Presseerklärungen zum Ausdruck bringen!" So oder so ähnlich hätte das Fazit der Dannenberger Herbstkonferenz der Anti-AKW-Bewegung lauten können. Was war passiert?

Unübersichtlich, aber spannend!

Die Dannenberger Konferenz fand in einer Situation statt, in der in die Auseinandersetzung um die Atomenergie in der BRD viel Bewegung in völlig unterschiedliche Richtungen gekommen ist:

Einerseits sind die rot-grüne Bundesregierung und die Atomindustrie dabei, unter dem Stichwort Energiekonsens die Modalitäten für den ungestörten Weiterbetrieb der 19 AKWs in der BRD abzukaspern. Die Energieversorgung ist dem "freien Spiel der Marktkräfte" ausgeliefert worden mit allen bekannten Folgen, Stichwort Liberalisierung, und täglich fordern Sprecher der Konzerne in allen Medien die umgehende Wiederaufnahme der auf Grund der Außenkontaminationen ausgesetzten Atomtransporte. Gleichzeitig sichert ihnen die rot-grüne Regierung das selbstverständliche Recht zur ungehinderten Verwertung des in den AKWs eingesetzten Kapitals zu. Laufzeiten von unter 25 Jahren, geschweige denn von 0 Tagen, sind nicht im Gespräch und werden auch von niemanden öffentlich vernehmbar gefordert.

Andererseits hat die von der Anti-AKW-Bewegung seit vielen Jahren verfolgte "Flaschenhalstheorie" (die Behinderung der Abtransporte der abgebrannten Brennelemente als Instrument für den "Entsorgungsinfarkt" der AKWs) von vielen so nicht mehr erwartete Erfolge gezeitigt. Begünstigt durch die Tatsache, dass es den Betreibern nicht gelungen ist, ihre eigenen Grenzwerte beim Transport einzuhalten, sind die internen Lager mehrerer AKWs randvoll gelaufen. Die als Reaktion auf die erfolgreichen Anti-Castor-Aktionen geplanten Zwischenlager an den AKW-Standorten können erst in mehreren Jahren in Betrieb gehen und ob alle AKWs mit Entsorgungsnöten technische Ausflüchte finden wie die in Stade geplante Erweiterung der internen Lagerkapazität oder juristische wie die Behälterlagerung auf dem Kraftwerksgelände, steht noch in den Sternen.

Bemerkenswert, dass die Bewegung zwar aktuell kaum sichtbar ist, aber auf Grund vergangener Aktivitäten und eines latent vorhandenen Drohpotenzials für so stark gehalten wird, dass die Atomindustrie die Transporte abgebrannter Brennelemente kurzfristig minimieren und mittelfristig möglicherweise ganz abschaffen will.

Alles in allem eine spannende Situation, in der ein Eingreifen der Anti-AKW-Bewegung in die öffentliche Debatte zwingend erscheint, will sie denn noch ernst genommen werden und will sie vor allem sich selbst ernst nehmen. Weder ist es wegweisend, auf den nächsten Castor zu warten, noch macht es Spaß, ständig die

Plattheiten der Herren Harig (PreussenElektra), Majewski (Bayernwerk), Goll (Energie Baden-Württemberg) usw. zu lesen, ohne dass wir dem etwas entgegensetzen.

"Wie immer, nur schlimmer?"

Nun ist es lange her, dass von einer der halbjährlichen Konferenzen der Anti-AKW-Bewegung wegweisende Signale ausgegangen sind. Bei näherem Hinsehen war das auch dieses Mal nicht zu erwarten gewesen. Die einzige inhaltsschwere Diskussion, die im Vorfeld der Konferenz bewegungsintern geführt wurde, war die um Castor/Grenze/Nation, die sich am Nationalismusvorwurf gegen Blockaden von Rücktransporten aus La Hague entzündet hatte.

Die einzige größere Aktion, deren Verabschiedung anstand, war die Stunkparade in Berlin, die die wendländischen Bauern als Ersatz für die erst beschlossene und dann zerredete Herbstdemo in Hannover angeleiert hatten. Beide Themen bestimmten dann auch die Konferenz, also alles erwartungsgemäß und im "grünen Bereich" (sic!!)? Nein, aber fangen wir mit dem Positiven an:

Obwohl Konferenzen seit Jahren unbefriedigend verlaufen, waren auch diesmal wieder 170 TeilnehmerInnen erschienen. Sicher tat der Mythos Wendland dazu ein übriges, aber die Bewegung ist doch weit von den Auflösungsdiskussionen vergangener Jahre entfernt. Zudem spiegeln die lethargisch bzw. chaotisch verlaufenen Plena nicht den tatsächlichen Stand der Bewegung wieder, wie die allerorts laufenden Aktivitäten zeigen. Informelle Ziele einer Konferenz wie Absprachen am Rande, Festigen persönlicher Kontakte, Kennenlernen anderer AKW-GegnerInnen wurden auch diesmal schon durch das Zusammentreffen der AktivistInnen befördert.

Die Fixierung auf Castor-Transporte und besonders auf Transporte zu deutschen Zwischenlagern ist als politisch fragwürdig thematisiert worden. Dennoch ist die Organisation des Widerstands gegen die Wiederaufnahme der Castor-Transporte unverzichtbar, wenn sie auch ohne inhaltliche Erweiterung nur die Verwaltung einer Patt-Situation darstellt.

Auch die breite Thematisierung der Kriminalisierung von AtomkraftgegnerInnen ist hervorzuheben.

Nicht zuletzt war die Rahmenorganisation (VoKü etc.) routiniert gut. Das war es aber auch schon.

War also alles "wie immer, nur schlimmer", wie auf den Fluren zu hören war? In der Tat ist es Tradition, dass sich inhaltliche Diskussionen, die bis Sonntagmittag ausbleiben, in den letzten zwei Stunden an der Presseerklärung entzünden. In die gleiche Gewichtsklasse (unschön, aber erträglich) können wir Kuriosa abbuchen wie die Einsprüche der Ökologischen Linken gegen Personenkult und die Auseinandersetzung um die Zulässigkeit einer "Propaganda"-Presseerklärung (taktischer Umgang mit der bürgerlichen Presse vs. authentische Information).

Wirklich schlimm und nicht mehr unter "wie immer" abzutun, aber war die Sprachlosigkeit zu aktuellen Themen. Der Eindruck, dass die Anti-AKW-Bewegung den Menschen nichts mehr zu sagen hat, war überdeutlich:

Der drohende Konsens zwischen Atommafia und Regierung, der den Betrieb der AKWs für lange Zeit festklopfen soll? - Kein Thema!

Die Liberalisierung des Strommarktes, die Zigtausende Arbeitsplätze bei Stadtwerken kostet, aber auch Ansätze zur Bündnispolitik mit Betriebsräten bietet? - Uninteressant!

Die Selbstverständlichkeit, mit der den Konzernen ein uneingeschränktes Verwertungsrecht an ihren AKWs zugestanden wird? - Warum sollen wir uns dazu äußern!

Die Frage, warum nun einige wendländische Bauern dem offensichtlich doch vorhandenen Demonstrationsdrang Bahn brechen müssen und ob dies der richtige Weg ist, "bundesweite Großdemonstrationen" zu beschließen, wurde ebenfalls nicht diskutiert.

Und nu?

So lassen sich m. E. zwei Dinge als Fazit festhalten:

1. Die halbjährlichen Konferenzen sind z. Zt. nicht der Ort, an dem Politik gemacht wird. Gefasste Beschlüsse sind nicht verbindlich und verbindliche Beschlüsse werden woanders gefasst.

2. Eine inhaltliche Positionsbestimmung der Anti-AKW-Bewegung zu aktuellen Auseinandersetzungen in ihrem ureigenen Konfliktfeld findet nicht statt.

Da frage ich mich schon: Ist es nur gemeinsames Biertrinken und Abtanzen, was uns noch zu Konferenzen motiviert? Wozu treffen wir uns, wenn nicht, um aktuelle Themen zu diskutieren, Positionen dazu zu formulieren und diese dann (!) in Aktionen umzusetzen?

Keine weiteren Konferenzen mehr durchzuführen - wie als Vorschlag zu hören war - würde ich für ahistorisch und für das falsche Signal halten. M. E. zehrt die Anti-AKW-Bewegung heute noch von anstrengenden, aber guten Diskussionen aus ähnlichen Treffen der Vergangenheit, wo z.B. der heute noch gültige Grundkonsens (Selbstbestimmung der Aktionsformen, Einheit in der Vielfalt) beschlossen und immer wieder erneuert wurde. Leider werden wir von Dannenberg 1999 nicht zehren können, aber wir werden nicht umhin kommen, zu inhaltlich guten Konferenzen zurückzukehren, die dann von ganz allein höhere Verbindlichkeit bekommen werden.

Dies zu gewährleisten, ist eine Frage der Organisation (inhaltliche Konferenzvorbereitung), vor allem aber der Wiederherstellung des irgendwo zwischen den Castor-Gleisen verloren gegangenen politischen Anspruchs.

Stefan Scheloske

anti-atom-plenum Hannover

28. "An die eigene Nase fassen." Eindrücke und Überlegungen zur Anti-AKW-Herbstkonferenz

Autor: Fritz Storim · Rubrik: Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak432/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:432:26

Die Konferenz stand wieder einmal an wie schon seit Jahrzehnten, zweimal im Jahr, im Herbst und im Frühjahr, inzwischen zur Institution geworden.

Auch der Ablauf, die Struktur, Routine, weitgehend festgeschrieben: Veranstaltung am Freitag, offizieller Beginn mit einem Plenum am Sonnabend Vormittag, Aufteilung in die Arbeitsgruppen, Arbeitsgruppen, abends Plenum mit Bericht aus den Arbeitsgruppen, wiederholte Mahnung von verschiedenen Seiten, "nicht nur über die technischen Fragen zu reden sondern schwerpunktsmäßig über die eigentlichen inhaltlichen Fragen" (Da wurden z.B. genannt:

- der Zustand der Anti-AKW-Bewegung,

- die Katastrophe in Tokaimura und der internationale Widerstand,

- die Bedeutung der Liberalisierung des Strommarktes,

- gemeinsame Strategie und gemeinsame Aktionen der Anti-AKW-Bewegung).

Es bleibt aber regelmäßig bei diesem Appell!

Einige setzen sich zusammen und formulieren den Vorschlag für eine, diesmal für zwei Erklärungen - die eine sollte für die interne Auseinandersetzung dienen und den Verlauf der Konferenz widerspiegeln, die andere sollte für die Presse sein, während die anderen schon mit der Party beginnen. Sonntag Vormittag wird dann über die Presseerklärung und weitere Resolutionen solange diskutiert, bis ein Konsens gefunden ist. Nur, diesmal war es anders, so weit ich mich erinnern kann, wurde zum ersten Mal auf solch einer Konferenz über eine "gemeinsame Erklärung" abgestimmt, sie satzweise durchgestimmt. Das führte dann auch dazu, dass sich nur wenige diesem Prozedere unterwarfen und immer mehr die Gespräche draußen weiterführten.

Zum einen wurde an dieser Stelle sichtbar, dass es grundsätzliche kontroverse Positionen gibt und sie wurden ansatzweise auch benannt, zum anderen war das aber sicher der falsche Platz für solche Auseinandersetzungen, denn es ging dabei zu allererst nicht um die Klärung verschiedener Positionen, sondern um das Finden von Formulierungen für eine Erklärung nach Außen, was durchaus auch Kompromisse meint.

Es scheint mir unausweichlich, dass wir uns über unseren, wie sich gezeigt hat doch recht unterschiedlichen Begriff von Kommunikation, Öffentlichkeit, vom Umgang mit Medien grundsätzlich auseinander zu setzen müssen.

Harmonische Ignoranz

Das institutionalisierte Gerüst der Konferenz scheint erprobt, es trägt auch dann doch nur auf der Oberfläche und das schafft eine verhängnisvolle Illusion von getaner Arbeit-, wenn niemand mehr etwas zu sagen beabsichtigt oder zu sagen hat, niemand mehr den Streit, die Konfrontation, die Auseinandersetzung sucht, es wird i.A. alles akzeptiert und nebeneinander stehen gelassen.

Die scheinbare Harmonie verdeckt die Ignoranz den anderen gegenüber, schließt eigene und gemeinsame Entwicklung aus. Entwicklung verstanden als Bewegung in Widersprüchen, und ist sicher auch ein Zeichen von Orientierungslosigkeit und Perspektivlosigkeit.

Nur Orientierung und Perspektive lassen sich nicht über Ansprüche herbeireden und schon gar nicht über Absichtserklärungen und Propaganda nach außen. Sondern wir müssen wieder anfangen, über unsere Utopien zu reden, über unsere Vorstellungen von einem anderen Menschen, über Begriffe wie Herrschaftsfreiheit und Solidarität, über unseren Begriff von Kommunikation und Öffentlichkeit. Und ich denke auch über Vorstellungen einer humanen sozialistischen Gesellschaft. Der momentane weltweite Sieg des Kapitals wird ja hoffentlich nicht die letzte Antwort, das Ende der Geschichte sein und das liegt auch an uns. Nicht im Sinne von Rezept und fertigem Modell; denn Aussteigen aus den herrschenden Verhältnissen, aus

der herrschenden Begrifflichkeit, den Denkstrukturen ist nicht möglich sondern als "das andere", das prozesshafte. In der Auseinandersetzung mit den herrschenden Widersprüchen werden wir unsere Utopien immer wieder neu entwickeln müssen. Und kritisch wird die Theorie erst in der Praxis!

Das gilt gerade auch für die Anti-AKW-Bewegung, die meiner Meinung nach schon lange zu einer rein technischen verkommen ist. Die Angst vor Katastrophen und vor Krankheiten, die durch radioaktive Strahlung ausgelöst werden und auch die Werbung damit für den Widerstand stehen im Vordergrund, die Veränderung der Gesellschaft kommt kaum noch vor.

Das hat auch dazu geführt, dass sich Interesselosigkeit und gähnende Langweile breit gemacht haben, bestenfalls noch Pflichtbewusstsein die Disziplin aufrecht erhält und Lebenslust, Freude am Streit, an der Auseinandersetzung und am Zusammenkommen, an gemeinsamer Entwicklung und Stärke, der Wille, die Dinge in die eigene Hand zu nehmen und die Hoffnung auf Veränderung kaum noch zu spüren sind.

Oft werden Aktionen schon mit der Einstellung geplant, doch zu unterliegen und es wird dann als Erfolg gewertet, wenn die Presse empört die Beteiligten als unschuldige Opfer darstellt. Ja die Aktionen selbst verkommen immer stärker zu Inszenierungen für die Presse. Wir kommen da dann nur noch als Statisten vor.

Haben wir überhaupt noch eine Chance, der Macht der ökonomischen Rationalität, die ja alle Lebensbereiche bis ins innerste Private durchzieht - eigene Vorstellungen entgegenzusetzen und zu realisieren? Was ist realistischer Ausdruck unserer Möglichkeiten, und wo setzt das Wunschdenken ein?

Fragen über die wir reden sollten! Gemeinsame Ansätze finden und ausprobieren!

Keine Erwartungen

Ich hatte keine große politische Erwartung an die Konferenz, war deshalb auch kaum zu enttäuschen. Mir ging es nicht um Information oder neue Einsichten oder um die Organisation neuer Aktionen. Das habe ich, was solche Konferenzen betrifft, schon lange aufgegeben. Das ist sicher auch ein Ausdruck von Resignation und ich denke, diese Haltung ist nicht zu rechtfertigen und ich gelobe Besserung!

Ich bin hingegangen hauptsächlich um Leute zu treffen, mit ihnen Erfahrungen und Meinungen auszutauschen, die Beziehung aufzufrischen. Das ist sicher auch eine wichtige Möglichkeit solcher Treffen, aber sollte nicht die alleinige sein. Ich weiß auch, dass es für manche gute und interessante Diskussionen gab. Aber mir scheint das so beliebig, brauchen wir dafür die Konferenz? Ich sehe kein gemeinsames Ziel, auf das wir hinarbeiten und das wir selbst ernst nehmen. Wir warten auf den nächsten CASTOR und füllen die Zeit dazwischen mit interessanten Diskussionen aus!?

Aber wenn Leute jetzt über den Konferenzverlauf unzufrieden sind, sich beschweren, schimpfen, sollten sie sich an die eigene Nase fassen. Sie hätten alle Möglichkeiten gehabt, sich in die Vorbereitung einzumischen, Einfluss zu nehmen.

Das eigentliche Problem ist, dass sich so wenige Leute mit eigenen Vorstellung, eingebracht haben, dass so viele darauf gewartet haben, etwas angeboten zu bekommen und ist nicht das der Moderation oder der technischen Bedingungen.

Im Ablauf und in der Form spiegeln sich gerade auch unsere Inhalte, unsere politischen Absichten und Vorstellungen wieder. Und wenn wir mit der Konferenz unzufrieden sind, werden wir das nicht durch eine technisch bessere Organisation verändern. Da müssen wir schon etwas grundsätzlicher über uns, unsere Ziele, unsere Bereitschaft und Möglichkeiten, sie zu verwirklichen nachdenken und reden. Auf jeden Fall, sollten wir nicht einfach so weitermachen wie gewohnt und üblich.

Eigene Schwächen bearbeiten

Ein Schritt in diese Richtung scheint mir ein viel selbstkritischer und offener Umgang mit uns selbst zu sein als bisher. Dazu einige Beispiele.

Da wurde z.B. eine Presseerklärung vorgeschlagen, die Stärke und Geschlossenheit nach außen vermitteln sollte, die meiner Einschätzung nach zur Zeit überhaupt nicht vorhanden sind. Also durch Kaschieren der eigenen Schwäche, Stärke propagieren. Ich denke, dass geschieht aus der Angst heraus, dass wenn Unsicherheit und Widersprüche nach außen dringen, Leute, die wir ja für uns gewinnen wollen, abgeschreckt

werden. Meine Erfahrung ist genau das Gegenteil: Wir werden längerfristig nicht über Taktiererei und hohle Propaganda Leute für eine gemeinsame Auseinandersetzung gewinnen, sondern indem wir versuchen, sie in unsere Probleme, Widersprüche einzubeziehen.

Oder, es wurde vorgeschlagen, öffentlich zu äußern, sinngemäß: "dass sich die von der bäuerlichen Notgemeinschaft geplante Stunkparade vom 13. 11. in Berlin zu einem wichtigen Ereignis für die Anti-AKW-Bewegung entwickelt hat. Ja, sie Gradmesser für unsere Stärke für die zukünftigen Auseinandersetzungen mit der Rot-Grünen Bundesregierung und für die bald zu erwartende Wiederaufnahme des CASTOR-Transporte sei". Das mag sich ja alles so entwickeln, oder einige mögen sich das wünschen, aber es lässt sich nicht darüber hinwegsehen, dass die Stunk-Parade zu keiner Zeit irgendeine Bedeutung auf der Konferenz hatte. Übrigens, sehr zu meinem Bedauern.

Mein Problem ist nicht, einem abstrakten Wahrheitsbegriff das Wort zu reden, sondern dass wir auf die Auseinandersetzung unter uns verzichten und uns nur noch darüber Gedanken machen, was wir wie in die Presse bekommen und damit die Medien zum eigentlichen Feld unserer Wirkung machen. D.h. wir selbst, als Subjekt kommen gar nicht mehr vor, projizieren uns in einen virtuellen, weitgehend beliebig manipulierbaren Raum, blockieren damit und verzichten auf die Auseinandersetzung unter uns.

Die Presse sollte nur Vehikel sein, um an die Menschen heranzukommen, die wir ansprechen wollen und nie Selbstzweck, der Widerstand nie Widerstandsdesign.

Ein weiteres Beispiel ist der Umgang mit der Stunk-Parade. Die bäuerliche Notgemeinschaft veranstaltet eine Kundgebung und Demonstration und lädt uns dazu ein. Natürlich hat sie das Recht, eine eigene Ausdrucksform für ihren Protest zu finden und wir sollten sie dabei auch tatkräftig unterstützen. Aber im Rahmen der gesamten Anti-AKW-Bewegung ist ihr Vorgehen voller Widersprüche und das muss auch kritisiert werden. Es gibt keine gemeinsame Vorbereitung, keine gemeinsamen Absprachen, Auseinandersetzungen, Bündnisse, gemeinsame Gestaltung. Gerade das, was eigentlich die Grundlage für gemeinsame politische Entwicklung und Ausdruck politischer Stärke nur sein kann. So können wir hingehen und uns überraschen lassen, von dem was geboten wird. Es werden Statisten gebraucht. Der Erfolg wird dann an der Anzahl der beteiligten Füße gemessen.

So will ich Erfolg nicht begreifen. Unabhängig von den Anzahlen und auch von dem eventuell Erreichten kann das Ergebnis nur ein technisches sein.

Aus aktuellem Anlass, einige Worte zu den Grünen.

Das taktische Verhältnis zu den Menschen kommt in einer besonders zynischen Form zum Ausdruck, wenn die Grünen, wie in Bremen in einer TAZ-Anzeige oder auch wie die niedersächsische Fraktionsvorsitzende Rebecca Harms oder die ehemalige Europaabgeordnete Undine von Blottnitz zu der Demonstration nach Berlin aufrufen. Die Grünen, wenn es um die Macht geht, einerseits Garant für das Fortschreiben und für die Modernisierung des Atomprogramms, andererseits, wenn es um Wählerstimmen geht, was auch wieder Macht bedeutet, auf der Seite des "Widerstandes".

Das scheint kein Widerspruch mehr zu sein in einer Welt, wo es nicht mehr um Verantwortung geht (s. auch die Rolle der Grünen als KriegstreiberInnenpartei im Angriffskrieg gegen Jugoslawien), sondern scheinbar um die Optimierung von Möglichkeiten im Rahmen "objektiver Sachzwänge" die PolitikerInnen so immer nur unschuldig sein können, wenn sie denn gewissenhaft und fleißig ihre Arbeit machen.

Die Anti-AKW-Bewegung täte gut daran zu zeigen, dass sie diese Umarmungs-Taktik der Grünen durchschaut und auch bei dieser Demonstration dazu ein klares Signal setzt: "Keine Zusammenarbeit mit den Grünen und keinen Frieden mit ihrer Politik!" (aus der Presseerklärung der Herbstkonferenz der Anti-AKW-Bewegung in Berlin, 16. 18.10.98).

Fritz Storim

29. Was treibt die Atomwirtschaft anderswo?

Autor: Jürgen Siebert · Rubrik: Atom- und Energiepolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak432/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:432:23

Brasilien: AKW Angra 2

Brasiliens Electrobras Termonuclear SA hat mit dem Testen des AKW Angra 2 begonnen. Es wird erwartet, dass im Dezember 1999 mit dem Beladen der Brennelemente begonnen werden kann und Mitte 2000 die Stromproduktion. Bezüglich der Finanzierung des AKW Angra 3 gehen die Behörden davon aus, dass die Dresdner Bank AG (!) und die Kreditanstalt für Wiederaufbau das Projekt finanzieren.

Marokko will nukleare Entsalzungsanlage bauen

Marokko will eine nuklear betriebene Entsalzungsanlage bauen, die den südlichen Teil von Marokko mit Trinkwasser versorgen soll. Marokko erhält hierbei Unterstützung von China, wie dessen Präsident Jiang Zemin dem marokkanischen König Mohammed VI. bei einem Staatsbesuch zugesagt hat.

Frankreich verschiebt Bau des EPR

Eine Entscheidung der französischen Regierung über den Bau des ersten European Pressurized Water Reaktor - EPR wurde auf die Zeit nach der Präsidentenwahl im Jahr 2002 verschoben. Electricite de France (EDF), Framatome, Siemens AG und die deutschen EVU hatten mit einer Entscheidung in diesem Herbst gerechnet. Auf Grund der Drohung der französischen Grünen, bei einer positiven Entscheidung die Koalition zu verlassen, hat Premierminister Lionel Jospin diese Entscheidung getroffen.

Atomenergie als Klimaschutz

Die internationale Atomindustrie hat sich das erste Mal offiziell auf einer Klimakonferenz eingemischt. Dr. Astrid Gisbertz, Mitglied im Vorstand der Kerntechnischen Gesellschaft und im Verwaltungsrat des Deutschen Atomforums, hat das Internationale Nuclear Forum bei der letzten Konferenz in Bonn vertreten. Sie hat die enorme Bedeutung der Atomenergie als zukunftsfähige Quelle der weltweiten Energienachfrage bezeichnet. Ihren Angaben zufolge erfülle die Atomenergie die Kriterien, die im Rahmen von Joint Implementation und Clean Development Mechanism gesetzt worden sind. Sie sei der Auffassung, dass der Anstieg der Treibhausgasemissionen, der durch industrielles Wachstum bedingt sei, durch den Einsatz von Atomenergie in Verbindung mit erneuerbaren Energien zu vermeiden sei.

Taiwan entsorgt im Ausland

Taiwan erwägt seinen schwachradioaktiven Atommüll in einer entfernten Lagerstätte in Zentralasien einzulagern. Dort soll auch Atommüll aus der sowjetischen Wiederaufarbeitung gelagert werden. Taiwan Power Co (Taipower) berichtet von Sondierungsgesprächen mit Stellen in den USA und Russland und mit Regierungsoffiziellen der früheren sowjetischen Zentralasiatischen Republiken. Die Planung geht von 15.000 Standard-200-Liter-Fässern aus, die zunächst vergraben werden sollen. In Taiwan sind bereits ca. 160.000 Fässer Atommüll angefallen. Zunächst war geplant worden, den Atommüll nach Nord-Korea zu exportieren.

Britische BNFL will Ultra-Centrifuge kaufen

British Nuclear Fuels (BNFL) steht derzeit mit holländischen Offiziellen in Verhandlungen über die mögliche Akquisition der Ultra-Centrifuge Nederland (UCN) - Niederlands ein-drittel Beteiligung an Urenco. BNFL hatte bereits über den Erwerb der Uranit GmbH, verhandelt. Uranit ist ein 50/50 Joint Venture zwischen PreussenElektra AG und RWE Energie AG.

Indischer Atomreaktor wird kritisch

Der indische Atomreaktor Kaiga 2, der erste von vier neuen Reaktoren die in den nächsten Jahren ans Netz gehen sollen, hat am 24.09.1999 den kritischen Zustand erreicht. Der Bau begann 1988, die Konstruktion von Kaiga 1 wurde wegen eines Zwischenfalls 1994 unterbrochen und soll Mitte 2000 ans Netz gehen. Der nächste Reaktor, der evtl. Ende 1999 ans Netz gehen soll, ist das AKW Rajasthan 3.

Jürgen Siebert

30. Zeitung für die Massen. Umweltverbände starten Anti-Atom-Kampagne

Autor: Henrik Paulitz · Rubrik: Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak432/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:432:25

Unter der Regie von (ak-Autor) Henrik Paulitz haben die großen Umweltschutzverbände BUND, Eurosolar, Greenpeace, IPPNW und Robin Wood sowie zahlreiche Anti-AKW-Initiativen eine Massenzeitung für den Atomausstieg hergestellt. Auf acht hochformatigen Seiten werden von über 20 AutorInnen verschiedene aktuelle und grundsätzliche Probleme und Risiken der Atomenergienutzung dargestellt. Mit einer Startauflage von 250.000 Exemplaren wurde die Zeitung erstmals auf der Demonstration am 13. November in Berlin verteilt. Angestrebt wird, die Zeitung in den kommenden Wochen über Universitäten, Initiativen und Verbände massenhaft zu verbreiten, um so der Propaganda der Atomindustrie auf breiter Ebene mit Argumenten entgegenzutreten. Wir haben eine kleine Auswahl getroffen, die wir hier veröffentlichen.

10-Stunden-Schichten - Hilfskräfte bei Wartung

Die Atomfirma Siemens setzt bei der Wartung der deutschen Atomkraftwerke bis zu 40% "Hilfskräfte" ein. Nach Angaben von Siemens sind die Hilfskräfte selbst beim Austausch sogenannter Steuerstabantriebe beteiligt, die im Notfall die Atomkraftwerke abschalten sollen. Wegen des zunehmenden Kostendrucks auf Grund der Strommarktliberalisierung werden sie in 10-Stunden-Schichten in den Strahlenbereichen eingesetzt. Um die Kosten für den Reaktorbetrieb zu reduzieren, werden zudem die jährlichen "Revisionszeiten", bei denen einzelne Anlagenteile überprüft und repariert werden, immer stärker verkürzt. Im Atomkraftwerk Neckarwestheim-2 wurde die Revisionszeit innerhalb von fünf Jahren von 33 Tagen auf 17 Tage um die Hälfte reduziert.

Der Kostendruck führt in deutschen Atomkraftwerken auch zur Einführung neuer Instandhaltungskonzepte: Immer weniger Anlagenteile werden einer intensiven Prüfung unterzogen und bei mehrfach vorhandenen Sicherheitssystemen werden Reparaturen einzelner Systeme zeitlich verschoben. Bei der Prüfung der rund 20.000 Armaturen eines Atomkraftwerks, von denen ein erheblicher Teil als "Sicherheitsventile" zu den zentralen Sicherheitseinrichtungen gehören, plädiert Siemens für den Ausbau bzw. die Einführung einer "zustandsorientierten Instandhaltung", um "längere Service-Intervalle" zu erreichen. Das bedeutet, dass Armaturen wesentlich seltener überprüft und "bis kurz vor die Abnutzungsgrenze" eingesetzt werden.

Bei Armaturen sowie Pumpen in den Not- und Nachkühlsystemen soll nach Angaben des Atomkraftwerks Grohnde nur noch der Zustand einzelner Komponenten überprüft werden. Die Ergebnisse werden dann auf die übrigen Komponenten übertragen ("Referenzmethode"). Hierbei sind aber "nur wahrscheinlichkeitsbehaftete Aussagen möglich", die eine "langjährige Erfahrung" erfordere, um die Messergebnisse "richtig interpretieren zu können". Die Atomwirtschaft verlässt sich auf das Prinzip Hoffnung.

Henrik Paulitz, IPPNW

Verstopfung 2002: 11 Atomkraftwerke dicht?

Die Betreiber der Atomkraftwerke sind in einer überaus schwierigen Situation. Bis Mitte 2000 müssen ungefähr 40 Castor-Behälter entweder zu einem der Zwischenlager in Gorleben und Ahaus oder zur Wiederaufarbeitung nach La Hague oder Sellafield gebracht werden. Geschieht dies nicht, dann gehen sechs Atomkraftwerke vom Netz: Biblis A und B, Neckarwestheim 1 und 2, Philippsburg 1 und Stade. Der Reaktor bei Hamburg muss sogar bereits im Februar abgeschaltet werden, weil dann die Lagerkapazitäten für hochradioaktiven Atommüll erschöpft sind.

Denn jedes Jahr wird ein Teil der Uran-Brennelemente aus dem Reaktorkern ausgetauscht und muss dann als sehr heißer und hochradioaktiver Atommüll aufwendig im Kraftwerk aufbewahrt werden. Sind alle Lagerplätze voll, so können keine neuen Brennelemente eingesetzt werden. Das AKW muss abgeschaltet werden.

Werden bis zur nächsten Bundestagswahl im Jahr 2002 keine oder nur wenige Castor-Transporte durchgeführt, dann sind bis dahin bereits elf der 19 bundesdeutschen Reaktoren dicht. Ob und wann der Atommüll wieder durch die Lande rollt, hängt damit zusammen, ob die Betreiber in der Lage sind, durch neue

technische Verfahren zu gewährleisten, dass die Castor-Behälter an der Außenwand nicht mehr mit radioaktiven Teilchen verschmutzt sind. Ob dies gelingt, ist mindestens fraglich.

Und selbst wenn: An den Behältern treten immer neue Probleme auf: Für die Moderatorenstäbe - sie schirmen einen Teil der Strahlung ab - gibt es im Behälter nicht genug Platz. Beim Beladen kann zwischen Deckel und Castor Feuchtigkeit zurückbleiben, die verhindert, dass der Behälter über lange Zeit dicht hält. An manchen Stellen treten hohe Dosen Neutronenstrahlung aus den Castoren aus. Und neuerdings hat man festgestellt, dass die vor fünf bis sieben Jahren nach Ahaus gelieferten Behälter mit dem Müll aus dem stillgelegten Reaktor im westfälischen Hamm bereits jetzt anfangen zu rosten.

Doch selbst wenn alle diese Probleme gelöst sind, können nicht beliebig viele Transporte rollen. Die Innenminister betonen immer wieder aufs Neue, dass mehr als ein Großeinsatz der Polizei, wie es ihn in den letzten Jahren in Gorleben und Ahaus gegeben hat, nicht möglich ist. Dies liegt nicht nur an den Kosten und den Personalsorgen der Staatsgewalt, sondern auch an immensen Motivationsproblemen. Viele BeamtInnen hatten nach den Castor-Einsätzen große Skrupel. Und als dann noch der Skandal um die jahrelang verheimlichte Kontamination der Behälter öffentlich wurde, war die Empörung groß. Teile der Polizei sind deshalb nicht länger bereit, für eine umstrittene Energiepolitik Gewalt gegen Menschen auf Straßen und Schienen einzusetzen, deren Motive sie nur zu gut verstehen können.

Jochen Stay,

"X-tausendmal quer überall"

"Konsens" mit Ex-Arbeitgeber

Die Verhandlungen der Bundesregierung mit der Atomwirtschaft dürften darauf hinauslaufen, dass Gesamtbetriebszeiten für die Atomkraftwerke von mehr als 30 Jahren vereinbart werden. In dieser Legislaturperiode geht es im Grunde nur noch um die Frage, ob eines der beiden uralten Mini-Atomkraftwerke Obrigheim oder Stade abgeschaltet werden. Das würde den Atomkraftwerksbetreibern wirtschaftlich nicht besonders schwer fallen. Schließlich würden 18 überwiegend sehr große Atomkraftwerke noch etliche Jahre am Netz bleiben. Doch die Atomwirtschaft versteht es geschickt, den Preis für die Abschaltung von Obrigheim oder Stade in die Höhe zu treiben.

Die Hauptsorge der Atomkraftwerksbetreiber liegt in dem ungelösten Atommüllproblem. Zum einen gibt es kein Endlager, zum anderen werden Atommülltransporte durch die Proteste aus der Bevölkerung massiv behindert. Vor diesem Hintergrund ist die Bereitschaft der Bundesregierung, neue Atommüll-Zwischenlager in nächster Nähe zu den Atomkraftwerken zu genehmigen, von größter Bedeutung. Der Atommüll soll einfach vom Atomkraftwerk in das Zwischenlager nebenan verschoben werden und dort für Jahrzehnte gelagert werden. Wenn der Staat in einigen Jahrzehnten ein Endlager bereitstellen muss, haben die Betreiber längst ihre Profite aus den Atomkraftwerken gezogen.

Neben der Genehmigung der "standortnahen Zwischenlager" soll die Bundesregierung der Atomwirtschaft in vielen weiteren Punkten weit entgegenkommen. Bundeswirtschaftsminister Werner Müller, ehemaliger Manager des Atomkonzerns VEBA, verhandelte vor einigen Monaten im Auftrag des Bundeskanzlers mit seinen ehemaligen Arbeitgebern aus der Stromwirtschaft. Heraus kam im Juni 1999 ein Eckpunktepapier mit den Wünschen der Atomwirtschaft. Es sieht zahlreiche Garantien für einen langjährigen reibungslosen Betrieb der verbleibenden 18 Atomkraftwerke vor. So sollen Sicherheitsüberprüfungen der Atomkraftwerke nicht verschärft werden dürfen. Genehmigungen für Atomanlagen und für Atomtransporte sollen zügig abgewickelt werden. Der Staat soll rechtsverbindlich erklären, dass die Lagerung von Atommüll in Zwischenlagern als "Entsorgungsnachweis" genügt, obwohl es kein Endlager gibt. Der Wirtschaftsminister hat sich mit der Atomwirtschaft sogar darauf verständigt, dass eine stärkere Besteuerung der Atomenergie ausgeschlossen werden soll. Generell soll sich der Staat verpflichten, dass er "Korrekturen am atomrechtlichen Rahmen" nicht vornimmt, insbesondere solche nicht, die die Sicherheit der Anlagen betreffen.

Eine Übereinkunft der Bundesregierung mit den Atomkraftwerksbetreibern, die in der Substanz einen langjährigen Bestandsschutz für den weit überwiegenden Teil der gefährlichen Atomanlagen beinhaltet, würde dem Ziel eines Atomausstiegs zuwiderlaufen. Denn es würden weitere juristische Pflöcke eingerammt werden, die einen Atomausstieg zusätzlich erschweren würden.

Henrik Paulitz, IPPNW

Diese Zeitung soll massenhaft unter der Bevölkerung verteilt werden. Das kostet viel Geld. Bitte unterstützt das Projekt Massenzeitung für den Atomausstieg mit einer Spende! Spendenkonto: IPPNW, Konto-Nr. 60042447, Sparkasse Rastatt, BLZ 665 500 70, Stichwort: "Atomausstieg" (Bitte Anschrift angeben, dann erhaltet ihr für Spenden ab 20 DM eine Spendenbescheinigung). Vertrieb: "Aktionsbündnis Atomausstieg", Körtestraße 10, 10967 Berlin, Telefon 030-693 02 44, Telefax 030-693 81 66, Email: IPPNW@vlberlin.comlink.de

31. Zu Besuch in La Hague. Gorleben-Widerstand in der französischen Plutoniumschmiede

Autor: Wolfgang Ehmke · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak432/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:432:24

Im März 2000 sollen sechs Behälter mit hochradioaktivem verglasten Strahlenmüll aus La Hague nach Gorleben transportiert werden. VertreterInnen der BI Lüchow-Dannenberg fuhren der nuklearen Fracht entgegen und trafen sich mit dem örtlichen Widerstand gegen die Atomindustrie.

Man erinnere sich: Der ehrgeizige Versuch Jürgen Trittins, die Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente per Gesetz zum 1.1.2000 zu stoppen, wurde durch das Veto der Atomwirtschaft Ende Januar verhindert. Die Atomwirtschaft fürchtet dreierlei: Die Rückstellungsmilliarden für die Wiederaufarbeitung könnten nicht mehr gewinnträchtig angelegt werden, zweitens wäre der Entsorgungsnachweis selbst auf dem Papier nicht mehr gesichert, und per Risikotransfer ins Ausland wäre drittens - zumindest kurzfristig - eine weitere Kraftprobe mit dem Castor-Widerstand vermieden. Doch wie ein Bumerang schlägt irgendwann diese Strategie zurück.

Lionel Jospin will keine Nukleartransporte nach La Hague, wenn der dort anfallende Müll nicht vom Ablieferer zurückgenommen wird. So sieht es auch der Artikel 3 eines französischen Gesetzes aus dem Jahr 1991 vor.

Der Hintergrund: Seit März 1998 sind sechs Behälter mit verglasten hochradioaktiven Abfällen in der französischen WAA La Hague beladen und wurden auf dem Firmengelände für den Abtransport bereitgestellt. Vieles deutet darauf hin, dass im März 2000 der Konvoi rollt. Längst wären die Behälter auf die Reise nach Gorleben geschickt worden, gäbe es da nicht den Kontaminationsskandal und eine nicht-tragfähige Brücke auf der Bahnstrecke zwischen Hitzacker und Dannenberg. Der Nuclear Cargo Service (NCS), eine Tochter der Bahn AG, hat deshalb inzwischen beim Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) einen Antrag gestellt, Castortransporte auch über das sachsen-anhaltinische Arendsee zu transportieren. Dort müsste die brisante Fracht mit Hilfe eines mobilem Krans von der Schiene auf die Straße umgeladen werden. Gorleben ist rund 30 Kilometer vom Arendsee entfernt.

In dieser politisch heiklen Situation stattete die BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg dem örtlichen Widerstand in La Hague am letzten Oktoberwochenende einen Besuch ab. Austariert werden sollten die Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit zum Stopp der WAA und des Zusammenwirkens bei weiteren Atommülltransporten. Doch gleichzeitig wurde klargestellt, dass angesichts der ungelösten Entsorgung und angesichts der Stagnation in der Atompolitik unverändert auch gegen jeden Atommülltransport aus La Hague nach Gorleben mobil gemacht wird.

Tour de nuclear

Kommt es zur Wiederaufnahme von Castortransporten aus deutschen Atommeilern in die französische Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) La Hague, wird dies für die Atomkraftgegner/innen aus dem Wendland allerdings ein weiterer Aktionsschwerpunkt. "Wir warten nicht länger, bis die Kokillen mit den verglasten hochradioaktiven Abfällen aus der WAA nach Gorleben rollen, um uns dann quer zu stellen," stellten die Lüchow-Dannenberger/innen auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit der örtlichen Bürgerinitiative aus La Hague (CRILAN) in Cherbourg klar. Diese Klarstellung war in Frankreich der "Türöffner", schließlich sieht man sich dort als Opfer eines Risikotransfers im großen Stil: Nachdem die WAA in Wackersdorf aufgegeben worden ist, engagierten sich die deutschen Atomstromer in der "UP 3", statt der Fertigung von plutoniumhaltigen Mischoxid-Brennelementen (MOX) in Hanau übernahm die Anlage in Cadarache diese Aufgabe, statt eines Bauplatzes für den Europäischen Druckwasserreaktor (EPR) in Deutschland wurde das Atomland Frankreich vom Firmenkonsortium Framatome/Siemens als Standort auserkoren.

Im Gegenzug zur Erklärung der Wendländer kündigte Yannick Rousselet von Greenpeace in Cherbourg logistische Unterstützung für den Fall an, dass die Behälter mit dem verglasten Müll, die derzeit auf dem Firmengelände in La Hague lagern, auf große Fahrt nach Gorleben gehen. Im Rahmen einer Aktion, wurden die Tore der Castorverladestation in Valogne von den Wendländern schon mal vorsorglich symbolisch an die Kette gelegt.

Die 20-köpfige BI-Delegation hatte auf ihrer dreitägigen La-Hague-Reise ein dicht gedrängtes Besichtigungs- und Diskussionprogramm zu absolvieren. Die Gastgeber führten sie zu brisanten Plätzen: Oberflächennah wurden schwach- und mittelaktive Abfälle auf dem WAA-Gelände verbuddelt, die Pipeline, über die die radioaktiven Abwässer in den Ärmelkanal geführt werden, war eine weitere Station. Messungen hatten eine deutliche Strahlenbelastung in den Ufersedimenten ergeben, dennoch sperrten die französischen Behörden den Strand nicht. Die Strahlengefahr soll heruntergespielt werden, obwohl die Abgabewerte der WAA 4000fach über denen des nahe gelegenen AKW Flamanville liegen, mutmaßt Didier Anger, Deputierter der französischen Grünen im Regionalparlament und CRILAN-Mitbegründer.

Die Wiederaufarbeitung soll beendet werden, darin waren sich die deutschen und französischen Atomkraftgegner/innen einig. Die "UP 3" (Usine Plutonium), einer der Anlagenteile der WAA, ist zu 40% durch die deutschen Atomstromer für die Wiederaufarbeitung ausgebucht. Seit dem Stopp der Transporte in Folge des Kontaminationsskandals sind aber seit über einem Jahr keine abgebrannten Brennelemente aus Deutschland mehr angeliefert worden. Von den insgesamt 4.600 Tonnen Brennelementen, die ihm Rahmen der sogenannten "Altverträge" nach La Hague sollen, sind bis heute rund 3.800 bis 4.000 Tonnen angeliefert, ca. 3.600 Tonnen davon sind inzwischen aufgearbeitet. CRILAN und "les Verts" (die französische grüne Partei) dringen darauf, dass die Option auf weitere 2.000 Tonnen ("Neuverträge") abgebrannter Brennelemente, die sich die deutschen AKW-Betreiber vertraglich gesichert hatten, nicht eingelöst wird. Aber selbst bei einer Kündigung der WAA-Verträge wäre die Plutoniumschmiede in der Normandie noch mit der Verarbeitung der 60 t Plutonium zu einem nicht-waffen- bzw. brennelementfähigen Mix mit Atommüll voll ausgelastet, glaubt Anger.

Ein Novum in der Firmengeschichte des WAA-Betreibers Cogéma war der Besuch des Untersuchungsrichters Fédéric Chevallier. Er hat zu prüfen, ob die Cogéma entgegen den rechtlichen Vorschriften Atommüll aus dem Ausland seit Jahren illegal lagert. Kommt es tatsächlich zur Anklage gegen die Cogéma, droht der Firma eine kolossale Geldstrafe, weil die sich am Jahresumsatz von rund 10 Milliarden DM bemisst.

Natürlich mache man in Frankreich Druck, dass der WAA-Müll entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen nicht in La Hague gelagert wird, daraus machten die französischen Umweltgruppen keinen Hehl.

Gemeinsam gegen atomare Risiken

CRILAN und Greenpeace zeigten aber auch Verständnis für die "Quersteller/innen" aus dem Wendland. Die gemeinsame Position wurde in der Pressekonferenz vorgetragen: Es müsse Schluss sein mit dem Risikotransfer von einem Land in eine anderes, die Verantwortung für die Rücknahme der Abfälle liege bei den jeweiligen AKW-Betreibern. Diese sollten alle weiteren Lieferungen stoppen und den bereits angefallenen Müll verwahren. Als Ausdruck der Solidarität wurde vereinbart, dass auch ein Bauer aus La Hague auf der Stunkparade in Berlin am 13. November sprechen wird.

Eine weitere deutsch-französische Kooperation der Umweltgruppen zeichnet sich bereits ab: Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) genehmigte unlängst Leertransporte französischer Behälter des Typs NTL 10 und TN 17 aus Biblis bzw. Isar nach La Hague. Diese sollen in Frankreich dekontaminiert und dann wieder zur Beladung zurückgeschickt werden: Für die Anti-AKW-Bewegung ist das nichts anderes als der Countdown zur Wiederaufnahme der Transporte. Protest und Widerstand sind jetzt in Deutschland und Frankreich zu erwarten.

Wolfgang Ehmke

32. Jugend, Gewalt und soziale Kontrolle. Die aktuelle kriminalpolitische Jugenddebatte

Autor: Helga Cremer-Schäfer · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Jugend und Studenten · CD-Datei: daten/aksuche/ak432/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:432:03

Die Täter würden "immer mehr, immer jünger, immer brutaler", verkünden die Zeitungen. Die Formulierung ist nicht mehr frisch. Sie wurde schon in den 70er Jahren der Elterngeneration der heutigen Jugend entgegengehalten und löste schon damals Beunruhigung aus. Die Reaktionen auf den Befund der "steigenden Kinder- und Jugendkriminalität" und "zunehmenden Gewaltbereitschaft" bilden eine "Mischung aus Strenge und ausgestreckter Hand". (1)

Das heutige öffentliche Reden über die "steigende Kinder- und Jugendkriminalität" ist wie kein anderes über Massenmedien vermittelt. (2) Einfache "Law-And-Order-Kampagnen" expandierten zu einem "Dramatisierungsverbund". An diesem Spiel beteiligen sich in unterschiedlichen Rollen Polizei, Politik, Soziale-Probleme-Professionen, konservative, sozialdemokratische und liberale Fraktionen der Kulturkritik, Medien und Wissenschaft. Sie spielen gegeneinander und konstituieren so das gemeinsame Spiel der "steigenden Kinder- und Jugendkriminalität".

Das Reden und Schreiben über "Kriminalität" und "Gefahren" erfüllt zwar viele Unterhaltungsaufgaben. Kriminalitätsdiskurse und vor allem solche über "die Gewalt" definieren aber stets bestimmte Gruppen als ein "Problem", als "Risiko" und "Gefahr". Im Extremfall werden "Feindbilder" erzeugt, "Sonderbehandlung" und damit Formen sozialer Ausschließung legitimiert.

Um aus "Kinder- und Jugendkriminalität" eine Bedrohung für die Gesellschaft zu machen, muss man zunächst einfach deren Anstieg behaupten. Man benötigt ferner eine PR-Abteilung, um die Diagnose zu verbreiten; die Mitspieler im Dramatisierungverbund, insbesondere auch die Wissenschaft, schließen sich fürsorglich und interessiert an. Was als Beleg gilt, entnehme man den früheren Kampagnen.

Kriminalitätsstatistik und Moral-Paniken

Von unschätzbarem Wert ist dabei die jährliche Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS). Man kann sich darauf verlassen, mindestens einen Anlass für Sorge und Beunruhigung zu haben. Wie das funktioniert, hat jüngst Bundesinnenminister Otto Schily demonstriert. Die diesjährige PKS, die erste nach dem Regierungswechsel, bietet eigentlich keinen Anlass zur Dramatisierung der "Sicherheitslage": niedrigster Stand der Straftaten seit 1993, höchste Aufklärungsquote seit 1966, nichtdeutsche Tatverdächtige finden sich immer weniger. Wie gut, dass Schily wenigstens "die hohe Zahl der Kinder- und Jugendstraftäter" als "bedenklich" bezeichnen konnte und so keinen Anlass zu sehen braucht, "von einer deutlichen Entspannung der Situation zu sprechen". (3) Die Headlines der Medien brauchen nicht wesentlich verändert zu werden.

Mit einer neuen Entwicklung hat man es bei der "Kinder- und Jugendkriminalität" in den 90er Jahren aber nicht zu tun. Die verschiedenen Debatten in den 80ern über "Jugend und Gewalt", die "Ausländerkriminalität", Hooligans oder den "Krieg in den Städten" zwischen ausländischen Jugendbanden und den rechten Skins wurden nach den Erfahrungen des Golfkrieges und denen mit der deutschen Vereinigung zum Problem "Jugendgewalt" verdichtet. In den Kontext einer Debatte um die Jugend gestellt, konnte ein politischer Konflikt, die fremdenfeindlich und wohlstands-chauvinistisch motivierten Gewalttätigkeiten von jungen Leuten, erfolgreich entpolitisiert werden.

"Gewaltbereite Jugend" meint immer gleichzeitig: "Nazi-Kids", die Pogrome und Menschenjagden veranstalten, Hooligans, Autonome, Skinheads, Türkenbanden und Aussiedler ("Russlanddeutsche"), die "Krieg in den Städten" führen und durch die "Siedlungen in Angst leben"; es meint weiter die "Kids ohne Gnade", die auf der Straße stehlen, rauben, Autos knacken, Schüler, die den Gegner treten, wenn er schon am Boden liegt, "Kinder, die töten" und Kleinkinder, die sich verhauen, weil sie zu viel fernsehen; "wie Helden in US-Serien hauen sie drauf". All diesen Subjekten zwischen drei und 27 Jahren wird als Gemeinsamkeit das abstrakte Motiv der "Gewaltbereitschaft" zugeschrieben. Weitere Stichworte lauten: ausländerfeindlich, geil auf Gewalt, Nervenkitzel, Geld und Ehre, Allmachtsgefühl, Befreiung aus der Ohnmacht, Reaktion auf Frustrationen.

Die Diskussion um die "Gewaltbereitschaft" der Jugend wurde insbesondere in den 90ern in zwei Richtungen intensiviert. Einerseits wurde der Topos "die Täter werden immer mehr, immer jünger und brutaler" von Jugendlichen auf Kinder erweitert. Um die Entwicklung weiterhin als bedrohlich darstellen zu können, verfiel man auf das Argument der großen Zahl: "steigende Kinder- und Jugendkriminalität". Erst die Bagatellen jedoch geben die Masse: "Schwarzfahren führt die Liste an." (4)

Entpolitisierung und Personalisierung

Die Rede von der "steigenden Kinder- und Jugendkriminalität" bzw. der "wachsenden Gewaltbereitschaft" erweist sich durchaus als nützlich. Kriminalität und Gewalt dienen generell dazu, öffentlich Unbehagen und Angst über ökonomische und gesellschaftliche Entwicklungen zu artikulieren. Indem dies am Thema "Kriminalität" aufgehängt wird, findet eine "Verschiebung" der Diskussion statt. Man braucht nicht direkt über das zu sprechen, was an gesellschaftlichen Verhältnissen Unbehagen verursacht, sondern kann darüber schreiben, wer Angst macht. Die Konstruktion einer bedrohlichen Generation von Kindern, Jugendlichen oder Ausländern ermöglicht es, statt über Kapitalismus, Ausschließung aus dem Arbeitsmarkt, über Konflikte um Teilhabe an gesellschaftlichen Ressourcen oder über politische Korruption, wirtschaftliche Konkurrenz und Ausbeutung zu sprechen, die "Ellenbogengesellschaft" zu beklagen.

"In einer darwinistisch funktionierenden Gesellschaft triumphiert in allen Lebenslagen der Nahkampf über die Nächstenliebe. Selbstlosigkeit, Fürsorge, Sensibilität - damit, das ist die Botschaft an die nächste Generation, kann hier doch keiner mehr was werden", so klagt der Spiegel. "Wer den Sprung aufs Gymnasium schaffen will, darf Schwächere nicht abgucken lassen. Wer einen Lehr- oder Arbeitsplatz sucht, muss Mitbewerber ausbooten. Wer ein Held der Schlagzeilen werden will, muss Killerinstinkt haben - ob auf dem Tennisplatz oder vor dem Asylantenheim. Wer an die Spitze von Wirtschaft und Politik drängt, muss sich und seine Interessen eiskalt durchbarscheln. Das lernen Kinder schnell." (5)

Das "Spiegeln" als eine gesellschaftliche Praxis bedeutet aber nicht, sich zu erkennen. Verschieben und Projizieren zielt darauf ab, die Mitarbeit an einer "darwinistisch funktionierenden Gesellschaft" zu verkennen; es kann auch über die drohende Bedeutungs- und Machtlosigkeit beruhigen. Wenn im Zusammenhang von "Kriminalität" über gesellschaftliche Verhältnisse (Arbeitslosigkeit, Armut, verschärfte Konkurrenz) oder über die Zumutungen durch Institutionen (Schule, Markt, Medien) geklagt wird, geht es nicht um eine "Politisierung", d.h. um Demokratisierung von Organisationen oder eine Reform von Strukturen. Dass "etwas schief läuft in der Gesellschaft", führt über eine Argumentationsschlaufe zur Personalisierung des Problems. Es bilden sich "kriminelle Motive" heraus. SozialwissenschaftlerInnen und KriminologInnen ziehen zur Zeit besonders gerne die Verbindung von "Armut und Kriminalität" oder "Desorganisation und Gewalt". Steigt die Jugendarmut, dann steigt die Jugendkriminalität, lautet die einfache Erklärung. So schreibt z.B. Christian Pfeiffer, ein in der öffentlichen Debatte sehr aktiver Kriminologe, (jungen) armen Leuten u.a. folgende Motive und Dispositionen zu:

"Wenn in einer Gesellschaft die Gegensätze von Arm und Reich zunehmen, steigt der ‚Anomie-Druck`. Die in den Massenmedien und den Auslagen der Kaufhäuser allgegenwärtige Konsumwerbung wendet sich zwar primär an die wachsende Zahl der Wohlhabenden, erreicht aber mit ihren psychologisch geschickt vorgetragenen Appellen an die Kauflust aller Bürger auch solche, die von Sozialhilfe leben müssen. (...) In einer Gesellschaft, in der der Wert eines Menschen in hohem Maße durch seinen ökonomischen Status bestimmt wird (‚haste was, biste was - haste nichts, biste nichts`), ist für den von Armut Betroffenen der Schritt zur Straftat dann oft nicht mehr weit (‚nimmste, was, haste was - haste, was, biste was`). Armut kann unter diesen Rahmenbedingungen sehr wohl eine Motivation erzeugen, die zur Eigentumskriminalität führt." (6)

Bei dieser Anthropologie des Menschen (er ist kauflustig und möchte etwas wert sein) braucht es noch zwei weitere Bedingungen, die kriminellen Motivationen und Handlungen zu erzeugen. Erstens: Solange junge arme Leute sich noch Hoffnungen auf ein späteres, gesichertes Einkommen machen (weil sie z.B. trotz ihrer Benachteiligung als AusländerInnen einen Ausbildungsplatz erhalten), können sie die "Befriedigung ihrer Konsumwünsche leichter zurückstellen". Ohne diese Aussicht geraten sie "eher in Gefahr der Versuchung, der kriminellen Lösung des Problems zu erliegen". Wenn noch hinzukommt, dass nicht einmal politische Bewegungen ihnen "Utopien" glaubhaft machen, dann "bilden sich zunehmend voneinander abgegrenzte Randgruppen der Gesellschaft, die sich ausgeschlossen fühlen und miteinander um die knappen Ressourcen von Arbeit, Wohnung und staatlicher Unterstützung konkurrieren und sich teilweise auch aggressiv

bekämpfen." Unterstellt wird: Der Mensch brauche zwar nicht den Himmel auf Erden, wohl aber die Hoffnung darauf, dass es im Diesseits besser wird.

Zweitens: Wer in Institutionen "eingebunden ist", in der Familie lebt, in der Schule lernt, im Betrieb arbeitet oder sich im Freizeitbereich beschäftigt und unterhält, der verhält sich konform. So weit Institutionen intakt seien und ein soziales Netz bildeten, erfüllten sie ihre "Kontrollfunktion". Wenn sich arme Leute nicht-strafrechtlicher Kontrolle entziehen oder wenn ihre Familien, Schulen, Nachbarschaften nicht funktionieren, dann wachse "das Risiko, dass ihre Armut auch zu Kriminalität führt." (7)

Familie, Armut und kriminelles Verhalten

Die Darstellung von Theorien der "sozialen Ursachen" der Kriminalität führt paradoxerweise nicht dazu, die sozialen Probleme in den Vordergrund zu rücken. Die Aufmerksamkeit bleibt an Personen hängen. "Wie Helden in US-Serien hauen sie drauf - Die Abwärtsspirale beginnt, wenn Eltern sich nicht um ihre Kinder kümmern", so titelt die Frankfurter Rundschau in ihrer Serie über Jugendkriminalität: "Der Katalog geht von A wie Arbeitslosigkeit bis Z wie Zappen. Die Faktoren, die Wissenschaftler und Praktiker als Ursache für kriminelles Verhalten anführen, erreichen eine stattliche Zahl. Wenn man das alles zusammenzieht, müsste eigentlich jeder Jugendliche krumme Dinger drehen." (8)

Der wichtigste Buchstabe bleibt jedoch das F: Die Familie. Den Delinquenten fehle "Basissozialisation". Der alte Vorwurf der Verwahrlosung, dem sich proletarische Familien traditionell ausgesetzt sehen, wird von WissenschaftlerInnen und PraktikerInnen in neuem Gewand präsentiert. "Teilnahmsloser Erziehungsstil", auch bei "wirtschaftlicher Armut im Elternhaus" ersetzen "Geld und Konsumgüter Erziehung und Zuwendung"; "wenn der Vater seinen Sprössling mit Prügel im Zaum zu halten versucht. Auch das erweist sich immer wieder als Kriminalität fördernder Faktor." (9)

Familialisierung dient dazu, das moralisierende Erklärungsschema vom "bösen und schuldigen Verbrecher" zu verlassen und es durch das personalisierende und sozial degradierende Bild des "gefährlichen Delinquenten" und "defizitären Menschen" zu ersetzen, das mit Unterstützung wissenschaftlicher Theorien zum moderner "Alltagsmythos" gemacht wurde. Die implizite Theorie lautet, dass Kriminalität und Gewalt entstehen, wenn erzieherische Autorität fehlt. Die Erklärung impliziert eine Legitimation der Praktiken derer, die sich als erzieherische Autoritäten definieren möchten.

Professionelle und politische Interessen

Die Akteure der Moral-Panik verbinden mit der "steigenden Kinder- und Jugendkriminalität" gelegentlich organisatorische Interessen. Deutlich wird dies mit den "Lösungen", die sie öffentlich in der Debatte angeboten haben.

Der Polizei geht es dabei ausnahmsweise nicht um mehr Personal und Kompetenzen, sondern vor allem um Entlastung. Die hessische Polizei verbreitet ihre Anliegen kumpelhaft per "Eigenanzeige": "Wer ist schuld, wenn Kinder stehlen?", so inseriert sie in den Regionalteilen der Frankfurter Rundschau: "Täter, Opfer, Abenteurer? Liebe Eltern, Lehrer und Geschäftsleute, wer nur mit Strafe droht, hat null Feeling für Kids und Teenies. Wir wollen, dass sie sicher leben. Ihre Polizei." (10)

Freundlichkeit und Hilfe haben jedoch ihre Grenze, die den Jugendlichen auch gezeigt werden soll. Durch die Senkung des Strafmündigkeitsalters auf zwölf Jahre erhofft man sich eine neue Mischung aus Hilfe und Kontrolle, bei der die helfenden Instanzen nicht mehr nur pädagogisch tätig sein sollen. Auch wenn die hessische Polizei Jugendgefängnissen skeptisch gegenübersteht, so will sie doch, dass auch die Helfer mehr kontrollieren und mit allen Mitteln des Jugendstrafrechts drohen können. Ob daraus tatsächlich eine Entlastung der Polizei resultiert, dürfte allerdings mehr als fraglich sein.

Vor allem mit der Klage, was junge "Intensiv- und Mehrfachtäter" alles anstellen können, weil die Helfer nicht kontrollieren, konnten pädagogischen Instanzen mühelos diskreditiert werden. Die "steigende Kinder- und Jugendkriminalität" verleiht den Forderungen nach einer Ersatzanstalt für die geschlossenen Heime und die Untersuchungshaft für Jugendliche einigen Nachdruck. Daran sind sowohl AkteurInnen aus der Justiz wie solche aus der Jugendhilfe interessiert. Die ständige Wiederholung hat diese Forderung inzwischen zu einem selbstverständlichen Bestandteil der Debatte um Jugendkriminalität gemacht.

WissenschaftlerInnen und insbesondere KriminologInnen erhalten durch die "steigende Kinder- und Jugendkriminalität" eine weitere Gelegenheit, Öffentlichkeit und Politik daran zu erinnern, dass "sanfte Kontrolle" und Integration durch eine kluge soziale Technologie langfristig für ihre Interessen nützlicher sei als Sozialabbau und Law-And-Order-Kampagnen. Sie bestätigen sich dadurch mindestens selbst ihre Bedeutsamkeit und den Sinn ihrer Geschäftigkeit. Die sozialen Professionen haben ein weiteres Thema, um ihre Arbeitsplätze zu legitimieren und Ressourcen für Kinder- und Jugendhilfe einzuklagen.

Grenzziehung und feste Ordnung

Generell geht es darum, dass Erziehung mehr Wert auf "Grenzziehung" legen soll, vor allem bei den Jungen, die durch die ökonomische Entwicklung nicht einmal mehr als eine "Reservearmee" für den Arbeitsmarkt gebraucht werden. Die Vermutung ist ja nicht unbegründet, dass Diskriminierung und Ausschließung von der Teilhabe an gesellschaftlich produziertem Reichtum zu Protestbewegungen oder zu einem individuellen "Gegenschlag" führen könnten. Der Ratschlag aus den sozialdemokratischen 70er Jahren, "gefährliche Klassen" und "soziale Sprengsätze" durch soziale Reformen zu "bekämpfen" ist zwar noch verbreitet, wird aber zunehmend von der Fantasie begleitet, das "Abrutschen" potenzieller Delinquenten sei zu vermeiden, wenn sie nur in einer "festen Ordnung" aufwüchsen.

"Harte Strafen contra ‚weiche Welle`. Der Unmut über den Umgang mit jungen Kriminellen wächst. Streit um Konzepte", lautet der Titel der ersten Folge der zitierten Serie der Frankfurter Rundschau. Die Rehabilitation der Jugendstrafe wurde mit der Debatte über "rechte Jugendgewalt" eingeleitet. Getroffen hat das Klima der Punitivität zuerst "Ausländer". Junge Leute ohne deutschen Pass bevölkern die Jugendgefängnisse. Sie wurden konsequenter zu "Insassen" gemacht als zu "Integrierten". Insbesondere in der Verbindung mit der Diskussion um "junge Intensiv- und Mehrfachtäter", um die Folk-Devils namens "Mehmet", "Jens" oder "Christian", die von der Polizei besonders befördert wurde, wurde eine Menge an ideologischer Arbeit geleistet, das Einsperren und Strafen zu legitimieren. Liberale Bürger und Soziale-Probleme-Professionen legen zunehmend ihre Zweifel am Sinn der Strafe ab. Man kann das "schlechte Gewissen" (oder auch Reste der Aufklärung) jedoch an den Überhöhungen sehen, mit denen das neue Projekt der Grenzziehung gegen Delinquente versehen wird.

Auf den Punkt gebracht hat dies gerade die Zeit. "Gefährlich und gefährdet: Die Jugendgewalt nimmt zu: Kriminelle Kinder brauchen eine feste Ordnung." (11) Das Mitleid ist den jungen Leuten, die aus einem "entsetzlichen Zuhause" kommen, noch gewiss, auch dass man "Armut, Unwissenheit und Gewalttätigkeit" in "schwierigen, eher subproletarischen als ‚proletarischen' Verhältnissen" bekämpfen müsse. Doch sie sind eben nicht nur "Opfer". Sie sind "fremduntergebracht", weil "sie schlagen, stehlen, vergewaltigen, Drogen nehmen und Drogen verkaufen, weil sie, unerreichbar, in einer eigenen regellosen Welt leben. Merkwürdig unbeteiligt sind sie, starr, wenig beeindruckt von niedlichen Zwergziegen und Ponys. Es sind, offen gesagt, nicht immer besonders nette Kinder. Niemand würde sich die härteren Fälle als Schulkameraden des eigenen Sohnes, der eigenen Tochter wünschen." Wenn das Mitleid relativiert ist, kann die Frage "Was tun?" gestellt und beantwortet werden:

"Es ist ein Kraftakt, Regeln Tag für Tag durchzusetzen. Die Frage, was jugendlichen Straftätern genützt hat, bleibt auch im Rückblick ungeklärt, denn der Datenschutz verbietet systematische Erhebungen über den weiteren Lebensweg der Zöglinge. (...) Niemand weiß, ob die Einzelbetreuung im Ergebnis mehr brächte als die Einzelzelle. Also muss man sich für die Praxis mit Mutmaßungen und Plausibilität behelfen. Einiges spricht dafür, dass desorientierte Jugendliche enggeführte Betreuung brauchen, einen klar strukturierten Tag, Pflichten und Aufgaben, deren Erfüllung ihr Selbstwertgefühl stärkt; Regeln, deren Verletzung unweigerlich Konsequenzen nach sich zieht und verlässliche Beziehungen."

Die Zeit-Autorin beschreibt die Verhältnisse einer totalen Institution, der Erziehungsanstalt - das Modell für die Jugendstrafe. Da hin sollen die Jugendlichen der "eher subproletarischen" Herkunft, die man sich nicht als Schulkamerad des eigenen Kindes wünscht. Weil sie aber weiß und schreibt, dass "Erziehungsgefängnisse" nichts genützt haben, beschwört sie den bildungsbürgerlichen Mythos von "pädagogischen Persönlichkeiten", mit "Berufung", "Charakter", "Vorbild".

Der Weg "jenseits von Liberalisierung und Pädagogik vom Delinquenten aus, ist vielleicht der charismatische Erzieher." Was die Autorin vergessen hat: "Charisma" ist eine subtile Form von Herrschaft. Und um Herrschaft,

um "Klassenpolitik", geht es bei der Zivilisierung des Teils der Jugend, der als Arbeits- und als Konsumkraft überflüssig ist. Wie Fantasien vom "charismatischen Erzieher" oder auch vom Kumpel-Polizist mit "Feeling für Kids und Teenies" von den gefährlichen Kindern und Jugendlichen erfahren werden? Einiges spricht dafür, dass sich wiederholen wird, was Stanley Cohen am Ende seines Buches über die Mods, die Rocker und die Moral-Paniken der 60er Jahre feststellte:

"Es werden mehr Moral-Paniken erzeugt werden und unsere Gesellschaft, so wie sie gegenwärtig strukturiert ist, wird weiterhin für einige ihrer Mitglieder - wie die Jugendlichen der Arbeiterklasse - Probleme erzeugen und wird verdammen, was immer diese Gruppen an Bearbeitungsstrategien für diese Probleme finden werden." (12)

Helga Cremer-Schäfer

Helga Cremer-Schäfer ist Professorin mit Schwerpunkt Sozialpädagogik und Jugendforschung am Fachbereich Erziehungswissenschaften der Universität Frankfurt. Zusammen mit Heinz Steinert veröffentlichte sie das Buch "Straflust und Repression. Zur Kritik der populistischen Kriminologie"; Verlag Westfälisches Dampfboot (Münster) 1998, 286 Seiten, 39,80 DM.

Den vorliegenden Artikel entnahmen wir der NR. 63 (2/99) der Zeitschrift Bürgerrechte & Polizei/CILIP. Wir danken Autorin und CILIP-Redaktion für die Genehmigung zum Nachdruck.

Anmerkungen:

1) Süddeutsche Zeitung v. 7.7.1998

2) vgl. detaillierter Cremer-Schäfer, H.; Steinert, H.: Straflust und Repression. Zur Kritik der populistischen Kriminologie, Münster 1998

3) Süddeutsche Zeitung v. 26.5.1999

4) "Jugendkriminalität", Sonderdruck der Frankfurter Rundschau, 1999. Die einzelnen Teile der Serie erschienen im Mai 1999, hier: 5. Serienfolge.

5) Der Spiegel, Nr. 9, 1993

6) Pfeiffer, Ch.; Brettfeld, K.; Delzer I.: Kriminalität in Niedersachsen. KFN Forschungsberichte Nr. 56, Hannover 1996, S. 58

7) ebd., S. 59, 60

8) Jugendkriminalität, Sonderdruck a.a.O. (Fn. 4)

9) ebd.

10) Frankfurter Rundschau, Lokalrundschau Main-Kinzig-Kreis v. 31.1.1998

11) Die Zeit, Nr. 27 v. 1.7.99

12) Cohen, St., Folk-Delivs & Moral Panics. The Creation of the Mods and Rockers, Oxford 1987

33. Prozeß im Bruch (2). Ein Gespräch mit Christian Geissler nach dessen Eintritt in das achte Lebensjahrzehnt

Ein Gespräch mit Christian Geissler nach dessen Eintritt in das achte Lebensjahrzehnt - Teil 2

Autor: Klaus Mellenthin · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Geschichte der BRD; Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak432/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:432:02

Im ersten Teil des Gesprächs (ak 431) ging es um die Jahre zwischen 1943 und 1968. Er endet mit Christian Geisslers Austritt aus der illegalen KPD im Jahre 1968, als nach Absprache mit der Bundesregierung die DKP als legale Partei gegründet wurde.

RAF

Wenn ich vom Jahr Deines Austritts aus der KPD, 1968, zurückblicke - Trennung von der katholischen Kirche, Mitglied in der illegalen KPD, Parteiaustritt - hat die Suche nach Sicherheit Deinen Weg immer weniger bestimmt.

Dieser Wunsch nach Sicherheit ist mir schon geblieben. Es ist dies aber auch die Suche nach Bestimmtheit. Aber gut. Ich kann mich erinnern, in dem Maße, wie bei uns in der "Werkhefte"- Redaktion in nächtlichen Sitzungen diese ganzen Gottesvorstellungen abgeschafft wurden, daß auch Angst ausbrach bei einigen Mitgliedern, zwei besonders, die verließen sogar die Redaktion aus Angst, daß der Raum jetzt gesprengt ist und wir stehen nackt da - der liebe Gott schützt uns nicht mehr. Da sehe ich mich doch und Hirschauer darüber philosophieren, wie gerade die Tatsache, daß wir ungeschützt auf einem rasenden schwarzen Stern herumflitzen bis sowieso alles zu Ende ist. Gerade weil wir das wissen, vermuten wir, wird es sich als notwendig erweisen, daß wir sehr nahe, in verläßlicher Bestimmtheit, zusammenrücken alle. Als Menschen. Es ist sinnlos, aber solange wir hier sind, rücken wir nahe zusammen - ich glaube, wir haben sogar noch gesagt, brüderlich und schwesterlich - und machen aus dem Wirklichen das für uns Richtige. Aber das können wir nicht als Einzelne. Wir haben uns gesagt: Diese Welt ist, egal wie sinnlos, unsere, solange wir in ihr sind, und machen etwas aus dieser Welt.

Und ich möchte genau hier die in meinem Leben wichtigste und entscheidendste Erfahrung, RAF nämlich, ranholen, weil meine Ausdauer, die ist ja bekannt hinsichtlich RAF, die wird auch verhöhnt mehr und mehr, diese Ausdauer hat etwas damit zu tun, daß ich nicht loslassen wollte in Richtung auf Vereinzelung. Es droht, und das haben wir jetzt auch gesehen, nach und nach in den Knästen die zerstörerische Vereinzelung. So, wie die alle jetzt rauskommen als Einzelne. Und ich habe, das geht durch mein ganzes Leben hindurch, den erbärmlichen Wunsch gehabt, wir müssen zusammenhalten, sonst gehen wir unter, zerbricht unsere Arbeit gegen das Pack! Das muß auch mit dem Faschismus zu tun haben, denn wir waren ja so ohnmächtig damals als kleine Soldaten, weil wir Einzelne waren. Wir waren zwar in einer Stube mit zwölf Mann, aber wir hatten miteinander nichts zu tun gegen die, sondern die hatten mit uns zu tun gegen jeden alleine über Befehle, die konnten uns überall hinschicken. Und ich glaube, diese elende Vereinzelung, diese Vereinzelung, die sich der Willkür aussetzt von Stärkeren oder von Bösen, könnte die Lernbedingung gewesen sein für mein - bis jetzt, bis zu meinem siebzigsten Jahr - Erpichtsein, unbedingtes Erpichtsein darauf, daß wir zusammenhalten. Mein Schreiben ist schon einzeln genug. Jeder politische Schritt, jede politische Hoffnung, unser politischer Kampf, das ist der kommunistische Kampf, das ist der Kampf um die Selbstaneignung des Menschen, jeder er selbst als wir selbst, geht nur gemeinsam. Und so bin ich ziemlich lange, bis man mich rausgesetzt hat, mit den Genossen von der RAF zusammengeblieben. Längst mit Widersprüchen, also Einsichten, die wir jetzt alle haben. Aber nicht loslassen, zusammen den nächsten Schritt machen. Das war auch bei "Dissonanzen der Klärung" der Grundton: Nicht loslassen, wir machen das zusammen, den nächsten Schritt, die Wendung, die zentrale Korrektur! Und das hat sehr viel zu tun mit meiner Grunderfahrung: Die Vereinzelung des Kommunisten ist die Vernichtung des Kommunisten.

Die Lernfähigkeit der RAF hast Du allerdings lange Zeit weitgehend falsch eingeschätzt - und ebenso die gesellschaftlichen Gegebenheiten spätestens seit 1977.

Ich war auch selber unter denen, die sogar noch das Frontpapier 1982 versucht haben zu verstehen und zu verteidigen. Ich habe das auch sehr lange gemacht, weil ich niemanden hatte, Klaus, dem ich so getraut habe. Das ist jetzt was ganz Subjektives. Ich habe zu der Zeit und jahrelang niemanden gehabt, keine Genossin und keinen Genossen, denen ich so getraut habe wie den Genossinnen und den Genossen der RAF. Und zwar in dem Sinne getraut, die scheißen mich nicht an. Es war eine tiefe Sicherheit, ich wollte, daß die stimmt. Einfach unsere Bestimmtheit, die Sicherheit von einem zum andren.

Wenn nun das Bedürfnis nach Bestimmtheit die eigene Lernfähigkeit überwiegt ...

... blockiert! Und das ist bei mir zeitweise so gewesen - finde ich heute. Ich finde trotzdem richtig, daß es "kamalatta" gibt, aber ich könnte "kamalatta" doch nicht mehr schreiben, diese bestimmte Verfaßtheit, in der wir damals waren. Ich finde das Buch aber sehr wichtig, gerade weil es ein Dokument dieses unbedingten Zusammenhaltens ist: Wir sind in lauter Widersprüchen, aber wir halten zusammen - das war die Grundmusik. Und das Vertrauen, unbedingtes Vertrauen. - Was ist eigentlich Vertrauen, Klaus? Wir beide vertrauen uns ja auch. Worin begründet sich das? Ich finde das eine sehr schwierige Frage. Gerade nachdem ich Leute enttäuscht habe und auch sehr von Leuten enttäuscht worden bin. Aus welchen - heimlichen? - Interessen täuschen wir uns selbst? Leider bleibt für mich hier ein mysteriöser Rest, ich kann's nicht wirklich begründen, warum ich jemandem traue.

Schreibarbeit

Seit Mitte der 80er Jahre arbeitest Du nicht mehr fürs Fernsehen. Monk hat zwar Blütenträume gehabt, was die Möglichkeit angeht, das Publikum im Wohnzimmer zu erreichen. Der Romanautor aber hat - nur quantitativ gesehen - gegenüber dem Fernsehautor eine außerordentlich geringere Möglichkeit, ein Publikum zu erreichen. Wer z.B. geht in eine Buchhandlung und kauft sich "Kalte Zeiten" und wie viele Leute haben sich das auf dem Buch basierende Fernsehspiel "Wilhelmsburger Freitag" angesehen?! Die Fernsehzuschauer haben entweder abgeschaltet, haben gesagt, wir wollen die Scheiße, die wir sowieso haben, nicht noch im Fernsehen sehen ...

... das war ein wichtiger Moment, auch die "Bild"-Zeitung hatte so argumentiert ...

... oder aber die Leute sagen: So isses ja! - War Dein Abschied vom Fernsehen von Dir gewollt?

Mir war das Bücherschreiben, die Prosaarbeit - Gedichte habe ich ja erst geschrieben, als ich fünfzig war - immer wichtiger als das Filmemachen, prinzipiell als mein Mittel. Und zwar nicht etwa als politisch wirksamer, es schien mir eigenartiger. Auch die Selbständigkeit in der Prosa hat mir natürlich gefallen, denn alle Fernseharbeit war auch abhängig vom Absegnen höherer Stellen, und es ist auch manches kaputtgemacht worden.

Also ich wollte immer zurück zum Schreiben, aber ich hatte eine Familie und brauchte Geld. Und ich konnte das zunächst mit Fernsehspielen, dann ging das politisch nicht mehr wegen Dieter Meichsner (9), und danach kam dann die Dokumentarfilmarbeit. Dann konnte ich mich finanziell sichern, u.a. natürlich auch dadurch, daß meine Ehefrau lohnabhängige Arbeit aufgenommen hat. Aber der Wunsch, zurückzukommen zum Buch war immer da, und als meine Frau dann fest in ihrer Arbeit drin war, haben wir uns geeinigt. Ich bin zur Arbeit mit "Brot mit der Feile" abgetaucht, dreißig Kilometer von Hamburg weg in ein eigenes Zimmer, und dann nochmal für "Wird Zeit, daß wir leben" verschwunden. Weil wir beide fanden, diese Bücher sollen geschrieben werden. Es war uns das Wichtigste. Obgleich wir auch wußten, die Filme kommen hunderttausendfach oder sogar millionenfach vor die Augen der Menschen, und die Bücher mit fünftausend Exemplaren oder zehntausend.

1981 habe ich den letzten Film gemacht. Ich war erpicht auf "kamalatta" und dachte auch, mit "kamalatta", das wird ein ganz neues Buch, das trägt mich dann auch finanziell. Eine der Illusionen. Da habe ich jeden weiteren Fernsehauftrag abgewehrt oder gar nicht mehr eingereicht meine Arbeiten beim Sender, sondern habe mich verzogen für Jahre für "kamalatta". Danach hätte ich sagen können, "kamalatta" ist kein Erfolg, leben kannst Du davon nicht. Ich war auch schon sechzig oder älter.

Da habe ich mir aber gesagt, jetzt machst Du nur noch, was Du für richtig hältst, lebst von ganz, ganz, ganz wenig Geld - also bin ich aufs Land gezogen - und verdienst nur so viel, wie unbedingt nötig neben der eigentlichen Romanarbeit oder Dichtung. Das habe ich auch gemacht bis jetzt, und jetzt schlitter ich da so

durch. Ich will nicht mehr ins Geld, ich will nicht mehr in die Sender, ich will meine gezählten Tage mit Arbeit nicht nur beenden, sondern vor allem auch füllen. Das ist die Entscheidung gewesen.

"kamalatta", so sagtest Du, sei ein Buch, das Du heute nicht mehr schreiben könntest. - Wenn ich mir Dein Prosaschaffen in Erinnerung rufe, habe ich den Eindruck, daß Du Dich auf stetig kleinere Teile unserer Gesellschaft beziehst. Die "Anfrage" richtete sich "an das (...) herrschende gesellschaftliche Bewußtsein in der Bundesrepublik" (10) und gab Exempel für den Stand der Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit (und Gegenwart). Auf ein großes Leserpublikum zielte auch Dein 1965 erschienener zweiter Roman, "Kalte Zeiten"; hier steht erstmals in der BRD ein Arbeiter im Zentrum des Geschehens. 1971, als Du die Arbeit an "Brot mit der Feile" begonnen hattest, wurde im Rahmen einer sog. Terroristenfahndung Petra Schelm erschossen. Als der Roman 1973 erschien, hattest Du ihm einen fingierten Wortwechsel vorangestellt: "Unsere Friedensliebe hört beim Terror auf", stand für die Position der Herrschenden; "Unsere auch", war die Antwort der Widerständigen. Eine programmatische Aufforderung, die im Unterschied zu Deinen vorherigen Arbeiten nur noch wenigen zugänglich ist, stellt schon der Titel Deines 1986 erschienen Buches dar: "Wird Zeit, daß wir leben. Geschichte einer exemplarischen Aktion". Es geht um eine Gefangenenbefreiung zu Beginn der Nazi-Herrschaft. Beginnend mit "Brot mit der Feile", stärker noch in "Wird Zeit, daß wir leben" wird Deine Sprache immer knapper, atemloser, fast gehetzt. Inhalt und Form Deiner Arbeiten werden, kulminierend mit "kamalatta", nur noch einem kleinen und noch kleineren Leserkreis zugänglich. Leser der "Anfrage" und der "Kalten Zeiten" mußten sich wesentlich mit dem Inhalt auseinandersetzen. Von "kamalatta" an fordern Deine Romane jedoch vom Leser, überhaupt erst einmal deren sprachliche Gestaltung zu durchdringen, um den Stoff erfassen zu können.

Du machst mich auf was aufmerksam. Ich hatte ein breites Zutrauen, das ist immer schmaler geworden. Und schon 1976 in "Wird Zeit, daß wir leben" bin ich eigentlich nur noch mit deutschen Menschen beschäftigt, die gegen den Faschismus mit ihrem Leben gekämpft haben. Und das sind, wie wir wissen, nur ein paar zigtausend gewesen. Nur die haben mich noch interessiert, den ganzen Roman durch. Da kommen zwar noch ein paar "normale" Kollegen vor, aber interessiert haben mich nur die Kämpfenden. Und in "kamalatta" vollends bin ich zwar als der Proff für jede Mutter und jeden Dackel mit offenen Augen noch vorhanden, aber die Bewegung der ganzen Geschichte ist: Angriff auf den Imperialismus - sonst gar nichts mehr. Und insofern spitzt sich mir, das hast Du mir jetzt gezeigt, die Arbeitsbewegung zu in ein immer schmaleres Feld, wo man auch sagen könnte: in immer schmaleres Zutrauen. Und dann kommt, 1996, "wildwechsel mit gleisanschluß", wo die pure Angst ausbricht, weil nämlich nichts mehr da ist. Wo die Leute an der Wand stehen mit dem Kopf, und nur noch die Muster im Mauerwerk betrachten. Es sind Erstarrungsformen, die da beschrieben wurden.

Und zwischen "kamalatta" und "wildwechsel" der Befreiungs- und Verzweiflungsschlag "winterdeutsch" (11).

Da habe ich nochmal gedacht: Wir alle. Das war aber wirklich Münchhausen, sich am eigenen Zopf herausziehen.

Auf der einen Seite steht Dein politisches Wollen, auf der anderen das von Dir eingesetzte Mittel. Aber ich muß Dir auch zugestehen, daß selbst die "verständlichste" Literatur, die - explizit oder immanent - zum Aufstand gegen die Verhältnisse auffordert, heute und hierzulande auf keine quantitativ nennenswerte Leserschaft hoffen kann.

Du siehst, ich bin da ziemlich stumm, ich kann Dir da nicht widersprechen. Ich habe noch, ausdrücklich noch, große Lust, mich mitzuteilen. Aber ich finde mich, jetzt in einem Bild gesprochen, als der, der so viel Lust hat, sich dem anderen oder der anderen mitzuteilen, wie in einem Loch. In einem tiefen Loch, in dem die Stimme verzerrt wird. Nein, das ist auch nicht richtig, denn ich finde meine Texte nicht verzerrt. Die werden in dem Maße schwieriger zu erarbeiten, schwieriger aufzufassen wie das Verhältnis, aus dem die Texte sprechen und das Verhältnis, von dem sie sprechen, schwieriger wird, erbärmlich schwieriger. Es ist beklagenswert, denn ich möchte auch einfach lustig, also unternehmungslustig singen. Manchmal habe ich das auch hingekriegt, aber es wird immer schwieriger.

Brüche

In der "Edition Nautilus" sind Deine Schreibarbeiten, die Du aus öffentlichem Anlaß in der Jahren 1989 bis 1992 publiziert hattest, unter dem Titel "Prozeß im Bruch" erschienen. "Prozeß im Bruch" ist auch der für mich

leitende Gedanke unseres Gesprächs, scheint hiermit doch Dein Leben, Deine Arbeitsweise auf den Begriff gebracht.

Der Begriff des "Bruchs" in meinem Leben ist sehr zentral, auch sehr problematisch. Jedenfalls, mir ist er problematisch. Ich konnotiere den Begriff "Bruch" für mein Leben positiv, aber so oft ich mich bemühe, mir nichts vorzumachen, wird deutlich, daß an diesem Begriff eine ganz tiefe Qualität von Unglück mit dranhängt. Und zwar nicht mein Unglück, ich habe immer was - das ist ja gerade das Egoistische - gehabt von meinen Brüchen. Ich glaube auch, daß meine Produktion gar nicht anders gegangen wäre als zu brechen, immer wieder zu brechen. Aber das Wissen, nicht nur die Vorstellung, nicht nur die Vermutung, sondern das Wissen, daß bestimmte andere Menschen, lebendige Menschen, geliebte Menschen, über den Bruch oder die Brüche, die ich für richtig gehalten habe, verletzt worden sind. Daß andere verletzt worden sind durch meine Brüche, finde ich manchmal, jetzt am Ende, sehr problematisch oder - doch, manchmal auch beängstigend. Denn wenn ich auch weiß, meine Produktion ist hier von mir akzeptiert, dann bleibt eben dieser Rest, wie ich denn akzeptieren kann, daß die Produktion über Verletzungen anderer läuft.

Man kann, gerade wenn wir hier als Revolutionäre sitzen, sagen: Ja, es gibt überhaupt keine Revolution, die nicht verletzt; es gibt keinen Schritt, der nicht anderes verläßt; es gibt keine Befreiung ohne Bruch. Das kann man so sagen. Aber wenn man sich die Gesichter vor Augen holt, kann man ziemlich zahm werden, bange werden. Was fällt Dir ein? Woher nimmst Du dieses Selbstzutrauen? Ich sage dann wieder, naja, gut, ich nehme mir das daher, weil ich ohne vorwärts zu kommen und zu produzieren gar nicht leben kann. Also ist es für mein Leben getan, und wenn etwas für mein Leben getan ist und andere leiden daran ... Ich habe jetzt oftmals das Bedürfnis, mich zu rechtfertigen, kann aber nicht. Ich weiß nur genau, ich würde selber keinen Schritt meiner Produktion und auch keinen Bruch zurücknehmen wollen. Ich würde es wieder so machen. Aber ich finde es sehr traurig, sehr, sehr traurig, daß der Prozeß, der über Brüche geht, und nicht anders gehen kann, lebendige Leute verletzt. Und zwar immer Leute, immer, die mir wichtig sind, mir persönlich wichtig sind, die kriegen alle was ab. Ich will das jetzt nicht zu finster machen, zu tragisch: Ich habe es entschieden, ich habe es so, genauso entschieden. Ich wollte nur zur Sprache bringen, daß mir schon auffällt, wie ich als Alter reichlich selbstbewußt oder zustimmend zu meinem Leben rede - und es bleiben nicht nur Reste, es bleiben Felder und Erfahrungen, die ich nicht lösen kann, die ich auch nicht gut finde. Ich kann nur bei diesem simplen Wort bleiben: die mich traurig machen, die ich doch nicht zurücknehmen will. Sagen muß man es mal. Wir sind wirklich keine Helden, nicht nur ich bin keiner.

Der Text ist von Christian Geissler autorisiert.

Das Gespräch führte Klaus Mellenthin.

Anmerkungen:

9) Dieter Meichsner wurde 1968 Nachfolger von Egon Monk (Anm. 4) als Hauptabteilungsleiter Fernsehspiel beim NDR.

10) Aus der "Vorbemerkung" Christian Geisslers zur DDR-Ausgabe der "Anfrage", 1961. (Zit. nach der Neuausgabe der "Anfrage", Hamburg 1996, S. 268.)

11) Diskussionspapier und Aufruf zur Bildung einer "Permanenten Kommunistischen Konferenz" zur Bündelung der Kräfte und Wiederaufnahme widerständiger Arbeit. Geissler hatte dies Papier an einzelne GenossInnen und linksradikale Gruppen in der BRD gesandt und es mit ihnen diskutiert. Erstveröffentlichung in Die Aktion. Zeitschrift für Politik, Literatur, Kunst, Heft 89/1992, Edition Nautilus, zusammen mit "Nachschriften" zu den Gesprächen über winterdeutsch. Erneut veröffentlicht in Prozeß im Bruch.

Lieferbare Schriften von und über Christian Geissler

* Prozeß im Bruch. Schreibarbeit Februar 89 bis Februar 92. Musik mit Singstimme und Trommel, Messungen und Messer. Hamburg: Edition Nautilus, 1992. 287 S., DM 29,80.

* Anfrage. Roman. Hamburg: Rotbuch-Verlag, 1996. 278 S., DM 39,00.

* wildwechsel mit gleissanschluß. kinderlied. Hamburg: Rotbuch-Verlag, 1996. 126 S., DM 29,80.

* klopfzeichen. gedichte von 83 bis 97. Hamburg: Rotbuch-Verlag, 1998. 138 S., DM 28,00.

* vogel schatten kreisen kuss. Gedichte. Kiel: Zapata, 1999. 24 S., DM 118,00. (Von der Grafikdesignerin Beate Hanhart im Handsatz gesetzt, an der Handpresse gedruckt und von Hand gebunden. Einmalige Gesamtauflage von 59 numerierten und vom Autor signierten Exemplaren.)

* Dem 70. Geburtstag Geisslers widmete "die horen. Zeitschrift für Literatur, Kunst und Kritik" (Heft 192, DM 22,00) runde 150 Seiten mit Aufsätzen zahlreicher AutorInnen, unveröffentlichten Texten Geisslers, einer Bibliographie der Werke und Arbeiten für das Fernsehen und einer Übersicht der Hörspiele.

der junge im boot

kann sein er träumt

noch

ohne die arbeitshände

des vaters

der männer am ufer

die ohnmacht der alten

das lied von den schwänen

die angst im netz

die augen im wasser

oder verbotnes

winken

aus jener kutsche dort

der schloßtöchter ausfahrt

schon tod

(1981. Aus: vogel schatten kreis kuss)

34. Macht Zukunft Spaß? BUKO vor neuen Herausforderungen

Autor: Markus Wissen · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak432/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:432:31

Ende Oktober tagte der 22. Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) in Hannover. Die Debatten des BUKO drehten sich um die Widerstandsmöglichkeiten gegen die Weltausstellung EXPO 2000 und die Verortung des BUKO in der neuen Land schaft entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen (NGOs).

In den vergangenen Jahren waren die Debatten des BUKO stark von der Frage geprägt, wo und mit welchen Inhalten und Strukturen sich der BUKO in einem sich ausdifferenzierenden und von großen NGOs geprägtem "Dritte-Welt"-Spektrum verorten solle. Lange Zeit quälte den BUKO auch die Frage, warum überhaupt noch internationalistische Arbeit gemacht werden solle und begleitete unterschwellig und bedrohlich alle Diskussionen. Seit Frühjahr dieses Jahres mehren sich jedoch die Anzeichen dafür, dass die notwendigen Selbstverständnis- und Strukturdebatten in nicht allzu ferner Zukunft ein Ende finden und wieder von politischen Interventionen abgelöst werden können: So meldete sich im April dieses Jahres der 1998 gegründete BUKO-Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft mit der Broschüre kölngehen zu Wort. Die ausführliche Broschüre hatte die Mobilisierung zum Kölner Doppelgipfel zum Ziel und sollte die neoliberale Globalisierung einer grundlegenden Kritik unterziehen.

Ein weiteres Anzeichen dafür, dass der BUKO seine Talsohle überwunden hat, dürfte auch der diesjährige Kongress gewesen sein. Am letzten Oktoberwochenende lockte der BUKO nach zweieinhalbjähriger Kongresspause 300 Interessierte nach Hannover - mehr als von den VeranstalterInnen erwartet. Unter dem Motto "Macht Zukunft Spaß" analysierten die TeilnehmerInnen des BUKO 22 die "schöne neue EXPO-Welt".

Die EXPO 2000 ist aus internationalistischer Perspektive gleich in zweifacher Hinsicht interessant. Zum einen symbolisiert sie ein neoliberales Entwicklungsmodell, das nicht nur weltweit alternativlos dasteht, sondern dessen technologischen Glücksversprechen Alternativen auch nicht länger wünschenswert erscheinen lassen.

Zum anderen übt die EXPO, eben weil sie eine universale Problemlösungskompetenz vorgaukelt, eine starke Anziehungskraft auf die umwelt- und entwicklungspolitische NGO-Community aus. Diese hat es sich zur Aufgabe gemacht, auf die Diskrepanz zwischen EXPO-Anspruch und EXPO-Wirklichkeit hinzuweisen und im Dialog mit den finanzstarken EXPO-MacherInnen die Beseitigung derselben zu fordern. "Nur so", heißt es im EXPO-Watch-Letter, "ist die ‚Weltausstellung neuen Typs` vielleicht noch zu retten". Sowohl die EXPO selbst als auch die dominante Art und Weise der Auseinandersetzung über sie verlangen nach einer internationalistischen Kritik, die vor den Herrschaftsverhältnissen nicht die Augen verschließt.

In Hannover artikuliert diese sich seit Anfang der 90er Jahre wesentlich über die Anti-EXPO-AG, die den größten Teil der Vorbereitungsarbeit für den BUKO 22 leistete und auf selbigem ein Forum zum Thema "Kontrolltechniken der Zukunft - Nachhaltige Herrschaftssicherung" gestaltete. Diskutiert wurde dabei u.a. über die ideologische Funktion der EXPO, über das sich in ihr manifestierende gesellschaftliche Naturverhältnis, über Bevölkerungspolitik und über innere Sicherheit.

In drei weiteren Foren ging es um Themen, die nicht unbedingt mit der Weltausstellung im engeren Sinn, dafür aber umso mehr mit der von dieser propagierten schönen neuen Welt zu tun hatten: um Strategien, Institutionen und Diskurse der neoliberalen Globalisierung, um soziale Frage und soziale Kämpfe sowie um "Dialog-Kultur".

Die Debatten waren durchaus kontrovers. Im Vergleich zu früheren Kongressen hielten sich die aufreibenden BUKO-internen Grundsatzstreitigkeiten jedoch angenehm in Grenzen. Es überwog der Wunsch, sich gemeinsam aus einer herrschaftskritischen Perspektive mit den dominanten Entwicklungen und den sie begleitenden Diskursen auseinander zu setzen. Getrübt wurde der vielfach geäußerte positive Gesamteindruck nur durch das in bester BUKO-Tradition vermurkste Abschlussplenum.

Findet der BUKO also nach Jahren der Krise zu einer neuen Rolle? Skepsis bleibt angebracht. Da ist zum einen die ungeklärte finanzielle Situation. Der Ausschuss für entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik

(ABP) der evangelischen Kirche sieht sich als BUKO-Finanzier zunehmenden Rechtfertigungszwängen seitens konservativ-kirchlicher Kreise ausgesetzt. Die bevorstehende Integration des ABP in den geplanten "Evangelischen Entwicklungsdienst" dürfte sich auch auf die Finanzierung von BUKO-Geschäftsstelle und Bundeskongress auswirken. Finanzielle Alternativen sind nicht in Sicht: In der Konkurrenz um Gelder von Stiftungen und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) sowie um Mittel der Bundesländer graben Organisationen wie WEED, VENRO oder die entwicklungspolitischen Ländernetzwerke dem BUKO das Wasser ab. Und der Solifonds der Partei Bündnis 90/Die Grünen, der bislang immer wieder einzelne BUKO-Projekte bezuschusste, wird allem Anschein nach das Jahr 2000 nicht überleben: Nachdem der grüne Internationalismus nun endlich im Auswärtigen Amt angekommen ist, hat die Basis ausgedient. Ihre Anliegen sind auf ministerieller und Staatssekretärs-Ebene bestens aufgehoben und deshalb soll der Fonds in Zukunft nicht mehr den Basisinitiativen, sondern der Partei zugutekommen.

Neben der unsicheren finanziellen Zukunft plagt den BUKO auch noch ein anderes Problem. So steht das große Interesse am diesjährigen Kongress und am BUKO als internationalistischer Service-Einrichtung im umgekehrten Verhältnis zur Bereitschaft der Mitgliedsgruppen, sich auch selbst in den BUKO-Strukturen zu engagieren. Der BUKO 22 wäre ohne das Engagement einer Nicht-Mitgliedsgruppe, der Hannoveraner Anti-EXPO-AG, nicht möglich gewesen.

Gleichzeitig deuten sich mögliche Auswege aus den derzeitigen Dilemmata an. So wurde der SprecherInnen-Rat - das Gremium, das den BUKO nach außen hin in allen Fragen vertreten kann, die nicht durch dezentralisierte, bei Kampagnen, Arbeitsschwerpunkten oder einzelnen Mitgliedsgruppen angesiedelte politische Mandate abgedeckt werden - bei der Mitgliederversammlung in Hannover mühelos wiederbesetzt. Am Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft zeigten sich bei einem Treffen am Rande des Kongresses rund 30 Gruppen-VertreterInnen und Einzelpersonen interessiert. Der thematische Schwerpunkt hier wird in nächster Zeit auf der WTO liegen, die auf ihre nord-süd-politischen Implikationen hin abgeklopft werden soll. Auch die Veränderung von Konzernstrategien und von Staatlichkeit wird im Vordergrund stehen. Zunehmend auf Interesse stößt auch der neue Arbeitsschwerpunkt Alternativer Handel. Hier könnte sich ein Forum für solche Läden und Gruppen herausbilden, denen der Transfair- und VENRO-Schmusekurs des jüngst aus dem BUKO ausgetretenen Weltladen-Dachverbands zu weit geht.

Bei allen noch verbleibenden und keinesfalls kleinzuredenden Schwierigkeiten scheint somit zumindest bei der politischen Konsolidierung ein Anfang gemacht zu sein: Die künftige Rolle des BUKO könnte darin liegen, all jenen Gruppen und Einzelpersonen ein Forum zu bieten, die über den Tellerrand der neoliberalen Diskurse über Zivilgesellschaft und Nachhaltigkeit und den Schmusekurs der großen entwicklungspolitischen NGOs hinausdenken wollen. Das ist zwar mühsam, aber auch spannend und vor allem dringend notwendig. Der für das nächste Jahr geplante WTO-Kongress könnte ein weiterer Schritt in diese Richtung sein.

Markus Wissen

35. Eine Rose für Bakunin. Leben nund Werk eines eines anarchistischen Revolutionärs

Leben und Werk eines anarchistischen Revolutionärs

Autor: Theo Bruns · Rubrik: Geschichte der Kommunisten · CD-Datei: daten/aksuche/ak432/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:432:35

Wenn das 19. Jahrhundert das Jahrhundert der Revolutionen war, dann gehört zu seinen herausragenden Vertretern - neben Garibaldi, Marx, Blanqui - Michail Bakunin. In ihm verkörpert sich die Sehnsucht nach Freiheit. Imposant durch seine kolossale Gestalt und Leibesfülle sowie eine dröhnende Stimme, welche die politischen Versammlungen beherrschte, ausgestattet mit einem unbändigen Tatendrang und maßlos in all seinen Lebensäußerungen, dabei immer auf Pump lebend und mitunter von einer erschütternden Naivität und Gutgläubigkeit, irritierte Bakunin seine Zeitgenossen und löste die unterschiedlichsten Gefühle aus. Darunter - was für einen Berufsrevolutionär selten ist - wirkliche Zuneigung und Nachsicht. Für die einen war er der große Tribun, ein "entfesselter Orkan", der Riese mit dem Löwenkopf, für die anderen ein Don Quijote oder ein "gefährlicher Mensch". Seine Frau Antonia, die es wissen musste, nannte ihn schlicht "dieses schreckliche Kind".

Nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus, dessen schärfster theoretischer Kritiker Bakunin als der Gegenspieler von Marx gewesen war, hätte man eine kleine Renaissance seiner Ideen erwarten dürfen. Nichts dergleichen geschah. Enzensberger sang, dichtete in besseren Zeiten: "Kehr wieder, Bakunin, kehr wieder!" Er tat es nicht. Wir werden ohne ihn auskommen müssen.

Dem Nautilus-Verlag ist es zu danken, dass nun in einer umfangreichen Biografie Bakunins Leben nachzulesen ist.

Philosophie und Revolution

Bakunin wurde als Spross einer Adelsfamilie auf einem Landgut zwischen Petersburg und Moskau 1814 geboren. Als ältester Sohn war er für eine militärische Laufbahn auserkoren, die er nach einigen Jahren abbricht und dabei nur knapp einer Anklage wegen Desertion entgeht. Als Leutnant im Ruhestand widmet er sich zwei Dingen mit Leidenschaft: der ständigen Einmischung in die Liebeshändel seiner Schwestern, die er vor diversen Liebhabern und Ehemännern in spe zu bewahren sucht und der Vertiefung in die deutsche Romantik und Philosophie in kosmopolitischen Zirkeln. Über Schelling und Fichte landet er schließlich bei Hegel, der ein wahres Fieber in ihm entzündet. Bakunin ist verloren: "Mein persönliches Ich ist für immer zerstört. Es hat sich auf irgendeine Weise (!) mit dem Leben des Absoluten identifiziert."

Es zieht ihn nun mit Macht nach Berlin, dem Mekka der deutschen Philosophie, wo er 1840 eintrifft. Hier begegnet er erstmals Linkshegelianern; in Dresden lernt er Arnold Ruge kennen. Für dessen Deutsche Jahrbücher verfasst er 1842 einen Aufsatz mit dem Titel "Die Reaktion in Deutschland". Sein Text, der ihn mit einem Schlag bekannt macht, endet mit den berühmten Worten: "Die Lust der Zerstörung ist zugleich eine schaffende Lust." Die Leidenschaft der Zerstörung wird ihn sein gesamtes weiteres Leben nicht mehr verlassen. Nach dem überraschenden Urteil einer Freundin seines Lebensabends nahm sie bei Bakunin aber "die Farben der Schönheit" an und "ließ jedes rebellische Herz höher schlagen". Der neue Tonfall macht sich auch in einem Brief an seine Schwester bemerkbar: "Gott selbst kann nur durch eine freie und große Tat verstanden werden. Gott ist Freiheit und Freiheit wird allein durch Freiheit erkannt."

Der Höhepunkt des Hegelfiebers war aber auch schon seine Heilung. In seiner Beichte, 1857 in der Kerkerhaft an den Zaren geschrieben, stellte Bakunin fest: "Im übrigen aber heilte mich Deutschland selbst von der philosophischen Krankheit, an der es litt. Ich suchte Taten, sie aber (die Metaphysik) ist die absolute Untätigkeit." 1849 zieht er eine philosophische Bilanz: "Ich suchte Gott in den Menschen, in ihrer Freiheit, jetzt suche ich ihn in der Revolution." Immer auf der Suche nach dem Absoluten, darunter ging es für Bakunin lange Zeit nicht.

Nach dem Erscheinen der Jahrbücher fühlt er sich in Deutschland nicht mehr sicher und folgt seinem neuen Freund, dem Dichter Georg Herwegh, in die Schweiz. Dort lernt er Weitling kennen, der ihn mit kommunistischem Gedankengut vertraut macht. Der Züricher Bluntschli-Bericht über die "Kommunisten in der

Schweiz" kompromittiert auch Bakunin, der von der russischen Gesandtschaft in Bern aufgefordert wird, die Schweiz zu verlassen und in die Heimat zurückzukehren. Als er dies nicht tut, wird er in Abwesenheit zu lebenslanger Verbannung und Zwangsarbeit verurteilt. Der Rückweg ist versperrt.

Das europäische Revolutionsjahr

Über Brüssel gelangt Bakunin nach Paris. Dort lernt er Proudhon und Marx kennen. Kurz vor der Februarrevolution wird er wegen einer Rede zum Gedenken des polnischen Aufstands von 1831 ausgewiesen, kehrt aber bald zurück und nimmt zwischen den Barrikaden am allgemeinen Aufruhr teil. Es werden die glücklichsten Tage seines Lebens sein. In seiner Beichte an den Zaren wird er schreiben: "Nicht nur ich allein, alle waren trunken. ... Es war ein Fest ohne Anfang und Ende. ... Es schien, als vollziehe sich eine Umwälzung in der ganzen Welt. Das Unwahrscheinliche wurde gewöhnlich; das Unmögliche möglich; das Mögliche und Gewöhnliche aber war sinnlos geworden."

Das Revolutionsjahr 1848/49 treibt ihn durch halb Europa. Von Paris aus begibt er sich auf den Weg gen Osten mit dem Plan, von Posen aus einen slawischen Aufstand auszulösen, "Krieg gegen Russland" zu führen. In Berlin wird er aufgehalten und nach Breslau ausgewiesen, von wo er sich nach Prag begibt und am Slawenkongress teilnimmt. Wenig später bricht der Prager Aufstand aus. Bakunin kämpft auf den Barrikaden, flieht und konspiriert weiter. In Dresden, das nur als Zwischenstation auf dem erneuten Wege nach Böhmen gedacht war, bricht der Aufstand aus. Es ist charakteristisch, dass Bakunin, der mit dem gemäßigten Programm der Bewegung eigentlich nichts zu tun hat, sich sofort der provisorischen Regierung zur Verfügung stellt, als diese militärisch in Bedrängnis gerät. Zeitzeugen bezeichnen ihn gar als den eigentlichen Führer des Aufstands.

Bakunin harrt bis zum Ende aus und wird in Chemnitz im Hotel zum "Blauen Engel" mit weiteren Führern des Aufstands verhaftet. Er wird nach Dresden überführt, zum Tode verurteilt, anschließend an Österreich ausgeliefert, in Ketten an die Kerkerwand geschlagen, erneut zum Tode verurteilt und an Russland ausgeliefert. Eine Legende ist geboren, der lebendige Michail Bakunin aber im Kerker begraben.

In der "vorsibirischen" Zeit hat zwar eine Annäherung an die soziale Revolution stattgefunden, doch vom Grundsatz her bleibt Bakunin noch den Prinzipien der bürgerlichen Revolution verhaftet. Er tritt als Vertreter der slawischen Demokratie auf und träumt von einem Risorgimento der Slawen innerhalb einer allgemeinen Föderation der europäischen Republiken. In dieser Frage kommt es auch zum ersten Zusammenstoß mit Marx und Engels. Letzterer wird ihn in der Neuen Rheinischen Zeitung des "Panslawismus" bezichtigen und dem "revolutionsverräterischen Slawentum", insbesondere den Südslawen - die Revolution in Wien war von einer kroatischen Einheit niedergeschlagen worden - einen "Vernichtungskampf und rücksichtslosen Terrorismus" androhen - selbstverständlich im "Interesse der Revolution". Bakunin wird in dieser trostlosen Debatte stets mit dem Vorwurf des "Pangermanismus" kontern, sich selbst aber erst spät vom "Pseudoprinzip der Nationalität" frei machen. Es ist im Rückblick erstaunlich, in welchem Maße 1848 nationale Motive die Auseinandersetzung bestimmten. Die Geschichte hat in tragischer Weise gerade die schlimmsten Vorwürfe beider Seiten, wenn sie den Nationalismus der anderen anprangerten, bestätigt.

Der Weg zum Anarchisten

Nach Jahren der Kerkerhaft wird Bakunin 1857 zur Verbannung in Sibirien begnadigt. 1861 gelingt ihm per Schiff die Flucht nach Japan, von wo er über San Francisco und New York nach London weiterreisen wird. Hier trifft er seinen alten Freund Alexander Herzen wieder, den Herausgeber der Glocke und die beste Feder der russischen Demokratie.

Bakunin stürzt sich in neue Aktivitäten und knüpft dort an, wo er mehr als ein Jahrzehnt zuvor aufgehört hat: Die Befreiung der Slawen bleibt sein nächstes Ziel. Als 1863 ein neuer Aufstand gegen den Zarismus in Polen ausbricht, schifft sich Bakunin mit einer internationalen Legion von Freiwilligen ein, um in Polen zu kämpfen. Die Expedition scheitert auf Grund des Verrats des Kapitäns kläglich; Bakunin bleibt in Schweden hängen.

Als nächstes begibt sich Bakunin nach Italien, und ein neuer Lebensabschnitt beginnt. Erst hier und vor dem Hintergrund der doppelten Enttäuschung durch die konservativ-bornierte Führung des polnischen Aufstands und der Tatsache, dass die kurz zuvor vollzogene nationale Revolution in Italien die sozialen Verhältnisse nicht angetastet hatte, bricht er mit der Vorstellung, dass nationale Befreiung und soziale Emanzipation eine Einheit

bilden. Gleichzeitig wendet er sich unter dem Einfluss der Freimaurer von der Religion ab und wird zum - glühenden (sonst wäre Bakunin nicht Bakunin) - Atheisten. Später zum Vater des Anarchismus erhoben, wird er in Wahrheit erst in seinem letzten Lebensjahrzehnt zum Anarchisten. Sein neues Bekenntnis verkündet er erstmals 1867 öffentlich auf dem Genfer Kongress der Friedens- und Freiheitsliga, die gegen den drohenden deutsch-französischen Krieg mobilisiert. Bakunin wählt die Schweiz zu seinem neuen Wohnsitz. Sie wird seine zweite Heimat sein.

Geheimgesellschaften und Netschajew-Affäre

In Italien hatte er zuvor eine Geheimgesellschaft gegründet, die "Internationale Bruderschaft". Es ist ein flagranter Widerspruch in Bakunins Wirken: Der Prediger der Freiheit ist ein unermüdlicher Erfinder von Geheimgesellschaften, die nach innen völlig autoritär strukturiert sind und in denen selbstverständlich sämtliche Fäden in seiner Hand zusammenlaufen. Er steht noch ganz in der Tradition und der Geheimgesellschaften der 30er und 40er Jahre des 19. Jahrhunderts. Eine revolutionäre Bruderschaft, wie er sie konzipiert, hat in vielem die Charakteristika eines Ordens. Von unterschiedlicher Seite ist berichtet worden, mit welch kindlicher Freude Bakunin sich der Konspiration hingab, ihre Aura ihm Lebenselixier war, die Geheimniskrämerei, mit nächtlichen Schwüren auf den Degen, unsichtbaren Tinten und verschiedenen Graden der Eingeweihtheit. Allerdings spielte sich vieles davon ausschließlich in seiner üppigen Fantasie ab, war in den Worten des englischen Sozialhistorikers und Bakunin-Biografen E.H. Carrs "pure fake".

Jedoch erheben seine Geheimorganisationen keinen Herrschaftsanspruch nach außen. Sie handeln als "Freikorps" der Revolution ganz auf eigenes Risiko und verstehen sich als Lotsen im "Sturm" des Volksaufstands. Auch wenn sie sich vom Jakobinertum wie vom Avantgardeanspruch späterer Parteien unterscheidet, birgt die "unsichtbare kollektive Macht", die Bakunin anstrebt, genug Ambivalenzen in sich.

Neben seiner Sehnsucht, seinem Lebenstraum, eine Revolution in Russland zu entfachen, war dieser Kult der geheimen Gesellschaften eine Erklärung für das düsterste Kapitel in Bakunins Biografie: die sogenannte Netschajew-Affäre. Dieser stellte sich als Vertreter einer mächtigen Geheimorganisation im zaristischen Russland vor, die in Wirklichkeit nur ein winziges Grüppchen war, das zudem nach einem von Netschajew verübten Fememord auseinander fiel. Dennoch gelang es Netschajew zum Entsetzen des klügeren Alexander Herzen das Vertrauen Bakunins zu gewinnen, der von diesem "jungen Wilden", dem "Mönch der Revolution" und seiner "kalten Entschlossenheit" begeistert war.

Netschajew ist auch der Autor des berüchtigten Revolutionären Katechismus, der lange Zeit Bakunin zumindest in Ko-Autorenschaft zugeschrieben wurde. In ihm ist die extremste Form des revolutionären Machiavellismus auf den Begriff gebracht. Der Zweck heiligt alle Mittel, moralisch ist, was der Revolution dient. Ihr allein ist der Revolutionär, ein "Geweihter", der alle Gefühle in sich abgetötet hat, verpflichtet.

Die Revolution ist nicht so unschuldig, wie wir manchmal glauben möchten und Gut und Böse sind nicht so einfach verteilt: Nicht nur im Stalinismus, auch in den libertären Varianten des revolutionären Sozialismus gab es die terroristische Seite.

Leidenschaft und Revolution

Wenn es richtig ist, dass die "Revolution ein Abenteuer des Herzens" ist (um Paco Taibo II zu zitieren, der Ryszard Kapuscinski zitiert), so treibt Bakunin dies ins Extrem und singt ein Loblied auf die Entfachung der Leidenschaften, die heilige Empörung, den Teufel im Leib. Man muss Bakunin zugute halten, dass er dabei das Volk auf den Barrikaden vor Augen hatte, das sich von seiner zerstörerischsten, aber auch edelsten Seite zeigte. Die entfesselte "Volkskanaille", die beschworenen "bösen Leidenschaften" erlebte er sonst nie in Aktion, und wo sie ihm doch in einem Individuum - wie bei Netschajew - entgegentraten, ging er schnell wieder auf Distanz. Dennoch liegt dem der tiefe Glaube an eine der Revolution per se innewohnende Reinheit zu Grunde und noch nach seinem Bruch mit Netschajew attestierte er diesem eine "jungfräulich reine Redlichkeit".

Erst später wird er sich von dieser gefährlichen Metaphysik der Reinheit und von jeder Geschichtsphilosophie - und dies weit radikaler als Marx - verabschieden. Die Revolution ist kein geschichtsphilosophischer Auftrag, kein Schicksal, das sich erfüllt, kein Räderwerk, das den einzelnen zermalmt, sondern sie wird täglich erkämpft und muss sich aus ihren Taten rechtfertigen und an ihren Ergebnissen messen lassen. Ihr einziger Zweck ist

"die Humanisierung der wirklichen Lage aller wirklichen Individuen". Erst die Erfahrung mit Netschajew bringt ihn auf Distanz zur Idee der Revolution. Arthur Koestler stellt in seinem Roman Sonnenfinsternis die These auf, die tiefere Ursache des Stalinismus sei, "den Begriff der Menschheit über den des Menschen gestellt zu haben". Bakunin kommt zu der Schlussfolgerung, dass alle Abstraktionen wie Vaterland, nationale Ehre, aber auch politische Freiheit etc. "Vampire der Geschichte" sind, denen das "Schicksal von Peter und Jakob" gleichgültig ist und die sie höchstens wie "Kaninchen" behandeln. Peter und Jakob, die wirklichen, lebenden Menschen aber sind es, denen das Interesse Bakunins gilt.

Deutsch-französischer Krieg und Aufstand in Lyon

Nachdem er endlich mit Netschajew gebrochen hat, stürzt sich Bakunin wieder in die Revolution. Der prognostizierte deutsch-französische Krieg ist ausgebrochen. Die Preußen stehen vor den Toren von Paris, Napoleon III. ist nach der Niederlage bei Sedan gefangen genommen, am 4. September 1870 wird die Dritte Republik ausgerufen. Frankreich befindet sich in revolutionärer Gärung. Für einen Mann wie Bakunin gibt es kein Halten mehr. Er verlässt die beschauliche Schweiz und begibt sich in das aufständische Lyon, um "zu kämpfen und zu sterben", wie er später schreiben sollte. Wie alle Aufstände, an denen er sich beteiligte, wird auch dieser niedergeschlagen. Bakunin kann nach Marseille entkommen.

Seine Schlussfolgerung aus den Erfahrungen der letzten Jahre zieht er in seiner umfangreichen Schrift Das knutogermanische Reich und die soziale Revolution. Mit der Niederlage Frankreichs wird nach seiner Meinung die "Sache der Menschheit in Europa auf wenigstens ein halbes Jahrhundert verloren sein". Was er schreibt, geht weit über ein antideutsches Ressentiment hinaus und stützt sich auf eine aus der Geschichte destillierte Analyse, die zu Aussagen von gespenstischer prophetischer Kraft kommt: Wie Faust habe die deutsche Bourgeoisie lange Zeit zwei unversöhnliche Dinge erreichen wollen: eine mächtige nationale Einheit und die Freiheit. Schließlich habe sie sich entschlossen, die eine zu opfern, um die andere zu erringen. "Und so sind sie jetzt im Begriff, auf den Trümmern nicht ihrer Freiheit - sie sind nie frei gewesen -, sondern ihrer liberalen Träume ihr großes preußisch-germanisches Kaiserreich aufzubauen. Nach ihrem eigenen Willen, f r e i werden sie von jetzt ab einen furchtbaren Staat und ein Sklavenvolk bilden." - Die deutsche Bourgeoisie "wollte sich unter der Hand eines mächtigen Herrn fühlen, und wäre es ein grausamer und brutaler Despot, vorausgesetzt, dass er ihr als Ausgleich für ihre notwendige Sklaverei das geben kann, was sie ihre nationale Größe nennt; vorausgesetzt, dass er alle Völker, mit Einschluss des deutschen, im Namen der deutschen Kultur erzittern lässt."

Marx contra Bakunin: Das große Schisma

Bakunin war 1868 individuell in die vier Jahre zuvor gegründete Internationale Arbeiterassoziation, die berühmte erste Internationale, eingetreten. Wenig später folgten ihm als Sektionen die Gliederungen "seiner" Allianz der sozialistischen Demokratie. Angesichts der unterschiedlichen politischen Auffassungen und des völlig gegensätzlichen Temperaments war der Zusammenstoß von Marx und Bakunin nur eine Frage der Zeit. Es war von Beginn an ein Kampf um die Macht. Im Einsatz ihrer Mittel waren sich beide Seiten durchaus ebenbürtig: Statutenfragen, Tricks, Rekrutierungen, vertrauliche Mitteilungen, Stellvertreterkriege. Persönlich sollten sich beide nie mehr entgegengetreten. Nichts ist aus heutiger Sicht uninteressanter und fader als diese Seite des Streits, der mit dem Auseinanderbrechen der Internationale endete.

Der Kern der Auseinandersetzung aber war der Zusammenprall zwischen autoritärem Kommunismus und libertären Sozialismus. Es ging um die große Frage der "politischen Form" der sozialen Revolution. Marx votierte für die (Übergangs-) Diktatur des Proletariats und stellte sich damit in die Tradition der Jakobiner und Montagnards von 1792/93, die über Babeuf, Buonarroti und Blanqui lebendig geblieben war und später von Lenin fortgeführt werden sollte. Bakunins Traum war die "Permanenz der Barrikaden", die Föderation aufständischer Gruppen und Regionen. Seine Traditionslinie war die der revolutionären Sektionen der Kommune von Paris und der spontanen Basisorganisationen des Volkes, welche in der Rätebewegung fortleben sollte. In jedem sozialrevolutionärem Prozess wird sich diese Kontroverse wiederfinden. Bakunin wandte sich vehement gegen jede Organisation von oben nach unten und gegen den Staat als Movens der sozialen Revolution. Der Staat und seine Organe waren für ihn identisch mit Unterdrückung. Freiheit aber kann nur durch Freiheit geschaffen werden, das war sein Credo, davon sollte er niemals Abstand nehmen.

Wenn es in den neoliberalen Zeiten des Ausschlusses und der universellen Konkurrenz eine Botschaft geben sollte, wenn es überhaupt eine Botschaft geben sollte, dann vielleicht diese Dialektik der Anerkennung, diese enthusiastische Ode an die Freiheit, wie sie Bakunin in Gott und der Staat niederschrieb: "Nur solange ich die Freiheit und das Menschentum aller Menschen, die mich umgeben, anerkenne, bin ich selbst Mensch und frei. Nur wenn ich ihren menschlichen Charakter anerkenne, anerkenne ich auch den meinen. ... Ein Sklavenhalter ist kein Mensch, sondern ein Herr. Weil er das Menschentum seiner Sklaven nicht kennt, kennt er sein eigenes nicht. ... Nur dann bin ich wahrhaft frei, wenn alle Menschen, die mich umgeben, Männer und Frauen, ebenso frei sind wie ich. Die Freiheit der anderen, weit entfernt davon, eine Beschränkung oder die Verneinung meiner Freiheit zu sein, ist im Gegenteil ihre notwendige Voraussetzung und Bejahung."

Der Traum einer Epoche

Bakunin hatte sein Programm nun so klar, wie es sein leidenschaftliches und ausuferndes Temperament zuließ, niedergelegt, und es scheint, als habe er in der Auseinandersetzung mit Marx seine Kraft aufgebraucht. Von der Suche Gottes in der Geschichte war er über die Befreiung der Slawen zur sozialen Revolution und schließlich als Schlusspunkt seiner Entwicklung zur Anarchie gelangt, die in Umkehrung eines Bismarckschen Diktums so keine Jugendtorheit, sondern eine Altersweisheit wäre. Ein knappes halbes Jahrhundert lang folgte er kreuz und quer durch Europa dem Ruf der Revolte, wurde zwei Mal zum Tode verurteilt, verbrachte acht Jahre in den Kerkern dreier Länder, nahm an mehreren bewaffneten Erhebungen teil, gründete unzählige revolutionäre Gesellschaften und war immer auf der Suche nach der nächsten Barrikade. Sein Leben vereinte in sich "den Traum einer Epoche". Nun war er müde. Noch bevor er 1874 in Bologna zum letzten Mal den Versuch unternahm, auf den Barrikaden zu sterben, hatte er geschrieben: "Ich ziehe mich also aus der Kampfbahn zurück und verlange von meinen lieben Zeitgenossen nur eines: Vergessenheit. Von jetzt ab werde ich niemandes Ruhe mehr stören; man lasse mich meinerseits in Ruhe." Nun denn: Ruhe sanft, Bakunin, ruhe sanft.

Günther Eich, der Bakunins Grab in Bern besuchte, schrieb in den Maulwürfen, er habe dort Patronenhülsen und Dolche gefunden. Hoffen wir, dass jemand auch daran gedacht hat: an eine Rose für Bakunin ...

Theo Bruns

Bücher, Biographien, Werke

Madeleine Grawitz' Bakunin-Biografie erschien im Original 1990 in Paris. Es nimmt als Gerüst die 1937 geschriebene Arbeit des großen britischen Sozialhistorikers Edward Hallet Carr, der u.a. durch eine mehrbändige Geschichte der Sowjetunion bekannt wurde. Seine hochgelobte Bakunin-Biografie wurde 1975 neu aufgelegt. Wer sein Buch parallel zu dem der französischen Professorin liest, wird feststellen müssen, dass ganze Passagen ihres Werkes - besonders im ersten Teil - nahezu wörtlich von Carr abgeschrieben sind. Da dies außer einen peniblen Rezensenten niemand stören wird und es durch die Übersetzung nun das mit Abstand gründlichste Werk in deutscher Sprache ist, sei es trotz dieser Einschränkung und seines etwas behäbigen Stils wärmsten zur Lektüre empfohlen. Verlag und Übersetzer haben es zudem mit einem vorzüglichen Anhang ausgestattet, der die Orientierung im Buch erleichtert.

Entgegen auch von ak-Autoren gestreuten Gerüchten, die Bakunin für theoretisch unergiebig halten, sei empfohlen, seine Schriften neu zu lesen. Es entspricht der Theoriebildungstradition der deutschen Linken, sich mehr für die Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft, denn für eine Theorie der Revolution interessiert zu haben. Bakunin lesen wäre da ein kleines Gegengift.

Wenn man in der Verlagslandschaft von Verdiensten sprechen will, so gebührt dies, was Bakunin angeht, mit Sicherheit dem Berliner Karin Kramer Verlag, der seit nunmehr einem Vierteljahrhundert die Schriften Bakunins in den verschiedensten Editionen neu aufgelegt hat. Seit 1995 erscheinen die Ausgewählten Schriften, die von Wolfgang Eckhardt herausgegeben werden. Bisher sind vier der auf zwölf Bände angelegten Werkausgabe erschienen, unter ihnen die theoretischen Hauptwerke Bakunins Gott und der Staat und Staatlichkeit und Anarchie.

Madeleine Grawitz: Bakunin. Ein Leben für die Freiheit, aus d. Frz. von Andreas Löhrer, Edition Nautilus, Hamburg 1999, 560 S., 68.-

Michail Bakunin: Ausgewählte Schriften, hrg. von Wolfgang Eckhardt, Karin Kramer Verlag, Berlin 1995ff

36. Auf der Suche nach den Terroristen. In einer Hochburg der algerischen Gotteskrieger - ein Reisebericht

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Algerien · CD-Datei: daten/aksuche/ak432/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:432:18

Im September hielt sich ak-Autor Bernhard Schmid mehrere Wochen lang in Algerien auf. Um herauszufinden, wie weit die Entwaffnung der islamischen Fundamentalisten vorangeschritten ist, bereiste er zusammen mit einer algerischen Journalistin auch schwer zugängliche Bergregionen. Sein Bericht von einer nicht ungefährlichen Reise wurde gekürzt.

Die Reise beginnt am Busbahnhof von Algier. Unser Ziel ist die rund 250 Kilometer Luftlinie, aber an die 400 Straßenkilometer östlich von Algier gelegene Küstenstadt Jijel (gesprochen Tschitschel). Diese Stadt und ihre Umgebung hatten wegen des dort wütenden Terrors bewaffneter Fundamentalistengruppen jahrelang als "von der Landkarte gestrichen" gegolten - so wird sich später Sabiha ausdrücken, die in Jijel Terroropfer und traumatisierte Kinder betreut. In den letzten Monaten war Jijel in die Schlagzeilen geraten, weil dort bisherige bewaffnete Fundamentalisten in besonders großer Zahl ihre Waffen niedergelegt haben, während freilich andere Terroristengrüppchen weiterhin am Werk bleiben.

Im bergigen Umland von Jijel befindet sich auch das zentrale Lager der "Islamischen Errettungsarmee" AIS - des bewaffneten Arms der seit 1992 verbotenen Fundamentalistenpartei FIS -, die im Oktober 1997 einen "Waffenstillstand" erklärte. Den hat sie dann im Juni dieses Jahres durch ein Schreiben an den frisch ins Amt gekommenen Präsidenten Abdelaziz Bouteflika bekräftigt. In unserer Vorstellung, die durch die Presseberichterstattung erweckt wurde, befinden sich in oder rund um Jijel eine Reihe von Camps, in denen die ehemaligen islamistischen Terroristen unter staatlicher Aufsicht mehr oder minder vor sich hinvegetieren. Und zwar, um darauf zu warten, nach Überprüfung ihrer Akten amnestiert und ins Zivilleben eingegliedert zu werden, wie das am 13. Juli dieses Jahres auf Präsident Bouteflikas Initiative hin verabschiedete Gesetz es vorsieht. Dorthin zu kommen und uns ein Bild von diesen ehemaligen "Gotteskriegern" zu machen, ist unser Ziel.

Zunächst steigt der Bus ächzend den Pass hinauf, der durch die Schlucht von Bouira auf die Hochfläche der kabylischen Region führt. In den Jahren 1995 oder 1996 wäre es für uns unmöglich gewesen, diese Route zu befahren. Seinerzeit säumten die Wracks ausgebrannter Militärfahrzeuge und Busse links und rechts die gesamte Strecke, erzählen uns Augenzeugen. Die bewaffneten Fundamentalisten attackierten alles, was dem "ungläubigen" Staat gehörte, und daher auch die Busse der in den frühen 90er Jahren noch überwiegend öffentlichen Transportunternehmen. Wie in anderen Sektoren auch, wurde dadurch übrigens die wirtschaftliche Privatinitiative ungemein gefördert. Ab 1994 schossen im ganzen Land die privaten Transportbetriebe wie Pilze aus dem Boden, und die Fahrpreise kletterten prompt auf ein Mehrfaches.

Die radikalen Islamisten hatten erklärtermaßen nichts gegen das Privateigentum, so weit es nicht "unmoralischen" Zwecken (wie dem "gottlosen" Staat) diente und so lange die Besitzer zur Entrichtung einer Art "Revolutionssteuer" bereit waren. Nicht wenige Neureiche und Angehörige der Nomenklatura nutzten so, indem sie Tribute entrichteten und sich ihre Ruhe erkauften, die Tätigkeit der bewaffneten Gruppen, um einen Freiraum für ungestörte, private Wirtschaftsaktivitäten zu erringen.

Heute kann die Straße, die von Algier aus durch den Bezirk Bouira bis in die Küstenstadt Bejaïa führt, als weitgehend sicher gelten. Alle drei bis fünf Kilometer findet sich ein kleiner Kontrollposten der Armee oder der Gendarmerie, an dem jedoch in der Regel die Autos und Busse - nach einem kurzen Blick ins Fahrzeuginnere - ohne Verzögerung durchgewunken werden. Die großen Landstraßen und die "nationalen Achsen" sind heute, jedenfalls tagsüber, weitgehend vom Druck des Terrorismus frei. Hingegen wüten fundamentalistische Banden noch in einigen der abgelegeneren Regionen, in die Nebenstraßen von unserer Route aus abzweigen.

Dieser Abschnitt unserer Reise endet in der Küstenstadt Bejaïa - die Einwohner benutzen ausnahmslos noch immer den alten französischen Kolonialnamen "Bougie". Bejaïa ist, neben Tizi-Ouzou, eines der beiden Zentren der Berberregion und Regionalhauptstadt der "kleinen Kabylei", während Tizi-Ouzou - gemäß einer alten französischen Verwaltungseinteilung - jene der "großen Kabylei" bildet. Hier war man vom ersten Tag

des Bürgerkriegs, der seit 1992/93 in Algerien herrschte, bis heute vom Terrorismus verschont. Dazu trug zum einen bei, dass die Kabylen wenig empfänglich für den politischen Islamismus waren. Als aufmüpfige Minderheit, die wegen der (versuchten) Unterdrückung ihrer Sprache durch das Projekt der "Arabisierung" Algeriens von Anfang an in Opposition zur Mainstream-Politik seit der Unabhängigkeit stand, halten die Kabylen wenig von der islamistischen Ideologie. Denn diese räumt ihrerseits, parallel zur Politik der FLN-Nationalisten, der arabischen Sprache als Instrument eines "kulturell"-ideologischen Projekts einen zentralen Stellenwert ein.

Der "heilige Kampf" begann schon 1986

Von Bejaïa aus führt eine schmale Küstenstraße weiter in das gut eine Autostunde entfernte Jijel, auf der man die kabylische Region verlässt und erneut in arabischsprachiges Gebiet kommt. Wegen der Nähe des Gebirges, das von aktiven bewaffneten Gruppen als Rückzugsgebiet genutzt wird, gilt diese Strecke als gefährlich. Tagsüber herrscht stärkerer Verkehr, und alle zwei bis drei Kilometer findet sich ein Kontrollposten mit dem vertrauten Verkehrsschild Khef, Asch-Schurta ("Halt, Polizei!"). Am späten Nachmittag heben die bewaffneten Staatsorgane ihre Kontrollen auf und verlassen die Strecke, deren Befahren ab diesem Moment lebensgefährlich wird. Ein Teilabschnitt wird am frühen Abend abgesperrt.

25 Kilometer vor Jijel durchquert das Taxi die Siedlung El-Aouana, ein unscheinbares Kleinstädtchen mit zwei oder drei grünangestrichenen Hochhausreihen und einer Anzahl flacher Häuser. Hier fand Ende September einer der letzten terroristischen Morde in der Region statt. Terroristen der Gruppe "Taliban", die sich an den in Afghanistan regierenden Extremisten orientiert, errichteten einen faux barrage, einen "falschen Kontrollposten", wie sie Mitte der 90er Jahre auf zahlreichen Strecken Algeriens zur alltäglichen Realität gehörten und an denen damals zahlreiche "unmoralische" Frauen, Besitzer von Alkohol oder etwa von Musikinstrumenten ihr Leben ließen. Heute sind sie an den großen Straßen zur Seltenheit geworden. Bei zwei 24-jährigen Männern fanden die "Taliban" ihre Militärkarte - was sie als "Feinde" auswies: Die Fundamentalisten haben allen jungen Männern den "Befehl" erteilt, sich dem Dienst bei der Armee zu entziehen. Wie fast alle Terrorismusopfer endeten die beiden mit durchschnittener Kehle, nachdem die "Taliban" vor den Augenzeugen eine kurze religiöse Moralpredigt abgehalten hatten. Darin beschworen sie feierlich, die concorde civile - die von Bouteflika verkündete "innere Eintracht", welche Ziel seines Amnestiegesetzes sei - abzulehnen und ihren "heiligen Kampf" niemals einzustellen. In anderen Fällen jüngerer Terrorismustoter andernorts hatten die Fundamentalisten Bekennerschreiben ähnlichen Inhalts hinterlassen.

In Jijel hält das Sammeltaxi vor dem weissgetünchten, modernen Rathaus. Die Stadt macht einen eher öden, verschlossenen Eindruck. Hier ist es nahezu unmöglich, dass Personen unterschiedlichen Geschlechts sich zusammen in einem Straßencafé niederlassen und miteinander plaudern, was in den meisten Stadtteilen von Algier zur Normalität gehört. Diese beengende soziale Einöde hat zweifelsohne ihren Teil dazu beigetragen, dass besonders viele junge Männer in Jijel den Weg in den Maquis (so benannt nach der Macchia, der für einige Mittelmeerländer typischen, dichten Strauchvegetation) der islamistischen Guerilla gewählt haben. Zu ihnen gesellte sich in den letzten Jahren freilich eine gewisse Zahl von Terroristen aus dem Großraum Algier, die vor dem zunehmenden Druck der Sicherheitsorgane in die weiter östlich gelegenen Regionen entflohen.

Doch die Fundamentalisten hatten nie die Kontrolle über das Denken aller Einwohner errungen. Dalila, die Mitarbeiterin einer sozialen Beratungsstelle für Jugendliche, die wir in ihrem Büro im Rathaus treffen, ist nicht nur unverschleiert - sie war es nach eigenen Angaben auch während der finstersten Periode des Terrorismus geblieben. "Meine Schwester und ich waren unverhüllt aufgewachsen. Als das mit dem Terrorismus gegen 1993 begann, wollte unser Vater uns dann aber doch die Verhüllung aufzwingen - aus Angst um unsere Sicherheit, betonte er. Daraufhin traten wir beiden Mädchen für über eine Woche in den Hungerstreik für unser Recht, auch unverschleiert nach draußen zu gehen. Schließlich gab er nach, und es war nie wieder von Schleier oder Kopftuch die Rede." Und dennoch hat Dalila während der finsteren Jahre in Jijel gelebt, überlebt - wie viele andere Unbekannte auch. Wegen Millionen solcher Unbekannten, die trotz Morddrohungen weiterhin ihr Leben nach ihren Vorstellungen lebten, weiterhin ihre Kinder in die staatlichen Schulen - die von den radikalen Islamisten verdammt wurden - schickten und sich weiterhin auf die Straße trauten, konnte Algerien dem Fundamentalismus auf die Dauer widerstehen.

Jijel war eine der ersten Regionen, in denen der islamistische Terrorismus seine Vorbereitungen auf den "heiligen Kampf" traf. In den Jahren um 1986, so berichten die örtlichen Pressekorrespondenten, sichteten Einwohner der Region um Jijel bärtige junge Männer, die auf den Landzungen der nahe gelegenen Mittelmeerküste regelmäßig Kampfsportübungen abhielten. Einige dieser Bärtigen waren Rückkehrer aus Afghanistan, wo seit den frühen 80er Jahren algerische Islamisten an der Seite der dortigen "Mujjahedin" gegen die damalige sowjetische Besatzungsmacht kämpften. In jener Zeit begannen die Gruppen, die später zum "Glaubenskrieg" übergingen, mit dem Bau von Kasematten - einer Art primitiver, unterirdischer Bunker - im nördlichen Atlasgebirge. Der legale Aufstieg des FIS und sein Durchbruch bei (zunächst kommunalen) Wahlen seit 1990 versetzten diese Gruppen zunächst in eine Haltung des Abwartens, die sie nach der Annullierung der Wahlen Anfang 1992 aufgaben. Schon seit 1982 war in einer anderen späteren Hochburg des Terrorismus, in Aïn-Defla westlich von Algier, die erste terroristische Gruppe aktiv, der Mouvement Islamique Armé (MIA) von Mustafa Bouyali, der seit 1982 wirkte und 1987 durch die Behörden zerschlagen wurde.

Die AIS bleibt ein Machtfaktor

Um uns einen Eindruck von dem zu vermitteln, was im Umland geschieht, erklären sich die Pressekorrespondeten bereit, uns ins höhergelegene Bergland zu begleiten. Am Busbahnhof von Jijel steigen wir in einen Autobus, der uns ins ca. 15 Kilometer entfernte und 800 Meter höher gelegene Texanna bringt, eine extrem ärmlich wirkende Siedlung mit einer Reihe grau-grüner Hochhausblöcke, bäuerlich anmutender kleinerer Häuser und einem kleinen zentralen Platz. Texanna galt lange als "Terroristenland", das Dorf selbst befindet sich aber heute wieder unter der Kontrolle der staatlichen Behörden, während die umliegenden Dörfer vor allem abends und nachts den bewaffneten Fundamentalisten gehören. Kurz vor Erreichen von Texanna überholen ein Kleinbus und eine schwarze Mercedeslimousine mit dem Kennzeichen von Algier den Bus, in dem wir sitzen. "Hier sieht man den Verkehr, der zwischen den Sicherheitskräften und der AIS herrscht", flüstert mir Raschid ins Ohr, der für eine der vier großen französischsprachigen Tageszeitungen im Lande arbeitet, "diese Fahrzeuge sind auf dem Weg ins Lager der AIS. Anscheinend sind Verhandlungen im Gange." Mit einer vagen Handbewegung deutet er auf die von Korkeichen bedeckte Bergkette, die sich zu unserer Linken erstreckt: "Dort irgendwo, unter diesem nahezu undurchdringlichen Gestrüpp, befindet sich das Lager der AIS. Wo genau, das weiß offiziell niemand."

In Texanna treffen die in Jijel ansässigen Zeitungskorrespondenten auf zwei Staatsfunktionäre, die ihnen bekannt sind, den Chef Daïra - dessen Stellung entspricht der eines französischen Unterpräfekten - und den örtlichen Chef der Gendarmerie. Diese raten unserer fünfköpfigen Gruppe entschieden davon ab, in die weiter oben gelegene Region zu fahren, wollen sich zur dortigen Lage aber nicht näher äußern. Kaum haben sie sich von unserer Gruppe entfernt, lassen uns die örtlichen Pressemitarbeiter auch schon in einen Kleinbus steigen, der in die höher gelegenen Bauerndörfer abfährt. Die Gegend wirkt absolut karg und unwirtlich. Nach rund zwei Kilometern kommen wir nochmals an einer Straßensperre vorbei, an der drei oder vier Soldaten den Kleinbus durchwinken. Nach wenigen hundert Metern wird unsere Fahrt erneut gestoppt, da ein Auto den Kleinbus überholt hat. Heraus springen die beiden Staatsfunktionäre, die Raschid und seinem Kollegen, der für eine Regionalzeitung tätig ist, bedeuten, wir sollten aussteigen. Draußen beschweren sie sich darüber, dass wir ihre Anweisung nicht befolgt hätten ; eine Gruppe der GIA ("Bewaffnete Islamische Gruppen") sei im näheren Umkreis aktiv, so dass wir ein hohes Risiko eingingen. Die beiden Männer rufen ein Taxi, dessen Fahrer dienstverpflichtet wird, uns - kostenlos - nach Texanna zurückzubefördern.

Damit die Pressekorrespondenten zufrieden sind, vertrauen die ihnen nunmehr an, dass noch am selben Tag eine Handvoll Terroristen die Waffen niederlegen würden. Die Information wird am Abend in Jijel bestätigt, es sind allerdings nur zwei: ein beinamputierter Mann und seine Frau, die mit ihm im Maquis lebte. In der "Villa", einem der Armee gehörenden Gebäude oberhalb von Jijel, geben sie ihre Waffen ab und füllen die Formulare aus für das comité de probation - den "Prüfungsausschuss", der über die Anwendung des Amnestiegesetzes zu entscheiden hat und in dem Vertreter der Sicherheitsorgane und der Justiz sitzen.

Ob es nicht möglich sei, das Lager zu betreten, in dem Madani Mezrag und die Seinen untergebracht seien, fragen wir zaghaft, als wir wieder unten in Jijel angekommen sind. Madani Mezrag, der sich von seinen Untergebenen "General" nennen lässt, ist der "Emir" (Oberbefehlshaber) der FIS-Armee AIS. Er ist heute ein wichtiger Mann in Algerien: Wenn ein internationaler Gipfel wie jüngst jener der afrikanischen OAU in Algier stattfindet und zugleich ein Fax aus dem Lager von Madani Mezrag eintrifft, dann kann man sicher sein, so

zeigen sich die Journalisten von Jijel überzeugt, dass man sich im Präsidentenamt zuerst über das Fax von Mezrag beugt.

Ihn zu treffen sei unmöglich, wird uns beschieden. Anders, als wir uns dies - vor dem Hintergrund der Medienberichterstattung - vorgestellt hatten, seien die Mitglieder der AIS keineswegs in einem staatlich kontrollierten Lager untergebracht oder von äußerer materieller Unterstützung abhängig. Madani Mezrag sei nach wie vor Herr über "sein" Territorium, oberhalb von Jijel, auch wenn er den Kampf gegen die Militärs durch die Erklärung des Waffenstillstands von 1997 eingestellt habe. Die AIS befinde sich auch nicht in einem Camp der Armee, sondern in ihrem eigenen Hauptquartier, unter dem sich vermutlich Madani Mezrags Bunker befinde. Mezrag allein entscheide, ob er Journalisten bei sich empfange oder nicht - bisher habe er dies stets abgelehnt, und den örtlichen Journalisten sei es bis heute unmöglich, zu ihm vorzudringen.

Journalisten der algerischen Tageszeitung Liberté wird es eine Woche später gelingen, das AIS-Lager zu betreten. Madani Mezrag wird sich freilich weigern, ihnen zu begegnen, aber durch seinen Bruder lässt er die Liberté-Mitarbeiter wissen, dass die AIS derzeit keineswegs vorhabe, aus den Bergen herunterzukommen und ihre Waffen abzugeben. Liberté berichtet ferner, die AIS entscheide - wie es normalerweise staatliche Behörden tun - über die Errichtung von Wasserpumpen in den umliegenden Dörfern und kontrolliere Schulen für die Dorfkinder. Finanziert werde sie durch eine Art Steuern, welche die Bewohner der kontrollierten Gebiete an sie entrichteten.

Zunehmender Streit unter Fundamentalisten

Welchen Status das Geheimabkommen zwischen Armee und AIS, das dem Waffenstillstand von 1997 zugrundeliegt, für die AIS vorsieht, weiß kaum jemand. Ein Bericht der Zeitung El-Joum ("Der Tag") will Kenntnis davon haben, dass die AIS auf zehn Jahre hinaus ihre Lager und ihre Waffen behalte und im Gegenzug an der Bekämpfung der GIA, die sich einem Kompromiss mit dem Staat verweigerten, teilnehmen werde. Zwei Versionen stehen sich im wesentlichen gegenüber: Für einen Teil der Öffentlichkeit geht es in dem Abkommen lediglich darum, den ehemaligen AIS-Mitgliedern eine finanzielle Absicherung zu verschaffen, die ihnen die erfolgreiche und "sozial abgefederte" Eingliederung ins Zivilleben garantiere. Eine andere, skeptischere Version hingegen vermutet hinter dem Deal zwischen Armee und AIS eine Zusage, dass die AIS als eine Art "Staat im Staate" oder als kleinere, "zweite Armee" in den von ihr kontrollierten Gebieten erhalten bleibe. Die Verlierer wären in dem Falle eindeutig die GIA.

Am folgenden Tag in Jijel treffen wir unerwartet ein ehemaliges Mitglied der GIA. Er wird uns von Journalisten in einem Café im Stadtzentrum vorgestellt, in dem er als Bedienung arbeitet, seitdem er seine Waffe abgegeben hat. Der etwa 40-jährige Mann hörte im Maquis auf den Kriegsnamen "Abu Salah". Er erzählt seinen Werdegang von Anfang an, seit jener Zeit, als er Gehilfe des Imam der Moschee einer Siedlung unweit von Jijel und, sieben Jahr lang, Arabischlehrer an einer nahe gelegenen Schule war. Da er ihnen, seiner religiösen Kenntnisse wegen, seine Hilfe angeboten habe, hätten ihn die Fundamentalisten des FIS - ungefragt - sogleich in ihre Partei eingeschrieben. Nach der Annullierung der vom FIS gewonnenen Wahlen 1992 habe er zunächst abgewartet, aber der Tod eines Familienabgehörigen, der bereits in einer bewaffneten Gruppe engagiert gewesen sei, habe ihn schließlich zum Gang in den Maquis geführt. Nach 1995 habe es aber in den GIA zunehmenden Streit über die richtige religiöse Haltung gegeben. Die nationale Führung der GIA unter Antar Zouabri, der 1996/97 von seinem Rivalen Djamal Zeitouni ausgeschaltet und ermordet wurde, und später unter Zeitouni habe zu jener Zeit begonnen, Fatwas (religiöse Urteile) herauszugeben, in den neben dem Töten von Polizisten und "ungläubigen" Politaktivisten auch die Ermordung ihrer Frauen und Kinder und schließlich ganzer "vom Glauben abgefallener" Bevölkerungsgruppen gerechtfertigt wird.

Die GIA-Gruppen der Region um Jijel hätten in jener Zeit begonnen, sich aus der landesweiten GIA-Struktur zurückzuziehen. Denn, so urteilen die anwesenden Journalisten, im Gegenteil zu den GIA im Großraum Algier, die unter den Bedingungen großstädtischer Anonymität agierten, konnten die Gruppen in einer ländlichen Region nicht so weit in den blutigen Wahn abgleiten - Mörder und Opfer kannten sich, und die GIA-Mitglieder waren der Bevölkerung ihrerseits bekannt. Die AIS habe zu jener Zeit begonnen, gegen die GIA Stellung zu beziehen, da sie der gemeinsamen Sache schadeten. Die GIA-Kampfgruppen um Jijel hätten um dieselbe Zeit begonnen, sich zu autonom handelnden Einheiten zu erklären. Wie eine solche Festlegung der Linie geschehe, wollen wir wissen - gibt es etwa eine Diskussion unter den Kämpfern? Nein, hierüber würden allein die Emire (Befehlshaber) der Kampfgruppen beraten und entscheiden. Innerhalb der Gruppen herrsche eine

strikte Hierarchie und Disziplin, und wer sich nicht unterordne, über den würden Strafen von 14 Tagen Kerker bis hin zur Hinrichtung verhängt.

Nachdem die Gruppen in der Region Jijel sich für autonom erklärten hätten, habe seine Einheit schließlich im April 1998 verkündet, sich dem Waffenstillstand der benachbarten AIS anzuschließen. Einige ehemalige GIA-Gruppen stiegen schließlich im Sommer und Herbst 1999 aus den Bergen herunter, nachdem von ihnen anerkannte religiöse Autoritäten wie der in Saudi-Arabien ansässige Scheich El-Albani den Djihad (heiligen Krieg) in Algerien nunmehr zur Fitna (bewaffnete Fehde unter Muslimen) und damit für unzulässig erklärt. Die AIS habe aber die autonomen Kampfgruppen schließlich in diesem Jahr daran hindern wollen, auf eigene Initiative hin ihre Waffen abzugeben. Wie wir erfahren, sind im Vormonat vier Mitglieder der örtlichen GIA-Gruppen durch die AIS festgehalten worden, um sie daran zu hindern, "eigenmächtig" aus den Bergen herunterzusteigen - die AIS fordere die Kontrolle und die Oberhoheit über den gesamten Prozess. Während unseres Aufenthalts in Jijel wird bekannt, dass die Vier nunmehr nach langem Hin und Her von der AIS freigelassen worden seien.

Ungefähr zur selben Zeit trat in Algier Innenminister Abdelmalek Sellal vor die Presse und verkündet die neuesten Zahlen über die Auswirkungen des Amnestiegesetzes. 534 bewaffnete Fundamentalisten haben demnach seit der Verabschiedung des Amnestiegesetzes im Juli und bis Anfang Oktober ihre Waffen abgegeben. 463 Mitglieder einer "abtrünnigen" GIA-Gruppe im Umland von Jijel hatten dies bereits im Juni, vor Verkündung des Amnestiegesetzes, getan. Bei den Waffenübergaben liegt Jijel mit 91 Personen an der Spitze aller Bezirke. Aus demselben Anlass antwortet Sellal auf die Fragen von Journalisten der französischsprachigen Presse bezüglich des Status der AIS: "Die AIS ist kein Problem" und "Lassen Sie die AIS in Ruhe". Die Tageszeitung Liberté erinnert aus diesem Anlass an Artikel 41 des Amnestiegesetzes, der vorsieht, dass keinerlei staatliche Maßnahmen gegen Mitglieder einer Organisation vorzunehmen seien, "die aus eigenem Antrieb den Gewalttaten ein Ende gesetzt und sich dem Staat zur vollen Verfügung gestellt hat" - womit zweifellos ihre Beteiligung am Kampf gegen die Reste der GIA-Grüppchen gemeint ist.

Bernhard Schmid

37. Die Democrazia Cristiana lebt. Nach Andreottis Freispruch hoffen Italiens Christdemokraten auf ein Comeback

Nach Andreottis Freispruch hofft Italiens Christdemokratie auf ein Comeback

Autor: Js. · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak432/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:432:13

Wieder ist "der Fuchs" entwischt. Vier Wochen nach seinem Prozess in Perugia (wegen Anstiftung zum Mord) kam Giulio Andreotti, der mächtigste Mann der italienischen Nachkriegspolitik, auch in Palermo ungeschoren davon. Unterstützung der Mafia hatte der Staatsanwalt dem siebenmaligen Ministerpräsidenten vorgeworfen und 15 Jahre Haft gefordert. Die beiden Freisprüche lassen die Protagonisten der diskreditierten "Ersten Republik" auf ein politisches Comeback hoffen.

Der Freispruch von Perugia war vorauszusehen - die Anklage beruhte allein auf den Aussagen "reumütiger" Kronzeugen (pentiti). Der Mafioso Tommaso Buscetta hatte Andreotti im April 1993 beschuldigt, den Mord an dem Journalisten Mino Pecorelli in Auftrag gegeben zu haben. Pecorelli hatte Anfang 1979 dem amtierenden Ministerpräsidenten Andreotti Unannehmlichkeiten bereitet. In einer Titelgeschichte seines Skandalblättchens Osservatorio Politico (OP) sollte dessen Rolle im sog. Italcasse-Skandal enthüllt werden. Dabei ging es um viel Geld für die Wahlkämpfe der DC.

Belastende Hinweise stammten aus bis dahin geheim gehaltenen Teilen des "Memoriale", das Aldo Moro 1978 als Geisel der Roten Brigaden angefertigt hatte. Nach Interventionen von christdemokratischen Politikern verzichtete Pecorelli auf eine Veröffentlichung. Die fertige OP-Ausgabe mit Andreottis Porträt und dem Titel "Die Schecks des Präsidenten" wurde eingestampft, nachdem die mit Pecorelli geschäftlich verbundene Druckerei eine höhere Summe erhalten hatte. Einen Tag nach der Geldübergabe, am 20. März 1979, wurde Pecorelli ermordet; am selben Tag wurde Andreotti zum fünften Male Ministerpräsident.

Es ist möglich, dass Andreotti mit diesem Mord nichts zu tun hat - dass die Killer vielmehr "auf Kredit" mordeten, ihre mafiosen Auftraggeber auf spätere Entschädigung hofften. Denn Andreotti war erwiesenermaßen ihr Partner (wenn er auch behauptet, er habe von ihren kriminellen Aktivitäten nichts gewusst). Die Democrazia Cristiana (DC) war auf Sizilien, wo Andreotti seine Hausmacht hatte, die Partei der Mafia. Sie garantierte weitgehend ungehinderte kriminelle Geschäfte und wurde mit Wählerstimmen belohnt, die von den Familien der Cosa Nostra in erheblichem Umfang kontrolliert werden (seit 1994 sind die Clans zu Berlusconis Forza Italia umgeschwenkt).

Mafiosi küsst man nicht

Ernste Verstimmungen zwischen der Mafia und ihren politischen Partnern gab es spätestens seit 1987. Der Mafiaprozess von Palermo (maxi processo) lief schlecht für die 460 Angeklagten, die über die offensichtliche Untätigkeit ihrer Gewährsleute aus der Politik besorgt waren. Es war Zeit für eine "Klärung auf höchster Ebene", schreibt der Mafia-Experte Pino Arlacchi.

Nach Aussage des Kronzeugen Baldassare Di Maggio fand das klärende Gespräch am 20. September 1987 im Haus des Christdemokraten und Mafioso Ignazio Salvo statt. Dort habe Totò Riina, der "Boss der Bosse", Andreotti daran erinnert, dass sein Pakt mit der Mafia weiterhin gültig und unkündbar sei. Er tat das "entsprechend den Regeln der typischen mafiosen Gestik", schreibt Arlacchi: "Er gestattet (dem rangniederen Mafioso) Baldassare Di Maggio, das Zimmer zu betreten, in dem Andreotti wartet, und in Gegenwart des uomo d'onore (Mafioso; wörtlich: ‚Mann von Ehre`) küsst er den Abgeordneten auf die Wangen. Dann verabschiedet er Di Maggio, weil der Zweck erreicht ist. Die Darbietung ist in der Tat ebenso an Andreotti wie an Di Maggio gerichtet." (1)

Dieses angebliche Treffen, das Andreotti natürlich leugnete, war auch Gegenstand des Prozesses von Palermo. Das Gericht erklärte Di Maggios Aussagen für unglaubwürdig - ein bemerkenswerter Vorgang: Immerhin führte seine Denunziation 1993 zur Verhaftung Totò Riinas. Auch die Aussagen der übrigen 37 Zeugen der Anklage befand das Gericht als nicht ausreichend für eine Verurteilung. Ein Durchschnittsbürger wäre bei einer so stattlichen Anzahl von Belastungszeugen mit Sicherheit verurteilt worden. Andreotti wurde

freigesprochen (wenn auch mangels Beweisen) - ein Fall von Klassenjustiz auch dann, wenn er "im Sinne der Anklage" tatsächlich unschuldig sein sollte.

Damit wären die über den Fall hinausweisenden Implikationen dieses ohne Zweifel politischen Prozesses benannt - wenn nicht mit dem Urteil, wie schon mit dem von Perugia, ganz offen reaktionäre Politik betrieben würde. Die korruptesten Figuren der alten partitocrazia empfanden Andreottis Freisprüche als persönliche Rehabilitierung und sprachen das auch offen aus.

Die Volkspartei (PPI), größte Nachfolgerin der nach dem "Korruptionsschock" von 1992 auseinandergebrochenen Democrazia Cristiana, nutzte schon Andreottis ersten Freispruch für eine politische Kampagne: "Andreotti freigesprochen. Geduld ist die Tugend der Starken" war auf großflächig verklebten PPI-Plakaten zu lesen. Dass neben Andreotti in Perugia auch zwei Mafiosi und zwei berufsmäßige Killer freigesprochen wurden, übergingen die christlichen Jubler. Nun müsse die Geschichte neu geschrieben werden, forderte der ehemalige DC-Sekretär Arnaldo Forlani - denn mit Andreotti hätten auch die übrigen Protagonisten der zu Unrecht diskreditierten "Ersten Republik" auf der Anklagebank gesessen. Auch sie müssten rehabilitiert, ihr politisches Werk zum Wohle des Vaterlandes gewürdigt werden.

Die erste Ratte verlässt das sinkende Schiff

Dass mit der "Verfolgung" von Politikern durch die (gar nicht existierende) "Partei der Staatsanwälte" endlich Schluss sein müsse, forderten einmal mehr auch Silvio Berlusconi und seine Getreuen. Die Tageszeitung Il Giornale, die Berlusconi vor Jahren seinem Bruder Paolo überschrieben hat, erschien mit der Schlagzeile FINE - Ende. Der unvermeidliche Francesco Cossiga, der ehemalige christdemokratische Staatspräsident "mit dem Eispickel" (vgl. ak 420, 19.11.1998), inszenierte sogleich eine kleine Regierungskrise. Hatte er vor gerade mal einem Jahr, nach dem Rücktritt Romano Prodis, der amtierenden Regierung D'Alema zur Mehrheit verholfen, so forderte er jetzt mehr Gewicht für die "Mitte", die er natürlich von ehemaligen Christdemokraten repräsentiert sieht. Als bekennender Antikommunist geißelte er den "Antisozialismus" der Linksdemokraten (und Ex-Kommunisten) D'Alema und Veltroni: Christdemokraten und Sozialisten hätten "die NATO und Europa aufgebaut", die Erben des PCI hingegen negierten nicht nur ihre eigene, sondern auch die Geschichte ihrer verfeindeten Brüder, der Sozialisten.

Hinter dem von Cossiga zur Schau gestellten "Geschichtsbewusstsein" verbirgt sich ein brandaktuelles politisches Ziel: Um die "Mitte" zu stärken, müssen die Macher der "Ersten Republik" rehabilitiert werden - nach Andreotti auch dessen Partner Craxi (PSI) und Forlani (DC). In dem informellen Triumvirat "CAF" (so genannt nach den Initialen seiner Mitglieder) hatten sie seit Ende der 80er Jahre die politische Macht zum Wohle ihrer Parteien verwaltet. Ihre Karriere endete 1992, als der Korruptionsskandal von Tangentopoli DC und PSI in Stücke riss.

Craxi, der die Zeichen der Zeit sofort erkannte, meldete sich umgehend zu Wort. Nun sei das Urteil gesprochen, auf das "wir alle" gehofft hätten, faxte er aus dem tunesischen Exil, in das er sich 1994 nach einer Verurteilung wegen illegaler Parteienfinanzierung geflüchtet hatte. Im Unterschied zu dem mittlerweile 80-jährigen Andreotti wäre Craxi mit seinen 65 Jahren für ein politisches Comeback noch nicht zu alt. Nicht nur er, auch der Führer des Rechtsblocks, Silvio Berlusconi, arbeitet daran.

Als weiterer Partner könnte Cossiga fungieren, der gerade mal wieder ein neues Bündnis geschlossen hat: das "Kleeblatt" (trifoglio) mit dem Sozialisten Boselli und dem Republikaner La Malfa. Die Gruppierung verfügt zwar nur über wenige Mandate, fühlt sich aber stark genug, um Bedingungen zu stellen. Die regierende Mehrheit brauche "ein zweites erkennbares Gesicht" neben der postkommunistischen Linken, fordert Cossiga und droht ein Arrangement mit Berlusconi an, der sich angeblich auf die Mitte zubewege. In Wahrheit ist Berlusconis Bündnis mit Finis neofaschistischer Alleanza Nazionale stabil. Die taktischen Manöver Cossigas und seiner Partner laufen letzten Endes darauf hinaus, sich dem rechten Lager anzuschließen. Das hatte bekanntlich auch 1996, als das von Prodi angeführte Mitte-Links-Bündnis Ulivo siegte, die Mehrheit der Stimmen erreicht.

Die Saubermänner strahlen nicht mehr

Die Gegenwehr der Regierungsmehrheit fällt eher schwach aus, auch wegen interner Streitigkeiten. Dass man mit dem amtierenden Premier D'Alema die nächsten Wahlen nicht gewinnen kann, scheint ausgemacht. Dessen "Drohung" mit vorgezogenen Neuwahlen ist angesichts der Umfrage-Ergebnisse nicht ernst zu

nehmen. Wahrscheinlicher wäre eine Übergangsregierung von Technokraten, wie sie u.a. von Cossiga mal wieder ins Spiel gebracht wird. Daran anschließend könnte dann 2001 die Revanche der Rechten gelingen.

Die 1996 mit Jubel und Getöse gestartete "erste Linksregierung" ist an diesen Entwicklungen nicht schuldlos. Unter Prodi hatte die Sanierung der Staatsfinanzen oberste Priorität. Der gegenwärtig diskutierte Haushalt für das nächste Jahr kommt zwar mit vergleichsweise geringen Einsparungen aus. Er sieht aber z.B. einen Einstellungsstopp im öffentlichen Dienst für das erste Halbjahr 2000 vor; die erhoffte "Wende auf dem Arbeitsmarkt" ist so natürlich nicht zu erreichen.

Auch der entscheidende Bonus der Mitte-Links-Regierung ist inzwischen aufgebraucht: ihre moralische Integrität, die sie von den korrupten Gestalten der "Ersten Republik" positiv abhob. Die Hoffnung auf die neuen Saubermänner ist weitgehend verflogen, dubiose Machenschaften von Amtsträgern werden wieder akzeptiert, wenn sie denn "im Rahmen" bleiben. Das wird auch in Umfragen zum zweiten Prozess gegen Andreotti deutlich: 20,5 Prozent der Befragten meinten, Andreotti habe sich der Mafia bedient, um politische Ziele durchzusetzen; 31,1 Prozent fanden, er habe nur gelegentlich von der Unterstützung der Mafia profitiert; nur 23,9 Prozent vertraten die Ansicht, er habe weder Kontakt zur Mafia gehabt noch deren Hilfe in Anspruch genommen. Gleichzeitig waren nur 33,9 Prozent der Befragten mit dem Freispruch von Palermo unzufrieden, 37,9 Prozent hielten ihn für gerecht.

Die rechten Kritiker der "rachsüchtigen linken Justiz" verfolgen zwar unverkennbar eigennützige Ziele; gleichwohl dürften sie mit ihrer Forderung, einen Schlussstrich zu ziehen, mittlerweile mehrheitsfähig geworden sein. Dieser Meinungsumschwung erklärt sich auch aus der Enttäuschung über haltlose Versprechungen nach dem Ende der partitocrazia: Der "moralische Neuanfang" in einer von allen Schurken gesäuberten "Zweiten Republik" würde allen anderen ein besseres Leben bringen.

Js.

Anmerkung:

1) Pino Arlacchi: Il processo. Giulio Andreotti sotto accusa a Palermo; Mailand (Rizzoli) 1995; S. 149

38. Schräger Blickwinkel. Frau Fix entdeckt Italiens "Bewegungsparteien"

Autor: Js. · Rubrik: Italien; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak432/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:432:14

Buchtitel sollen Erwartungen wecken und den Umsatz fördern. Ärgerlich ist es, wenn KäuferInnen von den Verlagen allzu dreist hinters Licht geführt werden. Anders kann man es kaum bezeichnen, was sich der Campus-Verlag geleistet hat. Das dort kürzlich erschienene Buch "Italiens Parteiensystem im Wandel. Von der Ersten zur Zweiten Republik" enttäuscht auch die bescheidensten Ansprüche, weil wesentliche Fakten fehlen:

- die Transformation der kommunistischen Partei, ihre Spaltung in Linksdemokraten (PDS, seit 1998 DS) und Rifondazione Comunista (RC, mit der Abspaltung PdCI im Oktober 1998);

- der rasante Niedergang der jahrzehntelang alles beherrschenden Democrazia Cristiana (DC) und die keineswegs erfolglosen Versuche der einzelnen christdemokratischen Nachfolgeparteien, in unterschiedlichen Bündnissen Einfluss zurückzugewinnen;

- der Durchbruch der Neofaschisten seit Ende 1993, ihr Aufstieg zur Regierungspartei unter Berlusconi.

Der Autorin Elisabeth Fix kann man diese (und weitere) Versäumnisse am wenigsten vorwerfen. Dem Buch liegt ihre Dissertation aus dem Jahre 1997 zu Grunde, deren Thema sehr viel enger eingegrenzt ist, als der Campus-Verlag glauben machen will. Im ersten Kapitel geht es um "Parteien und Parteientypen in institutionentheoretischer Perspektive", im zweiten um "die historisch-institutionellen Entstehungsbedingungen des italienischen Parteinsystems". Erst im dritten Kapitel, das allerdings mehr als die Hälfte des Gesamtumfangs beansprucht, wendet sich die Autorin dem zu Ende gehenden Jahrzehnt zu. Gegenstand ihrer vergleichenden Untersuchung sind hier allerdings nur drei politische Gruppierungen, die sie als "die neuen Akteure" bezeichnet: Lega Nord, Forza Italia und La Rete.

Fix sieht in den drei Formationen einen "neuen Parteitypus", die "Bewegungspartei". Gemeinsam sei ihnen ihr "Selbstverständnis, eine Bewegung zu sein, die ihre Wurzeln in der Zivilgesellschaft habe". Die Autorin unterstellt offensichtlich, dass die Herren Berlusconi, Bossi und Orlando ihre eigene Rhetorik ernst nehmen, sich als Anwälte des Bürgers gegen die übermächtige Bürokratie und die korrupten Politiker sehen würden. Zumindest bei Berlusconi scheint das nahezu ausgeschlossen. So zeigt Fix auch an anderer Stelle, welche ökonomischen Interessen der Gründung von Forza Italia zu Grunde lagen und dass diese Partei wie ein Wirtschaftsunternehmen geführt wird. Gleichwohl billigt die Autorin allen drei Gruppierungen unterstützenswerte Motive zu und hebt ihre Kritik an der "hohen Ineffizienz der staatlichen Verwaltung" hervor. Dass insbesondere die Lega Nord und Forza Italia mit ihrer "Fundamentalkritik an den Missständen und Strukturdefekten des politischen Systems" die Ansprüche ihrer mittelständischen Klientel ("der fleißigen Steuerzahler") begründen, kommt dabei zu kurz.

Ebenso fehlt die Einordnung der italienischen Umwälzungen in die internationalen Veränderungen seit 1989. Der Kollaps des Realsozialismus erschütterte nicht nur den PCI und seine Nachfolgeparteien, sondern auch sein Gegenüber, die Democrazia Cristiana. Sie hatte seit 1945 den besonderen Schutz der USA genossen - stand sie doch an einem wichtigen europäischen Frontabschnitt im kalten Krieg. Nach dessen Ende verlor sie ihre Monopolstellung, während sie zeitgleich den Zwängen der europäischen Einigung ausgesetzt war: Auch ohne den "Korruptionsschock" von 1992/93 wäre eine Fortsetzung der klientelistischen DC-Politik nicht mehr möglich gewesen. Ultra-liberale Konkurrenten wie die Lega Nord und Forza Italia konnten mit ihrer antisozialen Politik gerade traditionelle ("besserverdienende") WählerInnen der Christdemokratie gewinnen. Das immerhin zeigt Fix mit ihrer Untersuchung der jeweiligen Wählerhochburgen. Diese und viele weitere Fakten über die drei Gruppierungen können den grundlegenden Mangel des Buches aber nicht aufwiegen: Über "Italiens Parteiensystem im Wandel" erfährt man erheblich weniger als in manch anderen, dünneren und weniger teuren Büchern, die seit Jahren auf dem Markt sind.

Js.

Elisabeth Fix: Italiens Parteiensystem im Wandel. Von der Ersten zur Zweiten Republik; Campus Verlag (Frankfurt/ New York) 1999, 274 Seiten, 58 DM

39. Ohne Träume sind wir nicht handlungsfähig! Chiapas-Solidarität diskutierte in Frankfurt am Main

Autor: Theo Bruns · Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak432/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:432:05

"Chiapas und emanzipatorische Politik", so der Titel eines Seminars in Frankfurt/Main, auf dem eine Bilanz der Chiapas-Solidarität in der BRD gezogen werden sollte. Daneben ging es um Perspektiven der Soliarbeit, die Wege aus der Stagnation der vergangenen zwei bis drei Jahre weisen könnten.

Der erste Berührungspunkt, den Jutta Klaß, die damals in Mexiko-Stadt in einem Straßenkinderprojekt arbeitete, mit dem zapatistischen Aufstand hatte, war anders, als man vielleicht vermutet hätte: Sie besuchte einen Jugendlichen im Knast, der von der EZLN zwangsrekrutiert und von der Armee verhaftet worden war. Mit dieser "entromantisierenden" Einleitung eröffnete die Vertreterin von Zapapres die abendliche Podiumsdiskussion und mit ihr das von der Frankfurter Penumbra-Gruppe, dem BUKO sowie dem Dritte-Welt-Haus organisierte Seminar.

Neben ihr auf dem Podium saß der Frankfurter Politikwissenschaftler Joachim Hirsch, der im Zapatismus ein undogmatisches Politikverständnis bestätigt und konkretisiert sah: die Vielfältigkeit der gesellschaftlichen Antagonismen wird anerkannt, und es gibt keinen Hauptwiderspruch und kein einheitliches revolutionäres Subjekt mehr. Der Staat wird nicht als Zentrum, sondern als Ausdruck von Herrschafts- und Machtverhältnissen begriffen. Die Menschen können nicht befreit werden, sondern müssen sich selbst befreien, woraus ein expliziter Anti-Avantgardismus folgt.

Hirsch kritisierte allerdings auch den Mangel an Auseinandersetzung und verwies auf drei Schwachpunkte des zapatistischen Diskurses, die von der Solibewegung seit geraumer Zeit zwar benannt, aber nicht ausdiskutiert werden: Das Setzen auf die Zivilgesellschaft, die nicht wie von den Zapatistas erhofft reagiert habe, sei problematisch, da die Zivilgesellschaft selbst von Machtbeziehungen durchzogen und eng mit dem Staat verflochten ist. Das Gesellschaftsverständnis der Zapatistas sei zu verwaschen, insbesondere wenn über den Begriff des Neoliberalismus eine Scheingemeinschaft gegen einen abstrakten Gegner hergestellt werde. Und drittens berge die Anerkennung der Komplexität der gesellschaftlichen Unterdrückungsverhältnisse ihrerseits die Gefahr in sich, dass die Vielfalt zum beliebigen Einerlei gerät und inhaltliche Widersprüche nicht mehr ausgetragen werden.

Menschenrechtsarbeit

Jutta Klaß wies in der Diskussion daraufhin, dass erst in den Kommuniqués ab Februar 1994 der Begriff des Kapitalismus durch den des Neoliberalismus ersetzt worden sei und die internen Diskussionsprozesse, die zu diesem Wechsel geführt haben, bis heute unbekannt sind. Ergänzend - und m.E. zutreffend - kritisierte Anne Huffschmid, dass die abstrakte Diskussion über "Zivilgesellschaft" und "Neoliberalismus" ins Leere laufe, wenn der unterschiedliche Bedeutungsinhalt, den diese Begriffe in Mexiko und der Bundesrepublik haben, nicht mit bedacht wird. Das große Bedürfnis nach Definitionen sei typisch deutsch.

Stefan Herbst, Menschenrechtsreferent der Missionszentrale der Franziskaner, äußerte von allen ReferentInnen die schärfste Kritik an der EZLN und stach damit erwartungsgemäß in ein Wespennest. Der 1. Januar 1994 habe bei ihm vor dem Hintergrund der guatemaltekischen Erfahrung nicht Freude, sondern Besorgnis ausgelöst. Zudem sei durch den Aufstand neues Leid geschaffen worden und nach seiner Kenntnis habe noch nirgendwo eine Guerilla den "Neuen Menschen" hervorgebracht. Am gefährlichsten sei aber, dass der Aufstand zu einer Annäherung der mexikanischen Eliten an das US-amerikanische Aufstandsbekämpfungskonzept geführt habe. Auch das Entstehen neuer Guerillagruppen wie der EPR befördere die Militarisierung und Destabilisierung Mexikos. Die Erosion der PRI sei nicht nur positiv zu bewerten, sondern könne auch die "militärische Karte" stärken.

Insgesamt führe der Krieg niedriger Intensität zum Scheitern des zapatistischen Projekts. Zudem sei das proklamierte neue Politikverständnis keineswegs neu und der Avantgardismus bereits mit der RAF (!) gescheitert. Er plädierte demgegenüber für eine konsequente Menschenrechtsarbeit als einem Weg, um eine Veränderung zu Gunsten des Gemeinwohls zu erreichen. Eine unparteiische Haltung sei dazu die Voraussetzung.

Nach ihm warf Dieter Müller von medico international die Frage auf, warum es immer erst des Auftretens einer Guerilla bedarf, um internationale Aufmerksamkeit zu erregen. Basisbewegungen und Emanzipationsprozesse haben eine viel längere Geschichte. Er kritisierte die Fixierung auf Chiapas und forderte eine Erweiterung des Blickwinkels auf Gesamtmexiko. Vor 1994 war Chiapas bereits Zufluchtsort für Flüchtlinge aus Guatemala, und auch die heute dort ansässigen Indígenagruppen waren ursprünglich MigrantInnen. Dass die gelungene Kommunikation mit den städtischen Kadern ihren Hintergrund auch in dieser Migrationserfahrung habe, war ein interessanter Hinweis.

... oder gemeinsames politisches Projekt

Einen anderen Zugang zu den Zapatistas suchte Ricarda Schlittgen von der Berliner Mexiko-Gruppe im FDCL. Sie stellte vier Aspekte des Aufstands in den Vordergrund, die ihrer Meinung nach zentral und auch für bundesrepublikanische Verhältnisse bedeutsam seien:

Die Grundlage des Widerstands gegenüber der Repression ist der Mut zum Träumen und die Vision eines Lebens in Würde. Ohne Träume sind auch wir politisch nicht handlungsfähig.

Marcos erzählt in einer Geschichte seines Lehrers, des Alten Antonio, dass der Löwe durch seinen Blick tötet. Denn im Blick des Löwen sehen die anderen Tiere, dass sie klein und schwach sind. Die Geschichte ist eine Ermutigung, sich selbst nicht mit dem Blick der Macht zu sehen, sondern den eigenen Blick zu suchen, Machtbeziehungen aufzuspüren, um sie zu untergraben.

Der dritte Aspekt ist die Einsicht, dass es viele Formen des Wissens und der Wahrnehmung gibt. Sie stellt das Expertenwissen in Frage, das uns immer frag- und wissensloser macht und uns unserer eigenen Erfahrungen enteignet.

Schließlich beinhaltet die politische Ethik der Zapatistas die Anerkennung des Anderen. Sie setzt gegen die herrschenden ausschließenden Praktiken eine Politik des Einschlusses und beinhaltet die Aufforderung, die Unfähigkeit zum Dialog zu überwinden.

In der anschließenden Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass der Menschenrechtsbegriff ebenfalls historisch definiert ist und - wie der Kosovo-Krieg gezeigt hat - auch in gegenemanzipatorischer Weise instrumentalisiert werden kann. José Ramírez, ein bolivianischer Arzt aus Rüsselsheim, fragte angesichts der massiven rassistischen Angriffe nach dem Stand der Menschenrechtsarbeit in der Bundesrepublik.

Fallstricke der Soliarbeit

Der Samstag war zunächst Arbeitsgruppen zu den Themen "Publizistik und Öffentlichkeitsarbeit", "Möglichkeiten und Grenzen von Projektarbeit" sowie "Nationale Befreiung und antinationale Politik" vorbehalten. In der letztgenannten Arbeitsgruppe stellte ein Vertreter der gruppe demontage in seinem Eingangsreferat die These auf, Befreiungsbewegungen hätten unter den Bedingungen des Postfordismus nur zwei Alternativen: Entweder sie konkurrieren auf dem Weltmarkt nach dem Motto "friss mich, ich bin lecker" mit oder sie nehmen von der Illusion Abschied, dass über die Eroberung des Staates der Kapitalismus abgeschafft werden könne. Mit Hirsch plädierte er für einen radikalen Reformismus, der über den schrittweisen Aufbau von Gegenmacht gesellschaftstransformierend wirke. Wie in dem gleichnamigen Buch erläutert, verstehen sie die EZLN als erste "postfordistische Guerilla", die die Fragmentierung von Interessenlagen eingesteht und emanzipatorische Interessen (wie z.B. die revolutionären Frauengesetze) nicht hinter dem Ziel nationaler Befreiung zurückstellt. Dass die EZLN dennoch - und zwar emphatisch und durchaus "nichtironisch" - auf einen national-populistischen Gestus setzt, müsste zu einem Gegenstand kritischer Auseinandersetzung mit den Zapatistas werden.

Die anschließende Debatte zeigte, dass die Auseinandersetzung über Nationenbegriff und Befreiungsnationalismus immer noch in relativ abstrakten Positionen befangen ist. Deutlich wurde lediglich, dass der Vorrang antinationaler Politik in Deutschland selbst historisch begründet ist und mit der Wiedervereinigung und der dramatischen Zunahme rassistischer Angriffe und Politiken ein präzises Datum hat. Der Schock sitzt häufig gerade bei ehemaligen K-Grüpplern am tiefsten, die erfahren mussten, dass sich "ihre" (vermeintlichen) Adressaten revolutionärer Politik einem nationalistischen Taumel hingaben.

Der Nachmittag war konkreten Erfahrungen in der Solidaritätsarbeit vorbehalten.

Niko Siller und Edo Schmidt, die ein halbes Jahr in Friedenscamps in den Cañadas verbracht hatten, wandten sich gegen die "Akademisierung des Aufstands". Es gebe nicht das zapatistische Modell, sondern Unterschiede mitunter von Dorf zu Dorf. Heilserwartungen an die EZLN müssten zwangsläufig zu Enttäuschungen führen. Ihnen sei es darum gegangen, Zuhören zu lernen. Auf einer späteren Rundreise in der BRD hätten sie die Erfahrung gemacht, dass die Stärke der Zapatistas vermittelbar sei.

Ihre Erfahrungen wurden von Jutta Meier-Wiedenbach ergänzt, die mehrere Jahre für das Menschenrechtszentrum Fray Bartolomé de las Casas in San Cristóbal gearbeitet und Friedenscamps sowie Brigaden koordiniert hat.

Die Journalistin Anne Huffschmid plädierte für einen pragmatischen Umgang mit den Medien und gleichzeitig für einen subversiven, experimentellen Begriff von Öffentlichkeitsarbeit. Die Öffentlichkeit sei nicht homogen und die Schaffung von Räumen ein permanenter Prozess. Sie stellte einen von ihr so genannten "Acteal-Effekt" in der Berichterstattung fest, über den die Indígenas seit dem Massaker vom Dezember 1997 wieder in die Opferrolle zurückgedrängt worden seien. Demgegenüber müsse eine Wiederankopplung an politische Fragen versucht werden.

Boris Kanzleiter von Arranca!/Fels berichtete über den interessanten Versuch einer kontinuierlichen Zusammenarbeit mit einer (Zeitungs-)Gruppe aus Mexiko-Stadt, die den anheimelnden Namen "La Guillotina" trägt und momentan aktiv am Streik an der UNAM-Universität beteiligt ist. Die Kommunikation und Zusammenarbeit sei überraschend einfach gewesen, da sie einen gemeinsamen Background hätten: Leben in der Großstadt, gleiche Altersgruppe, ähnliche politische Erfahrungen, Musikgeschmack etc. In der Erfahrung der mexikanischen Compañeros, die sich selbst als "Güey generation" ("Ey-Alter!"-Generation) bezeichnen, konnten sich die BerlinerInnen problemlos wiedererkennen: ohne die Illusionen der alten Neuen Linken, aber auch ohne deren Notwendigkeit, sich an der eigenen politischen Geschichte abarbeiten zu müssen; postrealsozialistisch, in Frontstellung gegen den Neoliberalismus, schon mit der Krise aufgewachsen, aber mit dem Willen, sich durchzuschlagen. Eben: Ey!

Kritisch merkte er an, dass es immer mehr publizierte Meinungen und immer weniger organisatorische Ansätze gebe. Der Mangel an Gegeninformation ist nicht das Problem. Das Problem ist, dass aus ihr keine Praxis mehr folgt.

Das Seminar, welches mit ca. 60 TeilnehmerInnen ungewöhnlich gut besucht war und fast das gesamte Spektrum der verbliebenen Zapa-Bewegten abdeckte, wurde von den Anwesenden überwiegend positiv bewertet. Da das Ya-Basta-Netzwerk zwar binnenorientiert den Austausch zwischen den Städten und den sozialen Zusammenhang der AktivistInnen garantiert, nach außen aber kaum noch politisch wahrnehmbar aufgetreten ist, war allein die Wiedereröffnung einer politischen Debatte schon ein Erfolg. Für die Zukunft wurde angeregt, jährlich zumindest eines der Ya-Basta-Treffen für ein Strategieseminar zu nutzen. Weitere vorgestellte Projekte waren ein Medien-Work-Shop und die Organisierung einer Frauenbrigade.

Das kann allerdings über einige Schwierigkeiten, die seit zwei, drei Jahren ungeklärt fortgeschleppt werden, nicht hinwegtäuschen. Gerade wo es um die Bedeutung eines "Ya basta hier" geht, macht die Bewegung einen sehr weiten Spagat zwischen klassischer - regionaler oder länderbezogener - Solidaritätsarbeit und dem umfassenden Anspruch, den Zapatismus als ein weltweites Projekt internationaler Organisierung gegen den Neoliberalismus zu begreifen. Von der zugespitzten aktuellen Situation in Chiapas (von Guerrero ganz zu schweigen) war erstaunlicherweise so gut wie gar nicht die Rede. Eine ähnliche Lücke tat sich zwischen zum Teil abstrakten Theoriedebatten und dem unvermitteltem Übergang in die Hyperkonkretion von Mailinglisten und Visafragen auf, die mit erstaunlicher Leidenschaft erörtert wurden.

Darüber hinaus erschöpft sich die Behauptung eines neuen Politikverständnisses in ihrer steten Wiederholung. Die Halbwertzeit "neuer Internationalismen", von denen seit 1968 ein knappes Dutzend das Licht der Welt erblickten, scheint sich zudem immer mehr zu verkürzen. Demgegenüber stellt sich die Frage, ob die Sucht nach dem Neuen nicht auch auf dem Gebiet der Theorieproduktion dem Zwang der Vermarktung und der halbjährlichen Erneuerung der Kollektion gehorcht. Der Kampf gegen das Vergessen und die Aneignung der eigenen Geschichte - auch das wäre von den Zapatistas zu lernen. Damit nicht, wie Ricarda Schlittgen im Rekurs auf Wolfgang Borchert bemerkte, "die Stimmen immer leiser werden".

Theo Bruns

Eine Dokumentation des Seminars kann bestellt werden über: Penumbra, c/o Dritte-Welt-Haus, Falkstr. 74, 60487 Frankfurt/M.

Das nächste Ya-Basta-Treffen findet vom 3.-5. Dezember in Göttingen statt. Der Rundbrief ist zu beziehen über: Gruppe B.A.S.T.A., c/o Infoladen Bankrott, Dahlweg 64, 48153 Münster.

40. Brief aus Mexiko. Studierendenstreik in Mexiko-Stadt

Autor: Marta Durán · Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak432/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:432:43

Seit mehr als sechs Monaten streiken die Studierenden in Mexiko-Stadt für ihre Forderungen. Die Regierung zeigt sich unnachgiebig, und eine militärische Eskalation ist nicht ausgeschlossen. Marta Durán, Journalistin in Mexiko, schildert in einem Brief an einen Freund ihre Eindrücke der Situation.

Lieber ...

Ich bin gut in Mexiko angekommen, doch es erwarteten mich viele Veränderungen, viele Ereignisse, viele Naturunglücke und politische Dummheiten. Fast alle von ihnen haben denselben Ursprung: eine Politik der Abschaffung schon marginaler sozialer Sicherheiten, und der Errungenschaften der Arbeiter und schließlich die Beseitigung öffentlicher Dienste, die stattdessen privatisiert werden sollen und deren Kosten vom Gesetz des Angebots, der Nachfrage und des Raubs diktiert werden.

Mexiko hat sich auf die Konditionen des Internationalen Währungsfonds eingelassen, der Kürzungen der Sozialausgaben im Gegenzug zu den vergebenen Krediten fordert, so dass es noch nicht einmal mehr Aspirin in den Krankenhäusern gibt. Es gab massive Entlassungen von staatlichen Angestellten an der Universität in Mexiko-Stadt (UNAM). Der Universitätspräsident (Transmissionsriemen des Staatspräsidenten) kündigte eine Erhöhung der Gebühren und verschiedene Maßnahmen an, die die Armen und die die einmal der Mittelklasse angehörten, vom Studium ausschließen. Die Studenten reagierten auf diese Maßnahmen, deren Ziel es ist, aus einer Massenuniversität eine Eliteuniversität zu machen, die auf die Bedürfnisse der privaten Firmen und der transnationalen Unternehmen ausgerichtet ist.

So begann dann die Mobilisierung der StudentInnen, von der die Universitätsleitung, die Regierung und alle Massenmedien behaupten, dass es keine Studenten, sondern Fossile; eine Hand voll Herumtreiber und dunkle Kräfte seien, die die UNAM destabilisieren wollten. Oder, dass sie, ein Jahr vor den Wahlen von der Partei der Demokratischen Revolution (PRD) geschickt worden seien, um an der UNAM Gruppen zu manipulieren.

Die Entscheidung für den Streik wurde überstürzt gefällt, und nicht alle StudentInnen oder DozentInnen waren mit der Art und Weise, wie es dazu kam, einverstanden. Verschiedene Forderungen wurden aufgestellt:

1) Definitive Abschaffung der Studiengebühren

2) Aufrechterhaltung der bisherigen Zugangsregelung zur Universität für all jene StudentInnen, die das Abitur an den vorbereitenden Schulen der UNAM gemacht haben, und die einen Notendurchschnitt von mindestens 8 (auf einer Skala von 10) erreicht haben

3) Keine Reduzierung der Höchststudiendauer

4) Keine Sanktionen gegen am Streik Beteiligte

5) Ein direkter, offener Dialog zwischen Streikrat und Rektorat vor Kameras und Mikrofonen der Massenmedien und ungeschnittene Live-Übertragung des Dialogs.

Darüber hinaus fordern die StudentInnen und DozentInnen die Einberufung eines Universitätskongresses, wo alle universitären Fragen diskutiert werden sollen.

Die Universitätsleitung sagt: "Beendet den Streik, und dann reden wir". Die StudentInnen sagen: "Wir sind doch nicht blöd. Erst müsst Ihr die Forderungen erfüllen, dann gibt es einen öffentlichen Dialog und danach beenden wir den Streik, um einen Kongress durchzuführen, einen pluralen Kongress, auf dem wirkliche Entscheidungen getroffen werden".

Spalte und herrsche

Das Rektorat ließ einige Monate verstreichen, während sie einen Krieg zur Herabsetzung des Ansehens der Streikenden führte. Jeden Tag wurden die Studierenden in Fernsehen und Radio beschimpft, nur einige

wenige Journalisten der Zeitungen ‚La Jornada` und ‚Proceso` stellten den Streikenden Raum zur Darstellung ihrer Forderungen zur Verfügung.

Die StudentInnen gehen auf die Straßen; auf jedem Marsch sind es Tausende, und viele der Unzufriedenen im Landes, unabhängige Gewerkschaften, die Zapatisten, die Organisationen der kleinen Schuldner, die Erwerbslosen, die Pensionäre, die Landlosen usw. schließen sich an.

Die Behörden versuchen die vorhandenen Differenzen innerhalb der Studierenden noch zu schüren. Es wird behauptet, dass es eine Gruppe absolut Unnachgiebiger und eine Gruppe Moderater gibt, die allerdings der parlamentarischen Linken nahe stehen. Es machen Gerüchte die Runde, nach denen die "Ultras" über Waffen verfügten, und dass die Armee auf den Campus käme.

Krieg um Wissen

Das, was in Mexiko passiert, geht weit über die Dialoge, Demonstrationen, Gebühren oder den Streik hinaus. Es handelt sich um einen Krieg, in dem die zukünftige Ausrichtung der universitären Bildung in Mexiko entschieden wird. In ganz Lateinamerika wird nirgends so viel Forschung wie an der UNAM betrieben. Die UNAM herrscht über die Wissenschaft und die Technologie in Mexiko; es ist eine unermessliche Wissensquelle (trotz der vielen inneren Defekte und Probleme). In diesem Krieg geht es darum, zu bestimmen, wer dieses Wissen, Quelle von Reichtum und Macht zugleich, kontrollieren wird, welches die Ziele des Wissens sein werden. Die Unternehmer investieren nicht in die Forschung, sondern zehren von den Erfolgen der UNAM und möchten die Universität als Ganzes für ihre Dienste, ihre Bedürfnisse, ihre Märkte einspannen. Das Kapital würde dann über die Studienpläne und die Forschungsprojekte bestimmen.

Vor zwei Präsidentschaftsperioden begann der Diebstahl am nationalen Eigentum, über die Privatisierung von Straßen, Häfen, Banken, Fluglinien, Eisenbahnen, strategischen Wirtschaftssektoren. Jetzt haben sie die Elektrizität und die wissenschaftliche Produktion im Blick. Das Schlimmste daran ist, dass die Leute in diesem Land nicht mehr lesen, nicht mehr denken, nicht mehr diskutieren und nur noch Fernsehen gucken, was für die große Mehrzahl der Menschen auch das einzige Medium ist, das sie sich überhaupt leisten können. Nur werden hier keine Informationen vermittelt, sondern wird nur gesagt, was du zu denken und zu meinen hast.

Die Intellektuellen und die hochrangigen Machthabenden sind über die Zukunft der Universität uneins; die Mehrheit der Menschen betrachtet die StudentInnen als wilde Dinosaurier, die die Universität nur dicht gemacht haben, weil sie gerade Lust darauf gehabt hätten. Viele der Beamte, die noch umsonst studiert haben, möchten jetzt die Türen für die die nach ihnen kommen schließen. Jeden Tag sind die StudentInnen einsamer und unverstandener in diesem Kampf, der ganz gewiss gerecht und legitim ist. Die Universitätsleitung fährt eine Zermürbungsstrategie. Keine Antworten geben, den Konflikt so lange wie möglich hinausziehen, damit sich Resignation breit macht, vor allem bei denjenigen, die Tag und Nacht auf dem Campus Wache halten und denjenigen, die an den unendlichen Versammlungen teilnehmen. Die Universitätsleitung rief Aufstandsbekämpfungstruppen der Polizei auf den Campus, die versuchten, die besetzten Gebäude zurückzuerobern. Es gelang ihnen nicht.

Die Universitätsleitung torpediert alle Dialogvorschläge, um Zeit zu gewinnen, während das Fernsehen, die Streikenden als unnachgiebig präsentiert. Die öffentliche Meinung wird darauf vorbereitet, dass die Polizei oder die Armee reingeschickt wird.

Heute Mittag versammelten sich die StudentInnen vor den Sendeanstalten, um zu protestieren; es kamen die Aufstandsbekämpfungsgruppen der Polizei und verprügelten sie. Die Nachrichtensender gratulierten sich gegenseitig für die Bestrafung derer, die den Stau verursachten und so dafür sorgten, dass die armen Autofahrer viel Zeit verloren. Zu den Überschwemmungen schreibe ich Euch morgen etwas, denn ich habe heute schon zu viel Galle verspritzt in diesem Brief, und die Geschichte mit diesen Überschwemmungen ist wirklich kriminell. Wenn jemand sie mir erzählte, ich würde sie nicht glauben. Es ist haarsträubender als ein Horrorroman. Es ist wie ein "Krimi", aber ein wirklicher.

Marta Durán

Übersetzung: Cantinflas

41. Macher, Retter, Sieger. Russland vor der Wahl - eine Moskauer Skizze

Autor: Kai Ehlers · Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak432/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:432:33

Wer zur Zeit nach Moskau kommt, erlebt eine andere Stadt als vor einem halben Jahr. Moskau liegt im antiterroristischen Fieber: Anderthalb Stunden Kontrolle am Flughafen; Bilder aus der Zeit vor der Perestroika kommen hoch. Hart klingen die Rechtfertigungen von Freunden, mit denen man sich kürzlich noch einig war in der Ablehnung des NATO-Krieges im Kosovo: "Ihr könnt diskutieren, ob die kaukasische Spur glaubhaft ist oder nicht. Für uns hier gibt es nichts mehr zu diskutieren; wir haben den Krieg im Land. Jetzt geht es ums Überleben. Russland muss mit dem Banditismus und Terrorismus aufräumen, sonst geht es unter."

Eine Opposition gegen die Politik Ministerpräsident Putins, der den "Banditismus bis zu Ende ausräumen" will, gibt es so gut wie nicht. Putins Rating, d.h. die wöchentlich erstellte Sympathiekurve für Politiker, ist seit der Eröffnung des Krieges von nahezu Null auf Spitzenwerte gestiegen. Er ist der starke Mann, auf den alle gewartet haben. Öffentliche Kritik an Putins Kurs äußern nur die Helsinkigruppen, "Memorial" oder ähnliche Vereinigungen, die sich für die Rechte der Flüchtlinge einsetzen, sowie die Nationalbolschewisten, die Wladimir Putin vorwerfen, in Grosny Bomben auf Russen zu werfen.

Wahlkampf als Wettstreit der Patrioten

Das Land, scheint es, lechzt aber nicht nur nach einem starken Mann; es lechzt vor allem nach einem Sieg. Der Wunsch nach Revanche für die Niederlagen und Misserfolge der letzten Jahre ist unüberhörbar: für Afghanistan, für den verlorenen Kalten Krieg, für die Verwandlung der realsozialistischen in eine kriminelle Gesellschaft, für das Desaster des ersten Krieges in Tschetschenien, für die Demütigung durch die NATO im Kosovokrieg - und für die Anmaßung des Westens, der Russland verwehren wolle, das zu tun, was er selbst soeben an Serbien demonstriert habe. Dabei wird in der Regel noch betont, dass Russland nicht - wie die NATO - über einen souveränen Staat herfalle, sondern Souveränitätsrechte auf seinem eigenen Territorium wahrnehme.

Vor diesem Hintergrund wird der Wahlkampf zum Wettstreit der Patrioten, die alle den Sieg versprechen. Der Patriot des Tages heißt Wladimir Putin. Der Krieg, den er führen lässt, unterscheidet sich von dem unprofessionellen Vorgehen, durch das der erste tschetschenische Krieg gekennzeichnet war.

Putin hat die Lektion der NATO verstanden: Er führt den Krieg als Medienkrieg. Vieles, bis hin zur täglichen Berichterstattung aus dem Hauptquartier, erscheint wie eine Wiederholung der NATO-Inszenierung vom Anfang dieses Jahres. Als Westeuropäer, der den Kosovokrieg am Schirm des Heimkinos erleben musste, fühlt man sich wie zu Hause: Dieselben Bilder, dieselbe Sprachregelung, dieselbe Schizophrenie im Bewusstsein der Bevölkerung, die einen von Spezialisten geführten Krieg im Sessel erlebt, nur dass dazu nicht Bier, sondern Tee und Wodka konsumiert wird.

Putins Rating wird so lange die Spitze halten, wie der Krieg ohne große Opfer einem Sieg entgegenzugehen verspricht - auch wenn zur Zeit niemand sagen kann, worin dieser Sieg bestehen könnte. Sobald es aber Opfer gibt, wird die gegenwärtige Sprachregelung in sich zusammenbrechen, dass der Krieg kein Krieg sei und die Flüchtlinge keine Flüchtlinge, sondern "zeitweilige Umsiedler". Gut möglich, dass Boris Jelzin Putin dann fallen lässt wie schon so viele vor ihm. Vor wenigen Wochen hat der Jelzin-Clan noch einen neuen Stern am politischen Himmel Russlands aufgehen lassen, Sergei Schoigu, bisher unauffälliger Minister für das Katastrophenwesen.

Seit vier Wochen führt Sergei Schoigu im Auftrag des Präsidenten eine Gruppe namens "Jedinstwa" (Einheit), das ist eine Abkürzung der Bezeichnung "Überregionale Bewegung für die Einheit"; die Gruppierung ist auch unter dem Namen "Medwedjew" (Löwe) bekannt. Sie bietet sich als Konkurrenz zu Luschkows Gouverneursblock "Vaterland - das ganze Russland" an.

Wie Wladimir Putin ist Sergei Schoigu ein Mann der jüngeren Generation, wie dieser hat er eine militärische Laufbahn hinter sich. Seit 1991 führt er das Ministerium für Katastrophenschutz. Sein Programm, Anfang November eilig in der Iswestija auf einer halben Seite veröffentlicht, ist so einfach wie durchsichtig: Wenn

Wladimir Putin der Macher ist, der dem Staat wieder Autorität verschafft, so wird mit Sergei Schoigu der gute Mensch angeboten, dem man vertrauen kann - der professionelle Retter, der den Katastrophenschutz zum politischen Programm Russlands erhebt.

Das von Schoigu propagierte Motto lautet: Vor dem Retter sind alle gleich; erst die Hilfe - dann die Politik. Sein Programm greift alle Kritiken der Opposition auf; es verspricht die Kontrolle der Wirtschaft, die Förderung der Produktion, zugleich eine gerechte Sozialpolitik und endet mit dem Satz: "Für eine Diktatur des gesunden Menschenverstandes." Letzteres ist direkt aus Alexander Lebeds Buch "Die Ideologie des gesunden Menschenverstandes" abgeschrieben, der es seinerseits von den Kommunisten entlehnt hat. Eine schönere Arbeitsteilung ist kaum noch denkbar; sie erstreckt sich bis ins tschetschenische Schlachtfeld, auf dem Wladimir Putin die Bombardierungen und daran anschließenden Säuberungen kommandiert, während Sergei Schoigu Decken und Zelte für die "vorübergehend Umgesiedelten" besorgt.

Was kommt nach der "Präsidialmonarchie"?

Diese Arbeitsteilung hat jedoch den Mangel, dass sie vom Präsidenten-Clan entstanden ist. Wladimir Putin wie Sergei Schoigu gelten dem Volk doch als Befehlsempfänger Jelzins. Auch mit dem Gespann Putin/Schoigu bleibt die Vorwahlkampagne bestimmt von den großen oppositionellen Blöcken, die sich in letzter Zeit herausgebildet haben. Nicht die Regierung, nicht rechte und nicht linke Radikale bestimmen das Feld. Gaidar, Kirijenko, Tschubajs und Co., die sich in der radikalliberalen "Vereinigung rechter Kräfte" verbunden haben, verlieren mit ihren Auftritten, in denen sie sich mit revolutionärer Geste als Alternative der Jugend oder als antifaschistische Aktivisten darzustellen versuchen, selbst die Achtung ihrer eigenen Leute.

Nationalprovokateur Wladimir Schirinowski hat es bis jetzt nicht geschafft, seine Partei durch die Zulassungsprüfungen der Wahlkommission zu bringen, weil die von ihm aufgestellten Kandidaten nicht bereit waren, Auskunft über ihre Vermögenslage zu geben. Im Gegenzug präsentierte er eine neue Liste unter seinem eigenen Namen, auf der er nur noch Arbeitslose, Bettler und Obdachlose kandidieren lassen will. Manöver dieser Art sind Stoff für Karikaturisten, für eine Wiederwahl reichen sie nicht.

Hitler-Verehrer Alexander Barkaschow hat es dagegen geschafft, nach vorübergehendem Auftrittsverbot für die Sturmtruppen der "Russischen nationalen Einheit" unter dem neuen Namen "Spas" (Rettung) die Zulassung zu den Wahlen zu erhalten. Eine reale Chance, die 5%-Hürde zu nehmen, hat er nicht. Er kann bestenfalls den Zutreiber für eine verängstigte Mitte machen.

Alexander Lebed hat sich aus der Dumawahl zurückgezogen. Das Wiederaufflammen des Krieges in Tschetschenien, mehr noch, die Verwandlung des Friedens in eine terroristische Bedrohung, hat ihn sein Image als Friedensgeneral gekostet. Was bleibt, ist der General und Gouverneur Lebed, der verstrickt ist in einen Nahkampf mit der regionalen Krasnojarsker Mafia. Dieser Kampf scheint seine Kräfte zur Zeit vollkommen zu binden. Lebed hält sich auf diese Weise aber auch "sauber" für den nach der Duma-Wahl anstehenden Wechsel im Amt des Präsidenten.

Bleiben als entscheidende politische Kräfte, der Größe ihres Einflusses nach aufgezählt: die "Kommunistische Partei Russlands" (KPRF), der Block "Vaterland - das ganze Russland" mit Juri Luschkow und Jewgeni Primakow an der Spitze und die Vereinigung "Jabloko" mit dem im Westen beliebten Grigori Jawlinksi sowie dem ehemaligen Ministerpräsidenten Stepaschin als Leitfiguren. Diese drei Blöcke werden, in dieser oder jener Konstellation, die neue Duma bestimmen.

Der Wahrheit am nächsten kommt wohl Pjotr Fjodossow, Berater des Vorsitzenden im Föderationsrat, wenn er erklärt, die neue Duma habe zwei sich widersprechende Aufgaben zu erfüllen, nämlich Kontinuität und Wechsel der Macht zugleich zu gewährleisten - Kontinuität als Fortsetzung der demokratischen Reformen, Wechsel als Ende der kriminellen Zerstörung des Landes. Dafür müsse in die neu zu wählende Duma eine stabile patriotische Mehrheit einziehen, die in der Lage sei, eine Verfassungsänderung zu beschließen, die der Regierung mehr Macht gebe - während die jetzige Verfassung alle Macht beim Präsidenten konzentriere.

Was aber geschieht, wenn keine "vernünftige patriotische Mehrheit", wie Fjodossow es nennt, zu Stande kommt? Was geschieht, wenn der Krieg eskaliert? Darüber will zur Zeit niemand nachdenken - die einen nicht, weil sie den Zerfall Russlands, die anderen nicht, weil sie eine autoritäre Re-Zentralisierung fürchten. Alle aber erwarten vom Ausgang der Duma-Wahl am 19. Dezember Signale, was auf die in Russland inzwischen so

genannte Präsidialmonarchie Jelzins folgen wird. Das gibt der Wahl, allen Unkenrufen zum Trotz, eine große Bedeutung.

Kai Ehlers

www.kai-ehlers.de

42. Karneval des Protests. US-Linke und Gewerkschaften mobilisieren gegen die WTO

Autor: Max Böhnel · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak432/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:432:12

Ob sich die EU-Länder und die USA nun auf eine Tagesordnung für die WTO-Runde in Seattle einigen oder nicht, ob die kleine Runde tagt oder die große - für den "Protest des Jahrhunderts", wie einige US-Zeitungen schreiben, mobilisieren nationale und regionale Gruppen in den USA schon seit Monaten. Die ersten Aktionen an der US-Westküste sind bereits angelaufen, und ein loses Bündnis von reformorientierten bis die WTO rundum ablehnenden Gruppierungen hat geplant, Seattle vom 29. November bis zum 3. Dezember zum Höhepunkt vielfältigster Aktionen zu machen.

Seattle liegt im US-Staat Washington (nicht zu verwechseln mit der Hauptstadt Washington D.C., die sich sechs Flugstunden entfernt an der Ostküste befindet) im pazifischen Nordwesten der USA. Die Stadt ist wie kaum eine andere auf Grund ihrer politischen Infrastruktur für medienwirksame Proteste prädestiniert. Denn Seattle gilt vielen US-Unternehmen als Sprungbrett zu den Märkten Asiens, und ein Viertel aller regionalen Arbeitsplätze hängt von der Exportindustrie ab.

Auf Grund der gewerkschaftlichen Verankerung in den entsprechenden Branchen sehen sich deshalb auch die örtlichen Verbände verpflichtet, zum Thema Globalisierung und Freihandel eine arbeitnehmerfreundliche Position zu beziehen. Erstmals seit Jahrzehnten ist in den USA daher von einem vorsichtigen Protest-Bündnis zwischen sozialen Bewegungen und Gewerkschaften zu sprechen, zumindest auf regionaler Ebene.

Ein weiterer Grund spricht für Seattle. Es gilt als geographische Herz einer Kultur, in der Umweltschutz, das Misstrauen gegenüber der Zentralregierung, indianische Widerstandserfahrung und Aktionsformen des zivilen Ungehorsams selbst in Teilen der "Normal"-Bevölkerung populär sind. Ende Oktober beispielsweise legten mehrere Aktivisten in Portland im Bundesstaat Oregon das Büro der Bundespolizei FBI mit einer Besetzungsaktion fünf Stunden lang lahm, bevor sie festgenommen wurden. Ihre Forderung, die Freigabe der FBI-Akten über Mumia Abu Jamal, war daraufhin in sämtlichen Lokal-Medien zu vernehmen.

Protest auf der Straße

Mit Aufsehen erregenden Aktionen bis hin zur Kaufhausbesetzung hoffen die Organisatoren des Direct Action Network (DAN), einem Zusammenschluss aus tatsächlichen und ehemaligen Westküsten-Linken sowie Straßentheater-Gruppen, Ende November weltweit Aufmerksamkeit auf die Welthandelsorganisation zu lenken. "DAN stellt die Infrastruktur für eine aggressive, aufeinander abgestimmte und farbenfrohe Woche zivilen Ungehorsams, die das WTO-Treffen stilllegt und die Weltöffentlichkeit zum Nachdenken anregt", heißt es nicht unbescheiden, und: "Wir fordern einen Sitz am Verhandlungstisch, wenn sich die WTO das nächste Mal zu treffen versucht."

Die Lahmlegung des Ministertreffens soll in dezentralisierten Kleingruppen-Aktionen von 5 bis 20 Menschen erfolgen. Finanziell und juristisch unterstützt wird das Vorhaben von NGOs wie Global Exchange, Earth First und der Ruckus Society sowie von der nationalen Anwaltsvereinigung. Ebenfalls mit dabei sind die Wobblies der Industrial Workers of the World (IWW) und Aktivisten der Peoples Global Action.

Im Vorfeld hatten sich die genannten Gruppierungen auf folgende Aktionsgrundlagen geeinigt: gewaltfrei, keine Waffen, keine Drogen, kein Sachschaden. Wer in der Aktionswoche etwa beim Blockade-Straßentheater, beim Transparente-Aufhängen an einem Hochhaus, beim stillen Gebet auf der Kreuzung oder bei "einer aggressiveren Konfrontationstaktik" festgenommen wird, dem/der steht die Unterstützung eines Anwaltskollektivs zu.

Das wird auch bitter nötig sein. Denn die Polizei hat angekündigt, Pfeffergas anzuwenden und ein militärisch geschultes und ausgerüstetes Sonderkommando einzusetzen. Laut Presse ist der gesamte Repressionsapparat zum Schutz des Ministertreffens und zur Überwachung potenzieller Unruhestifter im Einsatz. Zugegen sein werden Vertreter des US Secret Service, des FBI, des Bureau of Alcohol, Tobacco and Fire Arms, des Außenministeriums, der County-Sheriff mit seinen Untergebenen sowie die Polizei von Seattle.

... und im Kongresssaal

Weniger spektakulär als das militante Straßentheater, aber medienträchtig wird sich Seattle abseits der offiziellen WTO-Tagung zeigen, wenn jeweils unter einem spezifischen Themenschwerpunkt Kleinkonferenzen und Arbeitsgruppen tagen (Umwelt/Gesundheit, ArbeiterInnen/Menschenrechte, Frauen/Demokratie/Entwicklung und Nahrung/Landwirtschaft).

Einen ersten Höhepunkt dürfte eine hochrangige Podiumsdiskussion darstellen, bei der sich der Verbraucheranwalt und Ex-Präsidentschaftskandidat Ralph Nader und Vandada Shiva als Vertreter der Globalisierungsgegner mit Vertretern der Kapitalseite messen wollen. Diese Seite wird vertreten von Scott Miller von Procter and Gamble. Der stellvertretende US-Handelsminister Davis Aaron ist eingeladen. Die Diskussion wurde organisiert vom International Forum on Globalization, einer Gruppe von rund 60 reformorientierten Intellektuellen, die in der Globalisierung den "extremsten Restrukturierungsprozess des Globus seit der industriellen Revolution" sehen.

Am 30. November darf die versammelte Weltpresse Ausschau halten nach der "größten Protestdemonstration auf US-amerikanischem Boden gegen den Freihandel", wie nationale Medien voraussagen. Gerechnet wird mit mindestens 50.000 TeilnehmerInnen aus rund 20 Ländern. Die Mehrzahl der DemonstrantInnen dürfte aus dem grünen, gewerkschaftlichen und restlinken Westküsten-Spektrum kommen.

Eine Arbeitsgruppe aus der Regionalvertretung des Gewerkschaftsdachverbandes AFL-CIO und der linken IWW hat sich zur Aufgabe gemacht, LohnarbeiterInnen, StudentInnen und SchülerInnen in Seattle zum "walk-out" auf die Straße zu bewegen.Der AFL-CIO verteilt Flugblätter, in denen Lohnabhängige in abgeschwächter Form aufgerufen werden, "den Tag frei zu nehmen". Denn wegen der Großdemonstration sei so oder so mit Transportproblemen zum Arbeitsplatz zu rechnen, lautet die Begründung. Inzwischen ist die Zahl der Organisationen, die zur Demo aufrufen, auf über 300 angewachsen.

Die Globalisierungsgegner könnten die Stadt "in einen Karneval des Protests und vielleicht sogar in einen Sumpf verwandeln, in dem gar nichts mehr geht", hieß es kürzlich mit sympathisierenden Untertönen in der New York Times.

Die politische Einordnung der Anti-WTO-Kampagne in das Verbands- und Parteispektrum der USA fällt vergleichsweise einfach aus. Liberalisierungsentwürfe der Clinton-Regierung stoßen seit Jahren zunehmend auf Skepsis in der politischen Elite. Noch 1992 machte Clinton mit dem NAFTA-Freihandelsabkommen Wahlkampf - und gewann die Präsidentschaft. Fünf Jahre später scheiterte er beim Versuch, präsidentielle Sonderbefugnisse für Außenhandelsabkommen gesetzlich zu verankern, an einem massiven "No" des US-Kongresses.

Die Haltung zur Globalisierung ist im Kongress und in beiden US-Großparteien, Republikanern wie Demokraten, umstritten. Vorbei sind die Zeiten, da riesige Mehrheiten in den USA dem Freihandel grünes Licht erteilten. Zwar unterstützen Umfragen zufolge mehr als zwei Drittel der US-Bevölkerung ihr Land als "Führer der globalen Wirtschaft". Doch fast eine Hälfte, rund 45 Prozent, plädiert dafür, den "Trend zur Globalisierung zu verlangsamen, weil sie auch amerikanischen Arbeitern schadet." Der seit acht Jahren anhaltende Wirtschaftsboom hat die wirtschaftliche Unsicherheit - die Angst vor Jobverlust, geringeren Renten und mieser oder gar keiner Krankenversicherung - nicht verdecken können.

Beobachtern des Abstimmungsverhaltens von Kongress-Mitgliedern zufolge ist rund ein Drittel der Republikaner gegen Freihandel - meist, weil sie internationale Organisationen wie die WTO hassen, in "Rot-China" einen Hauptfeind sehen und/oder Umweltschützer verachten. Skeptisch bis ablehnend verhalten sich auch die "alten", gewerkschaftsnahen Demokraten. Eindeutig stark für den Freihandel machen sich nur Clintons "neue" und zentristische "Dritte-Weg"-Demokraten sowie etwas mehr als die Hälfte der Republikaner.

Von politischer Bedeutung sind die Proteste in Seattle für die US-Linke und das Kräfteverhältnis bei den Demokraten und im Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO allemal. Denn Freihandel und Globalisierung werden mit Sicherheit zu Themen bei den Präsidentschaftswahlen, und Al Gore, aussichtsreicher Kandidat der Demokraten, wird offen von der Gewerkschaftsspitze unterstützt. Doch da gibt es einen Haken, der Linken, regionalen Industrie-Gewerkschaften und Basisaktivisten große Bauchschmerzen bereitet. Gore ist ein neoliberaler US-Nationalist sondergleichen und hatte schon 1994 angekündigt, die USA würden "kein einziges Gesetz ändern, nur weil die WTO es will". Gore bietet sich Freihandels-Gegnern also ausgezeichnet als Ziel an. So manche Gewerkschaften in Seattle dagegen denken jetzt daran, die Proteste wieder abzusagen.

Max Böhnel, New York

Das informationszentrum 3. welt, Freiburg und der BUKO haben ein Sonderheft zur "millenium round" der Welthandelsorganisation WTO herausgebracht. Kuhhandel des Jahrtausends? kostet 6 DM und ist über das iz3w, Postfach 5328, 79020 Freiburg zu bestellen.

43. Barbaren des 21. Jahrhunderts. Zum historisch-materialistischen Kontext der Sloterdijk-Debatte

Autor: Detlef Hartmann · Rubrik: Wissenschaftskritik; Diskussion · CD-Datei: daten/aksuche/ak432/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:432:42

Die Medien geizten nicht mit Pathos. Den "Kulturkampf" rief Roger de Weck im Titelbalken der Zeit aus, und Christian Geyer sah eine "ultimative Gesamtdebatte" auf uns zurollen, die die "geistigen Grundlagen der Bundesrepublik revolutionieren" sollte. (1) Ein philosophisches Fieber ergriff die Kulturnation und trieb die Erregung auf ein ungewohntes Niveau, Sloterdijk-Fieber, in dem "... etwas für das ganze Land Bedeutsames aufbricht". (2) Die "Infektion" in den Worten des Philosophen Peter Sloterdijk war beabsichtigt und kühl kalkuliert. Er hatte sie in einer den Philosophen Levinas und Heidegger gewidmeten Tagung im Juli auf Schloss Elmau gesetzt. Unter dem Titel "Regeln für den Menschenpark" hatte er unter Berufung auf Platons und Nietzsches Züchtungsgedanken einen Umbruch im Denken verlangt: weg von dem humanistischen Glauben an die freundschaftliche Zähmung des Menschen durch Vernunft und Rede, hin zur Gewalt, zur Erkenntnis, dass "der Mensch für den Menschen die höhere Gewalt darstellt", hin auch zur erneuten Öffnung für Fragen der "Züchtung", der "Menschenzucht", der Öffnung für Fragen der "Anthropotechniken", der "züchterischen Steuerung der Reproduktion", "pränatalen Selektion". Binnen Wochen entwickelte sich eine gigantische spekulative Blase hitziger Debatten mit Ausläufern nach Italien und Frankreich. Erbitterte Vorwürfe faschistischer Gedanken und Rhetorik kontrastierten mit dankbaren Kommentaren für den erneuten Anstoß zur Bioethikdebatte. Überraschend viele Kommentare aus dem traditionell linken Spektrum wiegelten ab: Die Bioethik-Entwicklung sei längst gefährlich weiter, Sloterdijk sei eher harmlos, die taz stellte gar eine Unbedenklichkeitsbescheinigung aus: "Belege für die großen Vorwürfe gegen Sloterdijk sind im veröffentlichten Text nicht zu finden." Ganz anders die Töne im rechten Spektrum: Auf dem Höhepunkt der Erregung begriffen und begrüßten sie die Debatte als Offensive im "Kulturkampf" auf dem Weg zur "metaphysischen Gründung der "Berliner Republik". (3) Derzeit ist die erste Fieberwelle abgeflaut, Sloterdijk scheint sich etwas aus der Rolle des Protagonisten zurückzuziehen und bereitet einen Folgekongress für Dezember auf Schloss Elmau vor. Faschismus oder harmlos? Revolutionierung oder belanglos? Schon in der Disparatheit der verbalen Einsätze trägt die spekulative Aufwallung alle typischen Merkmale eines Umbruchsdiskurses.

In historischen Umbruchsituationen wie der heutigen sind Diskurse Manöver, in denen sich Einstellungen reorganisieren, Mentalitäten transformieren, soziale und geistige Energien neu ausrichten. Es erscheint mir absurd, die Sloterdijk-Debatte aus sich selbst heraus begreifen zu wollen oder gar die begrenzten philosophischen, bioethischen, geistesgeschichtlichen Horizonte der Beiträge zu akzeptieren. Nur im historisch-materialistischen Kontext des aktuellen Umbruchprozesses lässt sich die Bedeutung der Debatte entziffern. Kapitalismus ist kein statisches System, sondern ein gewaltsamer Prozess sozialer Inwertsetzung. Wir stehen im innovativen Umbruch zu einer neuen Formation inwertsetzender Gewalt, deren Strategien nach allen gesellschaftlichen Dimensionen greifen. In einem Prozess "schöpferischer Zerstörung" brechen sie die gesellschaftlichen Bedingungen und Formen der Wertschöpfung um, wie die jetzt wieder herrschende politische Ökonomie Schumpeterscher Prägung es formuliert. Es ist die Gesamtheit seiner ökonomischen, technologischen, sozialen und kulturellen Kräfte, die in diesem Prozess auf die Steigerung ihrer Aggressivität angewiesen sind. So sind auch philosophische Diskurse weder durch diesen Prozess verursacht noch sein bloßer Ausdruck oder gar auf legitimatorische Funktionen beschränkt. Vielmehr korrespondieren sie in der Herstellung von Einstellungen zum sozialen "Objekt" ihres Angriffs auf ihrer spezifischen Sinnebene mit den aggressiven Energien auf anderen Ebenen. Derzeit rüstet sich in den innovativen Schlüsselsektoren die aggressive Subjektivität von Unternehmern und ihren Funktionseliten aus Management, Technik (Arbeits-, Bio-, Sozialtechnologie etc.) zu völlig neuen Formen auf. Die Aufrüstung der philosophischen Selbstvergewisserung in einem neuen Willen zur Macht und die Durchbrechung der alten kritischen Resistenzen ist das Diskursprojekt, das Sloterdijk in diesen Prozess einbringt. Die Elmauer Rede war nur eine begrenzte Offensive, eingeleitet mit kühlem diskurstechnischen Raffinesse und auf ein ganzes Feld korrespondierender Offensiven bezogen, nicht zuletzt die von Nolte, Strauß, Walser etc. "Jeder Satz ein Funke von einem Willen zur Macht", propagiert Sloterdijk die Aufgabe des philosophischen Autoren. (4)

In diesem ersten Teil werde ich zeigen, dass gerade der Bezug auf Nietzsche im Kern von Sloterdijks Offensive angesiedelt ist und dass sie gerade darin die Grenzen des rein Philosophischen sprengt. In der Zeit der Gründung der "Berliner Republik" spielt Sloterdijk Nietzsches historische Offensive zur Zeit der Reichsgründung nach, unter neuen Bedingungen. Auch damals ging es um die Durchbrechung der Barrieren kritischer Erkenntnis durch eine aggressiven Metaphysik des Willens. Aber viel wichtiger: Auch damals sprengte sie die Grenzen der akademischen Philosophie, das Projekt des Willens zur Macht griff auch nach der politischen Ökonomie. Ein Exkurs zur Bedeutung Nietzsches für das Selbstverständnis der von ihm angestoßenen innovativen Eliten im fordistisch/tayloristischen Umbruch wird uns verstehen helfen, wie eng der Prozess inwertsetzender Gewalt und der philosophischen Rekonstruktion des Willens zur Macht auch heute verzahnt sind.

"Regeln für den Menschenpark"

Sloterdijks Elmauer Rede (5) fängt bieder an. In einer langatmigen und eher behäbig-beschaulichen historischen Bebilderung legt er dar, was er als das Problem des Humanismus definiert: "Die Überzeugung, dass Menschen ‚Tiere unter Einfluss sind` und dass es deswegen unerlässlich sei, ihnen die richtige Art von Beeinflussung zukommen zu lassen ... : die Schlacht um den Menschen, die sich als Ringen zwischen bestialisierenden und zähmenden Tendenzen vollzieht." Der Humanismus in der europäischen Metaphysik, Christentum und Marxismus gleichermaßen, setzte auf die Definition des Menschen als "animal rationale", als vernünftiges Tier. Sloterdijk wählt die Auseinandersetzung mit Heideggers "Humanismusbrief" aus dem Jahre 1946, um an der "Katastrophe der Gegenwart" zu zeigen, dass dies der Frage nach dem Wesen des Menschen nur ausweiche. Auch Heidegger wirft er Verharmlosung vor, wenn dieser das Wesen des Menschen in idyllischen Metaphern zum "Hirten" und "Hüter des Seins" mache, weil allein er auf Grund der Bewusstseinsdifferenz zum Tier "Welt habe" und "in der Welt sei". Aber schon die Frage, wie der Nazi Heidegger vor 1945 das Sein seiner Mitmenschen - Juden, Roma, Slawen, Psychiatrisierte - gehütet habe, lässt Sloterdijk in unverschämt anstößiger Weise unberührt. Nicht nur das. Er bemüht Heideggers Sicht, um das Publikum mit einer Art philosophischer Version von Ernst Noltes Thesen zu konfrontieren. Bolschewismus, Faschismus und Amerikanismus beschreibt er als drei konkurrierende "Kanditaturen für eine humantitär verbrämte Weltherrschaft", als "drei Varianten derselben anthropozentrischen Gewalt": "der Humanismus als natürlicher Komplize aller nur möglichen Gräuel". Er verwendet dies als Zwischenschritt seiner eigenen Überlegungen, bejahend. Denn an Heidegger kritisiert er nur den Rückzug ins besinnliche Denken. Der habe sich 1946 mit dem Hirtenbild in die unhistorische Idylle verabschiedet und sich den historischen Aufgaben verweigert. Nicht ganz richtig, denn Heidegger hat sich ja schnell vom Schock des verlorenen Kriegs erholt und schon 1953 vorsichtig den Weg zu Nietzsches "Übermenschen" und seinem "Willen zur Macht" als "Ursein des Seienden" zurückgefunden. (6) Und das im vollen Bekenntnis zur fundamentalen Bedeutung dieser gefährlichen metaphysischen Figur in der Wirkung für "uns", "Europa", die "ganze Erde", für "morgen", und nicht für oberflächliche Analysen historischer und soziologischer Konfigurationen. (7) Sloterdijk ließ es unerwähnt und unkritisiert, aber er konnte davon ausgehen, dass jeder im Saal das wusste. Historisch unbelastet überspringt er Heideggers zaghafte Restaurationsversuche und bombardiert das erschreckte Publikum seinerseits mit einer Breitseite eindeutiger Schockbegriffe aus Nietzsches Arsenal. In den Kern - und das ist besonders wichtig - stellt Sloterdijk die Denkfiguren und mythischen Bilder, mit denen Nietzsche die "Aufrüstung der Subjektivität" (so seine gelungene Formulierung) in der Metaphysik des Willens illustriert, im Willen zur Macht. In Bezug auf Nietzsches Begriff von der Großzüchtung des Menschen, Zarathustra, dem Übermensch-Konzept etc., ruft er assoziativ das Klima von Nietzsches aggressiven Initiativen und Impulsen im Willen zur Macht wach, in einem geradezu millenarischen Bekenntnis: "Wenn Nietzsche vom Übermenschen spricht, so denkt er ein Weltalter tief über die Gegenwart hinaus. Er nimmt Maß an zurückliegenden tausendjährigen Prozessen ...". Erst dann wendet er sich - quasi exemplarisch und als Ausdruck einer grundlegend und zeitenüberspannend angelegten Willensmetaphysik - auch den biopolitischen Konkreta einer Propaganda der Notwendigkeiten der Menschenzüchtung zu, im Bekenntnis dazu, dass "... humanitas nicht nur Freundschaft des Menschen mit dem Menschen beinhaltet, sie impliziert auch immer - und mit wachsender Explizitheit -, dass der Mensch für den Menschen die höhere Gewalt darstellt". Platon bemüht er dann zur Beantwortung der Detailfragen dieser höheren Gewalt: Wo? "Im Betrieb des Menschenparks". Wie? Nicht demokratisch in der "turnusmäßigen" Wahl des "Hüters", sondern in einer "Direktion aus Einsicht". Durch wen? Durch ein "Expertenkönigtum" in der Anthropotechnik des "züchterischen Königswissens". Platon aus der Perspektive des immer noch aktuellen Nietzsche, denn: "Wer hat Atem genug, sich eine Weltzeit vorzustellen,

in der Nietzsche so historisch sein wird, wie Platon es für Nietzsche war?" Nietzsche als die personifizierte "höhere Gewalt" mit "Fernwirkung". "Es genügt, sich klarzumachen, dass die nächsten langen Zeitspannen für die Menschheit Perioden der gattungspolitischen Entscheidung sein werden."

Aus dieser Gedankenführung wird deutlich, dass Sloterdijk seine Schockpolitik fundamental in der Aufrüstung des Willens zur Macht im Verhältnis zu seinem sozialen Objekt anlegt und dass die beschränkte Kritik an der Aufforderung zu biopolitischer Verfügung über das lebendige Objekt an der Oberfläche des Details bleibt. In dieser Begrenzung mag sie manchen vergleichsweise harmlos erscheinen und - wie die Zeit es dankbar aufgreift - gar zur Anregung bioethischer Rechtfertigungspolitik taugen. Aber das macht Sloterdijk als Philosophiepolitiker umso gefährlicher und auch die plakativen Totalitarismusvorwürfe unverantwortlich harmlos. Der Vorwurf, es ginge Sloterdijk um die Propaganda und Wiederbelebung nazistischer Denkmuster, operiert mit reiztechnischen Schablonen und gibt Organen wie der taz die willkommene Gelegenheit zum Freispruch. So platt, unhistorisch und dumm ist Sloterdijk beileibe nicht. Es geht ihm nicht um die Wiederherstellung des Vergangenen, es geht ihm um die Gestaltung einer völlig neuen Ära der Globalisierung aus den alten Wurzeln des "Willens zur Macht", offen für völlig neue Formen einer politischen Philosophie, politischen Technologie und politischen Ökonomie. Es geht ihm um die "Fernwirkung", um das Morgen des "Willens zur Macht" für Europa und die Welt in Heideggers Sinn. Und darin knüpft er exakt an Nietzsche an, um ihn "ein Weltalter tief über die Gegenwart hinaus" fruchtbar zu machen. Es ist ein Ausdruck der verkommenen Debattenkultur selbst, wenn dies nicht wahrgenommen wird. So weit ich sehe, haben lediglich zwei Kommentatoren den Braten gerochen. Einer, Micha Brumlik (8), wenn er im Sloterdijk-Skandal in der Reihe der Nolte-, Botho-Strauß-, Walser-Skandale den Umbruch in eine neue "konservative Revolution" ahnt, die - wie wir wissen - seit ihren Anfängen in Nietzsches letzten Lebensjahren den Weg in das Dritte Reich mitgebahnt hat. (9) Der andere ist Lorenz Jäger (10), der als Kommentator der FAZ ziemlich nahe an der Küche ist und - wie ich vermute - am Braten mitbrät.

Um das zu begreifen, müssen wir uns von Marxschen Impulsen über die erstarrten Orthodoxien hinwegtragen lassen und neue Gedanken zum Verhältnis von politischer Ökonomie, Philosophie und Technologie anstellen. Das tun wir unten. Aber zunächst zu Jägers verblüffenden Fragen.

Reichsgründung und Berliner Republik

Am Ende eines Artikels voll Hoffnung auf die Schockwirkung der Sloterdijk-Offensive gegen die "kritische Theorie" als die leitende humanistische Philosophie der Bonner Republik fragt Lorenz Jäger: "Ist es ein Zufall, dass die Debatte mit dem Umzug der politischen Institutionen nach Berlin zusammenfällt? Kehren mit den Traditionen der Hauptstadt auch die Kulturtheorien von Leo Frobenius und Oswald Spengler zurück? Erleben wir die metaphysische Gründung der Berliner Republik? Eines ist sicher: Auf der philosophischen Bühne hat über Nacht ein Szenenwechsel stattgefunden. Eine Auseinandersetzung wie die von Heine mit Börne oder von Nietzsche mit dem ‚Bildungsphilister` David Strauß hat begonnen. Von ihr werden die nächsten Jahre geprägt sein."

Wer das fragt, weiß mehr, wer das sagt, brät mit. Denn wenige kennen heute noch David Strauß und Nietzsches Kritik. Und in der Tat. Diese Kritik ist ein wichtiger Schlüssel zum Verständnis von Sloterdijks politisch-philosophischer Offensive. Nietzsche hat sein philosophisches Leben als politischer Kampfphilosoph eingeleitet. In bewusstem Bezug auf den deutschen Einigungs-Krieg von 1870 konzipierte er eine Offensive von philosophischen Kampfschriften als politisches Projekt einer neuen Willensmetaphysik. Es sollte ein komplexer Angriff einer Vielzahl von Schriften (13 bis 24) zu allen relevanten sozialen Bereichen werden. Herausgekommen sind dabei in kurzer Folge bis 1876 "David Strauß, der Bekenner und der Schriftsteller", "Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben", "Schopenhauer als Erzieher", "Richard Wagner in Bayreuth", "Die Geburt der Tragödie", "Der griechische Staat", einige erziehungs-("züchtungs"-) politische Schriften und Vorträge und ein Haufen Aphorismen. Herausgegeben als "unzeitgemäße Betrachtungen", denn sie zielten auf Fernwirkung und stießen zunächst auf Widerwillen in der philosophischen Zunft. Wenn Sloterdijk in seinem Vortrag von "Aufrüstungsgeschichte der Subjektivität" spricht, dann trifft er den Kern dieser "Willensmetaphysik". Es ist - in Abkehr von den Disziplinen kritischer Erkenntnis - der Wille, von dem aus die gesellschaftlichen und kulturellen Bewegungen reflexiv begriffen und gestaltet werden, und zwar nicht mehr in der Blässe seines Ideengebers Schopenhauer, sondern schon jetzt erkennbar als "Willen zur Macht" oder besser als Willen zur "Bemächtigung".

Diese Aufrüstung aggressiv gestaltender Subjektivität betreibt und reflektiert Nietzsche als Bewegkraft des historischen Prozesses von Handeln und Erkennen, die in den verschiedenen "Sphären" der Gesellschaft nur ihren unterschiedlichen Ausdruck sucht. Auch in sich selbst. "Ich träume eine Genossenschaft von Menschen, welche unbedingt sind, keine Schonung kennen und ‚Vernichter` heißen wollen: sie halten an alles den Maßstab ihrer Kritik und opfern sich der Wahrheit. Das Schlimme und Falsche soll ans Licht. Wir wollen nicht vorzeitig bauen ..." (11) David Strauß wurde dazu ausersehen, die "kritische Theorie" von damals zu treffen. (12) Strauß hatte als so genannter linker "Junghegelianer" 1835 mit "Das Leben Jesu" eine ungeheure Wirkung auf die ideologiekritische Analyse der Religion in der neuen Linken gehabt. Vor allem Friedrich Engels hat nie nachgelassen, sein Lob zu singen, weil er ihm in besonderer Weise die geistige Emanzipation aus den Fesseln seines Wuppertaler Pietismus verdankt. (13) Strauß hatte eine große Wirkung, sein "Leben Jesu" diente zeitweise als Lehrmaterial in proletarischen Zirkeln bis nach England hinein. Strauß ist unter dem Eindruck des Einigungskriegs 1866 zu den Nationalliberalen abgerutscht (ähnlich wie Sloterdijk-Opfer Habermas in der Entdeckung der nationalen Frage und der philosophischen Zustimmung zum Kosovokrieg). Er war nur noch ein Schatten seiner alten emanzipatorischen Identität, eine leichte Beute für Nietzsches Angriffe. Schonungslos und voll zynischer Häme demontiert er ihn und die analytische Einstellung ("Nagetiere") im Dienst der Wende von der Ideologiekritik des Geistes zur Aufrüstung des deutschen Wesens und Willens.

Offener ist die vor allem antisemitische Feindkonstruktion seiner Willensmetaphysik im Schriftenkomplex zur "Geburt der Tragödie". Hier dient ein gebildeter kultureller Streifzug durch den Humanismus zum Aufweis, wie die "Metaphysik des Willens" sich in der "arischen Vorstellung ... (als) die erhabene Ansicht von der aktiven Sünde als der eigentlich prometheischen Tugend" materialisiert, gegen den "semitischen Sündenfall-Mythos" mit seiner "lügnerischen Vorspiegelung" und "Lüsternheit", die arisch-männliche gegen die semitisch-weibliche. Es geht um die Wiedergeburt des deutschen Mythus aus dem Geiste der Musik. Nicht nur gegen das "Semitische", sondern auch gegen die Ansprüche der "Arbeitssklaven" auf Würde und Gleichheit, gegen "Mitleid" und "Kultur des "Sklaventums" aus der Feder der Kommunisten, Sozialisten, der "weißen Rasse der Liberalen". (14) Das Schaffende schöpferisch-kriegerischer Aggressivität wird hier der "liberaloptimistischen Weltbetrachtung" der "Fürchtenden" gegenübergestellt, "jene(r) wahrhaft internationalen heimatlosen Geldeinsiedler", mit ihrer Vorstellung vom "Staat als Schutzanstalt egoistischer Einzelner". Dagegen ist das "...einzige Gegenmittel der Krieg und wiederum der Krieg". (15) Die deutsche Einigung im Krieg von 1870/71 kritisiert er als unvollkommenen Gründungsakt einer unerfüllten Bewegung "des Willens zur Herrschaft über Europa", der "Kraft zur Führung Europas" in Überwindung dieses Liberalismus.

Ich muss nochmals betonen: Die nietzscheanische Wende in der Politik der Philosophie zielte auf die Zerstörung der liberalistischen Ideologie (markt-kommunikativen Handelns und Handels, könnte man mit Habermas sagen (16), einschl. ihrer positivistischen Begleitphilosophien und ihrer "kritischen" Theorie) und auf den Umbruch zur Metaphysik des Willens: des komplexen Willens zur Macht in allen Sphären des Denkens und Handelns in der schöpferischen Herstellung einer neuen Welt und der Emanzipation ihrer neuen Eliten als Herren eines neuen Europa. Die Gefährlichkeit des zerstörerisch-schöpferischen Herrengestus lag nicht in plumper Macht- und Raubgier, gegen deren Profanität sich Nietzsche immer verwahrte. Sie lag genau in der metaphysisch-grundsätzlich verstandenen Emanzipation neuer aggressiver Energien und ihrer Avantgarden, deren Gewalttätigkeit sich darum jenseits von Gut und Böse, von Schuld bewegte. "An sich von Recht und Unrecht reden, entbehrt allen Sinns: an sich kann natürlich ein Verletzen, ein Vergewaltigen, Ausbeuten, Vernichten nichts ‚Unrechtes` sein ... Man muss sich sogar noch etwas Bedenklicheres eingestehn: dass, vom höchsten biologischen Standpunkte aus, Rechtszustände immer nur Ausnahmezustände sein dürfen, als teilweise Restriktionen des eigentlichen Lebenswillens, der auf Macht aus ist, und sich dessen Gesamtzwecke als Einzelmittel unterordnend: nämlich als Mittel, größere Machteinheiten zu schaffen." (17)

Der Übermensch und die Arbeitssklaven

Die besondere Brisanz von Sloterdijks Propaganda, Nietzsches Offensive paradigmatisch für den aktuellen Umbruch zu erschließen, ergibt sich aus ihrer politisch-ökonomischen Reichweite. Hier materialisiert sich der "Übermensch" aus der Gewalt der Arbeitsunterwerfung als progressiver technokratischer Herrentypus, und zwar im Prozess der Globalisierung zur "Wirtschafts-Gesamtverwaltung der Erde", im ökonomisch-technischen Griff nach der Weltmacht. "Ich versuche eine ökonomische Rechtfertigung der Tugend. - Die Aufgabe ist, den Menschen möglichst nutzbar zu machen und ihn, so weit es irgendwie angeht, der unfehlbaren Maschine zu

nähern: Zu diesem Zwecke muss er mit Maschinen-Tugenden ausgestattet werden ..." "Auf jenem ersten Wege entsteht die Anpassung, die Abflachung, das höhere Chinesentum, die Instinkt-Bescheidenheit, die Zufriedenheit in der Verkleinerung des Menschen ... Haben wir erst jene unvermeidlich bevorstehende Wirtschafts-Gesamtverwaltung der Erde, dann kann die Menschheit als Maschinerie in deren Diensten ihren besten Sinn finden: - als ungeheures Räderwerk von immer kleineren, immer feineren ‚anzupassenden` Rädern; als ein immer wachsendes Überflüssig-werden aller dominierenden und kommandierenden Elemente; als ein Ganzes von ungeheurer Kraft, dessen einzelne Faktoren Minimal-Kräfte, Minimal-Werte darstellen. Im Gegensatz zu dieser Verkleinerung und Anpassung der Menschen an eine spezialisierte Nützlichkeit bedarf es der umgekehrten Bewegung, der Erzeugung des synthetischen, des summierenden, des rechtfertigenden Menschen, für den jene Machinalisierung der Menschheit eine Daseins-Vorausbedingung ist, als ein Untergestell, auf dem seine höhere Form zu sein sich erfinden kann." "... er steht auf ihnen, er lebt von ihnen, ... ein Maximum der Ausbeutung des Menschen ..." "Mein Begriff, mein Gleichnis für diesen Typus ist, wie man weiß, das Wort ‚Übermensch`". "Um sich aus jenem Chaos zu dieser Gestaltung emporzukämpfen - dazu bedarf es einer Nötigung: Man muss die Wahl haben, entweder zu Grunde zu gehen oder sich durchzusetzen. Eine herrschaftliche Rasse kann nur aus furchtbaren und gewaltsamen Anfängen emporwachsen. Problem: Wo sind die Barbaren des zwanzigsten Jahrhunderts? Offenbar werden sie erst nach ungeheuren sozialistischen Krisen sichtbar werden und sich konsolidieren, - - es werden die Elemente sein, die der größten Härte gegen sich selber fähig sind, und den längsten Willen garantieren können." (18)

Nun ist die Objektivierung und Verlagerung des sozialen Kommandos über die Arbeitskraft in die technologische Befehlsform der Gesamtmaschinerie der strategische Kern des tayloristisch/fordistischen Unterwerfungsangriffs auf die Arbeiterklasse und die Gesamtgesellschaft. Ein Projekt der politischen Technologie des Kapitals. Meinte Nietzsche das? Genau das meinte er. Lassen wir uns von der Metaphorik der Sprache nicht täuschen. Im Gegensatz zu vielen seiner Epigonen wie etwa Oswald Spengler (ein anderer von Sloterdijk wiederbelebter Exponent der "konservativen Revolution") hat Nietzsche einen souveränen formal-logischen Begriff der technologischen Seite. Unter dem inhaltlichen Titel "Der Wille zur Macht als Erkenntnis" handelt er die Axiomatik der zweiwertigen Logik (das ist die Logik, die die Maschinenprozesse beherrscht) mit lässiger Kennerschaft ab. Aber, und das ist entscheidend: nicht als Logik des Vorgefundenen, des Seienden, sondern als Logik der Bemächtigung, der Unterwerfung, des Willens zur Macht, die sich selbst in Form der Ontologie als philosophisches System nur vorspiegelt, sie hätte es vorgefunden. (19)

Damit wird eine politische Technologie als Klassenkrieg von den Höhen des technisch-logischen Kommandos her entworfen. Die funktionale Zerlegung und maschinen-logische Zucht seiner lebendigen Maschinenpartikel definiert sich als Akt sozialer Gewalt, als Emanzipationsbewegung neuer Eliten und zugleich als Grund der synthetischen Erkenntnisleistungen. Angesichts solcher progressistischer Entwürfe erscheint die Verharmlosung Nietzsches zum lebensphilosophischen Antimodernisten ihrerseits als ein sehr zweifelhaftes philosophiepolitisches Manöver.

Schockinszenierung und Transformationsdiskurs

Sloterdijk hat seine Rezepturen der Skandalinszenierung zum Zweck eines umfassenden Mentalitätsumbruchs schon vor Jahren entwickelt - aus der Analyse des Botho-Strauß-Skandals und im offenen Bezug auf Nietzsche. (20) Die barbarische Volley nietzscheanischer Geschosse auf sein zivilisiertes philosophisches Publikum in Elmau zur schockartigen Erregung eines Umbruchdiskurses war nur die politische Umsetzung, offenbar im Windschatten des durch den Kosovokrieg ausgelösten Barbarisierungsschubs. Der anschließende Angriff auf Habermas als Gallionsfigur der "kritischen Theorie" verkündete in der Balkenüberschrift seines offenen Briefs in der Zeit vom 9.9.1999 das politisch-philosophische Kriegsziel: "Die Kritische Theorie ist tot". Es war eine Offensive, die die zivilisierten Umgangsformen der Gebildeten schamlos und verletzend aufkündigte. Hämische Intrigen in Telefonaten mit Hamburg und Jerusalem wirft er ihm vor. Öffentlichen "terreur", in dem anklagen auch schon liquidieren heißt, "jetzt da hocheffiziente Massenmedien Aufputschungen in Realzeit bewirken können" ("selbst das NS-Regime war technisch langsamer ..."). "Ihre liberale Maske zerfällt." Habermas' Jakobinismus, "eine sozialliberale Version der Tugenddiktatur", sei am Ende.

Assheuer in der Zeit weiß zu berichten, dass Sloterdijk engster Berater von Suhrkamp-Chef Siegfried Unseld (der auch Walser zu seinen engsten Freunden zählt) ist und seinem auf drei Bände angelegten "Sphären-Projekt" eine besondere Bedeutung zukomme, "an der Grenze zum Totalitären". (21) So stellt sich

die Frage, wer es denn überhaupt ist, der hier die Skandal-Inszenierung und die Positionen von Skandalopfer und -täter besetzte? Sloterdijk allein? Der neue Nietzsche-orientierte philosophiepolitische Berater des Verlagschefs Unseld verkündet dem alten Verlagsflaggschiff der kritischen Theorie auf dem Höhepunkt des bundesweiten Kulturkampfs den "Tod der kritischen Theorie". Ohne Unseld vorher zu fragen? Es erscheint schwer vorstellbar, dass dies keine Inszenierung aus der Verlagsspitze selbst ist.

Damit steht diese Skandalinszenierung als letztes Glied einer ganzen Kette gleichgerichteter Diskursinszenierungen, von denen mit Historikerstreit und nachträglicher Goldhagen-Debatte, Lübeck-Skandal, Walser-Skandal mit anschließender hochgiftiger Demontage des gutmütigen Ignaz Bubis, Kriegsdiskurs am Kosovokrieg nur die wichtigsten benannt sind. Es sind von rechts geradezu technisch vorgetragene Diskursoffensiven zur Anstachelung eines Mentalitätsumbruchs. Sie alle haben eins gemeinsam. Sie bearbeiten spezifische Diskursfelder im Gesamtprojekt einer "konservativen Wende" nach historischem Muster. Der technisch eingeleitete Diskursprozess ist das Medium zur Erschließung eines Reservoirs schlummernder historischer Energien, die sie zu erwecken und wieder geschichtsmächtig zu machen suchen: die Rehabilitierung der nazistischen Energien aus der Notwehr gegen den Bolschewismus im Historikerstreit; die Entfesselung der Jugend von der moralischen Last des deutschen Mordens zu neuer Freiheit im Walser-Skandal (Unseld-Freund Walser sagt dazu, "das Missverständnis habe er riskieren müssen wie jetzt Sloterdijk (22); die Einbeziehung des "deutschen Wir" in die Normalität des neofaschistischen Tötens im Lübeck-Diskurs; das moralische Recht zum kriegerischen Töten für den Fortschritt im Kosovo-Diskurs. Wir haben die Techniken der Inszenierung von kollektiven Mentalitätsumbrüchen schon im Lübeck-Diskurs genauer analysiert. (23) Auch sie tragen alle Züge der Sloterdijkschen Inszenierung des "Metaskandals". "Objektiv" ging es um den Brand eines Hauses, in dem Flüchtlinge ums Leben gekommen waren. Trotz Indizien für rechte Täterschaft und inmitten des Wachstums rechter Hasstaten wurde von Anfang an ein emotionalisierter Diskurs gegen die plausiblen Annahme rechter Täterschaft geführt. Auch sie stilisierte "uns Deutsche" als Opfer antinazistischer Hypermoral. Aus der taz, dem ehemaligen Forum der kritischen Linken und Organ der neuen grünen Mittelschichten, wurde der Diskurs offen mit dem Ziel des "Mentalitätsumbruchs" geführt, in dem "wir Deutsche" uns der moralischen Hypothek des Verdachts entfesseln könnten. Wir haben ihn schon damals, schon vor dem Kosovo-Diskurs als Manöver der ehemaligen Linken zur Einleitung einer neuen "konservativen Wende" analysiert, zu einer Nazifizierung in neuer Unschuld.

Theorie und Praxis der deutschen Innovationsoffensive vor 1914 als Ausdruck der politischen Ökonomie der "schöpferischen Zerstörung" und des nietzscheanischen Impulses soll uns im zweiten Teil als Sprungbrett in die Darstellung der aktuellen Innovationsoffensive und des von Sloterdijk ausgelösten Diskurses dienen.

Detlef Hartmann

Anmerkungen:

1) Die Zeit, 7.10.99; FAZ, 8.10.99 und 3.11.99

2) FAZ, 8.10.99

3) Roger de Weck (Die Zeit, 7.10.99); Lorenz Jäger (FAZ, 13.9.99); Rolf Schneider (Berliner Morgenpost, 17.9.99); Christian Geyer (FAZ, 8.10.99); Barbara Spinelli (La Stampa, 3.10.99); Bruno Latour und É ric Alliez (Le Monde des Débats 11/99).

4) P. Sloterdijk, Selbstversuch. Ein Gespräch mit Carlos Oliveira, München 1996, Kap. XIV

5) in Die Zeit, 16.9.99. Inzwischen als Sonderdruck der edition suhrkamp erschienen.

6) M. Heidegger, Wer ist Nietzsches Zarathustra, in ders.: Vorträge und Aufsätze, Pfullingen 1954

7) ebd. S. 106 f., 114.

8) FR, 18.9.99

9) Besser als die weitgehend apologetische deutsche Literatur noch immer Jeffrey Herf: Reactionary Modernism, Cambridge 1984

10) FAZ, 13.9.99

11) F.Nietzsche, Gedanken und Entwürfe zu der Betrachtung "Wir Philologen", in: Gesammelte Werke, München 1922, Bd. 7, S. 217.

12) F. Nietzsche: David Strauß, der Bekenner und Schriftsteller, in: ders., Werke, krit. Gesamtausgabe, Berlin New York, Bd. III,1, 1972, S. 155.

13) vgl. besonders F. Engels' Briefe an seinen Freund Wilhelm Graeber, MEW Ergänzungsband 2. Teil Berlin 1982 Nr. 15, 20, 25, 27, 28, 41.

14) F. Nietzsche: Die Geburt der Tragödie, ebd. Bd. III,2, 1973, S. 65 f; ders.: Sokrates und die griechische Tragödie, nachgelassene Schriften 1870-73, ebd. , Bd. III,2, 109 f. und ders., Der griechische Staat, ebd. Bd. III,2, 1972, S. 259f. Das sind auch die Frühschrift, aus der Sloterdijk vorrangig seine Platon-Rezeption herleitet, ebenso die embyonalen Mythen in "Sphären".

15) F. Nietzsche: Der griechische Staat, ebd.

16) Habermas' Anschluss an George Herbert Mead hatte diese Bedeutung.

17) F. Nietzsche: Zur Genealogie der Moral, 2. Abhandlung, in ders., ebd, Bd. VI,2, S. 305, 328.

18) F. Nietzsche: Nachgelassene Fragmente Herbst 1887, in ebd., Bd. VIII,2, S. 125-128, 259f.

19) F. Nietzsche, Fragmente 1887-88, ebd., Bd. VIII,2, S. 29 ff., 49 ff., 52 ff.; Bd. VIII,3, 49 ff., 62 ff., 66 ff., 125 ff.

20) Anm. 4, Kapitel XIII, XIV

21) Assheuer zu Sloterdijk unter dem Titel "Das Zarathustra-Projekt", Die Zeit, 2.9.99

22) FAZ, 25.9.99: "Ich muss dir sagen, Günter"

23) Die Brandanschläge in der Barbarisierung der Gesellschaft. Hattingen-Lübeck, Schwarze Risse Rote Straße, Berlin/Göttingen 1998

44. Racak - Mutation eines Massakers. Linke Verschwörungstheorien und serbische Propaganda

Autor: Peter Wuttke · Rubrik: Kosovo-Krieg · CD-Datei: daten/aksuche/ak432/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:432:04

Am 15. Januar 1999 starben in einem Dorf im Kosovo 45 Menschen eines gewaltsamen Todes. International ist diese Gewalttat als Massaker von Raçak bekannt. Auch wenn die Toten längst beerdigt sind, geht die Debatte darüber weiter, auf welche Weise diese Menschen ums Leben kamen. Bei der politischen Bedeutung dieser Bluttat für die Vorgeschichte des Kosovo-Krieges ist das nicht verwunderlich: Schon einen Tag nach diesem Ereignis begann der Streit über seine Hintergründe. William Walker, der Leiter der "Kosovo Verification Mission" (KVM) der OSZE, sprach am 16.1.1999 sichtlich bewegt von einem Massaker, das von serbischen Polizei- und Sicherheitskräften an kosovo-albanischen Zivilisten begangen worden sei. Die jugoslawische Regierung sprach im Gegensatz dazu von einem Täuschungsmanöver der UCK und wollte Walker auf Grund seiner Anschuldigungen des Landes verweisen.

Der deutsche Außenminister Fischer erklärte im Rückblick, für ihn seien die Ereignisse ein Wendepunkt gewesen. (1) Damit steht er nicht allein, denn spätestens mit Raçak wurden Milosevic und die gesamte jugoslawische Regierung in den Augen der westlichen Politiker zu Parias. Die Gewaltstrategie der Belgrader Führung im Kosovo, die Javier Solana unter Berufung auf einen namentlich nicht genannten serbischen Diplomaten mit den Worten beschrieb "a village a day keeps NATO away" (2), war offenbar an ihr Ende gelangt.

Bis heute sind nicht alle Details der Untaten von Raçak geklärt, wenngleich die umfangreichen gerichtsmedizinischen Untersuchungen der Opfer seit Mitte März abgeschlossen sind und der entsprechende Bericht an das Internationale Kriegsverbrechertribunal für das frühere Jugoslawien weitergereicht wurde (3). Die Unterlagen sind dort Bestandteil des Beweismaterials, das im Zusammenhang mit der Anklage gegen Milosevic und andere führende Vertreter der Belgrader Regierung (4) gesammelt wird.

Trotz dieser Untersuchungen beharrt Belgrad auf seiner Darstellung. Es wird immer noch behauptet, die Ereignisse in Raçak seien von der UCK fingiert worden. Man könnte diese Auffassung als Schutzbehauptung bzw. als Propaganda vernachlässigen, wenn nicht manche Kriegsgegner immer wieder diese Belgrader Auffassung zur Rechtfertigung ihrer eigenen Haltung zum Kosovo-Krieg herangezogen hätten.

Zuletzt hat sich in Deutschland die amerikanische Journalistin Diana Johnstone entsprechend profiliert. Ihr Aufsatz "Das Raçak-Massaker als Auslöser des Krieges" (5) ist nach meiner Kenntnis unwidersprochen geblieben, obwohl er - wie ich zu zeigen beabsichtige - eine Reihe von Falschaussagen, Verkürzungen und Mystifizierungen enthält. Diese berechtigen in ihrer Summe dazu, ihn als klassisches Beispiel von Verschwörungstheorien und Propaganda zu klassifizieren.

Zum besseren Verständnis werde ich zunächst einige Schlaglichter auf den Gang von Johnstones Argumentation werfen. Anschließend betrachte ich ausgewählte Argumentationsstränge genauer. Im letzten Abschnitt wird ein Wort zur wissenschaftlichen und journalistischen Redlichkeit zu sagen sein.

Johnstones Text im Überblick

In der Einleitung ihres Aufsatzes stellt Diana Johnstone in groben Zügen die politische Kontroverse um Raçak dar. Die Überleitung zum ersten Abschnitt ihres Beitrages lautet dann: "Die Hintergründe dieser Ereignisse werfen ein düsteres Licht auf die Machenschaften der Krieg führenden westlichen Allianz." (S. 52)

Der erste Abschnitt (S. 52-56) ist der "OSZE-Spionage für die NATO" gewidmet. Die zentrale These lautet dabei: Die KVM der OSZE habe den Zweck gehabt, durch Spionage den Angriff der NATO vorzubereiten. Nach dem zweiten Abschnitt (S. 56-57), der "Die Ereignisse in Raçak" thematisiert, wird im dritten Abschnitt (S. 57-59) unter der Überschrift "Der Contra-Spezialist" auf den politischen Werdegang des Chefs der KVM, William Walker, aufmerksam gemacht. Im Mittelpunkt stehen hier Handlungen und Äußerungen Walkers, der seit Anfang der 70er bis ca. Mitte der 90er Jahre zum Teil federführend an subversiven Aktionen der US-amerikanischen Regierung in Mittelamerika beteiligt gewesen sein soll.

Anschließend beschreibt die Autorin, wie "Raçak als Symbol" gebraucht wurde (S. 59-61). Die Einschätzungen verschiedener Regierungschefs und -mitglieder werden kurz referiert. Angeführt werden Positionen von Milutinovic, Albright und Clinton, Cook, Jospin, Schröder und Fischer. Zudem werden entsprechende Stellungnahmen des NATO-Rates und des Vorsitzenden des Exekutivrates für das Kosovo, Z. Andjelkovic, wiedergegeben. "Die Kontroverse" um das Geschehen steht im Mittelpunkt des fünften Teils (S. 61-63). Hier werden zwei wichtige Artikel der französischen Tageszeitungen Le Monde und Le Figaro referiert, die am 20. bzw. 21.1.1999 zum Thema Raçak erschienen sind.

Der Schlussabschnitt unter der Überschrift "Die forensische Untersuchung" (S. 63-67) umreißt die gerichtsmedizinische Arbeit von der Überführung der Leichen nach Pristina bis hin zur dortigen Pressekonferenz der finnischen Forensikerin Dr. Helena Ranta (Mitte März 1999). Die letzten beiden Absätze des Aufsatzes widmen sich den Ereignissen vom Zeitpunkt dieser Pressekonferenz bis zum Abzug der OSZE-Beobachter (20. März 1999). Nach diesem Abzug war laut Johnstone der "Weg für neue Gewalttaten, Lügen, Mystifizierungen und Massaker, die Raçak bei weitem übertreffen sollten, (...) geebnet". (S. 67)

OSZE-Beobachter - Spione der NATO?

Im Abschnitt über die Aktivitäten der KVM im Kosovo behauptet Johnstone, die Mehrheit der OSZE-Beobachter sei aus den Reihen von Militär und Geheimdiensten rekrutiert worden. Einen Beleg für diese These nennt sie nicht. Die Autorin schreibt allerdings unter Bezugnahme auf einen Bericht des Spiegel vom 9.11.1998, dass statt der vereinbarten 2.000 nur 200 Beobachter eingetroffen seien. Das Nachrichtenmagazin formulierte laut Johnstone: "Die USA beauftragten das Privatunternehmen DynCorp aus Virginia, 150 Experten zu entsenden. Das Unternehmen, das bereits in Bosnien Erfahrungen gesammelt hatte, beschäftigte in erster Linie Veteranen der amerikanischen Streitkräfte - moderne Söldner, die gegenüber ihrem Arbeitgeber, jedoch nicht notwendigerweise gegenüber der OSZE oder der NATO loyal sind." (S. 54) (6)

Der Spiegel beschrieb nicht eindeutig, gegenüber wem Loyalität zu erwarten war, gegenüber DynCorp oder gegenüber den US-Streitkräften. Das Magazin wusste jedoch sehr wohl Gründe dafür anzugeben, warum in den wenigen Wochen seit dem Holbrooke-Milosevic-Abkommen vom 12. Oktober 1998 nur ein Zehntel des vorgesehenen Kontingents der Beobachter vor Ort war. Unmittelbar vor der zitierten Passage heißt es: "Noch sind erst 200 Beobachter vor Ort eingetroffen. Wegen der unberechenbaren Risiken hat die OSZE Schwierigkeiten, genug Freiwillige zu finden." (Hervorhebung P.W.) Auf Grund dieser Probleme und auf Grund der bis dahin kurzen Implementierungszeit ist es kaum überraschend, dass die Autorin Differenzen zwischen dem Abkommen und seiner Umsetzung konstatieren kann.

Der schwerwiegendste Vorwurf, der an die KVM-Mitarbeiter gerichtet ist, ist jedoch die Anschuldigung, Spionage betrieben zu haben. Dabei müssen sich die angeblichen Spione allerdings ausgesprochen dilettantisch angestellt haben, denn ihre Arbeit war nach Johnstone viel zu offensichtlich: "Mehr als 70% des Personals der angeblich zivilen Mission, bestand aus Angehörigen des Militärs, die ihre Anwesenheit im Kosovo zur Spionage nutzten." (S. 54)

Nach Angaben der amerikanischen Journalistin spielte bei diesen Agententätigkeiten die Sicherheitsabteilung der OSZE-Zentrale in Pristina die zentrale Rolle. (S. 54f). Die Autorin stützt diese Behauptung allerdings auf genau eine Quelle: einen Bericht in der italienischen Zeitschrift Limes. Um ihre These der OSZE-Spionage zu untermauern, weist Johnstone ferner darauf hin, dass die Beobachter gute Beziehungen zu Teilen der UCK unterhielten (S. 55). Dieser Vorwurf überrascht, denn die Beobachter der OSZE hatten ja gerade den Auftrag, auf möglichst vielen Ebenen zwischen den Konfliktparteien zu vermitteln. Johnstone hebt hervor, es sei bekannt geworden, dass organisierte "Schattenoperationen" bzw. "Deckungsoperationen" für Guerilla-Aktivitäten von Kosovaren durch OSZE-Kräfte vorgenommen worden seien. (S. 55) Auch hier wird nur eine Quelle als Beleg angegeben, erneut nur der schon genannte Limes-Artikel.

In diesem Zusammenhang wird andererseits behauptet, die OSZE-Beobachter hätten jeden Kontakt mit serbischen Polizeikräften abgelehnt. (S. 55) Ehemalige KVM-Mitarbeiter berichten allerdings vom Gegenteil. Rollie Keith, ein scharfer Kritiker des NATO-Bombenkrieges, war als Veteran der kanadischen Armee Leiter des KVM-Feldbüros in Kosovo Polje. In seiner Darstellung der Arbeit vor Ort schreibt er, dass es sehr wohl Kontakte zu den serbischen Sicherheitskräften gab: "Als Beobachter versuchten wir, (...) Verstöße gegen den Waffenstillstand zu überwachen und über sie zu berichten, aber meine Beobachter-Kollegen und ich arbeiteten

auch weiter mit beiden Kosovo-Parteien und den Binnenflüchtlingen zusammen, um die übrigen Aspekte unserer Mission zu fördern. (...) Ein Beispiel für diese humanitäre Arbeit war die Leitung einiger Dutzend Verhandlungssitzungen mit beiden Kriegsparteien und vertriebenen Dorfbewohnern." (7) Auch leichter zugängliche Quellen, wie die Neue Züricher Zeitung, sprechen vom gewohnheitsmäßigen Umgang der KVM mit Vertretern der serbischen Sicherheitskräfte. (8)

Mit kritischen Unterton vermerkt Diana Johnstone, dass die Amerikaner den OSZE-Beobachtern moderne Kommunikationstechnologien zur Verfügung stellten. Explizit nennt sie das satellitengestützte "Geographic Positioning System". (S. 55) Bei nüchterner Betrachtung drängt sich aber nicht der Verdacht auf, hier seien Spionagewerkzeuge zur Verfügung gestellt worden, sondern Ortungshilfen, die im Falle einer Gefährdung der Beobachter die sofortige präzise Lokalisierung der OSZE-Mitarbeiter möglich gemacht hätten. Denn die internationalen Beobachter waren nicht bei allen willkommen, sondern Gefahren für Leib und Leben ausgesetzt. Dies verdeutlicht etwa die Tatsache, dass einige orangefarbene OSZE-Fahrzeuge mit weißem Lack umgespritzt werden mussten, nachdem plötzlich Fahrzeuge der serbischen Sicherheitspolizei in Orange vorfuhren. (9)

Zum Kronzeugen für die angeblichen Spionage-Aktivitäten macht Johnstone den 32-jährigen Schweizer Geologen und OSZE-Beobachter Pascal Neuffer. Dieser sagte: "Wir hatten den sehr scharfen Eindruck, für die NATO zu spionieren." (S. 55) Berichte von OSZE-Beobachtern seien laut Neuffer von der schon angesprochenen Sicherheitsabteilung der OSZE-Zentrale im Fall von mangelnder Kritik an Serben "abgeändert oder zerrissen" worden (S. 55). Die OSZE-Sicherheitsabteilung, die Schaltzentrale der "Spionage", war demnach also nicht in der Lage, ihre Arbeit gegenüber den kritischsten Geistern unter den OSZE-Beobachtern geheim zu halten. Diese wenig überzeugende Argumentation Johnstones stützt sich erneut auf nur eine Quelle: auf die Eindrücke und Aussagen eines einzigen Beobachters.

Ein Verschwörer und Kriegstreiber

In manchen politischen Kreisen sind Verschwörungstheorien immer noch sehr gefragt. Was früher beispielsweise Geheimgesellschaften nachgesagt wurde, das leisten für Verschwörungstheoretiker und ihre Anhänger heute schwer fassbare Einrichtungen wie "das Kapital" bzw. der "militärisch-industrielle Komplex" oder aber Einzelpersonen mit offenbar herausragenden Fähigkeiten. Nach Johnstone scheint William Walker ein solcher Mensch zu sein.

Walker mag zu subversiven Aktivitäten der US-Regierung in Mittelamerika beigetragen haben. (10) Für sein Engagement im Kosovo aber spielen diese Hinweise Johnstones - wie berechtigt sie auch immer sein mögen - keine Rolle. (11) In Bezug auf Raçak ist dagegen wichtiger, was die Autorin zur Fähigkeit Walkers schreibt, wenn es um die Erzeugung von Medienaufmerksamkeit und Krieg geht: Sie weist darauf hin, dass Walker seit Ende 1998 innerhalb der OSZE sehr umstritten gewesen sei, weil er sich nicht durch Vermittlungsbemühungen zwischen den Bürgerkriegsparteien, sondern durch einseitige Verurteilungen der serbischen Seite ausgezeichnet habe. In dieser Situation sei ihm "Raçak" gerade recht gekommen: "Zu den Vorfällen in Raçak kam es genau zu dem Zeitpunkt, als Walker von den Europäern in der OSZE-Mission heftig kritisiert wurde, seine Mission zum Vorteil der UCK zu nutzen. Indem Walker sich der Vorfälle in Raçak annahm, rückte er sie in den Mittelpunkt des internationalen Medieninteresses, und es gelang ihm, seine Kritiker zu marginalisieren." (S. 56, Hervorhebung P.W.)

Die Anschuldigungen, die Walker am 16.1.1999 gegen die jugoslawischen Polizei- und Sicherheitskräfte erhob, sind zwar sehr wichtig für die Beurteilung der politischen Lage im Kosovo durch westliche Medien und Regierungen. Sie haben darüber hinaus aber auch ein eindeutiges Echo des UN-Sicherheitsrates erzeugt (12). Insofern ist es irreführend, so zu tun, als seien auch um eines persönlichen Vorteils willen Medien instrumentalisiert worden.

Ein Täuschungsmanöver der UCK?

Bei ihrer Darstellung der Ereignisse in Raçak fällt auf, dass Diana Johnstone immer wieder wichtige Aspekte der offiziellen jugoslawischen Sichtweise wiedergibt, ohne diese Sichtweise mit irgendeinem kritischen Wort zu begleiten. Sie schreibt: "Einer Mitteilung des serbischen Innenministeriums zufolge ‚attackierten Terroristen die Polizisten aus Gräben, Bunkern und Festungen mit Maschinengewehren und tragbaren Granatwerfern`. Im anschließenden Kampf wurden, laut dieser Mitteilung, ‚mehrere Dutzend Terroristen getötet`. Die meisten

sollen UCK-Abzeichen getragen haben." (S. 56f) An anderer Stelle (S. 64) kolportiert die Autorin das von jugoslawischen Stellen immer wieder verbreitete Gerücht, die Opfer von Raçak seien nach ihrem Tod und vor dem Erscheinen Walkers in zivile Kleidung gesteckt worden. (13)

Die offiziellen Mitteilungen der jugoslawischen Seite hatten sich zum Zeitpunkt der Veröffentlichung von Diana Johnstones Beitrag bereits als vollkommen unhaltbare Propagandalügen herausgestellt. Die Presseerklärung, die von Dr. Helena Ranta vom finnischen Forensiker-Team am 17.3.1999 abgegeben wurde, war diesbezüglich sehr deutlich: "An der Kleidung befanden sich keine Rang- oder sonstigen Erkennungszeichen einer militärischen Einheit. Ein Hinweis auf eine Entfernung von Rang- oder Erkennungszeichen fand sich nicht. Die Autopsieergebnisse (z.B. Einschusslöcher, koaguliertes Blut) und die Fotos vom Schauplatz lassen den Schluss zu, dass Kleidungsstücke höchstwahrscheinlich weder gewechselt noch entfernt wurden." (14)

Weiter schreibt Johnstone: "Die serbische Regierung behauptete, die UCK habe genügend Zeit gehabt, die Leichen gefallener Kämpfer über Nacht zusammenzutragen, um eine Massenerschießung vorzutäuschen." (S. 57) Auch diese Behauptung der serbischen Regierung wird nicht genauer beleuchtet oder gegen andere Stellungnahmen abgewogen. Die Presseerklärung von Helena Ranta, ein Text, den Diana Johnstone ausführlich zitiert, ist hier ebenfalls unmissverständlich: "Laut den Informationen der KVM/KDOM-Beobachter wurden insgesamt 22 Männer in einer Rinne in der Nähe des Dorfes Raçak gefunden. Sie wurden höchstwahrscheinlich am Fundort erschossen." (15)

Im Rahmen ihrer Darstellung der Ereignisse von Raçak spricht die amerikanische Journalistin davon, westliche Medien hätten die entsprechenden Darstellungen der jugoslawischen Seite ignoriert. (S. 57) Diese These verwundert schon allein deswegen, weil Johnstone für ihre Darstellung zwei entsprechende Berichte von Le Figaro und Le Monde vom 20. bzw. 21. Januar 1999 heranzieht. Diese Artikel der französischen Tageszeitungen sind international keineswegs ohne Beachtung geblieben. In Deutschland brachte beispielsweise Die Welt am 22. Januar 1999 einen entsprechenden Bericht. (16)

Kampf gegen Terroristen?

Mangel an kritischer Distanz gegenüber der offiziellen jugoslawischen Sichtweise ist auch im 4. Abschnitt des Aufsatzes von Diana Johnstone zu erkennen, dem Abschnitt über "Raçak als Symbol". Dem serbischen Präsidenten Milan Milutinovic wird der größte Platz eingeräumt. Seine Worte werden nur mit dem Adjektiv "markig" charakterisiert. Inhaltlich scheint Johnstone keinen Grund zu kritischem Abstand zu haben. Sie schreibt: "Mit markigen Worten wurde Walker in dieser Erklärung (Milutinovics zu Raçak; P.W.) ‚einer Serie von Lügen und Erfindungen` bezichtigt, bei denen es darum gehe, ‚die Aufmerksamkeit von Terroristen, Mördern und Kidnappern abzulenken und sie wieder einmal zu schützen`. Der serbische Präsident beklagte sich, dass Walker die Unrechtmäßigkeit der Angriffe durch die UCK-Terroristen nicht erwähnte: ‚Obwohl es unbestreitbar wahr ist, dass die Polizei provoziert wurde und gezwungen war, sich gegen die Angriffe der Terroristen zu verteidigen, ignorierte Mr. Walker heute diese Tatsache und gab an, es habe sich um einen Konflikt mit der Zivilbevölkerung gehandelt.`" (S. 59)

Diana Johnstone schreibt kein kritisches Wort zu der Behauptung, es habe sich in Raçak ausschließlich um einen legitimen Kampf mit Terroristen gehandelt. (17) Auch der Vorsitzende des Exekutivrates für das Kosovo, Zoran Andjelkovic, wird von Johnstone zitiert, ohne dass seine Äußerungen hinterfragt würden. Auch Andjelkovic stellt die Ereignisse von Raçak so dar, als hätte die Regierung nur hart gegen Terroristen durchgegriffen.

Blickfelder und Uhrzeiten

Johnstone hat sich intensiver mit dem Echo der Ereignisse von Raçak in den französischen Medien befasst. Sie hat sich der Mühe unterzogen, die Berichte von Le Monde und Le Figaro in englischer Sprache zur Verfügung zu stellen. (18) Auffällig ist, dass ein dritter wichtiger Artikel, der ebenfalls am 21. Januar 1999 erschienen ist, in ihrem Aufsatz mit keinem Wort erwähnt wird. Ihr gesamter fünfter Abschnitt stützt sich allein auf die Darstellung von Le Monde und Le Figaro. Der einschlägige Artikel von Libération wird nicht herangezogen. Dabei ist der Artikel in Libération als Abfolge von "Neun Fragen zu den Toten von Raçak" sehr übersichtlich gegliedert und umfangreicher als die Artikel der anderen beiden Zeitungen zusammen (19).

Ein weiterer Umstand macht stutzig. In der von Diana Johnstone angefertigten englischen Übersetzung des Le-Figaro-Artikels liest man zum Blickfeld der KVM-Mitarbeiter, die am 15.1.1999 in der Nähe Raçaks postiert waren: "The observers spent the whole day posted on a hill where they could watch the village." (20) In der von Johnstone ebenfalls angefertigten Übersetzung des Le-Monde-Artikels heißt es dagegen: "At least two teams of international observers watched the fighting from a hill where they could see part of the village." (21) In ihrem Aufsatz wird ausschließlich die Version von Le Figaro präsentiert: "Die Beobachter hielten sich den ganzen Tag auf einem Hügel auf, von dem aus sie das Dorf einsehen konnten." (S. 62) Dabei ist es von erheblicher Bedeutung, ob das ganze Dorf oder nur Teile eingesehen werden konnten.

Mit dem Zeitpunkt des Abzugs der serbischen Einheiten aus Raçak verfährt Johnstone ähnlich: Die Uhrzeit wurde von Le Monde und Le Figaro nicht einheitlich angegeben. Le Monde schrieb: "Einige Zeugen sagten (...) aus, dass die Serben (...) gegen 15:30 Uhr das Dorf verließen." An anderer Stelle hieß es im Le-Monde-Artikel dagegen: "Um 17.30 Uhr verließ die Polizei das Gelände (...)." Le Figaro schrieb, dass die Polizeikräfte das Dorf um 15:30 Uhr verließen. (22) Nimmt man den von Johnstone nicht berücksichtigten Artikel in Libération hinzu, hat man sogar eine dritte Uhrzeit: Diese Zeitung schrieb, dass die serbischen Kräfte um 17 Uhr abzogen. (23) Offen bleibt, warum sich Johnstone angesichts dieser uneinheitlichen Zeitangaben in ihrem Aufsatz nun ausgerechnet für den frühesten der angegebenen Termine entscheidet. (S. 62) Eine Prüfung der Angaben zum Abzugstermin wäre deswegen wichtig, weil in den französischen Tageszeitungen auch die Frage gestellt wurde, warum die OSZE-Beobachter in der Zeit zwischen dem Rückzug der serbischen Einheiten und dem Einbruch der Dunkelheit kaum Todesopfer fanden. (24)

Die Arbeit der Forensiker

Zunächst war sehr umstritten, wer die Toten von Raçak gerichtsmedizinisch untersuchen sollte. Belgrad weigerte sich tagelang, einem finnischen Expertenteam Zutritt zu den Toten zu gewähren. Man war nur bereit, Forensiker aus Weißrussland hinzuzuziehen. Diese Weigerung wurde international kritisiert. Auch den drei französischen Zeitungen schien diese Art von Untersuchung nicht die Gewähr dafür zu bieten, dass hier über jeden Zweifel erhabene Analysen vorgenommen werden würden. Unisono mahnten sie darum am 20. bzw. 21. Januar 1999 eine unabhängige Untersuchung an.

Von diesen Streitigkeiten und Aufforderungen liest man bei Johnstone nichts. Sie stellt sich mit ihrer Darstellung kurzerhand auf die serbische Seite und schreibt: "Da das Internationale Kriegsverbrechertribunal in Den Haag in den Augen der serbischen Regierung voreingenommen und für das Kosovo rechtlich nicht zuständig war, weigerte sich Belgrad, dem Tribunal die Untersuchungen anzuvertrauen. Dennoch wurde ein Team von forensischen Experten aus Weißrussland eingeladen, die Leichen von Raçak zu untersuchen. Auch einem finnischen Team, das die EU vertraglich verpflichtet hatte, um Gräueltaten im Kosovo zu untersuchen, wurde die Untersuchung gestattet." (S. 63) Bemerkenswert ist auch, was Johnstone ihren Lesern nicht mitteilt: dass nämlich die Forensiker aus Weißrussland und Jugoslawien mit ihren Untersuchungen der Opfer von Raçak bereits begonnen hatten (25), als die finnischen Experten am 22.1.1999 in Pristina endlich Zugang zu den Leichen erhielten.

Auffällig ist in diesem Zusammenhang, wie die Autorin die Stellung von Dr. Ranta im finnischen Team beschreibt und ihre Fachexpertise in Abrede stellt. Bezüglich der Presseerklärung Helena Rantas vom 17.3.1999, vorgestellt in Pristina nach Abschluss der forensischen Untersuchungen, schreibt Johnstone, diese Erklärung stamme nur von "einer Mitarbeiterin im Team. Als Zahnärztin ist ihre Expertise auf die Untersuchung von Zähnen beschränkt, was bei der Behandlung der Frage, wie die Kosovo-Albaner getötet wurden, keine Rolle gespielt haben dürfte." (S. 64)

Helena Ranta war keineswegs "Mitarbeiterin" des finnischen Teams, sondern dessen Leiterin. Ihre Fachkompetenz ist bislang nie bezweifelt worden. Oder richtiger - fast nie: Denn sofort, nachdem sie ihre Presseerklärung herausgegeben hatte, wurde ihr unterstellt, sie sei eine fachlich nicht zuständige Zahnärztin. Diese Infragestellung ihrer Kompetenz geht zurück auf den Leiter des jugoslawischen Forensikerteams, Prof. Dr. Slavisa Dobricanin, und den serbischen Justizminister, Dragoljub Jankovic. Nach Tanjug-Meldungen vom 17.3.1999 sagte der Forensiker: "Die Stellungnahme der finnischen Chef-Pathologin Helena Ranta, dass sie (die Opfer; P.W.) Zivilisten gewesen sein könnten, ist ihre eigene, persönliche Meinung zu einem Gegenstand, der nicht zu ihrem Fachgebiet gehört - sie ist Dental-Pathologin und diese Aussage ist unabhängig vom finnischen Expertenbericht gemacht worden (...)." Und der Minister assistierte: "Das ist eine persönliche

Meinung. Dr. Ranta ist eine Dental-Pathologin, was sie zu einer Expertin für die Ermittlung der Identität der Opfer macht und sie nicht für die Beantwortung jener Fragen qualifiziert, welche die den finnischen Pathologen gestellten Aufgaben betrafen." (26) Johnstone hat sich diese Argumentationsfigur zu eigen gemacht.

Die Zusammenarbeit der Experten aus Jugoslawien, Weißrussland und Finnland verlief offenbar weitgehend positiv, war aber nicht frei von Irritationen. Helena Ranta schreibt in ihrer Pressemitteilung vom 17.3.1999:

"Vor Beginn der Autopsien wurde vereinbart, die Berichterstattung der Medien möglichst gering zu halten. Dennoch gestattete der Leiter des Instituts für Gerichtsmedizin in Pristina, Professor Dobricanin, Fernsehteams und Fotografen den Zutritt zu den Gebäuden. Auf eine entsprechende Frage hin bestätigte er, dass dies in Übereinstimmung mit seinen Anweisungen geschehen sei. Verwirrung entstand durch Erklärungen und voreilige Schlussfolgerungen, die von Experten vor Ort gezogen wurden, noch während die Ermittlungen liefen. (...) Nach Abschluss der Autopsien im Januar beschlossen die Pathologen aus Serbien und Belarus, gemeinsame Berichte mit einer Zusammenfassung ihrer Erkenntnisse zu erstellen. Das finnische Team weigerte sich, diese zu unterzeichnen, was fälschlicherweise als Meinungsverschiedenheiten zwischen den Experten vor Ort und dem finnischen Team ausgelegt wurde. Das finnische Team vertritt die Auffassung, dass keine fachlichen Schlussfolgerungen auf der Grundlage der Autopsie ohne eine umfassende Analyse der durch die Untersuchung der Leichname gewonnenen Daten gezogen werden sollten. Die Analyse und die Tests wurden erst nach Rückkehr des Teams aus dem Kosovo an der Fachabteilung für forensische Medizin der Universität Helsinki durchgeführt. Es wäre daher verfrüht und deplatziert gewesen, im Januar Schlussfolgerungen zu ziehen oder Berichte zu unterzeichnen." (27)

Insofern ist es falsch, wenn Johnstone schreibt, es sei allein ein "zeitliches, nicht aber (...) inhaltliches Problem" (S. 66) gewesen, dass die finnischen Experten sich weigerten, den Abschlussbericht der serbischen und weißrussischen Kollegen zu unterzeichnen.

Schusshände und Schmauchspuren

Immer wieder ist von serbischer Seite behauptet worden, bei 37 von 40 untersuchten Opfern von Raçak seien an den Händen Spuren von Schießpulver gefunden worden. Johnstone übernimmt diese Aussage (S. 67), ohne sich auf den fachlichen Streit einzulassen, der mit dieser Behauptung verbunden ist. Bei diesem Streit geht es darum, wie sich mit Sicherheit feststellen lässt, ob jemand geschossen hat oder nicht. Das finnische Team hat sich für jene Methode entschieden, die unter Fachleuten als die zuverlässigste gilt. Frau Ranta führte dazu am 17.3.1999 aus:

"Das bislang erfolgreichste Verfahren für die Schussrückstandsanalyse ist zweifellos das Raster-Elektronenmikroskop (REM) mit einem energiedispersiven Röntgenstrahlenanalysator (SEM-EDX). Nur mit dieser Methode kann der Metallgehalt ohne Kontaminierung festgestellt werden. Durch die SEM-EDX-Analyse wird die Probe praktisch nicht beeinträchtigt und kann gegebenenfalls mehrmals erneut untersucht werden. Die Probe für die GSR-Analyse (Schussrückstandsanalyse; P.W.) wird durch das Abziehen eines Klebestreifens unter Beachtung üblicher Vorsichtsmaßnahmen (Kontaminierung) genommen. Aus den oben genannten Gründen hat das finnische Team den Paraffintest nicht verwendet. Es wurden Tests für die SEM-EDX-Probeentnahme durchgeführt, die sich als negativ erwiesen." (28)

Die jugoslawische Seite dagegen beharrte darauf, trotz methodischer Grenzen sei ein Paraffintest, ein "paraffin glove test" bzw. ein Arbeiten mit der Dipheylamin-Methode (29) sinnvoll und beweiskräftig. Schon am 27.1.1999 hat Helena Ranta jedoch in einem Gespräch mit dem Belgrader Sender Radio B92 zu den Tests der jugoslawischen Forensiker Stellung genommen. Vom Sender wurde sie gebeten, Gerüchte zu kommentieren, dass ein Paraffin-Test durchgeführt worden sei, von dem serbische Quellen behaupten, er habe nachgewiesen, fast alle Getöteten hätten selbst Schusswaffen abgefeuert. Ranta sagte: "Mir sind diese Gerüchte bekannt und wir haben das untereinander diskutiert." Sie wies auf die Möglichkeit der Manipulation hin: "Das Problem liegt diesem besonderen Fall nach unserer Meinung darin, dass es sehr schwierig ist festzustellen, wer wann die Aufsicht über die Leichen hatte auf deren Weg von den Fundorten zur Moschee (in Raçak; P.W.) und von der Moschee zur Abteilung für forensische Medizin (in Pristina; P.W.). Es gibt hier die Möglichkeit der Kontamination. Und wir dürfen nicht vergessen, dass hier natürlich die Möglichkeit einer Manipulation von Beweisen besteht. Das wird mit den jugoslawischen Behörden besprochen werden." (30) Das Festhalten der jugoslawischen Forensiker am Wert des Paraffintests wird noch verdächtiger, wenn man

sich vergegenwärtigt, dass diese Methode unter Fachleuten schon seit Mitte der 50er Jahre als sehr unzuverlässig, ja als unspezifisch gilt. (31)

Gegenöffentlichkeit und Propaganda

Die Herausgeber des Sammelbandes, in dem Johnstones Artikel erschien, würdigen ihre Arbeit im Vorwort ausdrücklich: "Der NATO diente das Massaker von Raçak als Kriegsvorwand, obwohl, wie die amerikanische Journalistin Diana Johnstone minutiös nachgewiesen hat, alles darauf hindeutet, dass es sich um Kampfhandlungen zwischen der jugoslawischen Armee und der UCK handelte." (S. 7)

Vielleicht ist es naiv zu erwarten, dass die Informationsbasis breit und das Urteil abgewogen ausfällt. Ausbildung und Berufsweg der Autorin aber geben einer solchen Erwartung Nahrung, denn Diana Johnstone hat nach einem Studium der osteuropäischen Geschichte und französischen Literatur einen Doktortitel erworben, an einer Universität als Lehrbeauftragte gearbeitet und war als Journalistin bzw. Pressesprecherin tätig. (32)

Die Hoffnung auf eine investigative Darstellung, auf neue, erhellende Fakten wird jedoch enttäuscht. Statt dessen wird eine Abhandlung vorgelegt, die sich durch fehlende Belege, eine dürftige Quellenbasis, Verbreitung von Unwahrheiten und verschwörungstheoretische Betrachtungsweisen auszeichnet.

Die Suche nach der historischer Wahrheit bzw. nach den Hintergründen einer tagesaktuellen Nachricht ist nie einfach, denn oft sind Quellen und Gesprächspartner "sperrig" oder nur schwer zu finden. Das gilt auch für den Kosovo-Krieg und seine Vorgeschichte. Gleichwohl kann die Alternative zu den Mühen der Recherche nicht sein, einfach die Belgrader Sicht der Dinge zu präsentieren. Es sei denn, man versteht unter "Gegenöffentlichkeit" nicht mehr als Propaganda. (33)

Peter Wuttke

Anmerkungen:

1) Noch am 13.1.1999 schien es Hoffnung auf eine Verbesserung der Situation zu geben, denn der OSZE gelang es, die Freilassung von serbischen Polizisten zu vermitteln, die sich in der Hand der UCK befanden. Vgl. Berliner Zeitung vom 14.1.1999.

2) Vgl. Washington Post vom 18.4.1999: Slaughter in Raçak Changed Kosovo Policy http://www.washingtonpost.com/wp-srv/national/longterm/policy041899.ht

3) Zu den Verzögerungen bei der Präsentation von Berichtsergebnissen und zur Brisanz des Präsentationstermins vgl. Berliner Zeitung vom 9. u. 10.3.99 sowie G. Hofmann: Wie Deutschland in den Krieg geriet, in: Die Zeit, Nr. 20/1999.

4) The Prosecutor of the Tribunal against Slobodan Milosevic, Milan Milutinovic, Nikola Sainovic, Dragoljub Ojdanic, Vlajko Stojiljkovic http://www.un.org/icty/indictment/english/24-05-99milo.htm

5) Diana Johnstone: Das Raçak-Massaker als Auslöser des Krieges, in: Klaus Bittermann u. Thomas Deichmann (Hrsg.): Wie Dr. Josef Fischer lernte, die Bombe zu lieben - Die Grünen, die SPD, die Nato und der Krieg auf dem Balkan, Berlin: Tiamat, 1999, S. 52-68. Johnstones Beitrag stimmt mit dem Tenor des Sammelbandes überein, in dem der Kosovo-Krieges sehr scharf kritisiert wird.

6) Trotz der Anführungszeichen wird der Spiegel nicht wörtlich zitiert. Der Inhalt der zitierten Sätze ist aber richtig wiedergegeben.

7) http://www.bc.ndp.ca/News/Democrat/1999-3%20May/failure_of_diplomacy.hm

8) Die Präsenz der KVM "übte aber doch eine beruhigende Wirkung aus. Ihre Verbindungsoffiziere hatten regelmäßig Kontakt mit serbischen und albanischen Kommandanten und konnten zumindest auf lokaler Ebene da und dort ein zurückhaltendes, unprovokatives Auftreten der Kämpfer herbeiführen." NZZ vom 22.3.1999 http://www.nzz.ch/online/02_dossiers/kosovo/kos990322awy.htm

9) Der Spiegel vom 8.2.1999. http://www. spiegel.de/spiegel/0,1518,12091,00.html

10) Vgl. dazu auch Jürgen Scheffran: Zweierlei Massaker? Wie ein US-Diplomat im Kosovo-Dorf Raçak den Dritten Weltkrieg auslöste; in: Wissenschaft und Frieden, Nr. 2/1999, S. 20-23. Scheffrans Beitrag krankt nicht nur an der Überschrift, sondern auch, weil z.B. Aussagen des EU-Kosovo-Sonderbeauftragten W. Petritsch mit solchen des ZEIT-Redakteurs G. Hofmann zum Raçak-Massaker verwechselt werden. Unpassend ist überdies, dass der Autor schreibt: "Nach sieben Wochen Bombenkrieg ist Jugoslawien um Dutzende von Raçaks reicher." Scheffran bezweifelt jedoch nicht, dass es in Raçak ein Massaker gab.

11) Über Walkers Erfahrungen als Leiter der UN-Transitional Administration for Eastern Slavonia (UNTAES), die die Übergabe von Ostslawonien an Kroatien nach dem Bosnien-Krieg überwachte, erfährt man bei Johnstone nichts.

12) "Der Sicherheitsrat verurteilt scharf das Massaker an Kosovo-Albanern vom 15. Januar 1999 im Dorf Raçak, im südlichen Kosovo, Bundesrepublik Jugoslawien, wie es die Kosovo Verification Mission (KVM) der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) meldete. Mit tiefer Besorgnis nimmt er zu Kenntnis, dass der KVM-Bericht aussagt, die Opfer seien Zivilisten, einschließlich Frauen und mindestens einem Kind. Der Sicherheitsrat nimmt auch die Stellungnahme des Leiters der KVM zur Kenntnis, die besagt, dass die Verantwortung für das Massaker bei den Sicherheitskräften der Bundesrepublik Jugoslawien liegt und dass sowohl bewaffnete Streitkräfte der Bundesrepublik Jugoslawien als auch serbische Sonderpolizei beteiligt gewesen seien." http://www.un.org/peace/kosovo/sprst992.htm

13) Sie stützt sich dabei auf einen Bericht der Berliner Zeitung vom 13.3.1999. Dort werden namentlich nicht genannte OSZE-Vertreter zitiert, die behaupten, OSZE-intern ginge man von einer Inszenierung der UCK aus. Diese Behauptungen sind allerdings nach dem 17.3.1999, dem Tag der Pressekonferenz von Helena Ranta in Pristina, nie wiederholt worden. Die OSZE würdigte vielmehr die Arbeit des finnischen Teams. Vgl. z.B. http://www.osceprag.cz/e/docs/newsletr/nl-99-02/nl0299e.htm.

14) http://www.auswaertiges-amt.de/6%5Farchiv/2/p/p990317a.htm

15) Ebenda

16) Der Krieg um die 40 Toten von Raçak im Kosovo - Massaker oder ‚nur` die Opfer eines Tages? http://www.welt.de/daten/1999/01/22/0122eu59579.htx

17) Es ist nicht ausgeschlossen, dass eine Minderzahl der Opfer tatsächlich der UCK angehörte. Unter Berufung auf albanische Quellen spricht z.B. die Neue Züricher Zeitung am 18.1.1999 von acht UCK-Kämpfern.

18) http://www.iacenter.org/racak.htm

19) http://www.zoran.net/afp/text/background/nine_questions.htm

20) http://www.iacenter.org/racak.htm

21) Ebenda.

22) Ebenda.

23) http://www.zoran.net/afp/text/background/nine_questions.htm

24) http://www.iacenter.org/racak.htm

25) Dabei machten sie, offenbar entgegen internationaler Standards, vorab keine Röntgenaufnahmen. Vgl. taz, 22.1.1999.

26) Beleg Dobricanin und Beleg Jankovic http://www.suc.org/news/yds/b180399_e.html#N5

27) http://www.auswaertiges-amt.de/6%5Farchiv/2/p/p990317a.htm

28) Ebenda.

29) Alle drei Begriffe bezeichnen ein- und dieselbe Methode.

30) Meldung von Reuters vom 27.1.1999: http://www.alb-net.com/kcc/27janar.htm

31) Vgl. A. Brüning: Der irreführende Paraffin-Test, in: Archiv für Kriminologie. Monatsschrift für naturwissenschaftliche Kriminalistik und Polizeiarchiv, 118. Band (Juli bis Dezember 1956), S. 107f. In der gleichen Ausgabe dieser Fachzeitschrift (S. 109) wird der Nobelpreisträger für Chemie, Heinrich Wieland mit folgenden Worten wiedergegeben: "Da der Diphenylamin-Test von Oxydationsmitteln gegeben wird, ist es kein Wunder, dass alle Stoffe dieser Art, die sich aus irgendwelchem Grunde auf einer Handoberfläche befinden, eine ‚Schießhand` vortäuschen können. Damit verliert der Paraffin-Test die analytische Spezifität." Für Belege aus der englischsprachigen Fachliteratur vgl. http://mcadams.posc.mu. edu/ptest.txt

32) Vgl. die Angaben zu den Autoren auf S. 206 des in Fußnote 5 angegebenen Sammelbandes.

Für kritische Hinweise bedanke ich mich bei Matthias Z. Karádi (Hamburg) und Harald Leinweber (Köln).

45. Wann ist endlich Feierabend? Die Abrichtung des modernen Arbeitsmenschen - eine Buchvorstellung

Autor: Frank-Otto Pirschel · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak432/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:432:01

Der Wecker klingelt, es ist noch dunkel und kalt, vielleicht regnet es. Du willst nicht aufstehen, aber um acht Uhr beginnt die Schule, das Seminar, die Arbeit. Fünf Minuten noch, einmal umdrehen - am Ende stehst du irgendwie auf. Niemand zwingt uns konkret, und doch gehen wir hin: recht pünktlich, angemessen fleißig, wieder mit einem Blick auf die Uhr: Feierabend? Was ist passiert in den Jahrhunderten, nachdem unsere meist bäuerlichen Vorfahren mit Gewalt, Folter und Arbeitshäusern zur neu aufkommenden Industriearbeit abgerichtet werden mussten?

Antworten lassen sich in einem Aufsatz von Götz Eisenberg finden, der in einem Sammelband unter dem Titel "Feierabend!" erschienen ist, herausgegeben von der Nürnberger Krisis-Gruppe, welche die gleichnamige Zeitschrift herausgibt. Anders als das polemische "Manifest gegen die Arbeit" (siehe kritische Anmerkungen von Js. in ak 430) sind die nun erschienenen "elf Attacken gegen die Arbeit" stärker um konkrete Vermittlung bemüht und bieten anhand der (manchmal etwas wenigen) Quellenhinweise mehr Möglichkeiten, den Entstehungsprozess der Texte nachzuvollziehen.

In seinem Aufsatz geht Eisenberg historisch-konkret den Fragen nach, "wie (man es) schafft, dass Menschen arbeiten wollen und sich das Produkt ihrer Arbeit wegnehmen lassen", und "man gefügige und nützliche Körper (erzeugt)", die sich dem Rhythmus der Arbeitszeit in Fabrik und Büro unterwerfen (S. 50 f.). Denn was heute dem Alltagsverstand als normal erscheint, ist eine historisch junge Erscheinung, gebunden an die verallgemeinerte Marktwirtschaft, die allgemeine Produktion für andere, während alle früheren Gesellschaften zwar auch den Tausch kannten, den Mittelpunkt aber die Herstellung von Gebrauchsgegenständen bildete. Das hatte Folgen: Gewohnt, die Tätigkeit mit dem konkret-gegenständlichen Resultat zu beenden, hörten die frühen Lohnarbeiter auf zu arbeiten, wenn sie genug Geld für den Lebensunterhalt der Woche verdient hatten. Und: Gewohnt, dem Auf und Ab der Jahreszeiten und der Tageslänge zu folgen, widersetzten sich die ersten Lohnarbeiter der "Diktatur der Pünktlichkeit" (Foucault) in einem Ausmaß, das öffentliches Anketten und Geldbußen als Bestrafungen durch die Kapitaleigner herausforderte (49 f.).

Eine Zwischenbemerkung: Diese Zurichtungsprozesse und zum Teil ihre Formen sind etwas, was wir in den Vereinigten Staaten, in Westeuropa und beispielsweise auch noch in der Sowjetunion der 1920er und 1930er Jahre beobachten können. Das erlaubt es, auch die bisherigen frühen (nach Fülberth: verfrühten) Sozialismen als Teil der einen, großen Durchsetzungsgeschichte der Arbeit zu lesen. Diese "Totalitarismus-These", wie Js. sie in gewisser Weise zu Recht bezeichnet, ist allerdings nicht zur politischen Rechtfertigung der Demokratie formuliert, sondern als Kritik der Totalität arbeitsgesellschaftlich-demokratischer Sozialisation.

Allerdings, schreibt Eisenberg, hat die demokratische Arbeitsgesellschaft die Gefängnisse von außen nach innen, in die Psyche der Menschen verschoben. In der rohen Frühzeit wurden die Kinder in Schulen und Arbeitshäusern mit offener Gewalt zugerichtet: "Man disziplinierte ihr ganzes Verhalten und bestrafte jede noch so geringfügige Abweichung und Nachlässigkeit mit körperlichen Züchtigungen und Demütigungen. Man kolonialisierte die Köpfe, indem man sie mit funktionalem Wissen vollstopfte, und die Körper, indem man sie desexualisierte und zum Arbeitsinstrument herrichtete" (S. 52). Es dauerte mehrere Jahrhunderte, bis sich im Gleichschritt von inzwischen Maschinen gestützter Arbeit, familialer Sozialisation und Verallgemeinerung der Arbeit die "zweite Natur" des modernen Arbeitsmenschen herausbildete: Fleiß und Pünktlichkeit, Reinlichkeit und Ordnung.

Wie aber kam es, dass die Gesellschaften plötzlich aus ihrer bisherigen Gewohnheit aufgescheucht wurden und von der Naturalproduktion zum verallgemeinerten Geldvermittelten Wirtschaften übergingen? Die Entwicklung welcher Produktivkraft lag dem zu Grunde? Gar keiner, so der Aufsatz von Robert Kurz, sondern das Auftauchen einer Destruktivkraft, der Feuerwaffen (S. 15 ff.). Während alle bisherigen Waffen lokal und dezentral hergestellt werden konnten, sprengte die Herstellung von Gewehren und vor allem Kanonen diese Form. Der Aufbau einer besonderen, der Rüstungsindustrie begann, die Rohstoffe und Arbeiter in bisher ungekanntem Ausmaß benötigte. Parallel dazu sonderte sich die militärische Organisation von der sonstigen

Gesellschaft ab, mit der die Armee bisher in Form der Bauernheere verbunden war: "Stehende Heere" wurden bereitgehalten. Der einsetzende staatliche Rüstungswettlauf heizte das Tempo der Aufrüstung, also auch der Produktion, die von der bis dato gewohnten Form der Verbrauchsgüterherstellung abgesondert war, weiter an. Eine neue Disziplin der Arbeiter und Soldaten (siehe Eisenberg) war notwendig. Nicht allein in der Rüstung, denn um die Geldsummen zusammenzubekommen, die die Staaten benötigten, pressten sie einerseits die Bevölkerung steuerlich wie die sprichwörtliche Zitrone aus (2000 Prozent Erhöhung der Geldsteuern zwischen dem 16. und 18. Jahrhundert) und stiegen andererseits über neu gegründete Manufakturen selbst in die Produktion für einen großen, anonymen Markt ein. Auf dieser materiellen Grundlage verbanden sich protestantisch-calvinistisches Arbeitsethos (vgl. Max Weber), neue Entdeckungen und Erfindungen und politisch-ökonomischer Prozess zum unaufhaltsamen Aufstieg des Kapitalismus.

Neben diesen beiden Aufsätzen attackieren die Autoren die Arbeitsgesellschaft mit weiteren Texten: So besprechen Massip/Lohoff informativ aktuelle Entwicklungen von Zwangsarbeit für Sozialhilfeempfänger, Norbert Trenkle setzt sich mit der politischen Ökonomie des Billiglohns auseinander, und Karl-Heinz Wedel zeigt, wie sich in der aktuellen Bildungsdiskussion das Menschenbild durchsetzt, jeder habe sich als "Unternehmer seines Arbeitsvermögens" zu verstehen und zu verhalten (153 ff.). Weniger überzeugend ist der Aufsatz von Gerd Bedszent über die Arbeitskultur in der DDR, denn es wird nicht hinreichend deutlich, was die Grundlage für den überraschend einfachen Übergang von den Arbeitsformen der DDR zu denen der Bundesrepublik bildete.

Fazit: Eine bemerkenswerte Feierabendlektüre.

Frank-Otto Pirschel

Robert Kurz, Ernst Lohoff, Norbert Trenkle (Hg.): Feierabend! Elf Attacken gegen die Arbeit, Hamburg 1999 (konkret literatur Verlag), 256 Seiten, 32 DM

46. Ein Bürger von Schmallenberg. Die Autobiografie des Hans Frankenthal

Autor: Angela Martin · Rubrik: Geschichte der BRD; Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak432/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:432:19

Drei Tage dauerte die Fahrt mit dem unbekannten Ziel. Dann, spätabends, hielt der Zug. Krachend flogen die Waggontüren auf, und SS-Männer trieben die Menschen auf die Rampe. Hans Frankenthal, Sohn eines jüdischen Viehhändlers und damals gerade 16 Jahre alt, war in Auschwitz angekommen. Die Selektion sofort bei der Ankunft überlebte er, weil er sich älter machte: Zusammen mit seinem Bruder Ernst wurde er den arbeitsfähigen Männern zugeteilt und in das KZ Auschwitz-Monowitz gebracht.

Monowitz war das erste Konzentrationslager, das von einem Privatunternehmen initiiert und finanziert worden ist. Fünf Millionen Reichsmark hat die IG Farben AG in das Lager investiert. Die Häftlinge wurden auf einer riesigen Baustelle des Konzerns eingesetzt.

Hans Frankenthal bekam einen "privilegierten" Posten: Als Schlosser in der Hochmontage hatte er wenig Berührung mit der SS. Sein Bericht über zwei Jahre Zwangsarbeit auf der IG-Farben-Baustelle und das Leben im Lager steht im Mittelpunkt seiner Autobiografie "Verweigerte Rückkehr. Erfahrungen nach dem Judenmord". Drei junge Historiker, Andreas Plake, Babette Quinkert und Florian Schmaltz, haben Hans Frankenthal interviewt und seine lebhaften Erinnerungen durch ein informatives Glossar ergänzt. Dort kann man z.B. nachlesen, dass die durchschnittliche Überlebensdauer der Häftlinge in Monowitz bei drei bis vier Monaten lag. Schätzungsweise 30.000 Menschen wurden allein in diesem Lager ermordet.

Im Januar 1945, die Gefangenen warteten angespannt auf die Befreiung durch die Rote Armee, wurde das Lager überraschend geräumt. Für etwa 9.000 Insassen des KZ Monowitz begann der sogenannte "Todesmarsch". Nur wenige der ausgemergelten Häftlinge überlebten den Gewaltmarsch durch Schnee und Eis. Hans Frankenthal kam zunächst in das berüchtigte KZ Dora-Mittelbau, später nach Theresienstadt. Dort wurde er gegen Kriegsende befreit. Zusammen mit seinem Bruder kehrte er in seine Heimatstadt Schmallenberg zurück.

Mit dem schwierigen Versuch, dort wieder heimisch zu werden, befasst sich der zweite Teil des Buches. Die Nachbarn benahmen sich zunächst so, als wären die Frankenthal-Brüder gar nicht wieder gekommen. Trotzdem baute Hans hier den väterlichen Viehhandel wieder auf. Aber bis heute ist er, der sich stets bemüht hat, ein ganz gewöhnlicher Bürger in Schmallenberg zu sein, immer wieder mit Verdrängung, Ausgrenzung und Verlogenheit konfrontiert. Das Gefühl von Fremdheit hat er nie verloren.

Nach dem Ende seines Berufslebens kamen quälende Träume und Erinnerungen zurück. Hans Frankenthal las jedes Buch, jeden Artikel zum Thema Auschwitz und begann über seine Vergangenheit zu sprechen. Im Rahmen seiner Arbeit für den Zentralrat der Juden in Deutschland, als stellvertretender Vorsitzender des Auschwitzkomitees in der BRD und als Vertreter der Kritischen Aktionäre setzt er sich unermüdlich dafür ein, auf das Schicksal der Zwangsarbeiter aufmerksam zu machen.

Sein überaus lesenswertes Buch ist Teil dieser Aufklärungsarbeit. Weil er hofft, dass es besonders auch von Jugendlichen gelesen wird, hat er, so weit möglich, auf die Schilderung von Grausamkeiten verzichtet: "Es reicht, wenn ich jede Nacht Albträume habe und nicht schlafen kann."

Angela Martin

Hans Frankenthal: Verweigerte Rückkehr. Erfahrungen nach dem Judenmord, unter Mitarbeit von Andreas Plake, Babette Quinkert und Florian Schmaltz, Frankfurt am Main (Fischer Taschenbuch Verlag, Nr. 14493) 1999, 190 Seiten, DM 18,90.

47. Oh, wie schön war Ostzonesien ...

Autor: Angela Martin · Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak432/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:432:37

Das Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR in Eisenhüttenstadt ist mit einer neuen Ausstellung wiedereröffnet worden.

Ostalgiker? Ja? Ein bisschen? Dann sollte die Ausstellung des Dokumentationszentrums Alltagskultur der DDR in Eisenhüttenstadt zum Besuchsprogramm gehören. Großes Vergnügen bereiten die lustigen Formen von Eierbechern und Gießkannen aus Plaste, die rührend altmodischen Verpackungen für Lebensmittel oder die Milchkannen aus dem Zentralinstitut für Formgestaltung. Und dass Hahnenkopf-Kondome aus der DDR viel mehr Charme haben als die von Beate Uhse, das werden selbst hartgesottene Antikommunisten zugeben müssen.

In 17 Abschnitten (und 17 entsprechenden Kapiteln des Begleitbuches, das im Ch. Links Verlag erschienen ist) werden liebevoll die unterschiedlichsten Objekte des DDR-Alltags präsentiert. Wer frühere Ausstellungen des Dokumentationszentrums besucht hat, wird viele der Exponate wieder erkennen, man hat nämlich vor allem in den Fundus des Hauses gegriffen, um die Ausstellung zu bestücken. Mit dem Thema "Fortschritt, Norm und Eigensinn" versuchen die Ausstellungsmacher aber einen neuen Blick auf den DDR-Alltag.

Mit "Fortschritt" meinen sie zum einen die gesellschaftlichen Langzeitziele der DDR, die sich auf dem Weg zum Kommunismus sah, zum anderen konkrete Verbesserungen der Lebensverhältnisse. Besonders Frauen haben von den Errungenschaften des "realsozialistischen" Staates profitiert. Von einer flächendeckenden Versorgung mit Krippen und Kindergärten beispielsweise, wie die DDR sie den berufstätigen Müttern geboten hat, können Bundesrepublikanerinnen nur träumen.

Schattenseiten der DDR-Entwicklung wie bürokratische Verkrustungen, Stillstand und der Versuch, fast alle Lebensbereiche zu reglementieren, werden unter dem Oberbegriff "Norm" abgehandelt. Ein Raum voller Medaillen, Orden und "Ehrentitel" für "vorbildliche Erfüllung und Übererfüllung" darf da offenbar nicht fehlen, wenngleich auch im Westen jeder diese Art von pseudosozialistischen Devotionalien bis zum Überdruss kennt.

"Eigensinn" ist der dritte Aspekt der Ausstellung und meint Strategien, mit denen DDR-Bürger ihr Leben jenseits der Normen gestaltet bzw. wie sie sich "durchgewurschtelt" haben. Das Spektrum von Verhaltensweisen war groß, wenn es beispielsweise darum ging, mit Versorgungsengpässen umzugehen: Es reichte von fatalistischer Resignation über Findigkeit beim Organisieren von "Bückware" bis zu kleinkriminellen Machenschaften. "Es gab nichts, aber jeder hatte alles" prangt als treffender Titel am Eingang zu dem entsprechenden Raum.

Ein großer Vorzug der neuen Ausstellung ist es, dass sie die DDR nicht als statisches, vom Weltgeschehen abgelöstes Gebilde zeigt, sondern zumindest in Teilaspekten auch die Auswirkungen des internationalen Ost-West-Konflikt auf diesen kleineren und von jeher ärmeren deutschen Teilstaat thematisiert - etwa den Kalten Krieg oder die Konsumverlockungen der BRD. Wie sehr sich das Leben und die Einstellungen der Menschen zu ihrem Land von den fünfziger Jahren bis in die achtziger Jahre gewandelt hat, belegen am frappierendsten die Abschnitte über die Jugendgenerationen dieser Jahrzehnte oder die Abschnitte über die Weltfestspiele der Jugend von 1951 bzw. 1973.

Das Dokumentationszentrum, das mit der Ausstellung "Fortschritt, Norm und Eigensinn" nach einjähriger Umbauzeit wieder eröffnet worden ist, will Erkenntnisse durch die "unmittelbare, konkrete Anschauung der Objekte" vermitteln. Entsprechend sparsam war man mit erläuternden Texten. Die findet man aber in dem knapp 300 Seiten langen, reich bebilderten Begleitband.

Angela Martin

Fortschritt, Norm und Eigensinn. Erkundungen im Alltag der DDR.

Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR, Eisenhüttenstadt, Erich-Weinert-Allee 3, Di-Fr 13-18 Uhr, Sa, So u. Feiertage 10-18 Uhr.

Der Begleitband mit dem gleichen Titel ist im Ch. Links Verlag, Berlin erschienen und kostet 29,90 DM.

48. "Es reicht!" - Demo gegen rot-grünen Crash- Kurs in Hamburg

Rubrik: SPD; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak432/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:432:45

Die Sozialpolitische Opposition Hamburg (S.P.) unternimmt den Versuch, die in vereinzelten kleinen Aktionen und Protesten aufgeflackerte Empörung über die soziale Kahlschlagspolitik des rot-grünen Senats zu bündeln. Sie ruft zu einer größeren Demonstration auf am 13. Dezember, dem ersten Tag der abschließenden Haushaltsberatungen. Bei der SoPo handelt es sich um ein Bündnis von Einzelpersonen, politischen Initiativen, vor allem aber von Einrichtungen aus dem gesamten Spektrum des sozialen Hilfesystems in Hamburg. Wir dokumentieren hiermit den Demo-Aufruf.

Stoppt den rotgrünen Crash-Kurs!

Zwei Jahre Rotgrün in Hamburg: eine Bilanz der sozialen Ungerechtigkeit! Die Sparpolitik führt zu Sozialabbau und Ausgrenzung, Armut, Vertreibung und Abschreckung. Rotgrün treibt die Spaltung der Stadt in "Arm" und "Reich" weiter voran!

In Hamburg werden

- in allen Bereichen der Sozialpolitik Leistungen gekürzt. Allein in der Sozialhilfe sollen es im nächsten Jahr 21,5 Mio. sein, in den nächsten vier Jahren 279 Mio. DM.

- Marktlogik, d.h. Profit- und Kosten-Nutzen-Denken in der Kinder- und Jugendhilfe, der Pflege, der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik als Kriterien durchgesetzt. Beschäftigte, Pflege- und Hilfsbedürftige bleiben auf der Strecke.

- Flüchtlinge unter unmenschlichen Bedingungen abgeschoben. Die Ausländerbehörde setzt durch und führt aus, die GAL drückt ein Auge zu.

- Obdachlose, Drogenabhängige und "auffällige" Jugendliche vertrieben oder gar weggesperrt, Kindergärten, Schulen, Jugendtreffs, Spielhäuser etc. kaputtgespart und nun auch noch individuelle Familienhilfen eingefroren und verweigert.

- engagierte soziale Einrichtungen mit Hilfe von Ausschreibungen politisch diszipliniert und in die Billiglohn-Konkurrenz getrieben. Konsequenz: Deutschausländische Begegnungsstätten und Drogenhilfeeinrichtungen werden geschlossen.

- Menschen, die ihre Rechte wahrnehmen, als "MissbraucherInnen" beschimpft und schikaniert. Es gibt unangemeldete Hausbesuche, Demütigungen auf den Ämtern, den Zwang, auch die schlechteste Arbeit annehmen zu müssen. Motto: Staatliche Existenzsicherung und soziale Leistungen sind kein Bürgerrecht, sie müssen sauer verdient werden.

Geld ist genug da, aber auch Rotgrün führt eine wirtschaftsfreundliche Standortpolitik auf Kosten der ausgegrenzten Bevölkerungsgruppen ungebrochen fort. Hier werden Vorleistungen an die Wirtschaft in Millionenhöhe erbracht (siehe Altenwerder, DASA/Mühlenberger Loch etc.) auf Kosten von uns und der Umwelt. Standortsicherung heißt die Devise, der alles geopfert wird! Wir wollen, dass der Unmoral neoliberaler Wirtschafts- und Sozialpolitik gesellschaftliche Umverteilung, Solidarität und die Achtung der Menschenwürde entgegengesetzt werden!

Wir schlachten das rotgrüne Sparschwein

Demonstration gegen den Hamburger Sparhaushalt

am Montag, den 13.12.1999 um 17.00 Uhr

geplanter Ort der Auftaktkundgebung: Moorweide

Die rotgrüne Sparpolitik demontiert im reichen Hamburg soziale BürgerInnenrechte!

Damit muss endlich Schluss sein! Wir wollen nicht länger stillhalten, wenn Rotgrün als "neue Mitte" ihren Sparkurs auf unserem Rücken austrägt. Wir werden nicht betteln und bitten. Jeder und jede hat ein Recht auf eine menschenwürdige Existenz!

Wir, die Sozialpolitische Opposition Hamburg, ein Bündnis von Initiativen, Einrichtungen und Einzelpersonen aus dem Sozialbereich, rufen alle auf:

Kommt zur Demonstration am 13.12.1999!

Wir sind mehr als nur ein Kostenfaktor!

Wir sind laut und lebendig!

Keine Kürzungen im Sozialbereich und bei Kindern und Jugendlichen!

Sofortige Rücknahme der Einsparungen aus den vergangenen beiden Regierungsjahren!

Schluss mit der Schikanierung armer Menschen! Schluss mit der Stigmatisierung und Kriminalisierung von Jugendlichen!

Als Sofortmaßnahmen fordern wir:

- Rücknahme der neuen Mietobergrenzen für SozialhilfeempfängerInnen!

- Keine Schikanen und Hausbesuche durch die Sozialämter!

- Weg mit dem Druck auf SozialhilfeempfängerInnen, jede Billig-Arbeit anzunehmen

- Kein Sonder-Billiglohn für junge Leute in Beschäftigungsmaßnahmen!

- Sofortige Rücknahme der Ausschreibungen im Sozialbereich und ihrer Ergebnisse!

- Rücknahme der Kostensteigerungen und Leistungseinschränkungen bei den Kindertagesstätten!

- Sofortige Dezentralisierung der Ausländerbehörde! Schluss mit der mörderischen Abschiebepraxis!

Kontaktadresse: Sozialpolitische Opposition Hamburg, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Tel.: 040/390 88 62; Fax: 040/399 010 12

49. Quelldatei 47.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak432/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:432:47

AUFGEBLÄTTERT

Der NATO-Krieg gegen Jugoslawien

Dass die NATO-kritische Linke auf den Kosovo-Krieg auch ohne Parteinahme für eine der regionalen Kriegsparteien reagieren kann, zeigt die Zeitschrift Sozialismus mit ihrem Supplement 5/99. Aus dem Inhalt: Ulrich Cremer weist mit seinen "nicht-militärischen Vorschlägen" zur Lösung des Kosovo-Konflikts nach, dass es Alternativen zur NATO-Propaganda und zum Kriegsgeschrei der rot-grünen Regierung gab. Norman Paech und Gerhard Stuby belegen aus juristischer Sicht die Völkerrechtswidrigkeit des NATO-Krieges gegen Jugoslawien. In dem Supplement zum Oktoberheft von Sozialismus geht es noch einmal um das Thema. Zwei Beiträge behandeln die Rolle der Medien in diesem Krieg. Dieter Prokop formuliert Thesen zum "politischen Missbrauch von Opfer-Bildern." Erste These: "Die dokumentarische Darstellung des Schrecklichen hat heute keinen Aufklärungseffekt mehr." Worüber zu diskutieren wäre.

Der NATO-Krieg. Hintergründe und Alternativen. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 5/99. 65 Seiten, 8 DM

Nach dem Balkan-Krieg. Die NATO, die neue Weltordnung und die Gewerkschaften. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 10/99. 59 Seiten, 8 DM; VSA-Verlag, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Nacharbeit zum NATO-Krieg

Ulrich Albrecht und Paul Schäfer erheben den Anspruch, "Nacharbeit" zum Kosovo-Krieg zu leisten. Das ist ihnen als Herausgeber des im Papyrossa-Verlag erschienenen Werks "Der Kosovo-Krieg" auch größtenteils gelungen. Artikel zum Kriegsverlauf, zur internationalen Politik nach 1989, zur UCK, zu ökonomischen und ökologischen Kriegsfolgen ergeben ein einigermaßen umfassendes Bild. Knut Krusewitz versucht beispielsweise, "den empirischen Beweis für die These zu liefern, dass die NATO völkerrechtswidrig Methoden und Mittel der ökologischen und Umweltkriegsführung anwendete". Negativ stechen die Beiträge der ehemaligen Botschafter der BRD und der DDR in Jugoslawien heraus. Horst Grabert (BRD-Botschafter 1979 bis 1984) und Ralph Hartmann (DDR-Botschafter 1982 bis 1988) gefallen sich jeweils in holzschnittartiger Argumentationsweise. Grabert über Milosevic: "Milosevic ist kein Nationalist." Hartmann zu den Rambouillet-Verhandlungen: "Die moderne Geschichte kennt kein vergleichbares Diktat!" Eine seltsame Ost-West-Koalition! Die politischen Schlussfolgerungen der beiden Herausgeber bewegen sich auf klassischer Friedensbewegungs- bzw. DKP-Linie, wenn nämlich die "Widerständigkeit" der neuen Bundesregierung gegen "US-amerikanische Politikkonzepte" beschworen wird (Albrecht) oder eine "Zivilmacht Europa" die "globale Dominanz der USA" verhindern soll (Schäfer). Trotz dieser realitätsfernen und teilweise problematischen Einschätzungen ist das Buch lesenswert.

Ulrich Albrecht, Paul Schäfer (Hrsg.): Der Kosovo-Krieg. Fakten, Hintergründe, Alternativen. Papyrossa-Verlag 1999, 228 Seiten, 24,80 DM

Medien und Straftaten

Das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) macht in einer neuen Broschüre "Vorschläge zur Vermeidung diskriminierender Berichterstattung über Einwanderer und Flüchtlinge". Insbesondere geht es den AutorInnen um die gängige Verknüpfung "Ausländer/Straftäter". Anhand einer Fülle von Beispielen zeigen sie, wie scheinbar sachliche Zeitungsberichte immer wieder den Eindruck erwecken, ",Ausländer` hätten besondere Affinitäten zur Kriminalität". Die untersuchten Medien verfahren dabei teils grobschlächtig und offensichtlich, teils aber auch subtil. Am Schluss der Broschüre stehen eine Reihe von Vorschlägen, die sich an JournalistInnen richten. So sollten bei Berichten über Straftaten "Verweise auf die Nationalität und/oder Herkunft" der Täter nur gemacht werden, wenn sie für das Verständnis des Zusammenhangs unerlässlich sind. Das ist viel seltener der Fall, als man bei unkritischer Zeitungslektüre meinen könnte. Nicht ganz einfach umzusetzen ist der Vorschlag, bei der Berichterstattung das "diskursive Umfeld" zu beachten - weil in "rassistisch aufgeladenen Situationen" auch sachlich korrekte Artikel diskriminierend wirken können. Hierüber könnte es in den Redaktionen - vor allem mit den Chefs - kontroverse, aber fruchtbare Diskussionen geben.

DISS: Medien und Straftaten. Vorschläge zur Vermeidung diskriminierender Berichterstattung über Einwanderer und Flüchtlinge; DISS, Realschulstr. 51, 47051 Duisburg; Fon. 0203/20249, Fax. 0203/287881; 60 Seiten, 10 DM

Extreme Rechte im Umbruch

Heiner Geißler hat es immer gewusst: "Auch der Nationalsozialismus war ein Sozialismus". So widerwärtig die mit diesem Satz verbundene Absicht ist, "Rot" und "Braun" gleichzusetzen - einige ideologische Entwicklungen in der extremen Rechten scheinen dem CDU-Demagogen recht zu geben. Die krisengeschüttelte NPD ist mit ihrer "sozialistischen" Rhetorik gerade in der ehemaligen DDR relativ erfolgreich. Dass es sich dabei nicht um reine Taktik zur Irreführung der Massen handelt, zeigt ak-Autor Jean Cremet in seiner Broschüre "Die extreme Rechte auf der Suche nach neuen ideologischen Ansätzen". Auch in der europäischen "neuen" Rechten und in den Kreisen um den ehemaligen REP-Vorsitzenden Schönhuber ist ein spezieller "Antikapitalismus" inzwischen Standard: Hauptfeind sind die USA, Nationalismus ist Widerstand gegen die Machenschaften des transnationalen "Finanzkapitals". Schlussfolgerung der braunen Ideologen: "Wenn der Kapitalismus international ist, dann kann der Sozialismus nur national(-europäisch) sein." Die Verwirrung der Linken über den "Sozialismus" der Rechten weist auch auf mangelndes historisches Wissen hin: Nicht nur Mussolini, auch etliche andere Faschisten und Ultranationalisten waren ursprünglich Linke und haben linke Versatzstücke in die rechte Ideologie integriert. Als Mittel gegen die antikapitalistisch agitierende Rechte empfiehlt Jean Cremet eine "starke, dezidiert sozial ausgerichtete, auf Verminderung der Konkurrenz zielende Gegenmacht". Dringend warnt er vor einem "Schmusekurs". Gerade für die antifaschistische Arbeit gelte: "Je weniger links die Linke ist, desto rechter wird die Rechte." In weiteren Artikeln geht es um die Umbruchkrise der extremen Rechten und die Opposition der "Friedensengel im Braunhemd" gegen den NATO-Krieg in Jugoslawien.

Jean Cremet: Die extreme Rechte auf der Suche nach neuen ideologischen Ansätzen. Positionen und Polemik; Schriftenreihe des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e.V., Thomas-Mann-Str. 25, 07743 Jena; Fon./Fax. 03641/449432. Heft 41, 112 Seiten, 10 DM (plus Versandkosten)

50. Quelldatei 48.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak432/48.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:432:48

Kalender

Habt Mut zu kämpfen - habt Mut zu verlieren!

Im November 1989 - als in Deutschland die Mauer fiel und der Kapitalismus triumphierte - ging in El Salvador die Befreiungsbewegung FMLN in die Offensive. Zehn Jahre später sollen in einem Gespräch mit Victoria Marina de Avilez, Repräsentantin der linken Strömung in der FMLN, Perspektiven der Befreiung in El Salvador und Deutschland ausgelotet werden.

Tübingen, 22.11, 20.00 h, Schlatterhaus, Österbergstr. 2

Rundreise jugoslawischer GewerkschafterInnen

Fünf KollegInnen aus Jugoslawien berichten gegen Ende November von der Situation im Land nach dem NATO-Krieg.

Hamburg, 22.11, 19.00 h, Curio-Haus; Braunschweig, 23.11.; Salzgitter, 24.11.; 25.11., Berlin und Siegen; Hannover, 26.11.; Frankfurt/Main, 27.11, 14.00-17.00 h, DGB-Haus; Erfurt, 28.11.; Kassel, 29.11. Konkrete Angaben zu den Veranstaltungen können erfragt werden bei den örtlichen Gewerkschaften oder beim Arbeitskreis "Gegeneinladung an jugoslawische GewerkschafterInnen", c/o Ortsverein der IG Medien, Tel./Fax: 040-2858513/-11

Transplantation

Der Arbeitskreis gegen Gentechnologie veranstaltet in Zusammenarbeit mit dem Ev. Kirchenkreis und dem Ev. Forum eine Vortragsreihe, in der sich mit kontroversen medizinischen Themen auseinander gesetzt werden soll. Auftakt ist eine Veranstaltung mit Gisela Wuttke unter dem Titel "Organtransplantation in Frage gestellt".

Bonn, 23.11, 20.00 h, Haus der Ev. Kirche, Adenauerallee 37

Faschos in Osteuropa

Auf Einladung von ANTIFA-KOK, der Arbeitsstelle Neonazismus der FH Düsseldorf und des FH-AStAs referiert ein Redakteur der britischen Antifa-Zeitschrift Searchlight über die extreme Rechte in Osteuropa.

Düsseldorf, 24.11., 20.00 h, Bürgerhaus Bilk, Himmelgeister Str. 107 A

Lichter der Großstadt

Unterstütz von der ak-Redaktion wollen verschiedene Gruppen in Hamburg ein deutliches Signal gegen die unheilige Allianz von Neoliberalismus und autoritärem Staat setzen. Kommt zur Konferenz für soziale BürgerInnenrechte in Hamburg.

Hamburg, 27.11., 10.00-18.00 h, HWP

Ruhe an der Heimatfront

Zur Nachbetrachtung einer erfolgreichen Kriegsinszenierung treffen sich Günther Jacob und Peter Gingold. Der freie Publizist und der NS-Widerstandskämpfer diskutieren über Geschichtsrevisionismus als Kriegslegitimation.

Essen, 30.11., 20.00 h, Zeche Carl,

Teufelskreis

Armut ist auch heute noch das größte Krankheitsrisiko, und Krankheit bedingt in Zeiten zunehmender Entsolidarisierung wieder ein ernsthaftes Armutsrisiko. Ansätze und Strategien gegen den Teufelskreis von Armut und Gesundheit stehen auf einem gleichnamigen Kongress zur Diskussion.

Berlin, 3./4.12, weitere Informationen: Gesundheit Berlin e.V., Tel./Fax: 030-786 52 15, Email: gold@gesundheitberlin.de

Reinhard Opitz

Unter dem etwas sperrigen Titel "Reinhard Opitz' Analyse des Faschismus als spezifische Ausdrucksform des modernen Imperialismus" referiert Dr. Martin Bennhold auf Einladung der Antifaschistischen Nachrichten.

Köln , 4.12., 13.30 h, Jugendgästehaus Köln-Deutz, Siegestr. 5a

Feministische Winteruni

Ziel der Veranstaltungsreihe ist es, "Alltagsphänomene" nicht bloß deskriptiv darzustellen, sondern auch mit Hilfe wissenschaftlicher Ansätze kritisch und feministisch zu hinterfragen. Es geht u.a. um folgende Themen: Gewalt und Normierung in Paarbeziehungen, Geschlecht und Ethnizität, Feminismus und Popkultur.

Bochum, 6.-11.12, Ruhr-Universität, weitere Informationen bei: Feministische Winteruniversität c/o Lehrstuhl für Frauen- und Sozialstruktur, Tel./Fax: 0234-703875/703811, Email: fwu@gmx.de

Fluchthilfe 1940/41

Anne Klein, Historikerin und aktiv in der Kampagne Kein Mensch ist illegal, beleuchtet an Hand der Geschichte des Centre américain de secours, dessen MitarbeiterInnen die Emigration von beinahe 2.000 Menschen in die USA organisierten, Fragestellungen, die auch heute noch für antirassistische und Flüchtlingspolitik von Bedeutung sind.

Berlin, 10.12., 19.30 h, Buchladen Schwarze Risse, Gneisenaustr. 2a

Stopp Globalisierung

In unmittelbarer zeitlicher Nähe zur WTO-Konferenz in Seattle, auf der es um weitere Liberalisierungsschritte gerade auch im Agrarsektor gehen wird, zeigt die BUKO Agrar Koordination eine Ausstellung gegen die vorherrschenden Entwicklungen im internationalen Agrarhandel.

Hamburg, 13.-20.12, HWP, Von-Melle-Park 9, weitere Informationen: BUKO Agrar Koordination, Tel.: 040-392526, Fax: 040-39900626, Email: bukoagrar@aol.com

51. Neu: ak-Archiv auf CD-ROM Geschenkt: CD gegen Abo

CD-Datei: daten/aksuche/ak432/49.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:432:49

Wir haben uns anders entschieden. Statt Bleiwüste wegen ausbleibender neuer Abos anzudrohen, verschenken wir ab sofort Silberlinge. Denn endlich liegt unsere neue CD vor. Auf ihr befinden sich die ak-Artikel seit Januar 1993 bis zum Oktober 1999. Und das Gute daran ist: Wir bieten diese CD als Werbeprämie an! Wer ein Jahresabo (60 DM Sozialabo oder 90 DM Normalabo) verschenkt oder selbst abonniert, erhält die neue ak-CD kostenlos dazu. Fast 4.000 ak-Artikel sind durch ein Sachregister mit über 180 Rubriken erschlossen. Per Mausklick können sie ohne Umweg auf den Bildschirm geholt werden. Windows-BenutzerInnen können zudem per Volltextsuche nach einzelnen Wörtern oder Wortkombinationen recherchieren. Für die ganz alten Freunde des ak haben wir zudem die Jahresinhaltsverzeichnisse seit 1985 in das Gesamtregister integriert und auf die CD gepackt. Alles zu den Themen Militarismus und Antimilitarismus sowie zu Imperialismus und Dritte Welt, Interventionen und Interventionskriege, Nazis und Revanchisten, Bundeswehr und Waffen-SS findet sich schließlich im ak-Antimil-Register 1972 - 1984. So wird es zu einem Kinderspiel, Artikel aufzuspüren und Recherchen zu bestimmten Themen durchzuführen. Die meisten alten ak-Ausgaben sind noch lieferbar.

Alles, was ihr als technische Voraussetzung für die ak-CD braucht, ist ein CD-ROM-Laufwerk und ein Webbrowser (Netscape, Internet Explorer o.Ä.) Windows 95/98/2000/NT-Rechner sollten für das Volltextsuchprogramm mindestens 16 MB RAM mitbringen.

Da alle Artikel in HTML-Format vorliegen, können jedoch auch Windows 3.x-User, Mac- oder Linux-Fans die CD nutzen.

Diejenigen, die bereits die InfoLinks-CD bei uns gekauft haben, brauchen sich nun aber nicht zu ärgern. Ihr könnt die neue ak-CD bei uns zum Vorzugspreis von 20 DM nachbestellen. Während die InfoLinks-CD die Jahrgänge von 1995 bis 4/99 umfasst, bietet die neue ak-CD zusätzlich zwei weitere Jahrgänge und reicht bis einschließlich Oktober 1999, ist also umfangreicher und aktueller. Wenn ihr also ein "Update" wollt, bestellt die neue ak-CD bitte per Fax, Mail oder Brief direkt bei uns und teilt uns die Rechnungsnummer der InfoLinks-Bestellung mit. Ihr erhaltet dann umgehend die CD.

Für diejenigen von euch, die bereits ein ak-Abo besitzen, bieten wir die neue ak-CD zum Preis von 49 DM an. Im freien Verkauf kostet die CD 69 DM. Bestellungen sind an unsere Adresse zu richten.

Wer uns eine neue ak-Verkaufsstelle vermittelt - den Zeitungsladen um die Ecke, einen Infoladen oder eine Buchhandlung - erhält von uns ebenfalls die ak-CD umsonst. Es lohnt sich also, wenn ihr mithelft, dass ak mehr Menschen als bislang erreicht. Also: abonniert ak, werbt AbonnentInnen und Verkaufsstellen und kauft die ak-CD!

Und auch für diejenigen, die mit einer CD so rein gar nichts anzufangen wissen, haben wir ein neues Angebot: Alternativ bekommt ihr für die Vermittlung eines Abos bzw. als neuE AbonnentIn eines der folgenden Bücher von uns geschenkt:

Ihr könnt wählen zwischen 1968 - Gerufene Helden. Ein Handbuch zur Eroberung der Macht (156 Seiten), von Paco Ignacio Taibo II, erschienen im Verlag Libertäre Assoziation / Schwarze Risse / Rote Straße, oder: Nach Norden. Mexikanische ArbeitsmigrantInnen zwischen neoliberaler Umstrukturierung, Militarisierung der US-Grenze und amerikanischem Traum (264 Seiten), herausgegeben von Dario Azzellini und Boris Kanzleiter im Verlag der Buchläden Schwarze Risse / Rote Straße.

Unsere weiteren Kennenlern-Angebote bleiben trotz dieses neuen Angebots bestehen: Für nur 10 DM erhaltet ihr drei ak-Ausgaben zum Probelesen. Nur wenn ihr nicht nach der zweiten Ausgabe die Zeitung bei uns abbestellt, wandelt sich dieses Probe-Abo zu einem normalen Jahresabo um. Außerdem können kostenlose Probeexemplare bei uns angefordert werden. Für Veranstaltungen könnt ihr ältere Ausgaben erhalten, die ihr kostenlos (oder auch gegen Spende) auslegen könnt. WiederverkäuferInnen erhalten von uns 30 Prozent Rabatt für die verkauften Exemplare.

52. Quelldatei 51.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak432/51.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:432:51

Fast alles ist neu, aber:

Wir brauchen 60.000 DM!

Um Euch die Spendenfreudigkeit zu erleichtern, wurden eine Reihe von Veränderungen vorgenommen. Die wichtigste Neuerung vorab: ab dieser Ausgabe wird ak von dem gemeinnützigen Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik herausgegeben.

Dieser Verein wird nicht nur Herausgeber dieser Zeitung sein, sondern vielfältige Aktivitäten im politischen Raum anbieten. Veranstaltungen, Seminare, Diskussionsrunden und nicht zu vergessen Mitgliederversammlungen. Mit Eurer Spende ermöglicht Ihr dem Verein eine Erweiterung des Angebotes.

Und von größter Bedeutung: Damit die Herausgabe von ak durch diesen Verein für das nächste Jahr gesichert werden kann, braucht der Verein 60.000.-

Dafür gibt es natürlich unsererseits eine Gegenleistung: Der Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik kann Quittungen über Eure Spendenbeiträge ausstellen, die ihr wiederum steuerabzugsfähig verarbeiten könnt. Natürlich hoffen wir darauf, dass Ihr diesen Rabatt beim Ausfüllen der Überweisungen berücksichtigt: Denn es ist uns wirklich ernst mit den 60.000 DM.

Neuerungen gab es im vergangenen Jahr und wird es auch in naher Zukunft geben. Durch die veränderte Herausgeberschaft wird die in den letzten Jahren vollzogene Öffnung der Zeitung dokumentiert. Zu den bisherigen HerausgeberInnen, den Genossinnen und Genossen der KB-Mehrheit, sind etliche mit anderem politischen Background hinzugestoßen, ohne die ak heute undenkbar wäre. Das gilt nicht nur für die meisten Autorinnen und Autoren, sondern auch für einige Mitglieder der Redaktion. Diesen Kurs der Öffnung wollen wir fortsetzen: Im Dezember werden zwei neue Redakteurinnen, die den KB nur vom Hörensagen kennen, die Arbeit aufnehmen. Natürlich erhoffen wir uns von ihnen Impulse für eine interessantere und lebendigere Zeitung.

Aber auch die "Alten" sind fest entschlossen, den gewohnten Trott zu verlassen. Mehr als bisher wollen wir auf die "Lesbarkeit" von ak achten. Dazu gehört

eine klarere politische Schwerpunktsetzung

eine sorgfältigere redaktionelle Bearbeitung

die Kürzung überlanger Artikel

ein großzügigeres Lay-out.

Wenn wir uns einerseits bemühen, die immer wieder beklagten "Bleiwüsten" zurückzudrängen, wollen wir andererseits ein Absinken des inhaltlichen Niveaus unbedingt verhindern. ak wird ihren Leserinnen und Lesern weiterhin einiges abverlangen: Da die Welt kompliziert ist, kann sie auch nicht mit einigen wenigen Sätzen erklärt werden. Auch darin wollen wir uns wie bisher von der staatstragenden Presse deutlich abheben. Gleichzeitig werden wir, wenn nötig, aber auch mit einer zu oft denkfaulen Linken die Auseinandersetzung suchen, so wie wir das im Kosovo-Krieg getan haben.

Wir haben uns also für das kommende Jahr einiges vorgenommen. Aufmunternde Worte, Anregungen und Verbesserungsvorschläge nehmen wir gern entgegen - am liebsten dann, wenn sie mit einer Spende verbunden sind.

Am einfachsten ist es, den beiliegenden Überweisungsträger auszufüllen!

ak- Redaktion

Spenden-Konto:

E. Seidel

Kto.Nr.: 116 838 203

BLZ: 200 100 20

Postbank Hamburg

Verwendungszweck:

Spende Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik

53. Stunkparade in Berlin

CD-Datei: daten/aksuche/ak432/akw.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:432:akw

Mit über 100 Traktoren und etwa 5.000 Menschen demonstrierte die Anti-Atom-Bewegung am 13. November in Berlin. Unter dem Motto "Gerhard, wir kommen" hatte die "Bäuerliche Notgemeinschaft" aufgerufen, Bilanz der ausbleibenden Atomausstiegspolitik der Bundesregierung zu ziehen. Für eine Mobilisierungszeit von nur sechs Wochen lässt sich diese Demo als durchaus erfolgreich ansehen. Gegenüber der vorher von der BI Lüchow-Dannenberg in Umlauf gebrachten Erwartung von 10.000 TeilnehmerInnen war sie eher mager. Während die Bundesregierung verkünden lässt, dass sie gegenüber der Atomwirtschaft eine härtere Gangart anschlagen werde, hatten sich die Anti- AKW-Initiativen Ende Oktober in Dannenberg zur Herbstkonferenz versammelt. Ohne jedes Ergebnis und mit jeder Menge Frust wurde diese Veranstaltung beendet.

Über die Demo auf Seite 2

Die Konferenz, ihr Scheitern und wie weiter Seite 16

Eine Reise nach La Hague (WAA) und eine neue Massenzeitung Seite 18

54. Jugend, Gewalt und Herrschaft

CD-Datei: daten/aksuche/ak432/jugend.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:432:jugend

Glaubt man den Medienberichten über den Alltag in den sozialen "Brennpunkten", dann ist die Lage dramatisch: Das Böse lauert überall, der friedliche Bürger ist seines Lebens nicht sicher, es herrscht Krieg in den Städten. Als besonders bedrohlich gilt die "zunehmende Gewaltbereitschaft" unter Kindern und Jugendlichen. Immer jünger und immer brutaler würden die Täter, verkünden die Zeitungen. Mit spektakulären Fällen werben sie dafür, "junge Intensiv- und Mehrfachtäter" wegzusperren.

Als vorbeugendes Mittel gegen "soziale Verwahrlosung" wird immer häufiger die "feste Ordnung" gepriesen - ein Regelwerk, dem sich Kinder und Jugendliche zu unterwerfen haben. Autorität ist längst wieder zu einem weitgehend unkritisch akzeptierten Wert geworden.

Die Jugendforscherin Cremer-Schäfer zeigt in ihrem Artikel, wie das Reden und Schreiben über Kriminalität funktioniert: "Problemgruppen" werden definiert und zur "Sonderbehandlung" empfohlen. Letztlich sei das ein Mittel zur Absicherung von Herrschaft: "Um Herrschaft, um ‚Klassenpolitik' geht es bei der Zivilisierung des Teils der Jugend, der als Arbeits- und Konsumkraft überflüssig ist." Seite 19

55. Proteste gegen die WTO

CD-Datei: daten/aksuche/ak432/wto.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:432:wto

Kurz vor der Jahrtausendwende werden selbst Treffen von Bürokraten mit Superlativen betitelt. Unter "Millenium-Round" firmiert die Ministerratstagung, die Ende November im US-amerikanischen Seattle den Auftakt für einen neuen Verhandlungsmarathon der World Trade Organisation (WTO) bildet. Auf drei Jahre sind die Verhandlungen ausgelegt, bei denen Regeln des Welthandels im globalisierten Kapitalismus neu festgelegt werden sollen - Regeln, die den unterschiedlichen und sich widersprechenden nationalen oder Konzerninteressen gleichermaßen gerecht werden sollen.

Schon die früheren GATT- Verhandlungen zeigten, dass protektionistische Abschottungen von Märkten weiterhin zum Kapitalismus gehören - auch wenn gleichzeitig das Banner von Freihandel und Liberalisierung hoch gehalten wird.

Unbestritten ist auch, dass das künftige Regelwerk, so es denn zu Stande kommt, nicht nur Auswirkungen auf das Nord-Süd-Verhältnis, sondern auch auf die jeweiligen Gesellschaften haben wird.

Im Mittelpunkt der Verhandlungsrunde dürften Fragen des Handels mit Agrargütern, Dienstleistungen und Investitionen stehen. Bislang konnten sich die Verhandlungspartner noch nicht auf eine gemeinsame Tagesordnung einigen.

Begleitet wird die WTO- Tagung von einer Vielzahl von Protesten. NGO-ExpertInnen werden den WTO-Unterhändlern ihr geballtes Wissen entgegengeschleudern. Regionale Gruppen des Gewerkschaftsdachverbands AFL-CIO rufen zu "walk- outs" auf. Die Westküsten- Linke mobilisiert schon seit Monaten zu gewaltfreien, aber entschiedenen Aktionen.

Über den "Karneval des Protests" Seite 28